

Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.)

**Jahrbuch für Extremismus- und
Terrorismusforschung 2014 (I)**

Brühl /Rheinland 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-67-7

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:

Hochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.hsbund.de

Inhalt

Vorwort	5
 Grundsatzfragen	
Armin Pfahl-Traugber: Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“. Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen	7
Manuel Becker: Geschichtspolitik in der vergleichenden Extremismus- und Diktaturforschung. Bestandsaufnahme, Desiderate und Perspektiven	37
 Rechtsextremismus	
Christoph Busch: „Nationale Spaßgesellschaft“. Politainment im Rechtsextremismus aus öffentlichkeitstheoretischer Perspektive	62
Thomas Pfeiffer: Rechtsextremismus – ein europäisches Phänomen?! Verbindende Elemente rechtsextremistischer Szenen in Europa anhand von sechs Faktoren	82
Danny Michelsen: Der Demokratiebegriff im organisierten Rechtsextremismus: nur „populistisch“ oder auch „faschistisch“? Eine Fallstudie am Beispiel der NPD	101
Gideon Botsch/Christoph Kopke: Die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD. Ein Beitrag zur Erörterung ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus	138
Chris Gödecke: Die Bedeutung des Kameradschaftsmodells für den quantitativen Anstieg der Neonazi-Szene. Ein Vergleich des vorherrschenden Organisationstyps mit den traditionellen Organisationsstrukturen	173

Christian Menhorn: Die Bedeutung von Parteistrukturen für das neonationalistische Spektrum - Strategische Neuorientierung oder temporäres Phänomen?	207
Samuel Salzborn: Messianischer Antiuniversalismus. Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin im Spannungsfeld von euroasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium	240

Vorwort

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um die fünfte Ausgabe des „Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung“ (JET). Es will kontinuierlich Analysen zu den im Titel angesprochenen Themen veröffentlichen. Das JET versteht sich insbesondere als Forum für Autoren aus den Sicherheitsbehörden, die hier ihre persönliche Sicht der Dinge auf wissenschaftlicher Grundlage präsentieren können. Darüber hinaus will das Jahrbuch auch Beiträge von Experten zu den Themen Extremismus und Terrorismus aus Hochschulen, Institutionen oder Stiftungen veröffentlichen.

Im Unterschied zu anderen Jahrbüchern ähnlicher Ausrichtung finden sich darin nur Aufsätze zu den genannten Inhalten. Wie bei wissenschaftlichen Projekten üblich, steht jeder Autor für seinen Beitrag, d.h. er trägt dafür die alleinige Verantwortung und der Inhalt kann auch nicht pauschal seiner jeweiligen Behörde zugerechnet werden. Die Texte finden sich in die Kategorien, „Grundsatzfragen“, „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Islamismus“ und „Terrorismus“ eingeteilt.

Auch diesmal fällt ein thematischer Schwerpunkt „Rechtsextremismus“ auf, liegen doch hierzu die meisten Analysen vor. Selbst die Beiträge in der Rubrik „Terrorismus“ widmen sich teilweise der politisch rechten Variante dieser Form politisch motivierter Gewaltanwendung. Auch in der vorliegenden Ausgabe sei Jochen Rosar von der Hochschule des Bundes in Brühl für sein hohes Engagement bei der Herausgabe des JET ausdrücklich gedankt.

Armin Pfahl-Traugber

Das Zehn-Stufen-Modell der „Extremismusintensität“

Kategorien zur Analyse und Einordnung politischer Bestrebungen

Armin Pfahl-Traughber

1. Einleitung und Fragestellung

Um extremistische Bestrebungen in ihrer Besonderheit erfassen zu können, bedarf es einschlägiger Kriterien zur Analyse. Dazu soll das E-IO-S-W-Schema - bestehend aus „Extremismusintensität“, „Ideologie“, „Organisation“, „Strategie“ und „Wirkung“ - dienen.¹ Es ermöglicht auch den vergleichenden Blick auf verschiedene extremistische Gruppen, Organisationen, Parteien oder Subkulturen, wodurch Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich werden. Um den damit einhergehenden „Gebrauchswert“ noch zu erhöhen, soll hier eines der genannten Kriterien noch einmal gesondert behandelt werden. Es geht um die „Extremismusintensität“, womit der Grad der Abweichung von den Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates gemeint ist. Dieses Kriterium steht zwar am Beginn des E-IO-S-W-Schemas. Eigentlich stellen inhaltliche Aussagen in diesem Sinne aber eher das Ergebnis einer zuvor erstellten Analyse von Ideologie und Strategie einer extremistischen Bestrebung dar.

Derartige Erkenntnisse ermöglichen es erst, das Ausmaß der Ablehnung und Frontstellung gegen eine Gesellschafts- und Staatsordnung auf der Grundlage von Demokratie und Menschenrechten differenziert einzuschätzen. Ganz in diesem Sinne soll hier fortan „Extremismusintensität“ genauer operationalisiert werden. Es geht darum, für dieses Kriterium jeweils unterschiedliche Stufen in einem idealtypischen Sinne zu entwickeln. Hierdurch erfolgt eine Feinabstimmung zur detaillierten Bestimmung der extremistischen Potentiale, denn die gemeinten Gruppen, Organisationen, Parteien oder Subkulturen lehnen

¹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung. Das E-IO-S-W-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Brühl 2012, S. 7-27.

in Denken und Handeln unterschiedlich stark die Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates ab. Die fortan zunächst abstrakt definierten und danach exemplarisch beschriebenen Stufen kennen „Grauzonen“ und „Übergangsbereiche“. Insofern kann man damit auch nicht in allen, aber in den meisten Fällen eine eindeutige und trennscharfe Zuordnung extremistischer Bestrebungen vornehmen.

Zuvor bedarf es aber noch eines Blicks auf Ansätze in der bisherigen Extremismusforschung bezogen auf den Intensitätsgrad des Extremismus (2., 3., 4.) Nach Ausführungen zum Ausgangspunkt der Erkennung extremistischer Bestrebungen (5.) werden die zehn Stufen der Extremismusintensität abstrakt und beispielhaft beschrieben: 0 = Einzelne Extremisten in demokratischen Organisationen (6.), 1 = Bedeutsame Extremismusanteile in Organisationen (7.), 2 = Offizielle normen- und systembejahende Formen (8.), 3 = Offen normenverneinende und systembejahende Formen (9.), 4 = Offen normen- und systemverneinende legalistische Formen (10.), 5 = Offen normen- und systemverneinende nicht-legalistische Formen (11.), 6 = Gewalttätigkeit gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge („Sachen“) (12.), 7 = Gewalttätigkeit gegen Personen ohne Tötungsabsicht (13.), 8 = Gewalttätigkeit gegen Personen mit einkalkulierter Tötung (14.), 9 = Gewalttätigkeit gegen Personen mit bewusster Mordabsicht (15.) und 10 = Gewalttätigkeit gegen Personen mit Massenmordabsicht (16.).

2. Forschungsstand: Intensitätsgrad des Extremismus im Parteienvergleich

Einen Ansatz in Richtung des oben formulierten Verständnisses von Extremismusintensität entwickelte der Autor 2007 im Kontext einer Bestandsaufnahme und Bewertung des parteipolitischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland.² Dabei standen drei Parteien aus

² Der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse wies bereits 1997 im Kontext einer Analyse zum Links- und Rechtsextremismus in Europa auf unterschiedliche Intensitätsgrade hin, vgl. Eckhard Jesse, Formen des politischen Extremismus. Westliche Demokratien Europas im Vergleich, in: Eckhard Jesse/Steffen Kai-litz (Hrsg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Tota-

dem linken und drei Parteien aus dem rechten politischen Lager im Blickpunkt: die „Linkspartei“ (PDS), die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) bzw. die „Deutsche Volksunion“ (DVU), die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und „Die Republikaner“ (REP). An deren Ergebnissen bei Wahlen ist die gesellschaftliche Akzeptanz ablesbar, wodurch sich auch die seinerzeitige Reihenfolge in Kombination mit der organisatorischen Stärke über die Mitgliederzahlen ergab. Dabei ging es nicht um eine inhaltliche Gleichsetzung der ideologisch mitunter ähnlich oder grundverschieden ausgerichteten Parteien. Indessen spielten die unterschiedlichen Intensitätsgrade der Einstellungen gerade eine Rolle.

Bezogen nur auf den parteipolitischen Extremismus wurden seinerzeit idealtypisch drei Varianten unterschieden: „Erstens gehört dazu das offene Bekenntnis zur Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, das in aller Deutlichkeit auch die extremistische Grundhaltung veranschaulicht.“ Hierfür standen und stehen von den oben genannten Parteien die MLPD und die NPD, gaben und geben sie doch deutlich ihre politische Orientierung an autoritären und totalitären Bewegungen und Systemen der Vergangenheit zu erkennen. Dies ist in dem einen Fall der Maoismus und Stalinismus, in dem anderen Fall der Nationalsozialismus und das Völkische. „Als zweite Variante kann das offizielle Bekenntnis zu den Werten des demokratischen Verfassungsstaates gelten, womit aber gleichzeitig die deutliche Verwerfung bestimmter Bestandteile von ihnen einhergeht.“ Dafür standen von den vorgenannten Parteien die DKP und DVU, die sich beide formal zum Grundgesetz bekannten. Die DDR-Verherrlichung bzw. die Fremdenfeindlichkeit standen dem indessen entgegen.

„Und schließlich wäre als dritte Variante die starke Nähe zu den Werten des demokratischen Verfassungsstaates zu nennen, wobei sich das Problem der Unterscheidung einer noch extremistischen von einer schon demokratischen Ausrichtung stellt.“³ Hierfür standen bzw. ste-

litarismus, Baden-Baden 1997, S. 127-168. Er entwickelte dabei aber keine genaueren Kriterien zur Einstufung.

³ Armin Pfahl-Traughber, Der parteipolitische Extremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Bewertung, in: Politische Studien, 56. Jg., August

hen „Linkspartei“ und REP, welche sich beide in einem Entwicklungsprozess befanden bzw. befinden. Dies wirft ein grundsätzliches Problem auf: Bei politischen Organisationen handelt es sich häufig um komplexe Gebilde, was auch auf die Parteien zutrifft. In ihnen finden verschiedene Strömungen einen Platz. Gleichzeitig unterliegen sie mitunter einem Prozess der Veränderung. In einem solchen Kontext können Parteien sich ebenso aus innerer Überzeugung wie aus strategischer Rücksichtnahme in Richtung einer Akzeptanz der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates ausrichten. Das damit einhergehende Problem von „Grauzonen“ und „Übergangsbereichen“ spricht aber nicht grundsätzlich gegen die Entwicklung von Kriterien für eine „Extremismusintensität“.

3. Forschungsstand: Differenzierung von „hartem“ und „weichem Extremismus“

2010 nahm der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse ebenfalls eine Differenzierung von Phänomenen aus dem politischen Extremismus vor, wobei den inhaltlichen Anlass dafür eine vergleichende Betrachtung der Partei „Die Linke“ und der NPD bot. Er bemerkte in diese Kontext: „Obwohl die Differenzierung extremistischer Intensität auf der normativen Extremismustheorie fußt, widerspricht sie entscheidend der Annahme von einer Nichtsteigerbarkeit der Extremen.“ Streng genommen könne es keine „extremeren“ oder „extremsten“ Parteien geben. Diese Einschätzung begründete Jesse indessen nicht näher. Warum sollte es eigentlich nicht unterscheidbare Abstufungen in der Frontstellung gegen die Normen und Regeln offener Gesellschaften und demokratischer Verfassungsstaaten geben? Dieser Auffassung widersprach auch Jesses anschließend näher zu behandelnden Differenzierung. Indessen bemerkte er gar: „Die Nichtsteigerbarkeit des Extremismusbegriffs steht nicht zwangsläufig im Gegensatz zu der Unterscheidung ‚hart‘ versus ‚weich‘.“⁴

2007, Themenheft: Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich, S. 18-30, hier S. 26.

⁴ Eckhard Jesse, Die NPD und die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Uwe Backes/Alexander Gal-

Fortan soll aber nicht dieser besonderen Auffassung, sondern der erwähnten Typologisierung nähere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Jesse nannte Bestimmungsmerkmale für „harten“ und „weichen Extremismus“ bei Parteien bezogen auf die Kriterien „Ideologie“, „Organisation“ und „Strategie“. Hinsichtlich des erstgenannten Gesichtspunktes hieß es: „Harte Extremismen lehnen den demokratischen Verfassungsstaat in toto ab und streben (mehr oder weniger offen) eine Diktatur an. Weiche Extremismen richten sich nur gegen bestimmte Bereiche demokratischer Verfasstheit, beispielsweise bürgerliche Freiheits- und Gleichheitsrechte, und laufen damit auf eine Abschwächung der Elemente des demokratischen Verfassungsstaates hinaus.“⁵ Gegenüber der letztgenannten Position kann indessen kritisch angemerkt werden, dass eine Abschwächung nicht mit einer Negierung der Elemente des demokratischen Verfassungsstaates einhergehen muss. Jesse meinte aber sicherlich einen Intensitätsgrad im Sinne einer solchen Verneinung.

Hinsichtlich des Gesichtspunktes „Organisation“ äußerte er, dass in extremistischen Parteien häufig unterschiedliche Strömungen existierten. Dazu findet sich folgende Differenzierung: „Als Kriterium für die Einschätzung kann ... gefragt werden, ob die antidemokratische Gesinnung innerhalb der jeweiligen Organisation eine Mehrheits- (harter Extremismus) oder Minderheitenposition (weicher Extremismus) darstellt.“⁶ Auch hier ergibt sich bei dem letztgenannten Sachverhalt die Frage, inwieweit man dann von einer extremistischen Partei in Gänze sprechen kann. Schließlich gab es noch die Differenzierung im Bereich „Strategie“: „Weiche Extremismusformen halten sich formal an die demokratischen Prinzipien. Harte Extremismen zielen dagegen (mehr oder weniger offen) auf den ‚Systemwechsel‘, instrumentalisieren die Demokratie.“⁷ Auch hier kann eine Unterscheidung für das erstgenannte Phänomen ein Problem darstellen. Jesse lieferte mit den drei Merkmalen für die zwei Typen aber einen herausragenden Beitrag zur Bestimmung der Extremismusintensität.

lus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie. Band 21, Baden-Baden 2009, S. 13-31, hier S. 18.

⁵ Ebenda, S. 17.

⁶ Ebenda, S. 18.

⁷ Ebenda, S. 17.

4. Forschungsstand: Kritik des differenzierten Extremismusbegriffs

Der Politikwissenschaftler Richard Stöss nahm die zuvor referierten Auffassungen von Jesse zum Anlass einer Kritik an dessen „differenziertem Extremismusbegriff“, wobei er sich auch mit der Frage einer Differenzierung von Extremismusintensitäten beschäftigte. Daher sollen seine Ausführungen auch hier Interesse finden: Stöss hob darin zunächst hervor, dass Jesse seine Negierung der Steigerbarkeit des Extremismusbegriffs nicht weiter begründet habe. Außerdem überrasche die präsentierte dreistufige Ordinalskala, bestehend aus den Merkmalen „kein Extremismus“, „weicher Extremismus“ und „harter Extremismus“. Denn diese Sicht widerspreche „einer strengen binären Logik“⁸, wonach eben der politische Extremismus den „Gegenpol“ zum demokratischen Verfassungsstaat bilde. Somit könne es eben in den Bereichen „Demokratie“ und „Extremismus“ auch keine Abstufungen geben. Kritisch kann hier indessen angemerkt werden, dass diese Differenzierung idealtypisch gemeint ist. Warum es nicht in der Realität zu Abstufungen kommen dürfte, erschließt sich so nicht.

Stöss ging in seiner Erörterung von einem unabdingbaren Gegensatz unterschiedlicher Auffassungen von „politischem Extremismus“ aus, wobei er wohl mit allgemein negativen und nicht positiven Vorzeichen die gleiche Grundannahme wie Jesse vertrat. Stöss sprach von einem „qualitativen“ und einem „quantitativen“ Verständnis: Das Erstgenannte ergebe sich aus der antithetischen bzw. dichotomen Beziehung von Demokratie und Extremismus, also der Frontstellung des politischen Extremismus zum demokratischen Verfassungsstaat. Die „quantitative“ Betrachtung nehme demgegenüber Gesichtspunkte wie Größe und Struktur, Gefährdungsgrade und Ursachen des untersuchten Extremismus in Augenschein. Der Umfang des Begriffs sei daher variabel, weil von der Anzahl der Objekte abhängig. Stöss postulierte dann: „Unabhängig von der konkreten Bestimmung des Extremismusbegriffs gilt, dass die quantitative Betrachtung das eherne Gesetz der

⁸ Richard Stöss, Zum „differenzierten Extremismusbegriff“ von Eckhard Jesse, in: Alexander Gallus/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.), Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 169-183, hier S. 169.

Dichotomie von Extremismus und Demokratie durch die Einführung der Kategorie ‚mehr oder weniger‘ verletzt ...“⁹

Mit „mehr oder weniger“ meinte Stöss das bei Jesse als „weiche“ Form des Extremismus genannte Phänomen. Einschlägige Betrachtungen und Untersuchungen solcher politischen Bestrebungen hätten allerdings Konsequenzen: „Die quantitative Analyse erfordert ... den Verzicht auf die Dichotomieregel. Eine präzise Messung des Extremismuspotenzials ist zudem unmöglich, weil sich Extremismus und Demokratie wegen der binären Logik des Extremismuskonzepts nicht eindeutig voneinander abgrenzen lassen.“¹⁰ Der letztgenannten Annahme kann man aber nur dann zustimmen, wenn der abstrakt beschriebene und normativ legitimierte Gegensatz von Demokratie und Extremismus direkt auf die politische Realität übertragen werden sollte. Das idealtypisch gemeinte Konzept schließt entgegen der Annahme von Stöss in der analytischen Praxis weder die Erkenntnis unterschiedlicher Intensitätsgrade von Demokratie¹¹ und Extremismus noch die Wahrnehmung von „Grauzonen“ und „Übergangsbereichen“ von beiden Sphären notwendigerweise aus.

5. Ausgangspunkt: Erkennung des extremistischen Charakters einer Bestrebung

Nach den Ausführungen zur Forschungskontroverse soll es nun um das Stufenmodell gehen. Am Beginn steht eine kurze Betrachtung zur Erkennung des Extremismus in einer politischen Strömung, wobei eine Beachtung der Dimensionen der Negativ- wie der Positivdefinition von Extremismus notwendig ist. Einschlägige Gruppen, Organisationen, Parteien und Subkulturen gilt es, hinsichtlich einer Ablehnung von Demokratie, Individualitätsprinzip, Menschenrechten, Pluralis-

⁹ Ebenda, S. 176.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Die Demokratieforschung hat auch Kriterien für ein Stufenmodell entwickelt, womit die Praxis von Freiheit und Rechtssicherheit in unterschiedlichen Ländern differenziert eingeschätzt werden kann. Vgl. als allgemeine Darstellung dazu: Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 5. Auflage, Wiesbaden 2010, S. 370-389. Die folgenden Ausführungen schlagen einen solchen Merkmalskatalog in Form von einzelnen Stufen auch für die Einschätzung politischer Bestrebungen im extremistischen Sinne vor.

mus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität und einer Bejahung von Absolutheitsansprüchen, Dogmatismus, Dualismus, Erkenntnismonopolen, Kollektivismus und Rigorismus zu untersuchen.¹² Die letztgenannten Aspekte erlauben eine eigenständige Definition von Extremismus unabhängig von Demokratie, während die erstgenannten Dimensionen das Spannungsverhältnis zu deren Werten hervorheben. Dieser Gesichtspunkt dient dazu, den etwa auch in demokratischen Kontexten auszumachenden Dogmatismus von dem in extremistischen Zusammenhängen zu unterscheiden.

Wie kommt es demgegenüber aber zu einer Erkennung des extremistischen Charakters einer politischen Bestrebung? Zunächst müssten die ideologischen Selbstdarstellungen einschlägiger Personenzusammenschlüsse einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Hierzu gehören neben Grundsatzerklärungen und Programmen auch Redetexte und Publikationsorgane. Sie werden entsprechend der jeweiligen Auffassungen zu den oben genannten Normen und Strukturprinzipien hin untersucht, wobei dies keineswegs ein einfacher und problemloser Vorgang ist: Extremistische Bestrebungen in gefestigten Demokratien geben sich schon aus strategischen Gründen häufig nicht direkt und eindeutig als Feinde der Grundpositionen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates zu erkennen. Mitunter können nur auf Basis von grundlegenden Kenntnissen der Inhalte politischer Theorien und Techniken manipulativer Diskurse sowohl differenzierte wie tiefgehende Analysen und Einschätzungen formuliert werden.

Darüber hinaus verdient der Handlungsstil einschlägiger Bestrebungen besondere Aufmerksamkeit: Bei der Frage von politisch motivierter Gewaltanwendung ergibt sich allein dadurch eine Negierung des Gewaltmonopols in einem Rechtsstaat. Demnach wendet man sich nicht nur gegen die politisch-normativen, sondern auch gegen die gesetz-

¹²Vgl. aus Sicht des Autors mit weiterführenden Literaturhinweisen: Armin Pfahl-Traughber, Extremismus und Terrorismus. Eine Definition aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 9-33; Armin Pfahl-Traughber, Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrinen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 9-32.

lich-rechtlichen Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates. Insofern kann bei solchem Agieren allein von daher von einem höheren Grad von Extremismusintensität als bei nicht-gewalttätig vorgehenden Gruppen, Organisationen oder Subkulturen gesprochen werden. Der Handlungsstil spielt indessen auch bei den letztgenannten politischen Bestrebungen für die Einschätzung eine bedeutende Rolle, so etwa wenn es um Bündnispolitik mit bestimmten Akteuren im In- und Ausland geht. Und schließlich verdient ebenso die Organisationsform einschlägige Aufmerksamkeit: Fehlt es hier schon an der nötigen inneren Demokratie, so kündigt sich darin bereits die Form des angestrebten Gesellschaftsmodells an.

6. Stufe 0: Einzelne Extremisten in demokratischen Organisationen

Am Beginn des erwähnten Modells von Extremismusintensität steht die Stufe 0, womit bei einem politischen Akteur in der Gesamtschau eben kein Extremismus existiert. Es handelt sich demgemäß um eine demokratische Organisation. Indessen können auch in einer solchen Extremisten als Einzelne oder Gruppen jeweils Mitglieder sein, wofür es die unterschiedlichsten Gründe geben mag: Handelt es sich dabei um etablierte Parteien mit gesellschaftlichem Einfluss, so spielen häufig Motive im Bereich von Berufstätigkeiten bei extremistischen Personen eine Rolle. Hier handelt es sich dann um Einzelfälle ohne politische Relevanz. Es gibt aber auch kleinere extremistische Gruppen, die in größeren demokratischen Organisationen aktiv wirken. Sofern der damit einhergehende Einfluss noch nicht einmal ansatzweise von Bedeutung ist, ergeben sich daraus keine Konsequenzen für eine Einschätzung des unterwanderten Personenzusammenschlusses. Es stellt sich für diesen aber die Frage des Umgangs mit derartigen Aktivitäten von Extremisten.¹³

Als Beispiel dafür kann das Engagement von Linksextremisten kommunistischer Ausrichtung in Gewerkschaften gelten: Da sie sich als

¹³Um den Anmerkungsapparat nicht zu überladen, findet sich zu den jeweils folgenden Beispielen meist nur ein Literaturhinweis. Mitunter nennt der Autor eigene Publikationen, worin die konkrete Einschätzung näher begründet und belegt wurde.

politische Repräsentanten der Arbeiter ansehen, liegt ein Wirken in deren sozialer Interessenvertretung nahe. Denn hier kann bei Forderungen von Reformen im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik eine partielle Gemeinsamkeit ausgemacht werden. Sie soll dann in einem längerfristigen Prozess zunächst der Akzeptanz als politischem Bündnispartner und dann der Politisierung im kommunistischen Sinne dienen. Insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren betätigten sich einschlägige Linksextremisten in diesem Sinne in den Gewerkschaften, wobei sie diese häufig mit engagierter Betriebsarbeit mit der erwähnten Zielsetzung verbanden. Dabei gelang es DKP-Aktivisten mitunter auch Funktionen auf niedriger Ebene einzunehmen, während gegen Mitglieder der maoistischen K-Gruppen mit Ausschlüssen rigider vorgegangen wurde. Einen auch nur Einfluss von Relevanz auf die Gewerkschaften erlangten die Linksextremisten aber zu keiner Zeit.¹⁴

Ebenfalls exemplarisch für den Einfluss von Extremisten in nicht-extremistischen Organisationen steht das Engagement von Rechtsextremisten in den Vertriebenenverbänden. Letztere engagieren sich für die kulturellen und sozialen Belange der ehemaligen Bewohner der deutschen Ostgebiete vor 1945, wobei zumindest in den 1950er bis 1970er Jahren noch rigide Forderungen nach Grenzrevisionen gestellt wurden. Mit zunehmender zeitlicher Distanz gingen diese Tendenzen aber immer mehr zurück. Gleichwohl boten und bieten damit einhergehende politische Fragen einen Anknüpfungspunkt für rechtsextremistisches Engagement. Insofern bewegen sich bis in die Gegenwart immer wieder Akteure aus diesem politischen Lager auch im Kontext der Vertriebenen. Ein publizistisches Forum findet man etwa in der Wochenzeitung „Der Schlesier“. Indessen kann der Einfluss von Rechtsextremisten auf die Vertriebenenverbände in der Gesamtschau als marginal gelten. Mitunter wären aber sicherlich klarere Distanzierungen wünschenswert.¹⁵

¹⁴Vgl. Manfred Wilke/Hans-Peter Müller, SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1972, Köln 1990.

¹⁵Vgl. Jörg Kronauer, „Schlesien bleibt unser!“ Vertriebenenverbände und extreme Rechte, Münster 2011.

7. Stufe 1: Bedeutsame Extremismusteile in Organisationen

Als Stufe 1 der Extremismusintensität sollen hier Fälle gelten, wobei es um bedeutsame Extremismusteile in ansonsten als nicht-extremistisch geltenden Organisationen geht. Hier hat man es mit dem angedeuteten Problem der nur idealtypisch eindeutigen Unterscheidung von Demokratie und Extremismus zu tun. Es kann sehr wohl politisch identifizierbare Personenzusammenschlüsse geben, worin diverse Bereiche oder Flügel bei bestimmten ideologischen Gemeinsamkeiten doch hinsichtlich der Einstellung zu den Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates relevante Unterschiede aufweisen. Insofern existieren ebendort „Grauzonen“ oder „Übergangsbereiche“ zwischen Demokratie und Extremismus. Häufig handelt es sich bei den gemeinten Organisationen oder Parteien auch um politische Akteure in einem Entwicklungs- und Wandlungsprozess, der durch Konflikte um die jeweilige Ausrichtung geprägt ist und sich mitunter lang hinziehen kann. Dem extremistischen Teil kommt dabei aber eine hohe Bedeutung zu.

Als Beispiel für derartige Phänomene, die sich auch häufig mit guten Gründen kontrovers diskutieren lassen, kann die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) gelten. Sie entstand in Deutschland als Ableger einer Bewegung in der Türkei, welcher es dort um die Errichtung einer islamistischen Herrschaft bei gleichzeitiger Überwindung des säkularen Systems allerdings mittels eines gewaltfreien Weges ging. Einschlägige Auffassungen vertraten zunächst auch die Repräsentanten der IGMG in der Bundesrepublik Deutschland. Seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich indessen im öffentlichen Agieren ein Mäßigungsprozess ausmachen, welcher seit Beginn der 2000er Jahre noch einmal zunahm. Unklar und umstritten ist hier indessen, inwieweit diese Entwicklung mehr mit einem demokratischen Lernprozess oder strategischer Rücksichtnahme zu tun hat. Eine jüngere Generation drängt auf Reformen, ältere Repräsentanten plädieren für die Tradition. Deren Bedeutung spricht denn auch noch für die islamistische Ausrichtung der IGMG.¹⁶

¹⁶Vgl. hierzu die unterschiedlichen Auffassungen von Johannes Kandel, Islamismus in Deutschland. Zwischen Panikmache und Naivität, Freiburg 2011

Ebenfalls exemplarisch für bedeutsame Extremismusanteile in einer Organisation kann hier die ehemalige „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) und gegenwärtige Partei „Die Linke“ gelten. Sie entstammte sowohl bezogen auf die Entwicklung der Struktur wie einen Großteil der Mitglieder aus der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) als einer ehemals diktatorisch regierenden Partei. Im Laufe ihrer Entwicklung distanzierte sich „Die Linke“ ideologisch und organisatorisch von dieser Vergangenheit, wobei auch hier die Frage nach den Motiven mit den Deutungspolen „demokratischer Lernprozess“ und „strategische Rücksichtnahme“ kontrovers diskutiert wird. Unabhängig von den damit bestehenden Kontroversen gilt die Existenz von offen erkennbaren und politisch relevanten extremistischen Strukturen wie der „Kommunistischen Plattform“ oder „Sozialistischen Linken“ in der Partei als weitgehend unstrittig. Diese gelten im Selbstverständnis von „Die Linke“ als allgemein anerkannte und nicht nur geduldete Strömungen und Teile.¹⁷

8. Stufe 2: Offiziell normen- und systembejahende Formen

Auf der Stufe 2 der Extremismusintensität werden hier politische Bestrebungen eingeordnet, welche offiziell normen- und systembejahend agieren. Demnach bekennt man sich in der Außendarstellung gegenüber der Öffentlichkeit zu den Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates. Die einschlägigen Akteure nehmen dabei einen propagandistischen Rekurs auf Prinzipien und Werte wie Bürgerbeteiligung und Menschenrechte vor, um sich gerade als deren Protagonisten und Verteidiger gegenüber kritisierten oder verworfenen gesellschaftlichen Entwicklungen zu geben. Damit ähneln sie demokratisch ausgerichteten Protestbewegungen oder –parteien mit eher politisch randständigen Auffassungen. Insofern bedarf es bei der Einschätzung der als extremistisch geltenden politischen Bestrebungen einer differenzierten Analyse und sorgfälti-

und Wolfgang Schiffauer, Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs, Berlin 2010.

¹⁷Vgl. hierzu die unterschiedlichen Auffassungen von Eckhard Jesse/Jürgen P. lang, DIE LINKE – der smarte Extremismus eine deutschen Partei, München 2008 und Richard Stöss, Die Linke. Zur Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz, in: www.bpb.de (gelesen am 20. Januar 2014).

gen Begründung. Der entscheidende Gesichtspunkt ist hier, dass im angeblichen Namen von Demokratie und Menschenrechten deren Gültigkeit in Frage gestellt wird.

Als Beispiel dafür kann die niederländische „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) (Partei für die Freiheit) mit ihrem Vorsitzenden Geert Wilders gelten. Zu ihren primären Agitationsthemen gehört die Bekämpfung einer angeblichen „Islamisierung“ und die Forderung nach einem Einwanderungsstopp für Muslime, wobei die einschlägigen Auffassungen unter Berufung auf die individuelle Freiheit gegen den islamischen Fundamentalismus vorgetragen werden. Wilders betont offiziell, er habe etwas gegen den Islam als politische Ideologie, aber nichts gegen die Muslime als einzelne Individuen. Würde es sich hierbei um eine glaubwürdige Einstellung handeln, dann könnte man in der Tat nicht von einer rechtsextremistischen Ausrichtung sprechen. Indessen nimmt Wilders durch seine aggressive, beleidigende und hetzerische Agitation gerade nicht eine solche differenzierende Position ein. Seine seit 2013 bekannt gewordene Bereitschaft zur Kooperation mit Parteien wie dem französischen „Front National“ bestätigt darüber hinaus die vorgenommene politische Zuordnung.¹⁸

Exemplarisch für eine ähnliche Ausrichtung kann die „Pro-Bewegung“ in Deutschland gelten, welche sich wie die PVV gegen eine behauptete „Islamisierung“ wendet. Hierbei fordert man auch ein Verbot des Baus von Moscheen, was in dieser Pauschalität auf die Aufhebung des Rechts auf Religionsfreiheit für Muslime hinausläuft. Ähnlich wie Wilders beruft man sich dabei öffentlich auf liberale und westliche Werte. Dies unterstreichen die Akteure der „Pro-Bewegung“ noch durch pro-amerikanische und pro-israelische Bekenntnisse. Man nimmt dies angesichts der politischen Herkunft einiger der führenden Aktivisten erstaunt zur Kenntnis, entstammen sie doch aus ganz anders ausgerichteten früheren rechtsextremistischen Organisationen. In diesem Punkt besteht auch ein bedeutender Unterschied zur PVV. Gemeinsam ist beiden politischen Bestrebungen, dass sie durch ihre fremdenfeindliche Agitation aufgrund ihrer Negativ-Deutung des Is-

¹⁸Vgl. Claudio Curio, Die Feindbildkonstruktion des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18, Berlin 2009, S. 235-250.

lam alle Muslime als Gefahr für die von ihnen vorgeblich verteidigte Freiheit hinstellen.¹⁹

9. Stufe 3: Offen normenverneinende und systembejahende Formen

Als Stufe 3 sollen hier Fälle gelten, welche die Normen einer offenen Gesellschaft in Frage stellen, aber das System des demokratischen Verfassungsstaates bestehen lassen wollen. Letztendlich geht es den gemeinten Akteuren darum, die existierenden staatlichen Institutionen und Strukturen zu belassen. In ihnen sollen aber andere Inhalte und Normen die politischen Entwicklungen bestimmen. Die Besonderheit gegenüber einer demokratischen Alternative, die es ja durchaus auch geben kann, besteht in der letztendlichen Negierung der Normen und Prinzipien einer offenen Gesellschaft. Insofern hätte man es mit einer demokratischen und rechtsstaatlichen Hülle ohne entsprechendes Innenleben zu tun. Die auf dieser Stufe aktiven Extremisten wollen eine Revolution und einen Systemsturz vermeiden, sehen sie darin doch einen bedenklichen oder unrealistischen Weg. Eher streben sie eine Dominanz ihrer politischen Normen im öffentlichen Diskurs oder einen Wandel in der personellen Zusammensetzung entscheidender Funktionen in Gesellschaft und Staat an.

Als Beispiel für die erstgenannte Ausrichtung kann das „Institut für Staatspolitik“, ein sich als national-konservative „Denkfabrik“ verstehende Einrichtung, gelten. Ideologisch geprägt ist sie durch das Gedankengut der „Jungkonservativen“ bzw. der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik, der es seinerzeit als Ausdruck des „antidemokratischen Denkens“ um eine Ablösung der Republik durch ein neues Reich ging. Die gegenwärtigen Apologeten dieser Strömung vertreten hier aber offiziell eine gemäßigtere Position, streben sie doch eher die Etablierung bzw. Re-Etablierung eines Nationalstaates autoritärer Prägung auf der Basis bestehender Institutionen an. In eine damit einhergehenden Position, also nicht einer inhaltlichen, sondern einer strategischen Frage, sah die Führung des „Instituts für Staatspolitik“

¹⁹Vgl. Alexander Häusler (Hrsg.), Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008.

denn auch einen grundlegenden Unterschied zur NPD: Man wolle nicht wie diese Partei für eine revolutionäre Überwindung plädieren, halte man doch an der bestehenden politischen Ordnung fest, um darin politischen Einfluss zu erlangen.²⁰

Exemplarisch für eine ähnliche Positionierung steht die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die im Laufe ihrer Geschichte unterschiedliche Entwicklungswege ging. Unter dem Vorsitz von Jörg Haider und Heinz-Christian Strache nahm die ideologisch deutsch-nationalistische Ausrichtung in Kombination mit einer fremdenfeindlichen Positionierung stark zu. Dabei spielte insbesondere die Agitation gegen eine behauptete „Islamisierung“ und „Überfremdung“ eine bedeutende Rolle, wobei die hetzerische Dimension eindeutig die sachliche Problematisierung überlagerte. Gleichzeitig können bei hochrangigen FPÖ-Funktionären immer wieder pro-nationalsozialistische Kommentare ausgemacht werden. Öffentlich akzeptiert die Partei die Institutionen und Regeln des Parlamentarismus und Rechtsstaats, wendet sich aber mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus objektiv gegen deren Grundprinzipien und Normen. Mit dieser Einstellung steht die FPÖ auch beispielhaft für eine als „rechtspopulistisch“ geltende Parteienfamilie in Europa.²¹

10. Stufe 4: Offen normen- und systemverneinende legalistische Formen

Auf der Stufe 4 der Extremismusintensität werden hier politische Bestrebungen eingeordnet, welche offen sowohl normen- wie systemverneinende Positionen propagieren. Mitunter berufen sie sich formal auf Demokratie und Menschenrechte, aber auf Basis ihrer eigenen Ideologie im Sinne einer inhaltlichen Umdeutung. Dabei stellt man etwa ein identitäres gegen ein pluralistisches Demokratie- oder ein kollektivistisches gegen ein individualistisches Menschenrechtsverständnis. An-

²⁰Vgl. Armin Pfahl-Traughber, „Kulturrevolution von rechts“. Der intellektuelle Rechtsextremismus von der Konservativen Revolution“ zur „Neuen Rechten“, in: Holger Spöhr/Sarah Kolls (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Frankfurt/M. 2010, S. 45-59, hier S. 55.

²¹Vgl. Hans-Henning Scharsach, Strache. Im braunen Sumpf, Wien 2012.

sonsten lehnen Akteure auf dieser Stufe der Extremismusintensität das bestehende System des demokratischen Verfassungsstaates fundamental und rigoros ab. Dies machen Auffassungen mit einschlägigen ideologischen Positionierungen, aber auch Bekenntnisse zu diktatorischen politischen Systemen deutlich. Dabei nehmen die gemeinten extremistischen Bestrebungen aber eine legalistische Grundhaltung ein, d. h. sie halten sich – meist nicht aus inhaltlichen, sondern strategischen Gründen - an die bestehenden Gesetze und rufen nicht zur Gewaltanwendung auf.

Als Beispiel dafür kann die DKP gelten, welche sich seit ihrer Existenz als marxistisch-leninistische Partei verstand. Mitunter berief man sich agitatorisch auf das Grundgesetz, um etwa mit dem Hinweis auf die Sozialverpflichtung des Eigentums auch für eine Politik im Sinne ihres Sozialismusverständnisses einzutreten. Indessen sah die DKP das politische System der Bundesrepublik Deutschland immer als ein solches des zu überwindenden Kapitalismus an. Einschlägige Schritte sollten dabei nicht durch eine Reform, sondern durch eine Revolution erfolgen. Als deren Ziel galt und gilt die Etablierung einer politischen Ordnung im Sinne der früheren DDR in allenfalls marginal veränderter Form. Indessen sieht die DKP bei der Betrachtung der gegenwärtigen politischen und sozialen Situation durchaus ein, dass weder die gesellschaftliche Situation in Deutschland noch die politische Stärke der Partei eine Revolution als realistisches Handlungsmodell erscheinen lässt. Insofern hält man sich gegenwärtig an die geltenden Gesetze und lehnt eigene Gewalthandlungen ab.²²

Exemplarisch für eine ähnliche Orientierung steht im anderen Extremismusbereich die NPD, die seit Mitte der 1990er Jahre ihre politischen Positionen in Auffassungen und Handlungsweisen noch einmal verschärft hat. Einerseits sieht man das Grundgesetz als ein nicht legitimes Diktat der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs an und fordert die „Abwicklung“ des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Kontext erfolgte ein Bekenntnis zu einem „deutschen“ oder „völkischen Sozialismus“, womit man sich in die

²²Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) nach vierzig Jahren. Eine Bilanz zur Entwicklung des ehemaligen Interventionsapparates der SED, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008, Brühl 2008, S. 342-376.

ideologische Nähe zum historischen Nationalsozialismus stellt. Andererseits kooperiert die Partei ganz offen mit Teilen der Neonazi- und Skinhead-Szene im In- und Ausland und scheut damit nicht die Zusammenarbeit mit dem gewaltorientierten rechtsextremistischen Lager. Auch wenn sich auf der Führungsebene der NPD nicht wenige Personen mit Körperverletzungsdelikten finden, plädiert die Partei aus strategischen Gründen gegenwärtig für einen legalistischen Kurs über Wahlkandidaturen.²³

11. Stufe 5: Offen normen- und systemverneinende nicht-legalistische Formen

Die Stufe 5 der Extremismusintensität weist hinsichtlich der öffentlichen Positionierung der gemeinten politischen Bestrebungen viele Gemeinsamkeiten mit der zuvor genannten Stufe des Extremismus auf: Die Normen und Regeln einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates werden sehr deutlich abgelehnt. Auch hier bestehen in der Agitation inhaltliche Bezüge auf Demokratie und Menschenrechte, wobei man ebenfalls die Begriffe im eigenen ideologischen Sinne umdeutet und sich als Protagonisten der damit verbundenen Werte gibt. Es wird ebenso offen entweder die Etablierung eines diktatorischen Staates oder die Zerschlagung des existierenden Rechtsstaates eingefordert. Dabei bekundet und fordert man indessen den Bruch mit geltenden Gesetzen. Einschlägige Handlungen können, müssen aber nicht mit Gewalttaten im engeren Sinne einhergehen. Auf einer darunter liegenden Ebene besteht zunächst einmal nur eine Ablehnung der rechtsstaatlichen Prinzipien und ein Bekenntnis zu illegalen Handlungsformen.

Als Beispiel dafür können die Autonomen als linksextremistisch ausgerichtete Subkultur gelten. Sie halten die bestehende Gesellschaft und den existierenden Staat für ein „Schweinesystem“, das durch eine herrschaftslose Gesellschaft auf Basis individueller Freiheit überwunden werden soll. Damit einher geht ein Bekenntnis zur „Militanz“. Es meint zwar auch, aber nicht nur die Bereitschaft zur Gewaltanwen-

²³Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Der „zweite Frühling“ der NPD. Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Berlin-Sankt Augustin 2008.

dung. Ganz allgemein bedeutet diese Auffassung, dass die Autonomen die etablierten moralischen wie rechtlichen Normen der Gesellschaftsordnung nicht einhalten wollen. Einschlägige Handlungen unter der Ebene der direkten Gewaltanwendung bestehen etwa in der Besetzung von fremden Häusern oder der Durchführung von illegalen Demonstrationen. Angestrebte oder vorhandene „Freiräume“, also Einrichtungen oder Gegenden mit einer Dominanz der Szene, werden auch mit Gewalt erstritten oder verteidigt. Da dieser Handlungsstil auch als legitim und selbstverständlich angesehen wird, gehören die Autonomen ebenfalls mit zur nächsten Stufe.²⁴

Gleiches gilt für einen weiteren exemplarischen Fall für eine offen normen- und systemverneinende Form des Extremismus in Gestalt der Neonazi-Szene. Wie bereits die Bezeichnung deutlich macht, geht es deren Anhängern um ein Bekenntnis zu Ideologie und System des historischen Nationalsozialismus. Allenfalls kritisiert man daran marginale Aspekte wie etwa die Ausschaltung der angeblich „linken“ Nationalsozialisten oder die Missachtung der Eigenständigkeit europäischer Völker im Russlandfeldzug. Das Bekenntnis zum „Dritten Reich“ geht in der Neonazi-Szene aber nicht nur mit einer offenen Bejahung der NS-Diktatur als Alternativmodell für die Gegenwart einher. Man plädiert ebenfalls dafür, die Schwelle zur strafrechtlichen Relevanz von Handlungen zu überschreiten. Deutlich zeigt sich dies unterhalb der Ebene der Gewaltanwendung durch aggressive Hetze, die sich in Form der Holocaust-Leugnung, der NS-Verherrlichung oder der Volksverhetzung artikuliert. Hinzu kommt die Durchführung illegaler Demonstrationen oder Konzerte.²⁵

12. Stufe 6: Gewalttätigkeit gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge („Sachen“)

Ab der Stufe 6 der Extremismusintensität spielt das Ausmaß und der Grad der Gewaltanwendung eine herausragende Rolle. Hierbei handelt es sich durchweg auch um Formen des offen normen- und systemver-

²⁴Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 9-10/1998, S. 36-46.

²⁵Vgl. Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004.

neinenden Extremismus, aber mit der Bereitschaft zur Ausdehnung der nicht-legalen Handlungsweisen bis hin zur Gewaltanwendung. Letzteres meint das Ausüben eines Drucks mit dem Körper oder einem Mittel, als keine Handlungen im Sinne von Nötigungen etwa bei Besetzungs- und Blockadeaktionen. Kurzum, hier wird Gewalt in einem engeren Sinne definiert. Da einschlägige Handlungen ein moralisches und nicht nur ein rechtliches Tabu brechen, können Grenzen für das jeweilige Vorgehen unterschieden werden. Demgemäß richten sich Gewalttaten auf der hier angesprochenen Stufe der Extremismusintensität nicht gegen Personen, sondern gegen Sachen. Gemeint sind damit Einrichtungen und Fahrzeuge, die dem jeweiligen Feindbild der gemeinten extremistischen Bestrebung zugeordnet werden können.

Als Beispiel dafür können die Anschläge des „Freikorps Havelland“ zwischen 2003 und 2004 gegen Imbiss-Buden und -Wagen von Besitzern mit Migrationshintergrund in Brandenburg gelten. Bei den Akteuren handelte es sich um eine Gruppe von Jugendlichen, die sich selbst in einem fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Sinne radikalisiert hatte. Sie wollten Ausländer aus der eigenen Region, aber letztendlich auch aus dem Land vertreiben. Zu diesem Zweck führte man einschlägige Aktionen mit Sprengstoff gegen mehrere Einrichtungen und Fahrzeuge durch. Dies geschah immer mitten in der Nacht, wollten die Aktivisten des „Freikorps Havelland“ doch die Besitzer nicht körperlich verletzen. Ganz bewusst begrenzte man somit die Gewaltauswirkung auf „Sachen“. Indessen sollten diese Anschläge den Inhabern der Buden und Wagen die ökonomische Existenzgrundlage rauben, damit sie ihr bisheriges Wirkungsumfeld hätten verlassen müssen. Eine direkte körperliche Schädigung beabsichtigten die Aktivisten des „Freikorps Havelland“ indessen nicht.²⁶

Die bereits erwähnten linksextremistischen Autonomen sehen im Rahmen ihres „Militanz“-Verständnisses auch in der Gewaltanwendung ein legitimes Mittel ihres politischen Kampfes, wollen es aber offiziell auf Handlungen nicht gegen Personen, sondern gegen Sachen

²⁶Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Gibt es eine „Braune Armee Fraktion“? Entwicklung und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus in Deutschland, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2006/2007, Frankfurt/M. 2007, S. 147-162, hier S.153f.

begrenzt sehen. Dafür stehen unterschiedliche Vorgehensweisen: Es kommt bei Demonstrationen zu Steinwürfen gegen die Glasfront bestimmter Unternehmen oder zu Zerstörungen von Fahrzeugen der Polizei. Außerdem führen Autonome klandestin vorbereitete Anschläge gegen Einrichtungen mit Brandsätzen oder Sprengstoffen durch. Insbesondere bei den letztgenannten Aktionen achtet man darauf, dass keine Personen getötet oder verletzt werden. Dies geschieht aber in erster Linie aufgrund der Problematik der „Vermittlung“, will man doch mit den Gewaltakten zumindest im Umfeld gewisse Zustimmung auslösen. Bei Demonstrationen wird die erwähnte Grenze indessen häufig überschritten, wofür etwa gezielte Angriffe oder Steinwürfe gegen Polizeibeamte stehen.²⁷

13. Stufe 7: Gewalttätigkeit gegen Personen ohne Tötungsabsicht

Mit der Stufe 7 der Extremismusintensität, die in der Gewalttätigkeit gegen Personen ohne Tötungsabsicht besteht, ist die Nähe zum Terrorismus erreicht. Indessen kann es auch solche Handlungen unterhalb dieser Schwelle geben, sofern sie aus einer Gelegenheit eher spontanen oder zufälligen Charakters heraus entstehen. Dazu gehören auch die letztgenannten Handlungen von Autonomen. Mit den hier aber eigentlich angesprochenen Gewalttätigkeiten gegen Personen ohne Tötungsabsicht sollen in erster Linie solche mit terroristischem Hintergrund gemeint sein. Sie lassen sich von den anderen Akten dadurch unterscheiden, dass man es hier mit einem festeren Personenkreis von Handelnden, einem höheren Maß an Planung und Strategie und dem vehementen Wunsch nach Kommunikation mit der Tat zu tun hat. Gerade dieser letztgenannte Punkt der Vermittlung eines solchen Vorgehens in die ganze Bevölkerung oder nur die Szene hinein, erklärt dann häufig auch eine Begrenzung der Gewaltanwendung gegen Personen eben ohne Tötungsabsicht.

Auch hier können als Beispiel die linksextremistischen Autonomen genannt werden. Da es sich um eine subkulturell geprägte Bewegung

²⁷Vgl. Sebastian Haunss, Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 169-190.

handelt, gibt es ebendort auch unterschiedliche Handlungsoptionen. Während meist Gewaltanwendung offiziell nur gegen „Sachen“ legitimiert wird, gibt es in bestimmten Fällen sehr wohl auch gezielte Gewalthandlungen gegen Personen. Dazu gehören insbesondere Polizeibeamte, die primär bei Demonstrationen angegriffen werden. Hierbei handelt es sich keineswegs nur um spontane Handlungen aus einer Konfliktsituation heraus. Bei der Betrachtung von Internet-Einstellungen, Publikationsorganen oder Spukies der Autonomen-Szene kann man in Aufrufen, Bildern und Zeichnungen immer wieder auch die Neigung zu offensiven Angriffen auf Polizisten feststellen. Hierbei bestehen offenkundig keine Hemmungen, den Betroffenen erhebliche Körperverletzungen beizubringen. Eine Ermordung beabsichtigen diese Aktivisten aber nicht, da eine solche Handlung gesellschaftlich und scene-intern nicht vermittelbar wäre.²⁸

Exemplarisch für Gewalthandlungen ohne Tötungsabsicht stehen auch die „Knieschuss-Operationen“ der linksterroristischen „Revolutionären Zellen“ (RZ) der 1980er Jahre. In Anlehnung an einschlägige Aktivitäten der ebenfalls linksterroristischen „Roten Brigaden“ in Italien, ging man mit Schüssen in die Beine von Behördenleitern oder Richtern vor. Absicht war es jeweils, die gemeinten Personen erheblich körperlich zu verletzen. Deren Ermordung oder Tötung strebte man aus den strategischen Gründen der Vermittelbarkeit nicht an. In einem Fall führte aber ein solches Vorgehen gegen einen Minister zu dessen Tod, da der Schütze seine Waffe zu hoch gehalten hatte. Angesichts der Folgen ist die Frage, ob eine solche Handlung beabsichtigt oder unbeabsichtigt geschah, unerheblich. Für die Einschätzung der Strategie eines extremistischen bzw. terroristischen Akteurs muss dieser Besonderheit aber durchaus Aufmerksamkeit eingeräumt werden. Hieraus ergeben sich wichtige Rückschlüsse auf die Besonderheiten der Handlungsoptionen.²⁹

²⁸Darüber informieren regelmäßig die einschlägigen Kapitel in den Verfassungsschutzjahresberichten.

²⁹Vgl. Johannes Wörle, Erdung durch Netzwerkstruktur? *Revolutionäre Zellen in Deutschland*, in: Alexander S Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien, Wiesbaden 2008, S. 257-273.

14. Stufe 8: Gewalttätigkeit mit einkalkulierter Tötung

Der letztgenannte Fall kann auch der Stufe 8 der Extremismusintensität zugeordnet werden, geht es dabei doch um Gewalttätigkeiten mit einkalkulierter Tötung. Bei den erwähnten Anschlägen gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge als „Sachen“ achten die Täter meist besonders darauf, dass keine Personen durch Körperverletzungen zu Schaden kommen. Hierfür stehen etwa Aktionen gegen leerstehende Gebäude oder während später Nachtstunden. Die Gründe dafür sind meist in erster Linie in strategischer Rücksichtnahme zu sehen. Diese spielen für die hier gemeinte Stufe der Extremismusintensität, also Gewalthandlungen mit einkalkulierter Tötung, keine Rolle. Die jeweiligen Akteure beabsichtigen nicht die gezielte Ermordung einzelner Personen. Für sie stellt es aber auch kein gewichtiges Problem dar, wenn bei ihren Handlungen auch Menschen zu Tode kommen. Bei der Planung eines Anschlags können die Gewalttäter hinsichtlich der Rahmenbedingungen solche Möglichkeiten erwägen, was aber gerade hier nicht der Fall ist.

Als Beispiel dafür können die Aktivitäten der linksterroristischen „Bewegung 2. Juni“ in den 1970er Jahren gelten: In einem Fall deponierte man 1972 eine Bombe in einem britischen Yachtclub in Berlin, um damit gegen die blutige Niederschlagung von Demonstrationen in Nordirland zu demonstrieren. Der Zeitzünder funktionierte dabei aber nicht, so dass es nicht zu einer Explosion kam. Ein Bootsbauer untersuchte am nächsten Tag den getarnten Sprengsatz und löste ihn dabei unbeabsichtigt mit tödlichen Folgen aus. In einem anderen Fall planten Aktivisten der „Bewegung 2. Juni“ die Entführung von Günter von Drenkmann, dem Präsidenten des Berliner Kammergerichts, um inhaftierte Terroristen freizupressen. Da sich dieser dagegen in seiner Wohnung heftig wehrte, kam es im Laufe der Auseinandersetzung zu dessen Tötung. In beiden Fällen hatte man derartige Folgen nicht beabsichtigt, gleichwohl handelte es sich um mögliche Konsequenzen eines solchen Vorgehens. In der Ermordung von Menschen sah die „Bewegung 2. Juni“ eigentlich keine akzeptable Strategie.³⁰

³⁰Vgl. Lutz Korndörfer, Terroristische Alternative in der BRD: Die Bewegung 2. Juni, in: Straßner (Hrsg.), Sozialrevolutionärer Terrorismus (Anm. 29), S. 237-256.

Exemplarisch für Gewalttätigkeit mit einkalkulierter Tötung stehen im Rechtsterrorismus die „Deutschen Aktionsgruppen“, die 1980 zwei Brand- und fünf Sprengstoffanschläge durchführten. Sie richteten sich gegen ein Landratsamt aufgrund einer dort gezeigten Auschwitz-Ausstellung und gegen das Wohnhaus des dafür verantwortlichen Landrats. Dem schlossen sich gewalttätige Aktionen gegen mehrere Unterkünfte für Asylbewerber an, wobei zwei Vietnamesen getötet wurden. Letzteres geschah nicht beabsichtigt und gezielt, gleichwohl kalkultierten die Täter solche Folgen ein. Bereits zuvor war es bei zwei Anschlägen zu Verletzungen zweier Asylbewerber und zweier Krankenschwestern gekommen. Insbesondere die letztgenannten Folgen passten nicht in das ideologische und strategische Konzept der Gruppe. Auch wenn man die Tötungen und Verletzungen der Asylbewerber nicht konkret plante, standen sie gleichwohl für eine mögliche Konsequenz eines Vorgehens mit Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen und Wohngebäude.³¹

15. Stufe 9: Gewalttätigkeit mit bewusster Mordabsicht

Auf der Stufe 9 der Extremismusintensität hat man es demgegenüber mit einer gezielten und nicht nur einer zufälligen Tötung von Menschen zu tun. Insofern handelt es sich hier jeweils auch um bewusste Mordabsichten. Derartiges Agieren wird allgemein mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht. Indessen haben die obigen Ausführungen deutlich gemacht, dass nicht jede terroristische Gruppe genau zu diesem Mittel greifen muss. Attentate auf konkrete Personen sind sogar in der Geschichte des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland eher die Ausnahme. Demgegenüber dominieren Anschläge auf Einrichtungen mit eher unbeabsichtigten Tötungen. Auch die Erschießung von Polizisten, die um der Flucht vor einer Verhaftung willen erfolgten, stellen in einem engeren Sinne des Begriffs keine Morde dar. Insofern muss eine terroristische Gruppe hinsichtlich ihrer Gewaltintensität besonders ausgeprägt entwickelt sein, will sie zu dieser auch nicht nur in der breiteren Gesellschaft, sondern auch im eigenen politischen Umfeld nur schwer vermittelbaren Methode greifen.

³¹Vgl. Bernhard Rabert, Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute, Bonn 1995, S. 273-288.

Beispielhaft dafür steht die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) im Linksterrorismus, wobei die Gruppe eben nicht von Beginn an auf Mord als Mittel des „bewaffneten Kampfes“ setzte. Zunächst beschränkten sich ihre Anschläge auf Einrichtungen oder Fahrzeuge, eher unbeabsichtigt wurden dabei auch Menschen getötet oder verletzt. Für ein weitergehendes Agieren befürchtete man einen Akzeptanzverlust im eigenen politischen Umfeld. Erst in einer bestimmten Situation, die mit der Inhaftierung der Gründergeneration der RAF verbunden war, änderte sich diese Einstellung. Um die Gefangenen freizupressen, überfielen Aktivisten der Gruppe 1975 die bundesdeutsche Botschaft in Stockholm. Dabei drohte man, die dort festgesetzten Geisel zu erschießen, sofern die Inhaftierten nicht entlassen würden. Genau dies geschah auch in einem Fall. Ab 1977 ging die RAF zur gezielten Mordpolitik über, wobei ein Bankier, ein Generalbundesanwalt und ein Industrieller ermordet wurden. Damit wollte man den politischen Drucks auf die Regierung zur Freilassung der Inhaftierten erhöhen.³²

Exemplarisch für Gewalttätigkeit im Rechtsterrorismus mit bewusster Mordabsicht steht der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU). Die damit gemeinte Gruppe bzw. Zelle von drei Neonazis, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe, beging zwischen 2000 und 2007 zehn Morde, die sich in neun Fällen gegen Gewerbetreibende mit Migrationshintergrund und in einem Fall gegen eine Polizistin richteten. Hierbei bereiteten die Akteure ihre Taten genau vor, wovon etwa später aufgefundene Einträge auf Straßenkarten zeugen. Darüber hinaus standen die Mörder ihren Opfern von Angesicht zu Angesicht gegenüber, schoss man diesen doch in der Regel zwei oder mehrere Kugeln direkt in den Kopf. Gerade diese geplante und gezielte Ermordung von Menschen, die in Serie aus einer solchen Situation heraus erfolgte, hatte es zuvor in der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus noch nicht gegeben. Als Ausnahme kann die 1980 erfolgte Ermordung eines jüdischen Verlegers und seiner Lebensgefährtin durch einen neonazistischen Einzeltäter gelten.³³

³²Vgl. Willi Winkler, Die Geschichte der RAF, Berlin 2005.

³³Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die neue Dimension des Rechtsterrorismus. Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), Brühl 2012, S. 58-101.

16. Stufe 10: Gewalttätigkeit mit Massenmordabsicht

Und schließlich soll als höchste und letzte Stufe 10 der Extremismusintensität die Gewalttätigkeit mit Massenmordabsicht gelten. Bei der vorgenannten Gewalttätigkeit mit bewusster Mordabsicht geht es meist um die Tötung einer einzelnen Person oder allenfalls einiger weniger Personen, wobei diese auch dem Täter zuvor persönlich bekannt sind und als Symbol für etwas stehen. Die hier gemeinte Gewalttätigkeit mit Massenmordabsicht richtet sich nicht geplant gegen konkrete Individuen, sondern gegen zufällig Präsenze. Sie können, müssen aber nicht einer besonderen ethnischen, politischen, religiösen oder sozialen Gruppe angehören. Mitunter ist deren Ermordung auch die Folge eines Anschlags auf eine Einrichtung oder ein Verkehrsmittel, worin sich jeweils eine Fülle den Gewalttätern nicht bekannten Personen befinden. Auch wenn deren Agieren hauptsächlich gegen diese Objekte gerichtet ist, schließt die gezielte Tötung der darin Präsenzen ein. Derartige Handlungen gehen somit über das schlichte Einkalkulieren von möglichen Toten hinaus.

Als bislang einziges Beispiel für Gewalttätigkeiten mit Massenmordabsicht auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland kann der „Oktoberfest-Anschlag“ vom 26. Oktober 1980 in München gelten. Seinerzeit hatte der Neonazi Gundolf Köhler ebendort eine Bombe deponiert, welche zu früh explodierte und ihn selbst mit in den Tod riss. Darüber hinaus starben zwölf, dort zufällig anwesende Personen und mehr als 200 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Bis heute gilt dieses Ereignis als der mit Abstand opferreichste Anschlag in der Geschichte des Landes. Ob es sich bei dieser Tat um das Agieren eines psychisch verirrten Einzeltäters handelte, worin die offizielle Sicht der Ereignisse besteht, oder um das Wirken einer Gruppe mit politischen Absichten, was journalistische Rechercheergebnisse vermuten, ist bis heute ungeklärt. Auch passt die Opfergruppe – zufällig anwesende deutsche Staatsbürger – nicht in das ideologische Feindbild-Konzept von Rechtsextremisten. Gleichwohl handelte es sich hier um den Massenmordversuch eines Neonazis.³⁴

³⁴Vgl. als von der offiziellen Deutung abweichende Darstellungen: Ulrich Chaussy, Oktoberfest. Ein Attentat, Darmstadt/Neuwied 1985; Tobias von Heymann, Die Oktoberfestbombe: München 26. September 1980, Berlin 2008,

Der sicherlich weltweit bekannteste Fall eines derartigen terroristischen Vorgehens kann in den Anschlägen islamistischer Terroristen am 11. September 2001 gesehen werden. An diesem Tag brachten 19 Aktivisten der „Al-Qaida“ vier Passagiermaschinen in den USA in ihre Gewalt und steuerten sie in einem Fall auf das Pentagon und in zwei Fällen auf das World Trade Center. Das vierte Flugzeug sollte wohlmöglich auf das Weiße Haus stürzen, wurde aber durch das Engagement von Passagieren zuvor zum Absturz gebracht. Insofern bildeten Symbole der US-amerikanischen Politik und Wirtschaft die Angriffsziele der Terroristen. Durch die benannten Handlungen wurden etwa 3.000 Menschen getötet, womit es sich um den opferreichsten Anschlag in der Geschichte handelte. Die Attentäter hatten dabei selbst ihren Tod einkalkuliert, wäre doch ansonsten eine Unternehmung mit dieser Dimension nicht möglich gewesen. Derartige Selbstmordattentate mit einer solch großen Opferdimension findet man nicht nur, aber vor allem im islamistischen Terrorismus.³⁵

17. Exkurs: „Extremismusintensität“ und „Gefahrenpotential“ als Kategorien

Das vorstehende Stufen-Modell der Extremismusintensität erlaubt es, eine politische Bestrebung hinsichtlich des Grades ihrer Abweichung von den Normen und Regeln offener Gesellschaften und demokratischer Verfassungsstaaten einzuschätzen: Je höher die erreichte Stufe, desto stärker der entwickelte Extremismus. Aus dieser Bewertung ergeben sich auch Erkenntnisse für die Einschätzung des jeweiligen Gefahrenpotentials. Indessen geht es hier um eine andere Kategorie für Analyse und Bewertung, wenngleich dabei durchaus Gemeinsamkeiten, aber ebenso Unterschiede bestehen. Letztere ergeben sich daraus, dass die Kategorie „Gefahrenpotential“ im Kontext des Extremismus zwei unterschiedliche Ebenen hat: „Gewalt“ bezieht sich auf das Ausmaß einschlägiger Handlungen hinsichtlich der Folgen für Personen und Sachen. „Politik“ meint die Akzeptanz bzw. Wirkung des extremistischen Akteurs in die Gesellschaft hinein. Die Höhe der Extre-

worin zahlreiche gegenteilige Indizien und Überlegungen vorgetragen werden – allerdings ohne eine belegbare Gegendarstellung präsentieren zu können.

³⁵Vgl. Bernd Greiner, 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011.

mismusintensität führt hier für beide Ebenen meist zu genau entgegengesetzten Ausmaßen des Gefahrenpotentials:

Für die Ebene der „Gewalt“ gilt in der Tat, dass mit der Einstufung jeweiliger Handlungen auf einer relativ hohen Stufe auch relativ hohe Wirkungen verbunden sind. Die Stufe 10 „Gewalttätigkeit mit Massenmordabsicht“ steht für ein höheres Gefahrenpotential als die Stufe 6 „Gewalttätigkeit gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge („Sachen“)“. Dabei geht es primär um die körperlichen Folgen einschlägiger Handlungen, die im erstgenannten Fall zum Tod von vielen Menschen führen würden. Anders verhält es sich indessen auf der Ebene der „Politik“: Hier findet die Akzeptanz bzw. das Hineinwirken des extremistischen Akteurs in der bzw. in die breitere Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit. Bestehen nur geringe Einstellungspotentiale in der Bevölkerung zugunsten einer extremistischen Ideologie und kann von einer relativ stark sozial verankerten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgegangen werden, finden offiziell normen- und systembejahende Formen der Stufe 2 größere Akzeptanz als offen normen- und systemverneinende Formen der Stufe 4.³⁶

Demnach besteht hier folgender Kontext: Je geringer die Extremismusintensität, desto höher das Gefahrenpotential. Gemäßigte Formen des Extremismus können viel leichter auf gesellschaftliche Akzeptanz treffen als scharfe Formen des Extremismus. Dies gilt bezogen auf den Bereich „Politik“ auch für gewalttätige extremistische Bestrebungen: Je geringer das Ausmaß einschlägiger Handlungen, desto höher ist die soziale Wertschätzung. Insofern können terroristische Gruppen, die sich auf Anschläge gegen Einrichtungen beschränken, auf eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz hoffen, als terroristische Gruppen, die auf Morde an Einzelpersonen setzen.³⁷ Eine noch so brutale Ge-

³⁶So können etwa Parteien auf der Stufe 2 wie die FPÖ in Österreich als auch landesweit etablierte Wahlpartei gelten, während Parteien auf der Stufe 4 wie die NPD in Deutschland allenfalls regional und zeitlich beschränkt Wahlerfolge verbuchen können.

³⁷Dafür stehen etwa die RZ als im Selbstverständnis „populäre Guerilla“, die ihre Anschläge um der Akzeptanz in der Gesellschaft oder zumindest im Umfeld willen mit relativ geringer Gewaltintensität durchführten. Demgegenüber lösten die geplanten und gezielten Morde der sich häufig elitär gebenden RAF nicht nur bei der Bevölkerung allgemein Distanz und Verurteilungen, sondern

walstatt mit vielen Todesopfern gefährdet nicht allein die Existenz einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates. Derartige Folgen dürfte ein extremistischer Akteur nur dann auslösen, wenn es ihm gelingt, mit seinen Auffassungen und Handlungen in der Breite der Gesellschaft und Politik größere Akzeptanz und Zustimmung auszulösen.

18. Schlusswort und Zusammenfassung

Das vorstehende Modell mit zehn Stufen der Extremismusintensität versteht sich ausdrücklich als abstrakt und idealtypisch, wobei diese Hervorhebung auf zwei methodische Probleme reagieren will: Hinsichtlich der Bestrebungen auf den ersten Stufen können immer wieder Differenzen bei der Einschätzung der gemeinten Phänomene ausgemacht werden.³⁸ Insbesondere gegenüber politischen Akteuren, die im Bereich der „Grauzone“ von Demokratie und Extremismus zu verorten sind, kommt es je nach der Nutzung von Kriterien zu Differenzen bei der Einschätzung in die eine oder andere Stufe. Solche Unterschiede bestehen aber auch meist unabhängig von der Frage einer Stufen-Einordnung. Es handelt sich auch um idealtypische Kategorien, die nicht den Anspruch auf eine grundlegend immer eindeutige und zweifelsfreie Zuordnung erheben. Außerdem können extremistische Akteure sich nach ihrer allgemeinen Entwicklung in andere Stufen

auch in Sympathisantenkreisen mitunter Kritik und Vorbehalte aus. Während somit das Gefahrenpotential der RAF auf der Ebene „Gewalt“ höher war, war das Gefahrenpotential der RZ auf der Ebene „Politik“ höher.

³⁸Dies gilt etwa für die FPÖ, die Pro-Parteien oder die PVV, die mitunter in der Fachliteratur nicht als rechtsextremistisch, sondern als rechtspopulistisch eingeschätzt werden. Das konkrete Verhältnis zu den Normen und Regeln demokratischer Verfassungsstaaten wird dabei meist von den Autoren nicht näher erörtert.

hinein bewegen³⁹ oder nach unterschiedlichem Handlungsstil verschiedenen Stufen zugeordnet werden.⁴⁰

Unabhängig von damit einhergehenden Differenzen unter den jeweiligen Analytikern und Schwierigkeiten der Zuordnung in einzelnen Fällen gestattet es das beschriebene und erläuterte Stufen-Modell, extremistische Akteure nach einer Untersuchung von Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung nach den folgenden Intensitätsgraden einzuordnen: 0 = Einzelne Extremisten in demokratischen Organisationen, 1 = Bedeutsame Extremismusanteile in Organisationen, 2 = Offizielle normen- und systembejahende Formen, 3 = Offen normenverneinende und systembejahende Formen, 4 = Offen normen- und systemverneinende legalistische Formen, 5 = Offen normen- und systemverneinende nicht-legalistische Formen, 6 = Gewalttätigkeit gegen Einrichtungen oder Fahrzeuge („Sachen“), 7 = Gewalttätigkeit gegen Personen ohne Tötungsabsicht, 8 = Gewalttätigkeit gegen Personen mit einkalkulierter Tötung, 9 = Gewalttätigkeit gegen Personen mit bewusster Mordabsicht und 10 = Gewalttätigkeit gegen Personen mit Massenmordabsicht.

Damit liegt ein analytisches Instrumentarium und Raster vor, welches einzelne Akteure im Spektrum des politischen Extremismus differenziert einschätzen und zuordnen kann. Allein dadurch zeigt sich auch: Die Extremismusforschung und -theorie nimmt keineswegs pauschale Gleichsetzung vor, sondern untersucht differenziert die jeweiligen Phänomene. Ganz in diesem Sinne hat sich die von Jesse für den Parteienbereich vorgenommene Unterscheidung von einem „harten“ und „weichen“ Extremismus als nützlich und sinnvoll erwiesen. Allerdings müsste sie noch viel stärker ausdifferenziert werden, wozu das vorstehende Stufen-Modell dienen kann. Es erlaubt eine viel genauere Er-

³⁹Beispielhaft dafür sei eine Partei aus dem Ausland genannt: Die Kommunistische Partei Italiens gehörte in den 1950er Jahren zu den offen normen- und systemverneinenden Formen des Extremismus und ist heute nach namentlichen Umbenennungen und politischem Wandel eine demokratische Partei. Demnach entwickelte sie sich in sechs Jahrzehnten von der Stufe 4 auf die Stufe 0.

⁴⁰Exemplarisch gilt dies etwa für die Autonomen, die oben in drei Stufen genannt wurden. Dies hängt damit zusammen, dass Teile dieser linksextremistischen Subkultur mal nur eine Systemfeindlichkeit bekunden, mal Gewalt gegen „Sachen“ legitimieren, mal Gewalt gegen Personen praktizieren.

fassung der jeweiligen politischen Akteure über die erwähnte zweidimensionale Perspektive hinaus. Außerdem können so auch aktions- und gewaltorientierte Formen des Extremismus analytisch und typologisch genauer erfasst werden. Der Erkenntnisgewinn des Stufenmodells ergibt sich aber erst in der Praxis, wozu die Forschung hiermit eingeladen ist.

Geschichtspolitik in der vergleichenden Extremismus- und Diktaturforschung. Bestandsaufnahme, Desiderate und Perspektiven

Manuel Becker

1. Einleitung und Fragestellung

Forschungen zum Themenfeld Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte erfreuen sich in den Kultur- und Sozialwissenschaften seit beinahe drei Jahrzehnten einer kaum zu übersehenden Forschungskonjunktur. Die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann hat das Gedächtnis als eine Art „postsäkulares Paradigma“¹ bezeichnet. Die heutige Forschergeneration wird von dem amerikanischen Historiker Jay Winter als „Generation der Erinnerung“² apostrophiert. Alon Confino und Peter Fritzsche sprechen sogar von einer regelrechten wissenschaftlichen „Obsession“³ für die Modethemen Gedächtnis, Erinnerung und Geschichte. Die Politikwissenschaft hat in den vergangenen Jahren unter dem Schlagwort „Geschichtspolitik“ Anschluss an diesen Diskurs gefunden. Die Kulturwissenschaften sind in der begrifflichen Schärfung und methodischen Fundierung des besagten Themenfelds bereits weit fortgeschritten. Es scheint ein Spezifikum gerade der deutschen Kulturwissenschaften zu sein, dass sie im Gegensatz zu den angloamerikanischen *cultural studies* eine gewisse Distanz zum Politischen pflegen und sich weitestgehend als unpolitisches Unternehmen verstehen.⁴

¹ Aleida Assmann, Gedächtnis als Leitbegriff der Kulturwissenschaften, in: Lutz Musner/Gotthart Wunberg (Hrsg.), Kulturwissenschaften. Forschung, Praxis, Positionen, 2. Auflage, Freiburg 2003, S. 27-47, hier S. 27.

² Jay Winter, Die Generation der Erinnerung. Reflexionen über den „Memory-Boom“ in der zeithistorischen Forschung, in: Werkstatt Geschichte 30 (2001), S. 5-16.

³ Alon Confino/Peter Fritzsche, Introduction. Noises of the Past, in: Alon Confino/Peter Fritzsche (Hrsg.), The Work of Memory. New Directions in the Study of German Society and Culture, Chicago 2002, S. 1-21, hier S. 1.

⁴ Vgl. Aleida Assmann, Cultural Studies and Historical Memories, in: Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften (Hrsg.), The Contemporary Study of Culture, Wien 1999, S. 85-99, hier S. 91; Lutz Musner, Locating Culture in the US and Central Europe. A Transatlantic Perspective on Cultural Studies, in: Cultural Studies 13 (1999) 4, S. 577-590, hier S. 580.

Ob dies, wie oft angenommen wird, mit der geistesgeschichtlichen Tradition der Politikferne deutscher Intellektueller zusammenhängt,⁵ sei dahingestellt – fest steht, dass dezidiert politikwissenschaftliche Analysen in kulturwissenschaftlichen Sammelwerken ignoriert werden. So ist es bezeichnend, dass in der Rubrik „Forschungsgebiete“ des interdisziplinären Handbuchs „Gedächtnis und Erinnerung“ zwar die Geschichtswissenschaft, die Philosophie, die Soziologie, die Literaturwissenschaft und sogar die Sparten Biografieforschung, Traditionsforschung, Geschlechterforschung und Generationenforschung vertreten sind, die Politikwissenschaft aber fehlt.⁶

Der Soziologe Oliver Marchart hat die Kulturwissenschaften zur Entwicklung einer politischen Theorie kollektiver Erinnerung aufgerufen.⁷ Die politische Dimension wird nach wie vor nicht in ausreichendem Maße von den deutschsprachigen Kulturwissenschaften bedient. Es besteht eine grundlegende Schieflage zwischen der steigenden Anzahl empirischer Einzeluntersuchungen und der theoretisch-methodischen Auseinandersetzung mit Geschichtspolitik.

Politikwissenschaftlich gilt Geschichtspolitik als kulturelle oder strategische Bezugnahme auf die Vergangenheit durch politische Akteure. Es lässt sich eine Ebene, auf der der Zugriff auf die Geschichte als Element des politischen Handelns *instrumentell* erfolgt, von einer weiteren Ebene abgrenzen, auf der der Zugriff auf die Geschichte als Element des politischen Handelns *materiell* erfolgt. Der Ebene des instrumentellen Zugriffs auf Geschichte kann als erstes Feld die „Geschichte als Argument“ zugeordnet werden, d.h. die Historie wird von einem politischen Akteur affirmativ oder negativ in einen politischen Argumentationszusammenhang eingebunden.

Auf der Ebene des materiellen Zugriffs auf die Geschichte sind die beiden Felder Vergangenheitspolitik und Erinnerungspolitik angesie-

⁵ Vgl. dazu Wolf Lepenies, Kultur und Politik. Deutsche Geschichten, Bonn 2006, S. 40-48.

⁶ Christian Gudehus u.a. (Hrsg.), Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch, Stuttgart 2010.

⁷ Vgl. Oliver Marchart, Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Christian Gerbel u.a. (Hrsg.), Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur „Gedächtnisgeschichte“ der Zweiten Republik, Wien 2005, S. 21-49.

delt. Beide Felder eint, dass es in ihnen um die konkrete Durchsetzung praktisch-politischer Maßnahmen, die die Vergangenheit betreffen, geht: Die Geschichte ist jeweils der konkrete Gegenstand des politischen Handelns. Hinsichtlich des Faktors Zeit und in Bezug auf ihre inhaltliche Ausgestaltung sind die beiden Felder allerdings voneinander zu unterscheiden. Das Feld der Vergangenheitspolitik umfasst alle diejenigen Handlungen, die sich auf die unmittelbare Abwicklung eines früheren Regimes im Rahmen eines Transformationsprozesses beziehen. Das Feld der Erinnerungspolitik ist weiter gefasst. Es umfasst auch in der längerfristigen zeitlichen Perspektive alle politischen Entscheidungen, die sich auf die Erinnerung eines Gemeinwesens beziehen. Die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen Vergangenheits- und Erinnerungspolitik ergibt sich daraus, dass beide Formen von Geschichtspolitik unterschiedlichen Handlungslogiken folgen, die in funktioneller Hinsicht stark voneinander abweichen.⁸

Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die vergleichende Extremismus- und Diktaturforschung? Es dürfte unbestritten sein, dass historische Bezugnahmen, Deutungen und Interpretationen für die extremistische Gedankenwelt, sei es in deren Bewegungsphase, sei es in deren Machtphase eine bedeutende Rolle spielen. Wie funktioniert der extremistische Rekurs auf die Historie? Welche konkreten Muster lassen sich entschlüsseln? Inwiefern ähneln oder unterscheiden sich dabei rechts- und linksextremistische Modi und Handlungsmotive? Ist es der Forschung gelungen, für dergleichen Mechanismen und Funktionsweisen überzeugende, theoretisch fundierte und methodisch reflektierte Konzepte zu entwickeln?

Diesen Fragen sollen die folgenden Ausführungen nachgehen. Dabei gilt es zunächst, einige geschichtspolitische Strategien und Argumentationsmuster von Rechtsextremisten (2.) und Linksextremisten (3.) auf der Grundlage empirischer Beispiele zu analysieren. In einem weiteren Schritt erfolgen eine Zusammenfassung der wenigen in der Forschung existierenden Konzepte sowie der Hinweis auf das für diesen Bereich nach wie vor bestehende Forschungsdesiderat (4.). Der zweite Teil des Aufsatzes leitet zur Geschichtspolitik von Diktaturen als Ext-

⁸ Vgl. dazu ausführlich Manuel Becker, *Geschichtspolitik in der „Berliner Republik“*. Konzeptionen und Kontroversen, Wiesbaden 2013, S. 191-202.

remismen an der Macht über. Als empirische Fallbeispiele werden hier die beiden Diktaturen auf deutschem Boden betrachtet, der Nationalsozialismus (5.) und das SED-Regime (6.). Im Anschluss daran werden vergleichende Betrachtungen angestellt und aus systematischer Perspektive der Unterschied zwischen demokratischer und diktatorischer Geschichtspolitik herausgearbeitet (7.). Abschließende Bemerkungen fassen die zentralen Erkenntnisse noch einmal zusammen und formulieren Herausforderungen für künftige Forschungen (8.).

2. Geschichtspolitik im Rechtsextremismus

Der Rekurs auf die Geschichte ist bei Extremisten jeglicher Provenienz ausgesprochen beliebt. Wer sich mit extremistischen Schriften und Periodika aus der „Szene“ beschäftigt, stößt beinahe permanent auf historische Bezüge, welche die eigene Position unterfüttern sollen.

Rechtsextremisten im Allgemeinen und in der Bundesrepublik im Besonderen sind aus leicht einsehbaren Gründen in ihrer Ideologie sehr stark auf die Geschichte fixiert. Deutschland ist dasjenige Land, auf dessen Boden die vom Herrschaftsanspruch, der Herrschaftsintensität und der Herrschaftsdurchsetzung her rechtsextremste Diktatur der Weltgeschichte entstanden ist. Schon für die Nationalsozialisten der 1920er Jahre war der einseitig glorifizierende, der unbewusst selektive und der bewusst verfälschende Blick auf die Historie ein zentrales Charakteristikum. Das vielleicht prominenteste Beispiel in diesem Zusammenhang dürfte wohl die so genannte „Dolchstoßlegende“ sein, derzufolge die Schuld an der Niederlage im Ersten Weltkrieg gezielt sozialdemokratischen Politikern und weiteren demokratischen Kräften in die Schuhe geschoben wurde.⁹ Bis heute gehören sogenannte „revisionistische“ Positionen und die Umdeutung historischer Wahrheiten zum Standardrepertoire rechtsextremistischer Propaganda. Gerade weil die Geschichte des Nationalsozialismus in ihrer wissenschaftlich und seriös erforschten Form, wie sie in das Geschichtsbewusstsein und in die politische Kultur der Bundesrepublik überging, besonders kritisch rezipiert wurde, stellt die Uminterpretation der Geschichte ein

⁹ Vgl. Rainer Sammet, „Dolchstoß“. Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918-1933), Berlin 2003.

wesentliches Kennzeichen rechtsextremistischer Geschichtspolitik dar.¹⁰ Damit verbindet sich als ganz wesentliches Motiv der Wunsch, auf die deutsche Geschichte stolz sein zu dürfen.¹¹

Folgende historische Elemente spielen in der rechtsextremistischen Gedankenwelt seit jeher eine gewichtige Rolle: Da ist zunächst der Bereich des antiken „Germanenmythos“ zu nennen, in dem sich die Idee einer Kontinuitätslinie von den Germanen der antiken Welt zu den zeitgenössischen Deutschen verdichtet.¹² Die an Arminius, über den nur sehr wenig wissenschaftlich gesicherte Fakten bekannt sind, angelehnte historisch fikionalisierte Figur von Hermann, dem Cherusker, stellt in ihrer Stilisierung als „Befreier Germaniens“ in der berühmten Varusschlacht von 9 n. Chr. eine mit modernen nationalistischen Kategorien überhöhte geschichtspolitische Identifikationsfigur dar.¹³ Nicht zuletzt die aus dem Nationalsozialismus übernommene politische Symbolik, wie sie etwa in dem von der Swastika der frühen Hochkulturen übernommenen Hakenkreuz und in den altgermanisch inspirierten SS-Runen zum Ausdruck kommt, sind Anleihen aus dem Bereich der Antike, der Vor- und Frühgeschichte.¹⁴

Gegenüber diesen historischen Anleihen scheinen die Epochen des Mittelalters und der frühen Neuzeit – vielleicht mit Ausnahme der Adaption von germanischen Heldensagen – keine besonders zentrale Rolle im rechtsextremistischen Geschichtsbild einzunehmen. Dass Rechtsextremisten mit den Kulturblüten der Renaissance, mit der car-

¹⁰Vgl. Joachim H. Schwagerl, *Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden*, Frankfurt a. M. 1993, S. 54-85.

¹¹Vgl. Gideon Botsch, *Die historisch-fiktionale Gegenerzählung des radikalen Nationalismus. Über den rechtsextremen Zugriff auf die deutsche Geschichte*, in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich/Harald Schmid (Hrsg.), *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 2, Stuttgart 2001, S. 27-40, hier S. 27.

¹²Vgl. u.a. Klaus von See, *Deutsche Germanenideologie vom Humanismus bis zur Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1970; Klaus von See, *Barbar, Germane, Arier. Die Suche nach der Identität der Deutschen*, Heidelberg 1994.

¹³Vgl. Elmar Vieregge, *2000 Jahre Varusschlacht. Welche Bedeutung hat Arminius für den Rechtsextremismus?*, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2010/2011, 1. Halbband, Frankfurt a. M. 2010, S. 165-172.

¹⁴Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), *Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten*, Köln 2013.

tesischen Wende zum Subjekt und erst recht mit den liberalen und republikanischen Ideen der Aufklärung wenig anzufangen wissen, versteht sich im Grunde von selbst und bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Ganz anders verhält es sich naturgemäß mit dem 20. Jahrhundert und insbesondere mit der Zeit des Nationalsozialismus. Hier lässt sich ein ganzes Arsenal an gezielten Gegeninterpretationen, einseitigen Verkürzungen und Glorifizierungselementen sowie willkürlichen Umdeutungen der Geschichte ausmachen: Ein charakteristisches Beispiel ist die Stilisierung einzelner Figuren wie Horst Wessel¹⁵ oder Rudolf Heß¹⁶ zu Helden und Märtyrern. Personen werden darüber hinaus gerne mit politisch-militärischen Mythen verknüpft, wofür die Person des Heeresoffiziers und Generalobersts Heinz Guderian und der mit ihm verbundene „Blitzkrieg“-Mythos ein gutes Beispiel ist.¹⁷ Neben der affirmativen Überhöhung einzelner Personen und Taten steht die engagierte Negation historischer Fakten für ein weiteres typisches Kennzeichen rechtsextremistischer Geschichtspolitik. Der „Klassiker“ in diesem Zusammenhang ist die Leugnung des Holocausts.¹⁸ Die Behauptung, dass der planstäblich organisierte Massenmord an über sechs Millionen europäischen Juden nicht stattgefunden habe, ist die mit Abstand brachialste Form der Negation von historisch umfassend dokumentierten und wissenschaftlich erwiesenen Fakten, die im geschichtspolitischen Diskurs existiert. Ein Beispiel für eine bewusste Umdeutung der Geschichte ist auch die Rede vom so genannten

¹⁵Vgl. Daniel Siemens, Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009.

¹⁶Vgl. Michael Kohlstruck, Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik. Die Mythologisierung von Rudolf Heß im deutschen Rechtsextremismus, in: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich (Hrsg.), Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004, S. 95-109.

¹⁷Vgl. Dermot Bradley, Generaloberst Heinz Guderian und die Entstehung des modernen Blitzkrieges, 2. Auflage, Osnabrück 1986.

¹⁸Vgl. hierzu Armin-Pfahl-Traugher, Revisionistische Behauptungen und historische Wahrheit. Zur Kritik rechtsextremistischer Geschichtsverfälschungen, in: Aufklärung und Kritik 2 (2000), S. 84-97; vgl. ebenso Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Benz/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), Die Auschwitz-Leugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit, Berlin 1996.

„Bombenholocaust“¹⁹ auf die deutsche Zivilbevölkerung, mit der das deutsche Volk als Opfer der Alliierten und nicht als Aggressor des Zweiten Weltkrieges hingestellt werden soll.

Neben diesen unterschiedlichen Bezugnahmen auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts steht auch eine gezielte Fehldeutung der bundesrepublikanischen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg im Zentrum rechtsextremistischen Geschichtsdenkens. Die Gründung der Bundesrepublik wird als Ergebnis von alliierter Fremdherrschaft gedeutet. Das Grundgesetz erkennt man ebenso wenig an wie die Oder-Neiße-Grenze. Daran knüpft das historische Narrativ der „Umerziehung“ an, mit dem „die alliierten Maßnahmen zur Liberalisierung und Demokratisierung der deutschen Gesellschaft in den Westsektoren als Gehirnwäsche“²⁰ denunziert werden. Etwas komplexer verhält es sich mit den Bezugnahmen auf die DDR. Aus strategischen Gründen mit Blick auf das Wählerpotential in den ostdeutschen Bundesländern wird hier teilweise einer ostdeutschen Nostalgie das Wort geredet, die insbesondere auf den sozialen Protektionismus und die „Heimatverbundenheit“ des SED-Regimes abstellt. Gleichzeitig bezeichnet man die etablierten Parteien der Bundesrepublik in Anlehnung an den DDR-kritischen Jargon als „Blockparteien“ und prangert die Maßnahmen der Bundesrepublik zur Bekämpfung von Neonazis als „Stasi-Methoden“ an.²¹ Diese Widersprüchlichkeit belegt einmal mehr den willkürlichen, nicht substantiierten und letztendlich schlicht propagandistischen Umgang mit der Geschichte in rechtsextremistischen Kreisen.

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) spielt in ihrem Programm ganz bewusst an zentralen Stellen mit historischen Chiffren, die nationalsozialistisch besetzt sind.²² Dabei existieren im

¹⁹Vgl. Aleksandar Soric, „Bomben-Holocaust“. Eine sprachkritische Analyse eines kontroversen Ausdrucks mit rechtsextremistischem Hintergrund, in: *Ap-
tum* 2 (2005), S. 178-189.

²⁰G. Botsch (Anm. 11), S. 31.

²¹Vgl. ebd., S. 32.

²²Vgl. Michael Sturm, Wie geht die NPD mit der Geschichte um?, in: Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.), 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können, Schwalbach/Ts. 2008, S. 144-146.

Grunde zwei Varianten, wie historische Versatzstücke adaptiert werden: Auf der einen Seite steht die bewusste Affirmation von Begriffen und Konzepten, die für den demokratisch etablierten Konsens in der Bundesrepublik nicht tragbar sind. Ein Beispiel hierfür ist der Terminus „Volksgemeinschaft“, der eindeutig mit Homogenitätsvorstellungen und der Einebnung kultureller Unterschiede verbunden ist. Im NPD-Parteiprogramm gilt er als Gegenbegriff zur verhassten multikulturellen Gesellschaft: „Die Solidarität einer bestehenden Volksgemeinschaft wird durch die übertriebene Vertretung von Einzel- oder Gruppeninteressen aufgehoben. ... Die Erhaltung unseres Volkes und der Schutz für alle seine Teile müssen oberste Ziele deutscher Politik sein.“²³

Auf der anderen Seite gibt es im exakten Gegenteil dazu die Denomination von als problematisch empfundenen Zusammenhängen mit Begrifflichkeiten, die der Kritik am Nationalsozialismus entspringen. Ein Beispiel hierfür stellt die von der NPD verabscheute Integrationspolitik der etablierten demokratischen Parteien dar. Die NPD bezeichnet diese als ebenso kostspielig wie menschenfeindlich, da sie der „Erhaltung der deutschen Volkssubstanz“ abträglich sei. Insofern gilt ihr „Integration ... gleichbedeutend mit Völkermord.“²⁴ Beide Termini, Volksgemeinschaft und Völkermord gehören semantisch in die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus; ersterer in den Kontext zeitgenössischer Diktion, zweiterer in den Zusammenhang mit der Kritik am Nationalsozialismus. Beide geschichtspolitischen Begriffe werden auf je unterschiedliche Weise in bewusst provozierender und propagandistischer Form verwendet.

Interessanterweise empfiehlt die NPD ihren Kandidaten und Funktionsträgern, die geschichtsrevisionistische Keule nicht allzu offen und plakativ zu schwingen. In einer internen Ausarbeitung heißt es: „Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben niemand festnageln lassen. Auf dieses rückwärtsgewandte The-

²³Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg, S. 6, in: http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf

²⁴Vgl. ebd., S. 13.

menfeld will uns der Gegner locken, weil er a) mit der historischen Ahnungslosigkeit und damit der antifaschistischen Verblendung der Zeitgenossen rechnen kann b) damit bestens von seinem politisch-ökonomischen Gegenwartsversagen ablenken kann. Bei entsprechenden Fragen sollte immer nur gesagt werden: „Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst, was also soll die Frage?“²⁵ Wie aus dieser Handlungsempfehlung klar hervorgeht, handelt es sich dabei jedoch nicht um eine tatsächliche Abwendung von der Geschichte, sondern nur um eine taktische Finte, um den kritischen Argumenten der politischen Gegner zu entgehen. Die Unterstellung von „historischer Ahnungslosigkeit“ und „antifaschistischer Verblendung“ entlarven eindeutig die enge Rückbindung an revisionistisches Gedankengut.

3. Geschichtspolitik im Linksextremismus

In der Indienstnahme der Vergangenheit für politische Zwecke zeigen sich strukturelle Ähnlichkeiten zwischen Rechts- und Linksextremisten. Ein Beispiel für linksextremistische Geschichtspolitik ist etwa der Umgang mit der historischen Kategorie „Faschismus“. Dieser Begriff wurde für verschiedene ideologisch rechts gerichtete Bewegungen und Regime der Zwischenkriegszeit geprägt²⁶ und ist aufgrund seiner mangelnden Präzision wissenschaftlich nicht unumstritten.²⁷ Dennoch entwickelte er sich in der Bundesrepublik nach dem Krieg insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren zu einem zentralen Kampfbegriff des politischen Protestdiskurses. Dabei adaptierte man die maßgeblich auf den Bulgaren Georgi Dimitroff zurückgehende Faschismustheorie, derzufolge Imperialismus und Kapitalismus kausalursächlich den Fa-

²⁵NPD-PV, Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, Berlin 2006, S. 34, in: <http://www.redok.de/images/stories/dokumente/npd-argumente.pdf>

²⁶Vgl. hierzu Robert Paxton, Anatomie des Faschismus, München 2006; Stanley G. Payne, Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung. Propyläen, Berlin 2001; außerdem noch immer lesenswert Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, München 1984.

²⁷Vgl. kompakt zusammengefasst bei Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, 6. Auflage, München 2009, S. 171-185.

schismus bedingt hätten.²⁸ Diese Deutung geschichtlich außerordentlich komplexer Zusammenhänge ist offensichtlich geschichtspolitisch motiviert, da sie sich bruchlos in ein vorgegebenes Weltbild einfügt und den machstrategischen Vorzug hat, dass alle Feindbildgruppen, nämlich Kapitalisten, Imperialisten und Faschisten in einen Topf geworfen werden können. Die Verneinung des Faschismus, der „Antifaschismus“²⁹, wurde spätestens seit den Tagen der Achtundsechziger³⁰ zu einem der wichtigsten politischen Kampfbegriffe im linksextremistischen Spektrum. Nicht zuletzt die prominenteste linksterroristische Bewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), vermochte es, die Klaviatur der geschichtspolitischen Kommunikation geschickt zu bedienen. Die Führungsriege der RAF instrumentalisierte die Erinnerung an den Nationalsozialismus, um Unterstützung für ihre Ideologie und ihre politischen Aktivitäten zu gewinnen. Wie die Kommunikationswissenschaftlerin Sabine Bergstermann gezeigt hat, unterstellte man mit Begriffen wie „Vernichtungshaft“ und „Isolationsfolter“ gezielt eine Kontinuität zum System der Konzentrationslager der Nationalsozialisten.³¹ Ziel dieser geschichtspolitischen Kommunikationsstrategie war es in engerem Sinne, auf die Haftsituation der Führungsriege aufmerksam zu machen. In einem weiteren Sinne ging es aber ebenso darum, die Bundesrepublik als Fortsetzung des autoritären Staates im Nationalsozialismus im angeblich scheindemokratischen Gewand zu entlarven.

Eine weitere geschichtspolitische Facette zeigt sich in dem Rekurs auf ideologische Ahnherren und -frauen, die dem breiten Gedankenkreis

²⁸Georgi Dimitroff, Arbeiterklasse gegen Faschismus. Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus (1935), Berlin 1991.

²⁹Vgl. Manuel Becker, Der „totale Feind“. Das geschichtsdogmatisch begründete Ausgrenzungsdenken im Nationalsozialismus und im SED-Staat, in: Frank-Lothar Kroll/Barbara Zehnpfennig (Hrsg.), Ideologie und Verbrechen. Kommunismus und Nationalsozialismus im Vergleich, München 2014, S. 227-246.

³⁰Vgl. Gerhard Fels, Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF, Bonn 1998, S. 18-24.

³¹Vgl. Sabine Bergstermann, Von „Isolationsfolter“ und „Vernichtungshaft“. Der Rekurs auf die NS-Diktatur als zentrales Element der Kommunikationsstruktur der „Ersten Generation“ der RAF, in: C. Fröhlich u.a. (Anm. 11), S. 109-124, hier S. 113-117.

des Marxismus-Leninismus, Kommunismus und Anarchismus in allen Varianten und Schattierungen zuzurechnen sind. Dieses Element gehört mit zu den beliebtesten propagandistischen Strategien des links-extremistischen Spektrums, was mitunter beinahe religionsähnliche Züge annehmen kann.³² Die Palette reicht dabei von Bezügen zu sow-jetrussischen Kommunisten wie Wladimir Iljitsch Lenin³³ über den Weimarer Kommunistenführer Ernst Thälmann³⁴ bis hin zu wenig bekannten, so genannten anonymen „Helden“ der kommunistischen Bewegung³⁵. Nicht nur personell orientiert, auch über die ideengebenden Gedankenkreise wird in linksextremistischen Publikationsorganen regelmäßig reflektiert.³⁶ Nicht zuletzt das Begriffsarsenal, mit dem insbesondere autonome Gruppen ihre Gegner zu beschimpfen trachten, stammt aus der historischen Epoche der Zwischenkriegszeit: Neben dem bereits erläuterten Faschismus-Motiv wird gegen „Neo-Nazis“ in den „Straßenkampf“ gezogen. Ein besonders beliebter Aspekt der Geschichtsdeutung in der „Szene“ ist auch die Verklärung der DDR-Vergangenheit.³⁷

Das prominenteste öffentliche linksextremistische Gedächtnisritual besteht in der alljährlich im Januar wiederkehrenden Kranzniederlegung zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an deren Gräbern in Berlin-Friedrichsfelde. Die Veranstaltung, die im Übrigen auch eine der zentralen gedächtnispolitischen Inszenierungen der untergegangenen DDR war, erinnert regelmäßig am zweiten Sonntag an die Ermordung der beiden Sozialistenführer durch rechte Frei-

³²Vgl. Manuel Becker, Pseudo-sakrale Züge im Profanen? Eine Fallstudie zu religionsähnlichen Tendenzen im aktuellen linksextremistischen Spektrum, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), Bonn 2012, S. 28-48.

³³Vgl. etwa Rudolf Dix, Ein genialer Plan für die proletarische Revolution. Vor 90 Jahren: Lenins Aprilthesen, in: RotFuchs 111 (2007), S. 3.

³⁴Vgl. etwa Eberhard Czichon/Heinz Marohn, Thälmann. Ein Report, Berlin 2010.

³⁵Vgl. etwa Günter Freyer, Ein Held der Interbrigaden. Wilhelm Bahnik ging für Spaniens Freiheit in den Tod, in: RotFuchs 193 (2014), S. 11.

³⁶Vgl. etwa Siegrid Baumann, Auch Marx im Visier. Sie sagen Stalinismus und meinen Leninismus, in: RotFuchs 193 (2014), S. 2.

³⁷Vgl. Hubertus Knabe, Die Täter sind unter uns. Vom Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007.

korpsoldaten am 15. Januar 1919, nachdem der von Liebknecht angeführte „Spartakus-Aufstand“ blutig niedergeschlagen worden war. Auch wenn die Spitzenzahlen von über 20.000 Teilnehmern, die sich zum 90. Jahrestag 2009³⁸ zusammenfanden, zum 95. Jahrestag 2014 nicht mehr erreicht werden konnten, so säumten am 12. Januar doch insgesamt mehr als 10.000 Menschen die Straßen in Berlin-Friedrichsfelde. Ein breit aufgestelltes linkes Bündnis vom „Antiautoritären Block“ über die „North East Antifascists“ (NEA), die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) bis hin zu „Siempre Antifa Frankfurt a.M.“ hatte anlässlich der Veranstaltung unter dem Motto „International kämpfen – Gegen Nationalismus, Imperialismus und Krieg“ zu Demonstrationen aufgerufen. Immerhin 500 Personen, die sich beteiligten, wurden mit dieser geschichtspolitischen Motivationsstrategie auf die Straßen getrieben.³⁹ Auch die Partei „Die Linke“ beteiligt sich regelmäßig an dieser Veranstaltung.⁴⁰ Interessant zu beobachten ist in diesem Zusammenhang, dass über das Medium der Geschichtspolitik eine gewisse Integrationskraft zwischen gemäßigt linken Organisationen und dezidiert linksextremistischen und gewaltbereiten Gruppierungen entfaltet werden kann. Die Organisatoren der Demonstration wendeten sich gezielt an ganz unterschiedliche Strömungen.⁴¹ Die gemeinsame Erinnerung an das Vergangene stellt insofern einen potentiellen Integrationspunkt dar, um einen Konsens im traditionell gespaltenen bis mitunter zersplitterten linksextremistischen Spektrum der Bundesrepublik herstellen zu können.

Es wäre allerdings zu einfach, die Bedeutung der Historie im linksextremistischen Spektrum auf die strategisch-propagandistische Bedeutungsebene zu beschränken. Denn neben diesem machtpolitisch grundierten Aspekt lässt sich auch eine ideologisch imprägnierte Kompo-

³⁸Vgl. Alexander Gallus, Dokumentation 2008, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2009, S. 132-144, hier S. 136-144.

³⁹Vgl. den Aufruf und die Informationen zur Veranstaltung auf der Webpräsenz der „Liebknecht/Luxemburg-Demo“, in: <http://www.ll-demo.de/>.

⁴⁰Vgl. zum Umgang der Partei „Die Linke“ mit ihrer eigenen SED-Vergangenheit Christian Lannert: „Vorwärts und nicht vergessen“? Die Vergangenheitspolitik der Partei DIE LINKE und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012.

⁴¹Vgl. hierzu die Liste der Demounterstützer, in: <http://www.ll-demo.de/2014/aufruf/liste.htm>

nente ausmachen. Der historische Dogmatismus wird auch heute noch von Ideologen wie dem Vorsitzenden der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), Patrik Köbele, eingefordert: Die Mitgliedschaft in der DKP bedinge die „Anerkennung der Erkennbarkeit der Welt und des Instruments der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus als der einzigen Weltanschauung, die dazu in der Lage ist.“⁴² Hinter solchen und ähnlichen Aussagen offenbart sich ein altbekanntes Muster: Geschichte wird nicht, wie dies für liberaldemokratische Interpretationen charakteristisch ist, als offener Prozess begriffen, sondern als determiniertes Geschehen. Der Marxismus-Leninismus wähnt sich im Besitz des Universalschlüssels zur Erklärung allen historischen Geschehens, der letzten Endes auf dem ständigen Kampf zwischen Klassen um Ausbeutung oder Gleichstellung beruht. Hierin erweist sich der Marxismus-Leninismus als Fortschreibung der Hegel'schen Idee eines „Weltgeistes“, der die Geschehnisse der Menschheitsgeschichte lenke.⁴³ Das hier zum Ausdruck kommende Geschichtsverständnis ist vom Bewusstsein des historischen Fortschritts getragen, der einen Kulminationspunkt erreicht zu haben scheint, den es für einen fundamentalen Umschwung zu nutzen gilt.

Insbesondere die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre hat dergleichen Interpretationen in der jüngeren Zeit wieder Nahrung gegeben.⁴⁴ In diesem Zusammenhang ist auf die Bedeutung des „Europaweiten Aktionstages gegen den Kapitalismus“ hinzuweisen, zu dem ein internationales Bündnis zum 31. März 2012 aufgerufen hatte.⁴⁵ Auch wenn der Geschichtsdogmatismus des Marxismus-Leninismus im politischen Mainstream allerspätestens seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Ende der Sowjetunion samt ihrer osteuropäischen Satellitenstaaten keine nennenswerte Rolle mehr

⁴²Patrik Köbele, Zur Organisationspolitik der DKP, in: DKP-Information, Nr. 4 vom 19. September 2012, S. 3-10, S. 4.

⁴³Hegel schrieb erstmals in seinen Abhandlungen über das Naturrecht: „Mit diesem Glauben an den Weltgeist müssen wir an die Geschichte ... gehen.“ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Werke in 20 Bänden, Band 1: Frühe Schriften, hrsg. von Eva Moldenhauer, Frankfurt a. M. 1986, S. 38.

⁴⁴Vgl. ferner „Take the square“, in: Dazwischengetreten. Zeitung für die Interventionistische Linke, Mai 2012.

⁴⁵Vgl. hierzu die entsprechende Projekthomepage <http://umsganze.org/31-maerz-2012-europaweiter-aktionstag-gegen-den-kapitalismus>

spielt, so haben die ökonomischen Erschütterungen der vergangenen Jahre dem extremistischen Spektrum durchaus Aufschub gegeben, scheinen sie die geschichtsmythisch begründeten Vorurteile über die Rolle von Banken und Kapital doch zu bestätigen. Einer der zentralen Vorteile des Marxismus-Leninismus besteht darin, dass er scheinbar einfache Erklärungsmuster und Lösungsvorschläge für als Fehlentwicklungen empfundene historische Zusammenhänge liefert. Er vermittelt denjenigen, die an ihn glauben, das Selbstbewusstsein, im Dienste welthistorisch bedeutsamer Ziele zu handeln, welche die Menschheit in eine neue Epoche führen sollen.

4. Geschichtspolitik in der Extremismusforschung

Obwohl sich also in der Empirie eine Fülle von Einzelbeispielen extremistischer Geschichtspolitik ausmachen lässt, hat die Forschung bisher noch relativ wenige systematische Konzepte zur Erklärung dieses Verhaltens herausgearbeitet. Mit Blick auf den Rechtsextremismus brachte der Politikwissenschaftler Gideon Botsch vier wissenschaftlich reflektierte Einwände gegen klassische rechtsextremistische historische Verschwörungstheorien und mythischen Stilisierungen vor: (1) die Ausblendung von Kausalbeziehungen, diachronen Vergleichen sowie von konsistenten Handlungssträngen im Sinne der historisch-genetischen Methode; (2) die Verweigerung systematischer historischer Kontextualisierung sowie synchroner Vergleiche; (3) die Verweigerung grundsätzlicher Anforderungen historischer Material- und Quellenkritik und (4) das Ignorieren der Ergebnisse historischer Forschung, die nicht mit dem ideologischen Weltbild kompatibel sind.⁴⁶ Mit diesem Katalog wurde zumindest eine Grundlage für die systematische Entlarvung rechtsextremistischen Geschichtsdeutungen erarbeitet. Eine weitere analytische Betrachtung, die mit Blick auf den Extremismus allgemein operiert, stammt aus der Feder des Politikwissenschaftlers Samuel Salzborn, im Unterschied zu Extremismusforschern wie Uwe Backes und Eckhard Jesse bekanntlich Vertreter eines dynamischen Extremismusbegriffs. Salzborn identifiziert drei zentrale Dimensionen, durch die extremistische Geschichtspolitik gekennzeichnet ist:

⁴⁶Vgl. G. Botsch (Anm. 11), S. 29.

(1) *Phantasiegeschichte*: Ein zentrales Charakteristikum extremistischer Geschichtspolitik stellt für Salzborn die „Halbierung der Vergangenheitsdarstellung, also das Infragestellen von historischer Faktizität zugunsten geschichtspolitischer Narrationen“ dar. Das Spektrum umfasse dabei die Entkontextualisierung und Derealisierung von Geschichte ebenso wie die Verharmlosung und Leugnung von Vergangenheitsaspekten. Es werde gewissermaßen eine Realität herbeifantasiert, wie Geschichte in den Augen extremistischer Akteure hätte gewesen sein sollen bzw. gewesen sein müssen. Hinter diesem Muster stünde die Strategie, mittels der Geschichte die eigenen Zukunftsvorstellungen sowie das Agieren in der Gegenwart zu legitimieren.⁴⁷

(2) *Kollektivgeschichte*: Kennzeichnend für Extremisten ist eine antipluralistische Grundhaltung zum Politischen insgesamt und insofern sind auch konfligierende Deutungen und Interpretationen der Geschichte für Extremisten ein Dorn im Auge. Salzborn zufolge beziehen sich extremistische Geschichtsbilder im Einklang mit weiteren ideologischen Grundmustern stets auf ein homogenes Kollektiv, das auf Exklusivität und Omnipotenz hin orientiert sei: „Geschichtspolitisch fungiert die kollektive Identitätsbildung zumeist über eine Verknüpfung aus homogenisiert vorgestellter, amorpher Masse und einem mehr oder weniger stark ausgeprägten Ritualkult.“⁴⁸ Die generelle Werturteilsfreiheit des Individuums werde im Kollektiv formiert. Dies funktioniere zumeist über die Verknüpfung aus einer homogenisiert vorgestellten Masse mit einem mehr oder weniger stark ausgeprägten Personen- und Ritualkult.

(3) *Identitätsgeschichte*: Extremistisches Geschichtsdenken akzeptiert nach Salzborn keine Differenzen zwischen offizieller Geschichtspräsentation und privater Erinnerung. Es gehe im Extremismus stets um die Etablierung eines einheitlichen und für alle Individuen bindenden Geschichtsbildes. Orientiert an einer von dem Ägyptologen Jan Assmann eingeführten Terminologie würden „kommunikatives Gedäch-

⁴⁷Vgl. Samuel Salzborn, Extremismus und Geschichtspolitik, in: C. Fröhlich (Anm. 11), S. 13-25, S. 21.

⁴⁸Vgl. ebd., S. 22. Salzborn orientiert sich dabei an Uwe Backes, Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Systeme, in: Totalitarismus & Demokratie 6 (2009), S. 271-292, hier S. 290.

nis“ und „kulturelles Gedächtnis“⁴⁹ als identisch begriffen. Das Ergebnis dieser geschichtspolitischen Herangehensweise ist im Ergebnis für Salzborn die Deckungsgleichheit von individueller und kollektiver Erinnerung: „Die homogenisierte Interpretation der Vergangenheit wird so zur kollektiven Utopie umgedeutet, in der eine scheinbare Identität von Herrschern und Beherrschten wirkt, da Widersprüche politischer und gesellschaftlicher Provenienz bereits historisch negiert werden.“⁵⁰

Die Auffächerung der drei skizzierten Dimensionen kann allerdings nicht mehr als eine erste Annäherung an ein überzeugendes Konzept zur Erklärung extremistischer Geschichtspolitik darstellen. Die von Salzborn beschriebenen Zusammenhänge wiederholen sich zum Teil und ließen sich analytisch sicher noch etwas stringenter fassen. Die zukünftige Extremismusforschung wird sich dem hier aufgezeigten Desiderat deutlich intensiver widmen müssen, als es bisher der Fall ist.

5. Geschichtspolitik in der nationalsozialistischen Diktatur

Nicht nur bei extremistischen Gruppierungen in der Bewegungsphase, auch bei Extremisten an der Macht lohnt der Blick auf geschichtspolitische Mechanismen. Die beiden Diktaturen auf deutschem Boden bieten anschauliche Beispiele in diesem Zusammenhang:

Wie wichtig die Geschichtspolitik für den Aufbau der nationalsozialistischen Herrschaft war, lässt sich anhand von Hitlers Inthronisation am „Tag von Potsdam“ illustrieren. Ort und Datum wählte man bewusst: Am 21. März war 1871 der Reichstag des Kaiserreiches eröffnet worden und unter der Potsdamer Garnisonskirche ruhten die verstorbenen preußischen Könige. Von der Kleiderordnung über die Kanonen- und Fahnenbestückung bis hin zum wohlweislichen Ausschluss von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde nichts dem Zufall überlassen. Mit der Versöhnungsgeste gegenüber dem Reichspräsidenten beeindruckte Hitler die Anhänger des Kaiserreiches. Der

⁴⁹Vgl. Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.

⁵⁰Vgl. Samuel Salzborn, Extremismus und Geschichtspolitik, in: C. Fröhlich (Anm. 11), S. 13-25, hier S. 21-23.

zuvor als wild und proletarisch verschrieene Nationalsozialismus galt in jenen Kreisen von nun an als Spross des traditionellen Konservatismus.⁵¹ Insbesondere gegenüber dem Militär hielten die Nationalsozialisten die Rückbesinnung auf das Preußentum für geboten. Der preußische Pflichtbegriff wurde dabei seiner moralischen Komponente entkleidet und auf rein formale Pflichterfüllung reduziert.⁵²

Interessant ist weiterhin die nationalsozialistische Geschichtspolitik mit Blick auf die so genannte Reichsidee, die seit jeher eine wichtige politische Denkfigur der Deutschen darstellte.⁵³ Die geschickte Vereinnahmung eines tradierten Schlüsselbegriffs eignete sich vorzüglich, um die konservativ-elitären Kreise der Weimarer Republik für das Regime zu gewinnen. Wirkte der „Führermythos“ primär auf das einfache Volk, so entfaltete der Reichsmythos seine Wirkung bei den gebildeteren Schichten. Berliner Ausstellungen wie „Ewiges Deutschland“ oder „Das deutsche Antlitz im Spiegel der Jahrhunderte“ setzten bewusst auf eine historische Kontinuitätslinie von Arminius bis Hitler. Der Reichsmythos sollte identitätsbildend wirken und Gefühle von Kraft und Stolz bei den Menschen erzeugen. Der imperial grundierte germanische Weltherrschaftsanspruch der Nationalsozialisten war allerdings eine Perversion der klassischen Reichsidee, die sich die aus dem Kaiserreich überlieferte Kritik an der Schwäche der deutschen Nation zu Nutze machte, um dem Regime den Anschein historischer Legitimation zu verleihen.⁵⁴

Die Frage nach der Rolle der Historiker als Sekundanten nationalsozialistischer Geschichtspolitik ist von der Forschung lange Zeit stiefmütterlich behandelt worden. Sie wurde bis in die 1980er Jahre kaum thematisiert und kulminierte in einer höchst emotionalen Debatte auf

⁵¹Vgl. Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945*, 2. Auflage, Berlin 1986, S. 270.

⁵²Vgl. Hans Mommsen, *Preußentum und Nationalsozialismus*, in: Wolfgang Benz u.a. (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1993, S. 29-41, S. 32-34.

⁵³Vgl. Frank-Lothar Kroll, *Die Reichsidee im Nationalsozialismus*, in: Franz Bosbach/Hermann Josef Hiery (Hrsg.), *Imperium, Empire, Reich. Ein Konzept politischer Herrschaft im deutsch-britischen Vergleich*, München 1999, S. 179-196, hier S. 179.

⁵⁴Vgl. Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat*, in *Deutschland und Europa*, München 2000, S. 214.

dem 42. Historikertag in Frankfurt am Main 1998.⁵⁵ Mittlerweile haben eine Reihe von Studien erwiesen, dass die Verbindungen führender Historiker mit dem Regime umfangreicher waren als man lange angenommen hatte.⁵⁶ Es gab zwar nie eine zentrale politische Lenkung der Geschichtswissenschaft im „Dritten Reich“, aber als „politische Kommentatoren“ trugen viele Historiker zur Akzeptanz des Regimes und seiner Herrschaftsambitionen in Europa bei.⁵⁷

6. Geschichtspolitik in der SED-Diktatur

Nicht nur die ideologisch rechts stehende Diktatur des Nationalsozialismus, auch die ideologisch links einzuordnende Diktatur des SED-Regimes vermochte sich geschichtspolitisch gekonnt zu inszenieren. Die etablierte Geschichtswissenschaft in der DDR stand in der Pflicht, den Determinismus des historischen Materialismus anhand der tatsächlichen historischen Gegebenheiten zu verifizieren.⁵⁸ Die Beschäftigung mit der Geschichte war in der DDR nur unter den Paradigmen des „Histomats“ legitim. Mag das Urteil des Historikers Hans-Ulrich Wehler, die Mehrheit der ostdeutschen Historiker habe „sich jahrzehntelang als geistige Büttel einer spätstalinistischen Partei prostituiert“⁵⁹, in Grundtenor und Wortwahl vielleicht etwas überzogen sein, so ist es dennoch kaum von der Hand zu weisen, dass kaum eine andere akademische Disziplin so massiv ideologisch von der SED vereinnahmt

⁵⁵Vgl. die Dokumentation der Debatte bei Winfried Schulze/Gerhard Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999.

⁵⁶Vgl. Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, 2. Auflage, Göttingen 2002.

⁵⁷Vgl. Karen Schönwälder, „Lehrmeisterin der Völker und der Jugend“. Historiker als politische Kommentatoren, 1933-1945, in: Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt a. M. 1997, S. 128-165, hier S. 149, S. 155.

⁵⁸Vgl. Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft und Geschichtsverständnis in der DDR seit 1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 13/1987*, S. 15-26, hier S. 17.

⁵⁹Hans-Ulrich Wehler, *Selbstverständnis und Zukunft der westdeutschen Geschichtswissenschaft*, in: Ders., *Die Gegenwart der Geschichte. Essays*, München 1995, S. 202-214, hier S. 204.

wurde wie die Geschichtswissenschaft.⁶⁰ Daher war ihr auch jeder interpretatorische und methodische Pluralismus fremd. Es gab keine peinigenden, von Selbstzweifeln geprägten Auseinandersetzungen über die Vergangenheit wie etwa die Fischer-Kontroverse in der noch jungen Bundesrepublik. Die Existenz divergierender Geschichtsbilder wurde vielmehr als verurteilenswürdiges Dekadenzphänomen kapitalistischer Staaten abqualifiziert. Der historische Materialismus ließ eben nur Raum für eine ebenso singuläre wie einheitliche Geschichtsdeutung, die zugleich mit dem Anspruch naturgesetzmäßiger Wahrheitserkenntnis auftrat.

Ausgestaltung und Intensität der Geschichtspolitik in der DDR durchliefen je nach Phase des Regimes unterschiedliche Stufen: In der Anfangszeit und bis in die frühen 1950er Jahre hinein dominierte angesichts der bereits beschriebenen vorgeblichen „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ die so genannte „Misere-Theorie“: Die deutsche Geschichte von Luther über Friedrich II. und Bismarck bis hin zu Hitler wurde als Kausalkette von Irrtümern gedeutet.⁶¹ Gleichzeitig interpretierte man die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg als Sieg über den Faschismus, was eine Hochstilisierung der DDR als „Siegerin der Geschichte“ erlaubte. In den 1960er Jahren verschob sich der Trend dahingehend, die fortschrittlichen Momente der deutschen Geschichte verstärkt zu betonen und die rückwärtsgewandten Elemente der ungeliebten Bundesrepublik anzuheften. Nach dem Mauerbau wurde die DDR wesentlich stärker als Inkarnation der positiven Seiten deutscher Geschichte beschrieben.⁶² Zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem 1962 von Ulbricht veröffentlichten „Nationalen Dokument“⁶³ zu. In diesem Aufsatz wurde die so genannte „Zwei-Linien-Theorie“ entfaltet: Die deutsche Politik seit

⁶⁰Vgl. Lothar Mertens, „Geehrte“ DDR-Historiker, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Das war die DDR. DDR-Forschung im Fadenkreuz von Herrschaft, Außenbeziehungen, Kultur und Souveränität, Münster 2004, S. 541-551, hier S. 541.

⁶¹Vgl. etwa Alexander Abusch, Der Irrweg der Nation, Berlin 1946.

⁶²Vgl. Klaus Erdmann, Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis in der DDR, Frankfurt a. M. 1996, S. 303.

⁶³Walter Ulbricht, Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1962), S. 758-786.

1848 wurde in einen die revolutionäre Klasse der Arbeiter umfassenden positiven Strang und in eine die reaktionäre Klasse des Bürgertums einschließende negative Entwicklungslinie eingeteilt. Von dieser Grundthese ließ sich in einer immanent schlüssigen Verknüpfung die Bundesrepublik als Erbe der verhassten bürgerlichen Linie und die DDR als Resultat des positiven Weges ableiten.

Unter Honecker wurde die Geschichte in den 1970er Jahren offener diskutiert. Die selektive Beschäftigung mit historischen Ereignissen, die als mit den Grundthesen des historischen Materialismus kompatibel galten, wandelte sich nun zu einer erweiterten Geschichtsbetrachtung. In der Bewertung der Geschichte blieb das selektive Element jedoch erhalten, wie die Diskussion um die Begriffe „Erbe“ und „Tradition“⁶⁴ eindringlich zeigt. Man unterschied nun zwischen der stets kritisch zu betrachtenden deutschen Geschichte in ihrer widersprüchlichen Totalität, die man mit dem Terminus „Erbe“ belegte,⁶⁵ und demjenigen Teilbereich des „Erbes“, der den progressiven Entwicklungsstrang der deutschen Geschichte enthalte und dessen Vermächtnis die DDR zu sein glaubte, der als „Tradition“ bezeichnet wurde. Ungeachtet der geschilderten Veränderungen im Laufe der Zeit blieb die DDR über die gesamte Dauer ihrer Existenz auf eine ebensolche ständige geschichtsphilosophische Legitimation angewiesen.

7. Geschichtspolitik in der vergleichenden Diktaturforschung

Es zeigt sich, dass sowohl das „Dritte Reich“ wie auch die DDR die Geschichte zur Konsolidierung ihrer Herrschaft nutzten. Beide Regime sahen sich genötigt, in Phasen, in denen das Legitimationsfundament böckelte bzw. noch nicht aufgebaut war, auf Preußen Bezug zu nehmen. War es für den Nationalsozialismus zu Beginn seiner Herrschaft wichtig, sich mit Preußen zu identifizieren, um „hoffähig“ zu werden, galt das ebenfalls für die SED gegen Ende ihrer Herr-

⁶⁴Vgl. Helmut Meier/Walter Schmidt (Hrsg.), Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker, Köln 1989.

⁶⁵Vgl. Horst Bartel, Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5 (1981), S. 387-394, hier S. 389.

schaft, als man sich von der Wiederentdeckung der preußischen Geschichte zusätzlichen legitimatorischen Profit versprach. Beide Diktaturen sahen sich in ihrer je eigenen Lesart durch die Geschichte legitimiert und leiteten ihr jeweiliges nationales Selbstverständnis aus derselben ab. Neben der Herrschaftslegitimation boten die Geschichtsbilder Orientierungshilfe in einer komplexer gewordenen Welt und entwarfen ebenso das Bild einer besseren Zukunft.⁶⁶

Der Umgang mit der Vergangenheit ist an die Verfasstheit des politischen Systems gekoppelt. Unterschiedliche politische Systeme betreiben unterschiedliche Geschichtspolitiken. Idealtypisch kann von einem grundlegenden Unterschied der Steuerung des Geschichtsbewusstseins, der geschichtskulturellen Praxis und dem strategischen Einsatz von Geschichtsbildern bzw. Erinnerungsorten in Demokratien und Diktaturen ausgegangen werden. Während Diktaturen dazu neigen, ein geschlossenes Geschichtsbewusstsein anzuerziehen, versuchen in Demokratien konkurrierende Akteure oder Akteursgruppen Einfluss auf das gesellschaftliche Geschichtsbewusstsein zu nehmen. Diktaturen reglementieren die öffentliche Geschichtskultur einheitlich und im Sinne einer von ihnen vorgegebenen verordneten Auffassung, in Demokratien wird auch die Widersprüche und Brüche symbolisierende Infrastruktur der gemeinsamen Vergangenheit staatlich gefördert. In Diktaturen werden bestimmte Geschichtsbilder und Erinnerungsorte stark verkürzend proklamiert und unliebsame Topoi bekämpft, Demokratien sind demgegenüber durch eine große Vielfalt

⁶⁶Vgl. Manuel Becker, *Ideologiegeleitete Diktaturen in Deutschland. Zu den weltanschaulichen Grundlagen im „Dritten Reich“ und in der DDR*, Bonn 2009.

von Geschichtsbildern und Erinnerungsorten geprägt. Folgende Tabelle mag diese grundlegenden Unterschiede verdeutlichen:

Abbildung 1: Die gesellschaftlichen Bezugsgrößen von Geschichtspolitik in Diktatur und Demokratie

	Diktatur	Demokratie
Geschichtsbewusstsein	<i>geschlossen</i> , von staatlicher Seite verordnet und mitunter staatspädagogisch indoktriniert	<i>offen</i> , Einflussnahme verschiedener gesellschaftlicher und staatlicher Akteure in begrenztem Umfang
Geschichtskultur	einheitliche Reglementierung, nur systembejahende Infrastruktur wird gefördert	auch Brüche und Widersprüche symbolisierende Infrastruktur wird gefördert
Geschichtsbilder/ Erinnerungsorte	starke Verkürzungen, mitunter Bekämpfung unliebsamer Erinnerungen	akzeptable Verkürzungen, Zulassen einer großen Vielfalt unterschiedlicher Erinnerungen

Quelle: eigene Darstellung

Während sich diese Differenzierung geschichtspolitischer Muster auf den Systemgegensatz zwischen Diktatur und Demokratie bezieht, lassen sich auch innerhalb verschiedener Autokratietypen unterschiedliche Formen von Geschichtspolitik feststellen. Uwe Backes zufolge kann man einen Autokratietyp sogar an der betriebenen Geschichtspolitik erkennen.⁶⁷ Er modifiziert die Kategorien der Herrschaftssystemanalyse des Politikwissenschaftlers Wolfgang Merkel und differenziert insgesamt vier Subtypen des autokratischen Herrschaftstyps: Die Despotie und die Ideokratie gelten ihm als extreme Ausprägungsfor-

⁶⁷Uwe Backes, Geschichtspolitik als Kernelement der Herrschaftslegitimation autokratischer Herrschaftssysteme, in: Totalitarismus und Demokratie 6 (2009) 2, S. 271-292.

men, Absolutismus und Autoritarismus werden dazwischen angesiedelt.⁶⁸

Jede dieser vier Autokratieformen verfügt nach Backes über eine spezifische geschichtspolitische Strategie, die eng an das jeweilige Herrschaftsverständnis und die damit verbundene Legitimationsgrundlage gekoppelt sei. Einer einfachen Despotie, wie etwa Turkmenistan unter Saparmurad Nijazow, liege keine ausgeprägte geistige Basis zu Grunde; diese baue stattdessen auf der Grundlage von Korruption und Repression auf. Dies könnte zunächst den Schluss nahe legen, dass Geschichtspolitik in ihnen keine große Rolle spiele. Allerdings seien einfache Despotien durch den Aufbau von Legitimationsfassaden charakterisiert. Dabei komme die Erfindung von Traditionen als typische geschichtspolitische Strategie zum Tragen.⁶⁹

Als Beispiel für ein absolutistisches Regime nennt Backes Saudi-Arabien. Dieser Autokratietyt sei um die Pflege und den Erhalt seiner traditionellen, dynastischen und religiösen Legitimitätsgrundlagen bemüht. War die pseudo-traditionale Legitimationsfassade die zentrale geschichtspolitische Strategie der einfachen Despotie, so sei die traditional-religiöse Legitimation als das Kernelement der absolutistischen Geschichtspolitik aufzufassen.⁷⁰ Anhand Weißrusslands unter Alexander Lukaschenko exemplifiziert Backes mit dem Autoritarismus den dritten von ihm definierten Autokratietyt. Ein Regime, das seine legitimatorische Verankerung in der Verknüpfung mit traditionellen Mentalitätsbeständen suche, ziele mit seinem geschichtspolitischen Handeln vor allem auf die Etablierung eines autoritären Staatsethos.⁷¹ Die Ideokratie schließlich als extreme Ausprägungsform einer autokratischen Herrschaft habe den größten geschichtspolitischen Legitimationsbedarf aller Autokratietypen. Wie sich etwa am Beispiel der Sowjetunion nachvollziehen lasse, sei die ideokratische Geschichtspo-

⁶⁸Vgl. Uwe Backes, Was heißt Totalitarismus? Zur Herrschaftscharakteristik eines extremen Autokratie-Typs, in: Katarzyna Stoklosa/Andreas Strübind (Hrsg.), Glaube – Freiheit – Diktatur in Europa und in den USA. Festschrift für Gerhard Besier zum 60. Geburtstag, Göttingen 2007, S. 617-624.

⁶⁹Vgl. U. Backes (Anm. 67), S. 278-282.

⁷⁰Vgl. ebd., S. 282-283.

⁷¹Vgl. ebd., S. 283-286.

litik häufig pseudo-religiös aufgeladen und in eine chiliastische Ideologie eingebunden.

Es stellt sich die Frage, woran es liegen könnte, dass noch keine ähnlich übersichtliche Typologie für den Bereich der Demokratien vorliegt. Dies hängt mit dem Umstand zusammen, dass geschichtspolitische Strategien in Demokratien komplexer zu entschlüsseln sind als in Autokratien. Die Demokratie ist schlicht die anspruchsvollere Herrschaftsform. Darum sind die in ihr vorgehenden geschichtspolitischen Mechanismen wesentlich schwieriger zu beschreiben, geschweige denn typologisch zu erfassen als in den unter Herrschaftsorganisationsaspekten vergleichsweise einfacher gestrickten Autokratien.

8. Schlusswort und Zusammenfassung

Es stellt sich abschließend noch die übergreifende Frage, warum die Historie und mithin die Geschichtspolitik einen so zentralen Anknüpfungspunkt für extremistische Tendenzen in ihren Bewegungs- und Regimephasen einnehmen. Zunächst einmal muss darauf hingewiesen werden, dass geschichtspolitische Debatten häufig von einer intensiven Emotionalisierung getragen und von verschiedenen Akteuren nicht selten mit massivem Empörungsgestus begleitet werden. Insofern bieten sie gerade für extremistische Akteure einen willkommenen Ansatzpunkt zur Provokation und zum „Tabubruch“, um sich in der öffentlichen Debatte Gehör und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Es kommt hinzu, dass der Umgang mit Geschichtspolitik gleichsam von seiner Natur her kontrovers ausgerichtet ist. Diese Kontroversität geschichtsbezogener Themen liegt in dem anthropologischen Verhältnis des Menschen zur Geschichte begründet. Der Zugriff des Menschen auf die Geschichte muss immer selektiv bleiben, da die Vergangenheit in ihrer Totalität nicht zugänglich ist. Bei jeder Selektion stellt sich die Frage nach den Auswahlkriterien. Der selektive Zugriff des Menschen auf die Geschichte schließt die individuelle und subjektive Deutung unvermeidbar mit ein. Gerade bei zeitgeschichtlichen Themen gewinnen diese Selektionsmechanismen an Brisanz, da sich hier die persönliche Erinnerung an erlebte Geschichte von Zeitzeugen mit den um Objektivierung bemühten Methoden der wissenschaftlichen Rekonstruktion des Forschers konfrontiert sieht. Demokratischer Politik

kommt die schwierige Aufgabe zu, diese konfligierenden Grundkonstellationen mit den sich daraus ergebenden legitimen Interessen, Präferenzen und Repräsentationswünschen in der Erinnerungskultur eines Gemeinwesens zum Ausgleich zu bringen.

Gerade die deutsche Vergangenheit bietet ein ganzes Arsenal von Anknüpfungspunkten, aus dem sich die extremistische Geschichtspolitik bedienen kann: Die Erinnerung an den Nationalsozialismus nimmt einerseits seit Jahrzehnten einen ganz besonderen Stellenwert ein, Deutschland ist auch andererseits das weltweit einzige Land, das sich in seiner Geschichtsaufarbeitung mit zwei Diktaturen entgegengesetzter ideologischer Prägung in so hoher Intensität auseinandersetzen kann und muss.⁷² Der offene, vorurteilsfreie und in bestem Sinne kontroverse Diskurs mit den Extremisten jeglicher Couleur steht einem liberal-demokratisch orientierten Gemeinwesen gut zu Gesicht. Die Formulierung überzeugender wissenschaftlicher Konzepte in diesem Zusammenhang gehört dazu.

⁷²Vgl. M. Becker (Anm. 8), S. 505-508; vgl. ferner ders., Die Bedeutung des Diktaturenvergleichs für die politische Kultur der „Berliner Republik“, in: Deutschland Archiv 44 (2011) 3, S. 403-410.

„Nationale Spaßgesellschaft“

Politainment im Rechtsextremismus aus öffentlichkeitstheoretischer Perspektive

Christoph Busch

1. Einleitung und Fragestellung

Seit ungefähr Mitte der 1990er Jahre stellen rechtsextremistische Akteure nunmehr nicht mehr alleine die Politik in den Mittelpunkt ihrer Kommunikation, sondern verbinden zunehmend Unterhaltung, Freizeitbedürfnisse und politische Botschaften miteinander. Dieses Vorgehensweise wird von dem Politikwissenschaftler Thomas Pfeiffer als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“¹ bezeichnet. Die Analyse dieser Erlebniswelt soll vor allem „Impulse für die Prävention“ liefern, indem die „Attraktivitätsmomente“² dieser sozialen Bewegung herausgearbeitet werden. In diesem Beitrag wird der Wandel der politischen Kommunikation im Rechtsextremismus aufgegriffen, jedoch hinsichtlich der Auswirkungen auf die politische Öffentlichkeit untersucht. So steht die Frage im Vordergrund, wie die extremistische Rechte Politainment praktiziert und welchen Einfluss sie damit auf die politische Öffentlichkeit nimmt. Um diese Frage zu beantworten, geht es zunächst um die Ursachen des rechtsextremistischen Politainments, anschließend werden die Politainment-Praxen in den Bereichen Musik, Computerspiele und Fußball erläutert und hinsichtlich ihrer Funktionen für die Öffentlichkeit diskutiert. Danach folgt eine Darstellung und Einordnung der Kritik aus der rechtsextremistischen Bewegung.

¹ Thomas Pfeiffer, Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt, in: Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach/Ts. 2013, S. 44-64, hier S. 44-45.

² Ebenda, S. 45. Vgl. auch Thomas Pfeiffer, Erlebniswelt Rechtsextremismus – am Beispiel des Rechtsextremismus im Internet, in: Christoph Busch (Hrsg.), Rechtsradikalismus im Internet, (Reihe Medienwissenschaften; Bd. 11), Siegen 2010, S. 60-76, hier S. 60. Diese Attraktivitätsmomente werden auch für den Nationalsozialismus aus verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven erforscht. Vgl. Gudrun Brockhaus (Hrsg.), Attraktion der NS-Bewegung, Essen 2014.

Öffentlichkeitstheoretisch wird dazu auf den Ansatz des Politainment rekurriert, den der Politikwissenschaftler Andreas Dörner etabliert hat: „Dieser Begriff ... soll darauf aufmerksam machen, daß sich in der 90er Jahren eine enge Koppelung zwischen Politik und Entertainment, politischer und unterhaltender Kommunikation herausgebildet hat, die es so vorher nicht gab.“³ Dörner unterscheidet dabei sieben Funktionen von Unterhaltungsöffentlichkeit für die politische Öffentlichkeit: 1. „Unterhaltungskultur als Interdiskurs“ meint, trotz einer fragmentierten Öffentlichkeit einen gemeinsamen Diskurs aller Kommunikationsteilnehmer zu ermöglichen. 2. „Bewirtschaftung von Aufmerksamkeiten“ bedeutet, dass der Markt das unübersichtliche Angebot selektiert, damit zu einer Kanonisierung popkulturellen Wissens beiträgt und somit der begrenzten Aufmerksamkeit der Bürger anpasst. 3. „Anschlusskommunikation“ beinhaltet, Unterhaltungskommunikation als Anlass für eigene zivilgesellschaftliche Aktivitäten und auch politischen Protest zu begreifen. 4. „Konsonanzbildung“ thematisiert, dass Unterhaltung dazu beitragen kann, einen Konsens herzustellen oder darzustellen und damit in einer Multioptionsgesellschaft Orientierung zu geben. 5. „Bewahrung politisch-kultureller Traditionsbestände“ bezieht sich darauf, eine hergebrachte Konstruktion der Wirklichkeit explizit aber auch implizit zu reproduzieren. 6. „Inszenierung von politischer Identität“ trägt ebenfalls zur Konstruktion der Wirklichkeit bei, indem vor allem das Feld der Akteure in den Blick genommen wird. Dazu gehört, Zugehörigkeiten zur Wir- als auch Fremdgruppen zu definieren und entsprechende Deutungsmuster zu verbreiten. 7. „Integration“ als letzte Funktion folgt aus den zuvor genannten Funktionen. Denn die Unterhaltung bildet einen symbolischen Raum, in dem sich Zugehörigkeitsgefühle herausbilden und politische Gemeinschaften entstehen.⁴

³ Andreas Dörner, Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt a.M. 2001, S. 31. Diese These hat relativ große Resonanz in der politischen Kommunikationsforschung ausgelöst und inzwischen Untersuchungen unter anderem zum Politikfeld der Inneren Sicherheit unter dem Stichwort Securitainment angeregt. Vgl. Oliver Bidlo/Carina Jasmin Englert/Jo Reichertz (Hrsg.), Securitainment. Die Medien als eigenständige Akteure, Wiesbaden 2011.

⁴ Ebenda, S. 97-111; Andreas Dörner, Medienkommunikation und Unterhaltungsöffentlichkeit. Zirkulation und virtuelle Vergemeinschaftung, in: Christian Schicha/Carsten Brosda, (Hrsg.) Politikvermittlung in Unterhaltungsforma-

2. Bedeutungsgewinne des Politainments

Dörner und andere verorten den entscheidenden Bedeutungsgewinn des Politainments in der politischen Kommunikation Deutschlands, der Ende der 1980er Jahre unter anderem durch die Verbreitung des Privatfernsehens ausgelöst beziehungsweise verstärkt wurde. Seitdem gewöhnten sich die Bürger daran, dass politische Akteure in Unterhaltungssendungen auftreten: seinerzeit Bundeskanzler Gerhard Schröder bei „Wetten Dass“, der FDP-Vorsitzende Westerwelle bei „Big Brother“ oder Bundeskanzler Helmut Kohl bei „Biolek“. Ebenfalls haben fiktionale Formate Politik als Thema unterhaltender Geschichten entdeckt. Die Bandbreite reicht von der „Lindenstraße“ bis hin zu Hollywoodfilmen über Kennedy oder Nixon. Ebenfalls spielt Politik in der Pop- und Rockmusik eine Rolle. Nenas „99 Luftballons“ oder U2s „Sunday Bloody Sunday“ gehören zu Klassikern der Popmusik, ebenso gibt es von deutschen Musikern eine Reihe von Liedern „gegen Rechts“. Das bedeutet, dass die bis 40jährigen eine politische Sozialisation zunehmend in der Form des Politainments erfahren haben. Insofern ist anzunehmen, dass die jüngere Generation Politainment für eine selbstverständliche Form der Darstellung eigener politischer Aktivitäten hält.⁵

Bei rechtsextremistischen strategischen Politikvermittlern wird Politainment zur kalkulierten Form der Politikinszenierung, mit der man insbesondere – aber eben nicht nur – die jüngere Generation erreicht. Dieser strategische Ansatz ist eine Reaktion auf das ambivalente Verhältnis zum Rechtsextremismus in Deutschland. Während einerseits rechtsextremistische Einstellungen in der Bevölkerung relativ weit verbreitet sind⁶, ist die Stigmatisierung rechtsextremistischen Verhal-

ten. Medieninszenierungen zwischen Popularität, Münster 2002, S. 38-52, hier S. 43-50.

⁵ Vgl. Andreas Dörner/Ludgera Vogt, Unterhaltungskultur als politische Kultur: Politikvermittlung in der Gegenwartsgesellschaft, in: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), Unterhaltungsrepublik Deutschland. Medien, Politik und Entertainment, Bonn 2012, S. 11-31, hier S. 17-22; Christina Holtz-Bacha, Enter-tainisierung der Politik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 1/2000, S. 156-166.

⁶ Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Leipzig 2014, S. 43-48.

tens ein wesentliches Element der politischen Kultur.⁷ Aus der Stigmatisierung folgt, dass rechtsextremistische Akteure aus der politischen Öffentlichkeit ausgegrenzt werden. Deswegen ist ein strategisches Ziel von ihnen, mit vermeintlich unpolitischer Kommunikation die politische Ideologie unter der Hand zu vermitteln und damit die Ausgrenzung aus der politischen Öffentlichkeit zu unterlaufen. So heißt es in einem Strategie-Beitrag in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“: „Insbesondere die Mobilisierung der Nichtwähler ist der Schlüssel für den politischen Erfolg. Der Comedy-Siegeszug zeigt uns, dass die Deutschen ein gesteigertes Interesse an freudiger Ablenkung haben. Ratsam wäre es daher, verstärkt mit Humor zu arbeiten. Witze, Satire, Karikaturen – der Kreativität sind nur juristische Grenzen gesetzt. Auch Plakate und öffentlichkeitswirksame Aktionen sollten den Spaßfaktor berücksichtigen. Sehen wir uns also selber mal mit Ironie, halten wir lächelnd dem Volk den Spiegel vor und geben wir die Herrschenden der Lächerlichkeit preis. Denn wer mit uns lacht, gibt uns schon mal zur Hälfte recht!“⁸

Insbesondere zielt dies auf jugendkulturelle Öffentlichkeiten ab. Eine solche Strategie entspricht dem in der rechtsextremistischen Bewegung vielfach diskutierten Theorems des italienischen Marxisten Antonio Gramscis, wonach die Erringung kultureller Hegemonie die Voraussetzung politischer Hegemonie sei.⁹ Darauf bezieht sich auch der zitierten Strategie-Beitrag ausdrücklich.¹⁰ Insofern scheint die subkulturelle Praxis des rechtsextremistischen Politainment die demokrati-

⁷ Vgl. Friedrich W. Stallberg, Stigma und Ächtung. Zur soziologischen Interpretation des Rechtsextremismus, in: Hans-Günther Heiland/Christian Lüdemann (Hrsg.), Soziologische Dimension des Rechtsextremismus. Opladen 1996, S. 101-113.

⁸ Safet Babic, Warten auf die Befreiung? Strategie und Taktik im nationalen Befreiungskampf. Ein Beitrag zur Positionsbestimmung, in: Deutsche Stimme, Nr. 2 vom Februar 2010, S. 17.

⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 73-94, hier S. 75-81.

¹⁰ Vgl. S. Babic (Anm. 8), S. 17.

sche Hegemonie in der politischen Öffentlichkeit auf subtile Art und Weise herauszufordern.

3. Politainment durch Musik

Musik kann als ein zentrales Mittel jeglicher jugendlicher Subkulturen gelten.¹¹ Insofern ist es nicht erstaunlich, dass sich auch in der rechts-extremistischen Subkultur eine breite und lebendige Musikszene entwickelt hat, die von Rechtsrock über völkische Balladen bis sogar hin zu HipHop reicht. Den Schwerpunkt bildet jedoch zweifellos das Rock-Genre, wobei die Stilrichtungen Punk, Hard-Rock und Metal dominieren.¹² Das Verbindende der Musik sind die mehr oder weniger offen propagierten rechtsextremistischen Ideologeme, die in den Texten auftauchen. Angesichts fortwährender musikalischer Schwächen charakterisieren die Journalisten Klaus Farin und Henning Flad die Musik als „auf ideologischen Feindbildern basierender Message Rock“¹³. Das öffentlich am meisten beachtete musikalische Projekt waren die sogenannten Schulhof-CDs, bei der sich eine Reihe szeneprominenter rechtsextremistischer Vertriebe und Musiker zusammaten und einen gemeinsamen Sampler mit einschlägiger Musik produzierten, der vor Schulen kostenlos verteilt wurde. Die CD wurde zwar von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert, jedoch stellten rechtsextremistische Aktivisten die CD über ausländische Host-Provider ins Internet. Aufgrund der relativ breiten öffentlichen Diskussion über dieses Projekt imitierte die NPD das Schulhofprojekt und brachte zu mehreren Wahlkämpfen Gratis-Sampler heraus.¹⁴

¹¹Vgl. Dieter Baacke, Jugend und Jugendkulturen. Darstellung und Deutung, Weinheim/ München, 4. Aufl., 2004, S. 143. Klaus Farin, generation kick.de. Jugendsubkulturen heute, München 2001, S. 91-93; Klaus Farin, Jugendkulturen heute, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/2010, S. 3-8, hier S. 4.

¹²Vgl. Christian Dornbusch/Jan Raabe, 20 Jahre Rechtsrock. Vom Skinhead-Rock zur Alltagskultur, in: Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hrsg.), Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002, S. 19-50.

¹³Klaus Farin/Henning Flad, Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, in: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.), Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland, Bonn 2001, S. 9-98, hier S. 98.

¹⁴Vgl. T. Pfeiffer (Anm. 1), S. 46-50.

Die Verbreitung rechtsextremistischer Musik setzen einigen Protagonisten der Szene bewusst als Strategie ein, um auf diesem Weg ihrer Ideologie eine Öffentlichkeit zu schaffen und zwar einer Öffentlichkeit, die nicht zuvorderst an politischer Kritik, sondern an ästhetischen Erlebnissen interessiert ist. Die Akteure setzen auf Emotion statt auf Kognition beziehungsweise Reflektion. Schon Joseph Goebbels sprach 1934 mit Bezug auf die Propagandafunktion der Musik davon, die „Macht über die Herzen eines Volkes“¹⁵ zu gewinnen. Wegweisend für die aktuelle Rechtsrock-Szene war der Brite Ian Stuart Donaldson. Er gründete Ende der 1970er Jahre die in der Szene legendäre Band „Skrewdriver“, die maßgeblich mit dazu beitrug die bislang eher unpolitische Skinheadszenen rassistisch zu politisieren. Donaldson gründete auch die rechtsextremistische internationale Skinhead-Organisation „Blood & Honour“. Die Bedeutung der Musik für die politische Arbeit beschrieb Donaldson folgendermaßen: „Viele finden die Politik, parteipolitisch gesehen, langweilig Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben, als in eine politische Veranstaltung zu gehen.“¹⁶ Den Gedanken, mittels Musik Jugendliche zu politisieren, griff die Szene vielfach auf. So verkündete das 2005 aufgelöste US-amerikanische Plattenlabel „Panzerfaust Records“ auf seiner Homepage das Motto: „We don't just entertain racist kids, we create them.“¹⁷

In den letzten Jahren haben Rechtsextremisten Pop- und Rapmusik¹⁸ entdeckt und damit das Spektrum um musikalische Stilrichtungen erweitert, welche die Szene ursprünglich als undeutsch ablehnte. Dies geschah auch aus strategischen Überlegungen. So haben die rheinischen Kreisverbände der neonazistischen Partei „Die Rechte“ ein Video von Fackelmärschen verbreitet und es mit der Melodie des Nummer-Eins-Hits „Timber“ von den US-amerikanischen Musikern Pitbull

¹⁵Zitiert nach: K. Farin/H. Flad (Anm. 13), S. 9.

¹⁶Zitiert nach T. Pfeiffer (Anm. 1), S. 45.

¹⁷Zitiert nach Robert Thoma/ Thomas Wied, Rechtsradikale Onlineshops als Globale Player? Eine Studie zur Internationalität von rechtsradikalen Onlineshops in den USA, in: C. Busch (Anm. 2), S. 116-137, hier S. 127.

¹⁸Vgl. Jörg-Uwe Nieland, Rechter HipHop in Deutschland: Scheindebatte oder Gefährdung?, in: Martin H. W. Möllers/Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Sicherheit 2008/2009, Frankfurt a.M. 2009, S. 251-263.

und Keisha unterlegt und mit einem neuen nationalistischen sowie fremdenfeindlichen Text versehen. Die Begründung der Produzenten des Videos für die Liedauswahl erfolgt mit dem Verweis auf die erhoffte größere Breitenwirkung: „Auch wenn aus den Hitparaden bekannte Lieder heute meist eher negative Gefühle auslösen, glauben wir, dass wir so deutlich mehr Menschen mit unserer Nachricht erreichen können, als es sonst möglich wäre. Wir hoffen darauf, dass das Lied vielen Leuten auch beim Feiern die Notwendigkeit Widerstand zu leisten vor Augen führen kann.“¹⁹

Abgesehen von diesen politisch-strategischen Überlegungen Politik im Unterhaltungsmodus zu verbreiten, lässt sich mit Rechtsrock auch Geld verdienen. Das Internet vereinfacht dabei die Produktion und Distribution. Zudem erleichtert es den Produzenten und Händlern, sich leichter staatlicher Repression zu entziehen.²⁰

Allerdings wird Rechtsrock nicht nur aus politischem und finanziellem Kalkül gespielt. So gehören zu den allermeisten Jugendkulturen auch expressive ästhetische Elemente, insbesondere Musik. Gerade für eine Reihe von Bands und Zuhörern dient Rechtsrock, in dem musikalische Unterhaltung und politische Überzeugungen amalgamieren, „als Bestätigung ihrer Orientierung und als Ausdruck ihrer Bewegung“²¹. Dies trifft insbesondere auf Konzerte zu, bei denen der kollektive Erlebnischarakter besonders intensiv ist.

Betrachtet man die Funktionen des Rechtsrock, fällt auf, dass diese sich fast ausschließlich auf die Bewegungsöffentlichkeit beziehen. Darüber hinausgehend zeigt er kaum Wirkung. Denn die Musik stößt Interdiskurse nur innerhalb der fragmentierten Bewegungsöffentlichkeit an. „So ist der Rechtsrock“, so der Politikwissenschaftler Michael Kohlstruck, „... für die große Mehrheit der Jugendlichen nur unwe-

¹⁹Die Rheinischen Kreisverbände der Partei DIE RECHTE, Multikultur tötet!, in: <http://www.multikultur-toetet.info/> (gelesen am 1. September 2014).

²⁰Vgl. Henning Flad, Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – die Bedeutung des Handels mit Musik, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 102-115; R. Thoma/T. Wied (Anm. 17), S. 116-137.

²¹Michael Kohlstruck, Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt. Eine Herausforderung für die politische Praxis, Berlin 2002, S. 121.

sentlich spannender als Parteitagsreden.“²². Ebenso gelingt es kaum, eine größere Aufmerksamkeit zu generieren. Das Marketing unter repressiven Bedingungen als auch ein qualitativ mäßiges musikalisches Produkt beschränken die Wettbewerbsfähigkeit. Anschlusskommunikation ist durch das Internet erleichtert worden, aber auch hier reicht die Kommunikation kaum über die Bewegungsöffentlichkeit hinaus. Es scheint aber, dass durch Internetforen das Anhängerpotential besser mobilisiert werden kann. Angesichts einer politischen Kultur, die offenkundigen Rechtsextremismus ausgrenzt, findet die Konsonanzbildung weitgehend in der Bewegungsöffentlichkeit statt. Da diese Öffentlichkeit aber ohnehin hochgradig ausdifferenziert ist, ist die Zementierung von Feindbildern für die soziale Konstruktion einer kollektiven Identität durchaus von Relevanz. Die rechtsextremistische Musik konserviert für die Bewegung ihre politisch-kulturellen Traditionsbestände durch ständiges Wiederholen der gleichen Themen: Gewalt, Deutschland, Feindbilder.²³ Dadurch wird eine politische Zugehörigkeit gefestigt, weil die Lieder den Anhängern auf unterhaltsame Weise bewegungsspezifische Wahrnehmungsweisen und Deutungsmuster aber auch Werte und Normen nahebringen. Insgesamt trägt die Musik dazu bei, die fragmentierte Bewegung zu integrieren.²⁴ Dies ist weniger der Bekanntheit einzelner Lieder oder Gruppen geschuldet, die es zum Teil auch gibt, sondern einer gemeinsamen Erwartung, die eigene Identität durch das Hören affektiver, rechtsextremistischer Protestsongs auszudrücken.

4. Politainment in Computerspielen

Mit der Verbreitung des Heimcomputers in den 1980er Jahren entstand eine jugendliche Spieleszene, die zahlreiche Spiele als Raubkopien auf Schulhöfen tauschte. Ende der 1980er Jahre waren darunter auch einige rechtsextremistische Spiele. Bei diesen handelte es sich um bereits existierende unpolitische Ego-Shooter oder Managerspiele,

²²K. Farin/H. Flad (Anm. 13), S. 98.

²³Vgl. ebenda, S. 36-84.

²⁴Vgl. zum organisatorischen Aspekt der Vernetzung durch Rechtsrock Michael Wörner Schnappert, Was macht Hass-Seiten attraktiv? Fallbeispiel: Musik als virtuelle Propagandawaffe – moderne Multimedialität rechtsextremer Websites, in: S. Glaser/T. Pfeiffer (Anm. 1), S. 111-121, hier S. 117-118.

die rechtsextremistische Programmierer grafisch oder sprachlich modifizierten und mit rechtsextremistischer Symbolik aufluden.²⁵ Z. B. gab es eine antisemitische Variante eines einfachen Ego-Shooters: KZ-Rattenjagd. Hierbei musste der Spieler Ratten erschießen. Das Antisemitische war die Szenerie des Spiels, die offensichtlich an das KZ Auschwitz angelehnt war. So befindet sich über dem Eingangstor der Spruch „Arbeit macht frei.“ Und auf den Ratten prangt ein Judensterne. Allerdings war die Grafik schon damals nicht mehr state of the art und der Spielspaß ergab sich weniger aus der mäßigen Spielgestaltung als aus dem Reiz des Verbotenen. Auch die anderen rechtsextremistischen Computerspiele waren in der Regel bereits in spieltechnischer Hinsicht überholt. Der Hauptgrund für die geringe Innovationsfreude in diesem jugendkulturellen Bereich lag wohl in mangelnden Programmierkenntnissen der rechtsextremistischen Bewegung.

Seit einigen Jahren hat die rechtsextremistische Bewegung Computerspiele als Mittel fremdenfeindlichen Politainment wiederentdeckt. Die finanzstarke „Schweizer Volkspartei“ (SVP) ließ für den Parlamentswahlkampf 2007 das Spiel „Zottel rettet die Schweiz“ produzieren. In dem Spiel kann man zwischen vier Spielvarianten wählen: So muss der Spieler in einer Variante mit Hilfe des weißen Geißbock Zottel schwarze Schafe, die Ausländer symbolisieren sollen, über die Grenze aus der Schweiz heraus schubsen bzw. treten. In einer anderen Variante muss der Spieler mit einer Armbrust auf Steuervögel der EU schießen. Bevor man mit dem eigentlichen Spiel beginnt, muss der Spieler zunächst die Frage beantworten, „Wie hoch ist der Anteil an Vergewaltigungen durch Ausländer im Jahr 2005?“ Es werden drei Antwortmöglichkeiten vorgegeben und erst wenn man die vermeintlich richtige mit 80,5 Prozent anklickt, beginnt das eigentliche Spiel. Das Zottel-Spiel löste in die Schweiz als auch international eine De-

²⁵Vgl. Thomas Pfeiffer, „Das Internet ist billig, schnell und sauber. Wir lieben es“. Rechtsextremisten entdecken den Computer, in: Claudia Cipitelli/Axel Schwanebeck (Hrsg.), Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien, München 2004, S. 209-228, hier S. 212; Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer/Christiane Schneider, Von Textwüsten zur Propaganda 2.0. Entwicklungslinien rechtsextremer Online-Präsenzen, in: S. Glaser/T. Pfeiffer (Anm. 1), S. 100-110, hier S. 101.

batte aus, inwiefern die Partei mit dem Spiel Rassismus propagiert.²⁶ Eine rechtliche Prüfung durch die Staatsanwaltschaft Zürich ergab, dass das Spiel fremdenfeindlich, aber nicht rassistisch sei. Damit hatte es keine Normen des Strafrechts verletzt.²⁷ Nach diesem großen PR-Erfolg für die Partei brachte die SVP sich beim Volksentscheid gegen den Bau von Minaretten abermals mit einem Computerspiel in die Kampagne ein. Sie präsentierte das Spiel „Minarett Attack“, das später auch die FPÖ in abgewandelter Form unter dem Titel „Moschee Baba“ im Landtagswahlkampf einsetzte. Auch hier kam es zu einer juristischen Auseinandersetzung und einer relativ umfangreichen medialen Berichterstattung.²⁸

In jüngster Zeit hat die NPD das Schweizer Vorbild, wie schon öfters, kopiert und zum Landtagswahlkampf 2011 in Sachsen-Anhalt das Spiel „Heyder räumt auf“, benannt nach ihrem Spitzenkandidaten Matthias Heyder, auf ihrer Webseite präsentiert. In dem Spiel kann man unter anderem mit dem Besen des Spitzenkandidaten die anderen Abgeordneten aus dem Landesparlament fegen. Am Ende erfährt man die Punktezahl, wird zur Wahl aufgefordert und erhält Kontaktadressen der NPD.²⁹

Die Spielidee ist bei allen diesen rechtsextremistischen Politainment-Computerspielen ähnlich. Meistens ist es ein simpler Ego-Shooter, der den Spiele-Klassiker „Moorhuhnjagd“ variiert. Symbolik und kurze Texte transportieren die Botschaften. Dabei werden Feindbilder wiederholt und auf unkonventionelle, comichaft Art präsentiert. Die

²⁶Vgl. Niklas Schrape, Playing with Information. How Political Games Encourage the Player to Cross the Magic Circle, in: Stephan Günzel/Michael Liebe/Dieter Mersch (Hrsg.), Conference Proceedings of the Philosophy of Computer Games 2008, Potsdam 2008, S. 108-124, hier S. 116-118.

²⁷Vgl. Christof Moser, Wahlkampf in der Schweiz. Blochers rassistische Züge, in: Spiegel-Online vom 16. Oktober 2007. Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wahlkampf-in-der-schweiz-blochers-rassistische-ziege-a-511627.html>, gelesen am 01. September 2014.

²⁸Vgl. u.a. Birgit Riegler, „Moschee Baba“: FPÖ-Werbung lässt Muezzins abschießen, in: derStandard.at vom 31. August 2010. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/1282978601717/Game-Moschee-Baba-FPOe-Werbung-laesst-Muezzins-abschiessen> (gelesen am 1. September 2014).

²⁹Vgl. NPD Sachsen-Anhalt, Spiel „Heyder räumt auf“, in: http://www.npd-sachsen-anhalt.de/spiel/heyder_raeumt_auf.html (gelesen am 20. März 2011).

Spiele funktionieren browserbasiert, insofern sind sie bei Netzzugang ständig verfügbar und es fällt die Hemmschwelle des Downloads weg.

Indes weisen die Spiele keine Komplexität oder Innovationen auf, weswegen lediglich die Gestaltung ansatzweise Anlass für Interdiskurse bietet. Da solche Politainment-Spiele noch relativ selten sind und sie anscheinend kaum seitens rechtsextremistischer Parteien erwartet werden, zogen sie einige öffentliche Aufmerksamkeit auf sich.³⁰ Zudem testen die Spiele die nicht endgültig festlegbare Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Schutz vor Diskriminierung aus. Damit induzieren sie Debatten in den Medien über den Umgang mit dem im Spiel aufgegriffenen Thema. Insofern tragen die Spiele durch die Sekundär- bzw. Medienkommunikation zum Agenda-Setting bei. Insbesondere die gerichtliche Auseinandersetzung in der Schweiz und Österreich sorgte für eine umfangreiche Anschlusskommunikation, bei der die Rechtsaußen-Parteien eine vermeintliche Einschränkung der Meinungsfreiheit zu beklagen wussten.³¹

Da diese Spiele auf aktuelle Wahlkampfthemen setzen, die auch über die eigene Anhängerschaft hinaus Interesse wecken sollen, führen sie nur in geringem Maße zu einer bewegungsöffentlichen Konsonanzbildung. Ebenso tragen sie kaum zu einer Bewahrung von Traditionsbeständen bei. Die Inszenierung der politischen Identität fällt – zumindest bei der NPD - teilweise der Suche nach neuen Wählern und damit einer Weichzeichnung des eigenen Profils zum Opfer. Angesichts der Schlichtheit der Spiels, dem kurzfristigen Spielspaß³² und der

³⁰In dem relativ kurzen Zeitraum vom 30. August bis 3. September 2010 gab es auf das Spiel „Moschee Baba“ der FPÖ ca. 214.000 Zugriffe. Vgl. O. A., FPÖ musste Anti-Minarett-Spiel vom Netz nehmen, in: derStandard.at vom 03. September 2010. Verfügbar unter: <http://derstandard.at/1282978903026/FPÖ-musste-Anti-Minarett-Spiel-vom-Netz-nehmen> (gelesen am 1. September 2014).

³¹Vgl. beispielsweise den Artikel in Österreichs größter Boulevardzeitung O. A., FPÖ-Moschee-Spiel: Kurzmann-Prozess am 14. Oktober, in: krone.at vom 7. September 2010. Verfügbar unter: http://www.krone.at/Oesterreich/FPÖ-Moschee-Spiel_Kurzmann-Prozess_am_14._Oktober-Verhetzung-Story-295468 (gelesen am 1. September 2014).

³²Vgl. zu den Attraktivitätsmomenten von Computerspielen Tobias Bevc, Konstruktion von Politik und Gesellschaft in Computerspielen, in: Tobias Bevc (Hrsg.), Computerspiele und Politik, Berlin 2007, S. 25-54, hier S. 32-34.

schwach durchschimmernden Ideologie leistet es einen geringen Beitrag zur Integration der ansonsten stark fragmentierten Bewegungsföfentlichkeit, weil sich jeder mit den entsprechenden ideologischen Orientierungen dort wiederfinden kann, dabei aber nicht nachhaltig bestärkt wird.

5. Politainment im Fußball

Wenn von Fußball im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Politainment gesprochen wird, soll hier ein Blick auf die Fußballfankultur im Stadion genügen, wobei es ebenfalls vielfältige rechtsextremistische Politainmentaktivitäten bei kleinen Amateurvereinen zu verzeichnen gibt.³³ Einige bemerkenswerte Vorfälle der Fußballfankultur seien zunächst genannt. Große Aufmerksamkeit erregte im Dezember 2005 im Vorfeld der Fußball-WM in Deutschland ein Spiel zwischen Dynamo Dresden und Energie Cottbus, als im Cottbusser Fanblock ein großes Banner ausgerollt wurde, auf dem einzig das Wort „Juden“ stand. Dabei wurde das D im Wort durch das Dresdner Vereinswapfen, das aus einem verzierten D besteht, ersetzt.³⁴ In diesem Kontext war „Jude“ also als schwerwiegende Beleidigung gemeint, was auf die antisemitischen Einstellungen der Cottbusser Fans hinweist. Auch nationalsozialistische Symbolik ist in einige Kurven vertreten. So brachten 2006 Chemnitzer Fans zum Spiel in St. Pauli Hakenkreuzfahnen ohne Hakenkreuz mit, womit sie strafrechtliche Verbote umgingen und trotzdem ihre Sympathie für den Nationalsozialismus bekundeten.³⁵ Als 2012 das Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen die rechtsextremistische Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ verbot, zeigten kurze Zeit später Sympathisan-

³³Vgl. Martin Endemann/Gerd Dembowski, Die wollen doch nur spielen. Fußballfanszenen und Fußballvereine als Andockpunkte für neonazistische Einflussnahme im ländlichen Raum, Friedrich Burschel (Hrsg.), Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin 2010, S. 22-51.

³⁴Vgl. SWR, Gefahr von Rechtsaussen – Rechtsradikalismus im Fußball, Teil 2, in: <http://www.youtube.com/watch?v=YOzLJXSvURo&NR=1> (gelesen am 1. September 2014).

³⁵Vgl. Andreas Speit/Oke Göttlich, Gewaltausbruch bei Fußballspiel, in: taz vom 03. April 2006. Verfügbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2006/04/03/a0238> (gelesen am 1. September 2014).

ten bei einem Bundesligaspiel von Borussia Dortmund ungestört ein großes Solidaritätstransparent.³⁶ Deutschlandweit und auch in der Schweiz ist das sogenannte Auschwitz-Lied verbreitet mit dem Refrain „Eine U-Bahn bauen wir, von XY nach Auschwitz.“ Für das XY wird der Name der jeweiligen gegnerischen Mannschaft eingesetzt. In der Gesamtschau beobachten die Fanforscher Sabine Behn und Victoria Schwenzer, dass sich das rechtsextremistische Verhalten in den letzten Jahren in zweierlei Hinsicht verlagert hat: zum einen aus den Stadien der 1. und 2. Liga in deren räumliches Umfeld, zum anderen auf die unteren Ligen.³⁷

Auf den ersten Blick scheint es zu überraschen, dass Politik im Fußballstadion eine Rolle spielt. Denn unter zahlreichen Fangruppen ist das Motto „Keine Politik im Stadion“³⁸ verbreitet. Dies beinhaltet, Kritik an gesellschaftlichen Normen in der Kurve zu unterbinden. Dabei wirken diese Normen auf die Ordnung der Gesellschaft ein und sind somit durchaus politisch. Zudem begünstigen eine Reihe dieser Normen rechtsextremistische Einstellungen und bieten rechtsextremistischen Akteuren Anknüpfungspunkte an die Fankultur an.³⁹ So ist ein fester Bestandteil der Fankultur ein ausgeprägtes „Freund-Feind-Denken“. Auch wenn die Abwertung des Gegners während des Spiels ritualisiert abläuft und vielfach mit dem Spielfluss beendet ist, ist diese binäre Sichtweise geeignet, rassistisch aufgeladen zu werden, was auch durch einige Fangruppen geschieht.⁴⁰

³⁶Vgl. Frank Möhlmann, Nazis könnten die Fanszene des BVB spalten, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 4. September 2012. Verfügbar unter: <http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/nazis-koennten-die-fanszene-des-bvb-spalten-id7055668.html> (gelesen am 1. September 2014).

³⁷Vgl. Sabine Behn/Victoria Schwenzer, „Politik gehört nicht ins Stadion?“ Fandiskurse, Selbstregulierungsmechanismen der Fanszene und antirassistische Strategie der sozialen Arbeit im Fußballkontext, in: Michaela Glaser/Gabi Elverich (Hrsg.), Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention, Halle 2008, S.24-34, hier S. 25.

³⁸Ebenda, S. 28.

³⁹Vgl. M. Endemann/G. Dembowski (Anm. 33), S. 23-25.

⁴⁰Vgl. Jonas Gabler, Ultrakulturen und Rechtsextremismus. Fußballfans in Deutschland und Italien, Köln 2009, S. 18-20.

In Regionen mit verbreiteter rechtsextremistischer Jugendkultur findet in den Stadien eine Verschmelzung von Fußballfans und Rechtsextremen statt. Die Verbindung von Fußball und rechtsextremistischer Jugendkultur kann man als zwei Seiten der gleichen Medaille verstehen, wo Freund-Feind-Bilder, traditionelle Männlichkeitsnormen, Kollektivdenken, etc. sich mit Erlebnisorientierung und Unterhaltung ergänzen.

Dies ist strategisch denkenden Rechtsextremisten durchaus bewusst. So räsoniert ein Autor auf der hinsichtlich rechtsextremistischer Theorieproduktion bemerkenswerten Webseite „Etschlichter“ folgendes: „Wir haben darin geklärt, dass beim Fußball gegnerische Mannschaften aufeinandertreffen und somit eine Unterscheidung in ‚sie‘ und ‚wir‘ stattfindet. Diese Differenzierung ist das grundlegendste Merkmal der Politik, was Fußball, wie jede (sic!) anderen Lebensbereich auch, politisch macht. Entgegen der gesellschaftlichen Meinung ist es unmöglich Politik und Sport zu trennen, da Sport immer auch politische Inhalte enthält und vermittelt.“⁴¹

In der Praxis scheinen bei einigen rechtsextremistischen Fans die kollektiven Identitäten miteinander zu konkurrieren oder zumindest in friedlicher Ko-Existenz zu leben. Denn in Stadien, in denen rechtsextremistisches Verhalten nicht geduldet wird, halten sich dort rechtsextremistische Fans mit entsprechendem Verhalten zurück und beschränken sich auf die Unterstützung ihres Vereins.⁴² Es ist allerdings auch eine erklärte Strategie der NPD, unter Fußballfans Anhänger zu rekrutieren, weil die Partei hier ein großes Potenzial sieht.⁴³ Insbesondere im Zusammenhang mit Landtagswahlkämpfen versuchten Parteifunktionäre, sich als Fans unter anderem von Hansa Rostock⁴⁴ und

⁴¹O.A., Fußball ist falsch, vom 16. Juni 2014. Verfügbar unter: <http://logr.org/etschlichter/2014/06/16/fussball-falsch/> (gelesen am 1. September 2014).

⁴²Vgl. S. Behn/V. Schwenzer (Anm. 37), S. 26-30.

⁴³Vgl. Christoph Ruf/Olaf Sundermeyer, In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone, München 2010, S. 130-131.

⁴⁴Vgl. Christian Spiller, Fans drängen NPD-Politiker aus dem Stadion, in: Zeit Online vom 09. August 2010. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/sport/2010-08/hansa-rostock-npd-fans-pastoers> (gelesen am 1. September 2014).

Werder Bremen⁴⁵ zu präsentieren. Diese Versuche scheiterten aber allesamt, weil die Fans sich nicht derartig ostentativ instrumentalisieren lassen wollten.⁴⁶

Eine herausragende Funktion der Fußballkultur ist die Initiierung von Interdiskursen. Sofern Rechtsextremisten ihre politische Gesinnung nicht zu deutlich in den Vordergrund stellen, können sie sich hier am öffentlichen – lokalen und regionalen – Diskurs beteiligen und rechtsextremistische Deutungsmuster, wie die Idee, wonach das Kollektiv alles sei, unhinterfragt verbreiten. Angesichts des Status von Fußball in der Gesellschaft ist eine enorme Aufmerksamkeit garantiert. Zudem bieten sich beim Fußball zahlreiche Möglichkeiten der Anschlusskommunikation an, ob in Fanzines, in Kneipen, auf dem Arbeitsplatz oder in Internetforen. Weiterhin ist die Fanszene für sportpolitischen Protest mobilisierbar und hat mindestens alle 14 Tage im Stadion dafür eine Bühne, die auch massenmediale Beachtung findet. Bezüglich der Konsonanzbildung von politisch-kulturellen Einstellungen hängt es von der vereinsspezifischen Fankultur ab, inwieweit Freund-Feind-Bilder den Schlusspfiff überdauern und sich in der Alltagsöffentlichkeit niederschlagen. Auch wenn die Fußballkultur ihre Traditionsbestände durch verschiedene Medien ständig in die Öffentlichkeit rückt, bleibt offen, inwiefern dies sich in der politischen Kultur niederschlägt bzw. politisch-kulturelle Interpretationen dieser Traditionen stabil sind. Beispielsweise sind hypermaskuline Selbstpräsentationen außerhalb des Stadions deutlich auf dem Rückzug. Trotzdem bietet das Stadion den rechtsextremistischen Fußballfans eine Reihe von Inszenierungsmöglichkeiten politischer Identität. Insbesondere die Gemeinschaftserlebnisse in der Kurve machen diese in der Konkurrenz zu anderen politischen Identitätsangeboten attraktiv. Zusammengefasst lässt sich resümieren, dass die Fußballöffentlichkeit dazu beiträgt, rechtsextremistische Ideologeme zumindest partiell in den öffentlichen Diskurs zu integrieren.

⁴⁵Vgl. Andreas Speit, Werder Bremens unerwünschter NPD-Fan, in: Zeit Online vom 21. April 2011. Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/sport/2011-04/werder-bremen-ndp-puehse> (gelesen am 01. September 2014).

⁴⁶Im Übrigen scheitert auch die umgekehrte Instrumentalisierung für Antirassismusarbeit. Vgl. S. Behn/V. Schwenzer (Anm. 37), S. 30.

6. Rechtsextremistische Kritik am Politainment

Dörner legt mit seinem Politainment-Ansatz eine positive Interpretation des Wandels der Öffentlichkeit, insbesondere der Bedeutungszunahme von Unterhaltungsöffentlichkeiten vor. In der Lesart anderer Öffentlichkeitstheoretiker wird dieser Wandel nun eher kulturpessimistisch beschrieben.⁴⁷ Aber auch in der rechtsextremistischen Bewegung äußern einige Akteure Kritik am Politainment. Ein Teil der Kritik zielt jedoch nicht auf das eigentliche Politainment, sondern auf die damit zusammenhängende Kommerzialisierung der rechtsextremistischen Subkultur. Insbesondere stehen Platten- und Modelabels in der Kritik, wenn es Zweifel daran gibt, dass die Gewinne nicht zurück in die politische Arbeit fließen. Eine Privatisierung der Gewinne gilt als Verrat an der nationalen Sache.⁴⁸

Allerdings gibt es auch Kritik, die sich nicht mit den Nebeneffekten, sondern mit dem Politainment selbst auseinandersetzt. In der „Deutschen Stimme“, der Parteizeitung der NPD, überschrieb im Juli 2011 ein damals führender Neonazi aus Nordrhein-Westfalen seinen Artikel mit „Nationale Spaßgesellschaft“. In dem Artikel beklagt er, dass die rechtsextremistische Bewegung sich von den vermeintlichen Verfallsprozessen der deutschen Gesellschaft anstecken lässt: „Besonders augenfällig wird diese unheilvolle Entwicklung, wenn Repressionen des Systems zu einem erheblichen Abtrieb der Teilnehmerzahlen bei nationalen Veranstaltungen führen. Wird anstelle von »Action« und Spaß mit Einschränkungen und Behinderungen gerechnet, ziehen es etliche Nationale vor, lieber zuhause zu bleiben, anstatt den Weg zur Demo oder Kundgebung auf sich zu nehmen – und tun damit genau das, was sich das System durch seine Schikanen und Verbote erhofft. So wie in diesem System das »Verdienen« – und nicht, wie es sein sollte, das »Dienen« – den Leitstern allen Handelns von Staat und Gesellschaft bildet, so wie jedermann nur »Rechte« einfordert, aber keine »Pflichten« auf sich nehmen will, wollen auch zunehmend Angehörige des Nationalen Widerstandes zuerst sicher sein, etwas »geboten« zu be-

⁴⁷Vgl. A. Dörner (Anm. 3), S. 73-80.

⁴⁸Vgl. Christoph Busch, Rechtsradikalismus im Internet, in: Ulrich Eith/Beate Rosenzweig/Uwe Wenzel (Hrsg.), Politische Bildung gegen rechts. Aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Ansätze aus der politischen Bildungspraxis, Schwalbach/Ts., 2014, i. E.

kommen, bevor sie sich irgendwo einbringen. Je weniger diese Sicherheit gewährleistet werden kann, desto mehr schwindet auch die Bereitschaft, Einsatz zu zeigen, bei allzuvielen.“⁴⁹

In die gleiche Richtung zielen Beschwerden von Rechtsextremisten, dass Veranstaltungen durch exzessiven Alkoholmissbrauch entwertet würden, weil das politische Anliegen und die Ernsthaftigkeit von hedonistischen Verhaltensweisen verdrängt würden. Aus diesem Anlass veröffentlichten rechtsextremistische Aktivisten im Vorfeld einer Demonstration in Wuppertal 2013 eine Art Verhaltenskodex. Darin heißt es: „Wir denken, dass diverse Auswüchse nicht mehr zu tolerieren sind. Politischer Aktivismus ist keine lustige Alternative zum Fußball, es ist die heilige Pflicht, die wir vor allem dann gewissenhaft erfüllen, wenn sie unangenehm wird.“⁵⁰ Vor allem zielt eine solche Kritik auf die Teile der rechtsextremistischen Szene, in der eben die politische Haltung im Gegensatz zu expressiven, unterhaltungsorientierten Verhaltensweisen nur eine nachrangige Bedeutung besitzt. Dies trifft insbesondere auf die rechtsextremistische Skinheadszene zu.

Eine solche Haltung, wie sie in dem Verhaltenskodex zum Ausdruck kommt, vertritt auch ein Teil der Neonaziszene. Denn dort ist das Leitbild des „politischen Soldaten“ immer noch verbreitet und besitzt eine identitätsstiftende Funktion. Mit diesem Leitbild wird oftmals die Ernsthaftigkeit der eigenen Aktivitäten betont, während Spaß und Unterhaltung eher negativ konnotiert sind. So beschrieb Michael Kühnen, führender Aktivist der neonazistischen Szene in den 1980er und Anfang der 1990er Jahre, den politischen Soldaten folgendermaßen: „Soldat, weil er eingebunden ist in ein strenges System von Befehl und Gehorsam, weil er in sich die ewigen Werte heroischen Menschentums verwirklichen will und bereit ist, sein Leben restlos dem Kampf für unsere Idee und Bewegung zu weihen und notfalls zu opfern - politisch aber, weil dies alles nicht Selbstzweck sein und nicht

⁴⁹Axel Reitz, Nationale Spaßgesellschaft, in: Deutsche Stimme Nr. 6 vom Juni 2011. Verfügbar unter: <http://www.deutsche-stimme.de/ds/?p=4698> (gelesen am 5. Juli 2011).

⁵⁰Friedrich Schreiber, Erwünschtes Verhalten auf unserer Demonstration in Wuppertal vom 5.09.2013. Verfügbar unter: <http://wachtamrhein.info/erwunschetes-verhalten-auf-unserer-demonstration-in-wuppertal-unbedingt-lesen-und-bitte-verbreiten/> (gelesen am 1. September 2014).

für reaktionäre Ziele mißbraucht werden darf, sondern weil damit einem politischen Ziel gedient werden muß ...⁵¹

Kühnen führt auch explizit aus, wie sich dieses Rollenverständnis auf die politische Kommunikation auswirkt. Demnach ist für unterhaltende Elemente kein Platz, stattdessen favorisiert er eine puristische ideologische Missionstätigkeit: „... daß die wirkliche Aufgabe der politischen Soldaten des Nationalsozialismus ... der Weg ins Volk, das Wirken durch Bekenntnis, Beispiel, Opfer- und Einsatzbereitschaft, durch das, für junge Menschen, der Nationalsozialismus wieder sichtbar und erlebbar, wieder ein Vorbild werden konnte.“⁵²

Eine weitere Ursache der rechtsextremistischen Kritik am Politainment liegt im kulturpessimistischen Selbstverständnis. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man ideengeschichtliche Traditionslinien der extremistischen Rechten in den Blick nimmt. So haben insbesondere die Vertreter der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik zahlreiche kulturpessimistische Stichworte vorgegeben, denen eine antidemokratische, antiegalitäre, antifreiheitliche Stoßrichtung inneohnt. Das berühmteste Stichwort dürfte wohl „Der Untergang des Abendlandes“ von Oswald Spengler sein. In die gleiche Richtung zielt Othmar Spann: „Wer Individualist ist, Mechanisierung und Gleichheit wirklich will, kann Demokrat sein, wer aber den Kulturstaat will, wer ein Geistiges vom Staate verlangt, kann nicht mehr Demokrat sein.“⁵³

Ebenfalls ist aus Sicht der nationalsozialistischen Ideologie mit ihren kulturpessimistischen Elementen Politainment als Anzeichen für gesellschaftlichen Verfall zu verstehen. So kritisierte Adolf Hitler noch in „Mein Kampf“ die Unterhaltungskultur in Kinos und Theater und sprach von Verfallserscheinungen.⁵⁴ Jedoch zeigte sich unter der nationalsozialistischen Herrschaft ein pragmatisches Verhältnis zum Politainment, welche dessen Funktionen zur Stabilisierung der Herrschaft pragmatisch ausnutzte. Insbesondere Joseph Goebbels Förderung der

⁵¹Michael Kühnen, Politisches Soldatentum: Tradition und Geist der SA, Frankfurt a.M. 1985 (Manuskript), S. 5.

⁵²Ebenda, S. 40.

⁵³Zitiert nach: Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf o.J., S. 36.

⁵⁴Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, 851.-855. Auflage, München 1943, S. 282-288.

Unterhaltungskultur deutet der Kommunikationswissenschaftler Thymian Bussemer als einen unter Wirkungsgesichtspunkten erfolgreichen Vorgänger des Politainments.⁵⁵

7. Schlusswort und Zusammenfassung

Es lassen sich zahlreiche Beispiele dafür anführen, dass die rechtsextremistische Bewegung Politainment sowohl aus strategischen Überlegungen als auch als selbstverständliche Form der Politikinszenierung praktiziert. Dies hat Folgen für die Öffentlichkeit. Bei der Musik fördert dies vor allem die Bewegungsöffentlichkeit, indem es ein emotionales Identifikationsangebot schafft, politische Überzeugungen stabilisiert und letztlich zur Integration der fragmentierten Bewegung beiträgt. Computerspiele hingegen vermögen dies nur in deutlich geringerem Ausmaß. Dafür gelingt es ihnen, Anschlusskommunikation außerhalb der Bewegung zu erzeugen, vor allem durch Medienberichterstattung. Der Fußball ermöglicht sowohl eine Stärkung der eigenen Bewegungsöffentlichkeit als auch Gelegenheiten sich in den öffentlichen Fußballdiskurs mit einzubringen und rechtsextremistische Ideologeme kritiklos zu verbreiten.

Letztlich hängen die Einflüsse auf die Öffentlichkeiten in allen drei Bereichen davon ab, wie gut es den rechtsextremistischen Akteuren gelingt, politische Botschaften unterhaltsam zu inszenieren und den Adressaten dabei gleichzeitig das Gefühl zu vermitteln, ernst genommen zu werden. In den Worten des Pioniers des rechtsextremistischen Politainments Joseph Goebbels: „Es ist im allgemeinen ein wesentliches Charakteristikum der Wirksamkeit, daß sie niemals als gewollt in Erscheinung tritt. In dem Augenblick, da eine Propaganda bewußt wird, ist sie unwirksam. Mit dem Augenblick aber, in dem sie als Propaganda, als Tendenz, als Charakter, als Haltung im Hintergrund bleibt und nur durch Handlung, durch Ablauf, durch Vorgänge, durch Kontrastierung von Menschen in Erscheinung tritt, wird sie in jeder

⁵⁵Vgl. Thymian Bussemer, „Nach einem dreifach Sieg-Heil auf den Führer ging man zum gemütlichen Teil über“. Propaganda und Unterhaltung im Nationalsozialismus. Zu den historischen Wurzeln eines nur vermeintlich neuen Phänomens, in: C. Schicha/C. Brosda (Anm. 4), S. 73-87, hier 77-79.

Hinsicht wirksam.“⁵⁶ Die kritischen Stimmen von Rechtsextremisten verweisen darauf, dass Politikvermittlung im Politainmentmodus Wirkung zeigen muss, denn dies ist aus strategischer Sicht die entscheidende Legitimation.

Mit dem verstärkten Aufgreifen des Politainments reagiert die extremistische Rechte auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit und modernisiert ihre politische Kommunikation.⁵⁷ Einerseits trägt dies dazu bei, die eigenen Deutungsmuster wirksamer in verschiedene Öffentlichkeiten einzubringen, andererseits birgt dies für Rechtsextremisten die Gefahr, durch die Koppelung von unterhaltender und politischer Kommunikation die eigene Identität zu beeinträchtigen oder gar einer Entpolitisierung der rechtsextremistischen Szene Vorschub zu leisten.⁵⁸ Angesichts dieser widersprüchlichen Entwicklung ist dieser Prozess mit dem Soziologen Ulrich Beck gesprochen als „reflexive Modernisierung“ zu begreifen. Damit ist eine „Selbstkonfrontation“⁵⁹ mit den nicht intendierten Folgen der Modernisierung gemeint. Die Reaktionsmuster im Rechtsextremismus werden aufgrund der Heterogenität des Akteursspektrums vielfältig ausfallen. Eine offene Frage bleibt deshalb, ob Politainment zu einer Stärkung oder Schwächung des Rechtsextremismus führt, jedenfalls trägt es zu dessen Transformation bei.

⁵⁶Zitiert nach: Ebenda, S. 77-78.

⁵⁷Vgl. zur Diskussion über die Modernisierung des Rechtsextremismus Andreas Klärner/Fabian Virchow, Wie modern ist die heutige extreme Rechte? Einige vorläufige Überlegungen, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), Die Natur der Gesellschaft, Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006, Frankfurt a.M./New York 2008, S. 5537-5550.

⁵⁸Der Unterschied entspricht der modernisierungstheoretischen Differenzierung von Häusler und Schedler, die die Modernierungsprozesse auf der Mesoebene als Veränderung der politischen Gelegenheitsstrukturen und auf der Mikroebene als kollektive Identifikationsangebote analysieren. Vgl. Alexander Häusler/Jan Schedler, Neonazismus in Bewegung: Verortung der ‚Autonomen Nationalisten‘ in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung, in: Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 306-315.

⁵⁹Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a. M. 1993, S. 36.

Rechtsextremismus – ein europäisches Phänomen?!

Verbindende Elemente rechtsextremistischer Szenen in Europa anhand von sechs Faktoren

Thomas Pfeiffer

Einleitung und Fragestellung

Ist der Rechtsextremismus ein internationales, ein europäisches Phänomen? Wenn er es wäre, würde dies auf den ersten Blick überraschen. Aller Erfahrung nach sind Rechtsextremisten glühende, häufig militante Nationalisten. Sie scheinen die Anti-Europäer schlechthin zu sein, fordern „Britain first“, „La France d’abord“, „Eigen volk eerst“ und „Deutschland den Deutschen“. Andererseits haben Rechtsaußenparteien¹ bei der Europawahl im Mai 2014 in etlichen Ländern Erfolge erzielt und damit auch die Frage in den Raum gestellt, inwieweit sich eine rechtsextremistische europäische Bewegung formiert oder formieren könnte.²

Damit die rechtsextremistische Bewegung tatsächlich als ein europäisches Phänomen gelten könnte, wären gemeinsame Interessen oder andere verbindende Elemente erforderlich, die die nationalen Szenen

¹ „Rechtsaußenparteien“ sind hier im Anschluss an den Politikwissenschaftler Cas Mudde zu verstehen. Er benutzt den Begriff „Rechtsaußen“ (far right) als übergreifendes Konzept sowohl für die extreme als auch die radikale Rechte“. Demnach bezeichnet „Extremismus“ die Ablehnung der Demokratie im Sinne der Volkssouveränität und des Mehrheitsprinzips, „Radikalismus“ stellt diese Prinzipien nicht infrage, allerdings zentrale Normen der liberalen Demokratie wie den Pluralismus. Cas Mudde, Rechtsaußen, die Große Rezession und die Europawahlen 2014, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64 (2014), Nr. 12, S. 16-24, hier S. 17.

² Zugespitzt formuliert Lars Brandt im „Spiegel“: „Erstmals seit dem Untergang der Nazis und ihrer Komplizen haben wir es jetzt wieder mit einer europaweiten faschistischen Bewegung zu tun, die in der Lage ist, parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen. Die also drauf und dran ist, ganz anders als der nazi-nostalgische Mob, an den wir uns inzwischen gewöhnt haben, legal in unser Leben einzugreifen und zu bestimmen, wie es weitergeht mit Europa“; Lars Brandt, Pfahl ins Herz: Demokratisch gewählte Rechtsextreme greifen das liberale Menschenbild Europas an. Künstler sollten es nun verteidigen, in: Der Spiegel Nr. 32 vom 4. August 2014, S. 126-127, hier S. 126.

auf internationaler – europäischer – Ebene zusammenführen und eine länderübergreifende kollektive Identität stiften. Solchen Schnittmengen geht der folgende Beitrag nach. Dies geschieht kursorisch anhand von sechs zentralen Faktoren: möglichen ideologischen Überschneidungen, gemeinsamen Feindbildern, Kampagnenthemen, gemeinsamen Symbolen, Mythen und Erlebniswelten. Zum Schluss nimmt der Beitrag das Internet als einen möglichen Schrittmacher europäischer Beziehungen der nationalen rechtsextremistischen Bewegungen in den Blick.

2. Verbindende Elemente

2.1 International compatible ideologische Muster

Ist eine hinreichend tragfähige gemeinsame ideologische Basis vorhanden, die Kontakt und Kooperation rechtsextremistischer Gruppen, Organisationen und Parteien auf europäischer Basis stiften kann? Die Frage richtet sich bewusst auf compatible ideologische Muster, nicht auf eine geschlossene gemeinsame Ideologie. Letztere ist bereits auf nationaler Ebene innerhalb des Rechtsextremismus nicht vorhanden³, häufig nicht einmal innerhalb einer einzelnen lokalen Gruppe. Den gemeinsamen ideologischen Rahmen, in dem sich der internationale Rechtsextremismus bewegt, skizziert der Politikwissenschaftler Thomas Grumke folgendermaßen:

„In the 21st century, a transnational network of right-wing extremists is forming, which is supported by a collective identity and an internationally compatible ideology. The collective identity is, first, that of a white man in the sense of ethnicity, and second, in terms of culture belonging to a decidedly Western culture. The compatible ideological elements are the re-nationalization and re-ethnicizing of politics and the volkish opposition to a parliamentary democratic system“.⁴

³ Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 3. Auflage, Berlin 2010, S. 20.

⁴ Thomas Grumke, Globalized anti-globalists. The ideological basis of the internationalization of right-wing extremism, in: Sabine von Mering/Timothy Wyman McCarty (Hrsg.), Right-Wing Radicalism Today. Perspectives from Europe and the US, London/New York 2013, S. 13-21, hier S. 18.

Grumke geht von einer kollektiven Identität und einer kompatiblen ideologischen Basis aus, die er als „Pan-Aryanism“ bezeichnet. Diese Basis besteht einerseits aus einem gemeinsam vertretenen Mythos, der Wir-Gefühle schafft, andererseits aus einem geradezu apokalyptischen Bedrohungsszenario und Vorstellungen eines monströsen Feindes. Der gemeinsame Mythos ist die „Rasse“ im Sinne einer Bluts- und Schicksalsgemeinschaft, die über den Völkern und Nationen steht. Soweit sich Rechtsextremisten als Leitbild und sinnstiftende Quelle auf den Nationalsozialismus beziehen, finden sie dort Bestätigung: Bereits die „arische Rasse“ im nationalsozialistischen Sinne war als eine Gruppe konstruiert, die über das deutsche Volk hinausgeht. Besonders eng an nationalsozialistische Europa-Vorstellungen lehnt sich seit 2010 die „Europäische Aktion“ (EA) an, die sich zur „Bewegung eines neuen europäischen Selbstbewusstseins“ und zur „politisch-kulturellen Erneuerung ganz Europas“⁵ stilisiert. Tatsächlich knüpft die EA internationale Kontakte mit dem Ziel, „ein rechtsextremistisch-rassistisches Netzwerk aufzubauen“.⁶ Eine europaweite Sammlungsorganisation ist sie zurzeit nicht.

Mythen – wie die „Rasse“ – haben keine empirische Basis. Um geglaubt zu werden, brauchen sie diese auch nicht. Das gibt ihnen eine gewisse Flexibilität, um an geänderte Gegebenheiten angepasst zu werden. Auf diese Weise erfolgen Modifikationen des „Rasse“-Mythos im heutigen Rechtsextremismus gegenüber dem Nationalsozialismus. Auf dieser Grundlage kommen heute auch russische und andere Rechtsextremisten aus slawisch geprägten Ländern als Bündnispartner im Kampf um die „weiße Rasse“ grundsätzlich infrage – im Sinne eines unverändert nationalsozialistischen Denkens in den Kategorien der „arischen Rasse“ wäre dies ausgeschlossen.

⁵ Herzlich willkommen bei der Europäischen Aktion!, in: Europäische Aktion. Die Bewegung für ein freies Europa, www.europaeische-aktion.org/Artikel/de/Herzlich-willkommen-bei-der-Europaeischen-Aktion_1.html, (Stand: 22. Juni 2012), (gelesen am 21. August 2014). Bemerkenswert ist beispielsweise der zum Download angebotene Band „Europa als Lebenskampfgemeinschaft“, die Dokumentation einer Tagung der Reichsstudentenführung der NSDAP von 1942. Bernhard Schaub, Schweizer Holocaust-Leugner und Gründer der EA, hat die Publikation 2012 neu aufgelegt.

⁶ Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014. S. 129.

Grumke zufolge bildet die Globalisierung den Kern des gemeinsam geglaubten Bedrohungsszenarios. Im rechtsextremistischen Sinne ist sie weit mehr als die Vertiefung internationaler Kontakte und Wirtschaftsbeziehungen – sie ist der angeblich planmäßig betriebene Prozess der Auslöschung von „Rassen“, Völkern und Kulturen. Zum Feindbild zählen entsprechend alle, die als treibende Kräfte dieser Entwicklung ausgemacht werden: Dies sind wahlweise – eher allgemein – alle Kräfte, die „das System“ stützen (gemeint ist die parlamentarische Demokratie), oder – etwas konkreter – die Vasallen einer angeblichen jüdischen Weltherrschaft, wie sie sich im Akronym ZOG ausdrückt („Zionist Occupied Government“). Angesichts derartiger Bedrohung treten in der Perspektive von Rechtsextremisten Unterschiede zwischen den Völkern einer „Rasse“ im Kampf gegen den gemeinsamen Feind in den Hintergrund.⁷

2.2 Gemeinsame Feindbilder

Rechtsextremistische Feindbilder zählen insofern zu den Faktoren, die in besonderem Maße in der Lage sind, Einheit und Verbundenheit zu stiften. Unterschiedliche Gruppen in unterschiedlichen nationalen Räumen mögen jeweils eigene Feindbilder in den Vordergrund rücken, der grundlegende Kanon der Feindbilder dieser Szene ist europaweit praktisch unumstritten. Diesen Kreis zeigt besonders plastisch ein Cover der Band „Landser“, die in Deutschland 2005 rechtskräftig als kriminelle Vereinigung verurteilt wurde. Die Band und ihre Aktivitäten wären ein geeignetes Fallbeispiel, um die internationalen Beziehungen dieser Szenen genauer in den Blick zu nehmen: Die Verurteilung als kriminelle Vereinigung ging auf die systematische Begehung von Straftaten mithilfe internationaler – europäischer und transatlantischer – Netzwerke zurück, die der Band nachgewiesen werden konnte. Das Cover der CD „Ran an den Feind“ (Movement Records, 2000) zeigt eine weiße Faust mit dem „Landser“-Emblem – ein Schwert und ein in Frakturschrift gesetztes L für „Landser“ –, die den geradezu klassischen Kreis rechtsextremistischer Feindbilder zerschlägt: Hierzu zählen Schwarze, Juden – auf dem Cover sind sie exakt im Stil des nationalsozialistischen Kampfblatts „Stürmer“ dar-

⁷ Vgl. Grumke (Anm. 4), S. 17ff.

gestellt – Asiaten, Homosexuelle oder Punks, die stellvertretend stehen können für alle politischen Gegner. Die hier dargestellten Feindbilder sind nahezu vollständig; der demokratische Verfassungsstaat und seine Vertreter – insbesondere die Polizei – ließen sich ergänzen. Der Kampf gegen „das System“ dürfte zurzeit zu den wichtigsten Gruppenidentität stiftenden Elementen rechtsextremistischer Gruppen zählen.

Besonders effektiv kann der Antisemitismus in Verbindung mit dem Nationalismus „als eine Brücke zwischen rechtsextremen Personen und Organisationen unterschiedlicher nationaler Provenienz dienen“.⁸ Der Soziologe Klaus Holz sieht zwei zentrale Stränge antisemitischer Agitation, die sich gleichermaßen flexibel an nationale Kontexte anpassen. Der eine Strang ist die Täter-Opfer-Umkehr mit Blick auf die Entrechtung und Ermordung der Juden zurzeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Sie dient dazu, Fragen nach Schuld, Verantwortung oder Mitverantwortung der eigenen Nation abzuwehren und diese aggressiv gegen das Opfer zu wenden. Dieser Effekt gilt für Deutschland ganz offensichtlich, er ist aber auch in anderen Nationen möglich, wo sich etwa Fragen nach Mitverantwortung durch Kollaboration stellen. Den zweiten Strang nennt Holz die „Figur des Dritten“. Gemeint ist die Zuschreibung, Juden seien nicht Angehörige der eigenen Nation, auch nicht einer Fremdnation, sondern Inbegriff der „Antination“: Der nationale Antisemitismus rücke „die Nationen unweigerlich in dasselbe Lager, weil er einen gemeinsamen Feind konzipiert, angesichts dessen selbst verfeindete Brüder zusammen stehen müssen“.⁹ Vor diesem Hintergrund ist es plausibel, dass der Antisemitismus gerade in nationalistischen Szenen unterschiedlicher europäischer Szenen virulent ist und zwischen diesen verbindend wirken kann.

⁸ Klaus Holz, Brückenschlag: Die antisemitische Verbrüderung der europäischen Rechtsextremen, in: Claudia Globisch/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hrsg.), Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden 2011, S. 187-202, hier S. 187.

⁹ Ebenda, S. 200.

2.3 Gemeinsame Kampagnenthemen

In der offenen und gewalthaltigen Form, in der sie auf dem „Landser“-Cover und in zahlreichen rechtsextremistischen Liedern vorkommen, spielen Feindbilder in erster Linie in der rechtsextremistischen Binnenkommunikation eine Rolle. Kampagnen, die sich nach außen richten, sollen Türen öffnen. Auf Stimmen- und Anhängerfang geht diese Szene deutschland- und europaweit immer seltener mit offener Verherrlichung des Nationalsozialismus oder plumpem Antisemitismus, sondern in erster Linie mit Themen, die den öffentlichen Diskurs bestimmen, und mit Botschaften, die an Einstellungen in großen Teilen der Bevölkerung anschlussfähig sind. Dies gilt für Kampagnen gegen Minderheiten, gegen die in der Gesellschaft erhebliche Ressentiments bestehen, beispielsweise gegen Sinti und Roma und gegen Muslime.

Kampagnen gegen eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands oder Europas, gegen Moscheebauten, Minarette, Islamkunde-Unterricht und Ähnliches sind in Nordrhein-Westfalen besonders typisch für die rechtsextremistische Partei „pro NRW“, die enge Kontakte zu einigen islamfeindlichen Parteien im europäischen Ausland hat.¹⁰ Eine entsprechende Propaganda findet sich aber inzwischen in fast allen, teils sehr unterschiedlich geprägten Verästelungen der rechtsextremistischen Netzwerke. Dies gilt nicht nur für den deutschen Rechtsextremismus. Beispielsweise die Slogans, mit denen die NPD im Europawahlkampf 2014 agitierte, sind mit geringen Veränderungen auch in entsprechenden Szenen anderer europäischer Staaten ohne weiteres vorstellbar – Slogans wie „Geld für die Oma – statt für Sinti & Roma“ und „Maria statt Scharia“. Die „statt“-Rhetorik spiegelt das Grundmuster entsprechender Kampagnen, ausgrenzende, gegensätzliche Identitätskonstruktionen: die Behauptung, zwei Pole ständen sich unversöhnlich gegenüber. Insofern basieren diese Kampagnen auf einem schroffen „wir“ gegen „sie“.¹¹

¹⁰ „pro NRW“ ist allerdings mit dem Versuch gescheitert, sich in die Zusammenarbeit mehrerer ausländischer Parteien im Vorfeld der Europawahl 2014 einzubringen; vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2013 (Pressefassung), Düsseldorf 2014, S. 56.

¹¹ Vgl. Thomas Pfeiffer, „WIR oder Scharia“? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Muslimfeind-

Einen Spezialfall stellt die sogenannte „Identitäre Bewegung“ dar, die in Deutschland zum ersten Mal im Oktober 2012 auf den Plan trat. Ihr zentrales Feindbild ist der Islam, das Internet ist ihre Basis und ihr Resonanzraum. Ideologisch propagiert die „Identitäre Bewegung“ nicht einen plumpen biologistischen Rassismus, sondern das Konzept des Ethnopluralismus im Sinne der intellektuellen Neuen Rechten in Deutschland und der Nouvelle Droite in Frankreich. Vertreter des Ethnopluralismus streiten fremdenfeindliche Haltungen ab, fordern aber Räume, in denen die Angehörigen eines Volks oder einer Kultur unter sich sind – nur in ihnen finde der Einzelne tatsächliche Identität. Entsprechend distanziert sich die „Identitäre Bewegung“ vom Rechtsextremismus und propagiert den Slogan „100% identitär – 0% Rassismus“. Dass diese Selbstdarstellung zweifelhaft ist, macht zum Beispiel der Verfassungsschutz in Bremen deutlich: Demnach beteiligen sich dort bekannte Neonazis an der „Identitären Bewegung“.¹² Ihr Terrain sind die sozialen Netzwerke, einzelne Aktionen haben aber auch außerhalb des Netzes stattgefunden. So störten Anhänger der „Identitären Bewegung“ im Oktober 2012 die Interkulturellen Wochen in Frankfurt am Main: Sie drangen tanzend, mit weißen Masken und einem dröhnenden Ghetto-Blaster in den Saal ein sowie dem Plakat „Multikulti wegbassen“.

Dem eigenen Anspruch nach ist die „Identitäre Bewegung“ ein europaweites Phänomen, faktisch ist sie es in begrenztem Maße. Entsprechend typisch ist ihr „Europa“-Pathos: Europäische Geschichte in diesem Sinne ist ein fortwährender, jahrhundertelanger Kampf gegen die Kräfte des Islam um Vorherrschaft und Identität. Dieses eigene Verständnis von Europa bringt die „Identitäre Bewegung“ gegen die liberaldemokratischen Staaten in Stellung – beispielsweise in dem Slogan „Unser Europa ist nicht ihre Union!“. Zum Schlachtruf der „Génération Identitaire“ in Frankreich und der „Identitären Bewegung“ in

lichkeit – Phänomen und Gegenstrategien. Beiträge der Fachtagung der Deutschen Islam Konferenz am 4. und 5. Dezember 2012 in Berlin, Berlin 2013, S. 86-95, hier S. 88.

¹²Vgl. Senator für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, Bremen 2013, S. 32.

Deutschland ist der Begriff der „Reconquista“¹³ geworden, der für das Zurückdrängen der islamischen Mauren von der iberischen Halbinsel im Mittelalter geprägt wurde. Symbolträchtig zählte die Besetzung einer Moschee in Poitiers zu den ersten größeren Aktionen der „Génération Identitaire“. Damit verweist sie auf das Jahr 732, in dem Karl Martell die Mauren in der Schlacht bei Tours und Poitiers geschlagen hatte. Einer verbreiteten Geschichtsdeutung zufolge ist er damit zum „Retter des christlichen Abendlandes“ geworden. Auf entsprechende symbolträchtige Daten verweist auch das Webbanner „Islamisierung? Nicht mit uns!“, das ohne weiteren Kommentar vier Jahreszahlen zeigt: 732, die Schlacht bei Portiers, 1529 und 1683, die Belagerungen von Wien, und 1571, die Gründung der Heiligen Liga gegen das Osmanische Reich.

Das Phänomen der „Identitären Bewegung“ ist zumindest in Deutschland zurzeit nicht aufgrund seiner Personenstärke oder einer Fülle an Aktivitäten bemerkenswert. Es steht aber für die Verknüpfung der ideologischen Muster der Neuen Rechten und eines intellektuellen Anspruchs mit der Formensprache der Digital Natives. Auf diese Weise weiten sich potenzielle Zielgruppen rechtsextremistischer Bewegungen in Europa aus: Deren Angebote werden für Personen mit höherer formaler Bildung attraktiver, ihre Ausdrucksformen sind zunehmend auch mit postmodernen jugendlichen Lebenswelten und -gefühlen kompatibel, in denen Networking, Lifestyle, Sozialkritik, Nonkonformismus und die Suche nach außergewöhnlichen Erfahrungen wichtige Rollen spielen.

2.4 Gemeinsame Symbole und Mythen

Symbole erfüllen zentrale Funktionen für alle rechtsextremistischen Szenen. Sie schweißen die eigene Gruppe zusammen und grenzen sie von der Umwelt ab. Sie transportieren zentrale politische Botschaften: Feindbilder, Leitfiguren und Bezugspunkte. Symbole dienen teils da-

¹³ Als ein Kernbegriff kommt „Reconquista“ nicht nur bei der „Identitären Bewegung“ vor, sondern beispielsweise auch bei der „Europäischen Aktion“ im Sinne der Überwindung jeder Fremdherrschaft („Wir haben die Wahl: Reconquista – oder Requiem!“). Der Begriff steht dort aber in einem sehr deutlichen neonazistischen und antisemitischen Kontext.

zu, eigene Muster nach außen zur Schau zu stellen und damit im öffentlichen Raum Präsenz und Macht zu demonstrieren. Teils sind Symbole ein Element der Insiderkommunikation, die von Außenstehenden nicht verstanden werden soll und die Zugehörigen zu Eingeweihten macht. Nicht zuletzt bedient Symbolik in Form von Produkten die kommerziellen Interessen der Händler mit rechtsextremistischen Devotionalien.

In Einzelfällen benutzen lokale rechtsextremistische Gruppen Symbole, die nur in ihren eigenen Reihen verstanden werden – häufig aber ist die rechtsextremistische Symbolsprache international. Ohne weiteres international kompatibel sind Symbole, die sich unmittelbar auf den Nationalsozialismus beziehen wie das Hakenkreuz und die Doppel-Sig-Rune der SS. Auch Codes, die auf NS-Formeln verweisen, sind unmissverständlich wie 88 (für „Heil Hitler“) und 18 (für „Adolf Hitler“). Wenn sich ein im Juli 2014 in Kassel gegründeter Verein „Jail Crew Sturm 18“ nennt, ist der Code für Rechtsextremisten nahezu jeder Nationalität selbsterklärend. Das gilt kaum weniger für die Bezeichnung, die der Verantwortliche der Gruppe einige Jahre zuvor verwendet hatte: „Aryan Division 14“. Die 14 geht hier auf die „14 Words“ des 2007 in Haft verstorbenen US-amerikanischen Rechtsterroristen David Lane zurück, die eine Art Schwur der „White Power“-Szene darstellen: „We must secure the existence of our people and a future for white children.“

Eine dieser symbolischen Brücken des internationalen Rechtsextremismus soll exemplarisch etwas genauer betrachtet werden: die „Schwarze Sonne“, das zwölfspeichige Sonnenrad, das die SS als Bodenornament in der Wewelsburg bei Paderborn anbringen ließ. Die Wewelsburg sollte ab 1933 zu einer Repräsentations- und Schulungsstätte der SS ausgebaut werden.

Auch dieses Zeichen ist international hoch kompatibel. Beispielsweise auf dem Foto einer Demonstration des „National Socialist Movement“ in Lansing im US-Bundesstaat Michigan¹⁴ sind auf Fahnen drei Symbole zu erkennen. Neben der in den USA nicht verbotenen Hakenkreuzflagge sind das stilisierte Keltenkreuz zu sehen – wie in der

¹⁴Das Foto ist unter anderem hier zu sehen: www.andi.nrw.de/andi1/Projekte/wwburg2.htm.

rechtsextremistischen Szene der USA üblich, mit dem Schriftzug „White Pride World Wide“ – und die „Schwarze Sonne“.

Auch in den USA taucht das Zeichen als Ersatzsymbol für das Hakenkreuz auf, aber auch in Verbindung mit der Swastika.¹⁵ In Online-Shops mit rechtsextremistischen Produkten und entsprechenden Musiksammlungen ist das Zeichen international ohne weiteres zu finden.¹⁶ An das Wewelsburger Sonnenrad angelehnt ist das Logo der russischen Bekleidungsmarke „White Rex“, die Berichten zufolge Kampfsportturniere organisiert und propagiert, damit die „weißen Völker Europas“ ihren „Kampfgeist wiederentdecken“. Demnach ist die Marke in der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene Russlands sehr populär und erwägt den Einzug auf den deutschen Markt. Das Logo zeigt einen Wikingerkopf, ein achtspeichiges, dem Wewelsburg-Ornament stark ähnelndes Rad und den Schriftzug „White Rex – Violent Athletics“.¹⁷

Das Zeichen taucht auch in Zusammenhängen auf, die nicht militant ausgerichtet sind, sondern sich durch einen intellektuellen, avantgardistischen Anspruch auszeichnen und bei denen rechtsextremistisch aufgeladene Mythen hohe Bedeutung haben. Das gilt beispielsweise für das „Thule-Seminar“, eine inzwischen sehr kleine, elitäre rechtsextremistische Organisation in Kassel. Hier steht die „Schwarze Sonne“ für eine rechtsextremistische Rezeption des Thule- oder Atlantis-Mythos, sie ist auch Sinnbild für einen spezifischen Mythos von Europa. Die „Neugeburt Europas“ im Sinne des „Thule-Seminars“ findet auf der Grundlage der gemeinsamen „Rasse“ statt, die Organisation bezieht sich auf heidnische Traditionen und wendet sich gleichermaßen gegen das Christentum und das Judentum, das „Judäo-Christen-

¹⁵Vgl. Anti-Defamation League, Sun Wheel, in: Hate on Display. A Visual Database of Extremist Symbols, Logos and Tattoos, http://archive.adl.org/hate_symbols/sunwheel.html#.Uzq0Wlfcx8E, Stand: 2002 (gelesen am 21. August 2014).

¹⁶Eine kursorische Suche ergab Fundstellen aus den USA, Australien und Weißrussland.

¹⁷Vgl. und zit. nach Arne Zillmer, „White Rex“ – Nazimode aus Russland, in: Zeit Online, http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/06/22/white-rex-nazimode-aus-russland_13291, Stand: 22. Juni 2013 (gelesen am 28. März 2014).

tum“. Europa ist das Bollwerk gegen den Westen, insbesondere die USA, und die mit ihm verbundenen liberalen und demokratischen Werte.¹⁸ Das Logo der Organisation besteht aus dem Sonnenrad der Wewelsburg und zwei Runen.

Im Unterschied zur „Schwarzen Sonne“ ist die Wewelsburg in rechtsextremistischen Szenen außerhalb Deutschlands offenbar weniger bekannt. Dies lässt sich auch aus einem Interview schließen, das die Band „No Alibi“ (Buffalo, USA) dem polnischen rechtsextremistischen Fanzine RAC (Rock Against Communism) gab. In dem Gespräch geht es unter anderem um das Lied „Ritter der Stunde“ (oder auch „Knights of the Round“), das die Wewelsburg in den Mittelpunkt stellt. Als Sänger beteiligt war demnach Ed Wolbank von der Band „Bound for Glory“ aus den USA, die zu den Kultbands im internationalen Rechtsextremismus zählt. Die Wewelsburg bezeichnet der Interviewte ehrerbietend als „the vatican city of SS Germany“. Der Titel sei vorwiegend als deutschsprachige Version eingespielt worden mit einer englischsprachigen Nebenvariante:

„We did one version in English just because all the skins in America want to understand our words and most of the world knows English so

¹⁸Der Europa-Mythos des „Thule-Seminars“ ist insbesondere antisemitisch aufgeladen. Einem Zeitgeist, der als jüdisch, westlich, materialistisch und modern gilt, wird der Rückbezug auf eine angeblich höherwertige vormoderne europäische Kultur entgegengestellt. So hieß es in der inzwischen eingestellten Buchzeitschrift der Organisation, „Elemente“: „Wir Europäer wollen den anderen das Goldene Kalb und des Moses Gesetzestafeln samt dem Bilde des Berges Sinai überlassen. Wir haben den MINOS und LYKURG, die Kultur von Mykene und von Korinth. Wir sagen Troja und HOMER. Wir rufen PLATO und Athen. Wir schauen zum Kapitol und zu den Gracchen. Wir preisen CATO und AUGUSTUS. Wir lachen der Niedrig-Geistlosen, die Recht und Freiheit der Welt gepachtet haben wollen (aber von Europa erst für die Kulturwelt erschlossen wurden) und deren ganzer sinnbildlicher ‘Zauber’ aus drei Buchstaben des Alphabets (USA) oder dem materialistischen Schlagwort von der westlichen Hemisphäre besteht“; Günter Kaufmann: „Mythos Europa“, in: Elemente, Heft 6 (1998), S. 9-13, hier S. 13 (Hervorhebungen im Original). Zur Europakonstruktion des „Thule-Seminars“ vgl. Thomas Pfeiffer, Reich – Nation – Vision. Schlaglichter auf die Europa-Konstruktionen des Rechtsextremismus, in: Andrea Gawrich/Hans J. Lietzmann (Hrsg.), Politik und Geschichte. „Gute Politik“ und ihre Zeit. Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster 2005, S. 350-363, hier S. 355f.

they can relate to this amazing story! This is the only reason for the English version on the CD. The German version was simply out of respect to the German folk, it speaks directly to Deutschland! It is their castle for the world to behold! Hopefully one day we reclaim the true spear of destiny!! And take over the world!“¹⁹

Am Schluss spricht Wolbank einen Mythos an, der mit rechtsextremistischen Rezeptionen der Wewelsburg verbunden ist: die Erzählung vom „Speer des Schicksals“, der als Insignie der Macht gilt, auf der Wewelsburg aufbewahrt worden sei und um den es zu einer entscheidenden Schlacht kommen werde. Solche mythischen Fragmente sind längst nicht jedem Rechtsextremisten bekannt, offenbar wandern sie aber durch die internationalen Teilbereiche dieser Szenen und können auf diese Weise verbindend wirken.²⁰

2.5 Gemeinsame Erlebniswelten

Der Reiz und die Anziehungskraft des Rechtsextremismus insbesondere auf Jugendliche werden in der Regel nicht durch ein politisches Programm bestimmt. Vielmehr sind es „Action“, „Gemeinschaft“ und große Gefühle verheißende Angebote. Rechtsextremisten wissen das und sprechen Jugendliche und junge Erwachsene mit einem Mix aus Freizeitaktivitäten und jugendaffinen Medien an – einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, in der Freizeit- und Unterhaltungswert mit politischen Botschaften verschmilzt.²¹ Da die Aktivitäten kontinuierlich durch ideologische Muster, Feindbilder und Mythen gerahmt werden, sind sie politisch und emotional aufgeladen. Länderübergreifende Aktionen, das Zusammentreffen mit „Kameraden“ aus anderen Staaten,

¹⁹Rock Against Communism – music magazine: No Alibi (USA) from RAC #5, in: Website des Fanzines, <http://peruner.webd.pl/rac/noalibieng.htm>, Stand: unbekannt (gelesen am 17. Juli 2014).

²⁰Eingehender zu Symbolik und Mythen im Rechtsextremismus, insbesondere zur „Schwarzen Sonne“ vgl. Thomas Pfeiffer, „Das Reich der Schwarzen Sonne“. Die Wewelsburg und ihr Zeichen in rechtsextremistischen Symbol- und Mythenwelten, in: Daniela Siepe/Kirsten John-Stucke (Hrsg.), Mythos Wewelsburg/Schwarze Sonne (Arbeitstitel), i.E.

²¹Vgl. Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, 3. Auflage, Schwalbach i.Ts. 2013.

ein europäisches Selbstverständnis und entsprechendes Pathos verstärken die emotionale Wirkung. Dem Beteiligten geben sie unter Umständen das Bewusstsein, an etwas Bedeutendem, Tiefgründigem, weit über sie selbst Hinausreichendem beteiligt zu sein. Gerade für Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in Suchbewegungen befinden, dürften solche Botschaften wesentlich zum Reiz des Rechtsextremismus beitragen.

Zu den wichtigsten Elementen rechtsextremistischer Erlebniswelten, zumal im internationalen Kontext, zählen Konzerte. Dies können offen durchgeführte Konzerte oder Festivals sein, an denen sich in aller Regel internationale Szene-Bands und entsprechendes Publikum beteiligen. Ein bemerkenswertes Beispiel ist das „Fest der Völker“, das von 2005 bis 2009 jährlich in Thüringen stattfand. Der Titel geht zurück auf den gleichnamigen NS-Propagandafilm, der die Olympischen Spiele in Berlin 1936 in Szene setzte (Leni Riefenstahl, 1938). Als eine Art Motto der Veranstaltung war auf der Bühne das Transparent „Europa Awake!“ zu sehen – eine Abwandlung der verbreiteten Losung der SA „Deutschland erwache! Führer befehl! Juda verrecke!“. Darüber standen die Zeilen „Brothers in arms of Europe in the alliance for freedom“.²² Inzwischen sind andere Festivals an die Stelle des „Fests der Völker“ getreten, wie „Rock für Deutschland“, „Live H8“ und „In.Bewegung – Das politische Fest der Nationalen“.

Neben die vergleichsweise offen angekündigten größeren rechtsextremistischen Musikveranstaltungen treten klandestin vorbereitete Konzerte an Orten, die den Sicherheitsbehörden im Vorfeld nicht bekannt werden sollen. Dies gilt häufig für Veranstaltungen in Deutschland, die der restriktiven Rechtslage entsprechend bei Bekanntwerden oft – aber nicht immer – unterbunden werden können. In diesen Fällen führt das konspirative Vorgehen zu einem engeren Teilnehmerkreis, aber auch zu einem höheren Reiz der Veranstaltung. Oft finden rechtsextremistische Konzerte mit internationalem Publikum in Ländern statt, in denen die Organisatoren weniger mit staatlichem Eingreifen rechnen.

²²Vgl. Holger Kulick/Gabriele Nandlinger, „Europe Awake“. Europas Neonazis mobilisieren mit Rechtsrock nach Jena, in: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41542/europe-awake, Stand: 7. September 2007 (gelesen am 19. August 2014).

Einen plastischen Eindruck von der hochemotionalen Atmosphäre solcher Veranstaltungen gibt der Dokumentarfilm „Blut muss fließen – undercover unter Nazis“ (Peter Ohlendorf, 2013), der mit versteckter Kamera gefilmte Sequenzen rechtsextremistischer Konzerte in Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, der Schweiz und Ungarn zeigt. Die Konzerte sind geprägt von dem Gefühl, im verschworenen, engsten Kreis der Gleichgesinnten zu sein, und geben Gelegenheit, eigene Haltungen und Aggressionen bis zum Exzess auszuleben. In Verbindung mit Alkohol drücken die Gesänge von Bands und Publikum nicht nur rassistischen Hass, sondern oft auch Gewalt- und Tötungsfantasien aus.

3. Das Internet – ein Instrument zur internationalen Vernetzung?

Im Medienmix von Rechtsextremisten nimmt das Internet inzwischen den zentralen Platz ein. Profile im Web 2.0, Webforen, Blogs und Informationsportale unterstützen Kontakt und Kommunikation der Akteure auf regionaler und nationaler Ebene. Zumindest tendenziell gilt dies auch international. Für die Mobilisierung insbesondere zu Demonstrationen stehen Portale der „Aktionsgruppen“ und „Kameradschaften“ sowie Sonderseiten zur Verfügung. Für Demonstrationen sind Internetseiten das Mobilisierungsmedium Nummer eins.

Das Internet ist auch und gerade für die europäische Vernetzung dieser Szenen bestens geeignet. Das Ausmaß und die Qualität solcher Verbindungen mithilfe des Internets werden in der Forschung allerdings unterschiedlich akzentuiert. Thomas Grumke geht von einem globalisierten Rechtsextremismus aus – das Internet sei das wichtigste Element der „transnationalen Infrastruktur“ dieser Szenen.²³ Dagegen weist der Politikwissenschaftler Christoph Busch darauf hin, dem internationalen Austausch und der Kooperation deutscher Rechtsextremisten mithilfe des Internets ständen nach wie vor erhebliche Hindernisse entgegen: vor allem fehlende Fremdsprachenkenntnisse, fehlen-

²³Vgl. T. Grumke (Anm. 4), S. 18; Thomas Grumke, Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 130-159, hier S. 130.

de gemeinsame Interessen der Organisationen im In- und Ausland sowie die Ideologie des Ultranationalismus. Bei der internationalen Zusammenarbeit deutscher Rechtsextremisten handele es sich „oftmals lediglich um symbolische Politik auf niedrigem Niveau“.²⁴ Mangelnde Fremdsprachenkenntnisse dürften für Szenen in europäischen Staaten, in denen englischsprachige Medien zum Alltag gehören, allerdings praktisch keine Rolle spielen.

Eine Funktion erfüllt die internetbasierte Umwegkommunikation über das Ausland für Rechtsextremisten seit Langem: den weitgehenden Schutz vor Sanktionen durch anonyme Netzpräsenzen. In den ersten Jahren des Netzes waren Server in den USA für Rechtsextremisten besonders wichtig. Dies galt seinerzeit vor allem für Websites, die in den Online-Welten (nicht nur) des Rechtsextremismus aber immer mehr von den interaktiven Angeboten des Social Web verdrängt werden, insbesondere von Videoplattformen und sozialen Netzwerken. Auch „Facebook“ ist nach wie vor ein wichtiges Vernetzungsinstrument für Rechtsextremisten, allerdings hat sich die Plattform als prekär erwiesen: Das Unternehmen hat wiederholt rechtsextremistische Nutzerprofile und Gruppen gelöscht. Als eine Ausweichmöglichkeit nutzen gerade Neonazis zum Beispiel den russischen Dienst VK.com. jugendschutz.net zufolge – der gemeinsamen Stelle der Länder für Jugendschutz im Internet – spielt die Plattform auch für die internationale Vernetzung von Rechtsextremisten eine wichtige Rolle: „Mit hasserfüllten Parolen, Musik und Videoclips bestärken sich Neonazis aus unterschiedlichen Ländern in der Ablehnung ihrer gängigen Feindbilder. Selbst verbotene Netzwerke wie Blood & Honour²⁵, die Hammerskins oder die rechtsterroristische Aryan Terror Brigade / Combat 18 (ATB), die für brutale Gewalttaten und Morde bekannt ist, sind dort vertreten“.²⁶

²⁴Vgl. Christoph Busch, Rechtsradikalismus im Internet, in: Ulrich Eith/Beate Rosenzweig/Uwe Wenzel (Hrsg.), Rechtsextremismus – wie weiter in der politischen Bildungsarbeit, Schwalbach i.Ts., i.E.

²⁵Der Bundesminister des Innern hat die deutsche Division von „Blood & Honour“ und die Jugendorganisation „White Youth“ am 14. September 2000 verboten.

²⁶jugendschutz.net: Rassismus und Gewalt bei VK.com. Neonazis nutzen verstärkt „russisches Facebook“ für Hetze und Propaganda, in: www.hass-im-

4. Funktionen der europäischen Zusammenarbeit

Die europäische Vernetzung rechtsextremistischer Gruppierungen ist keine zufällige oder beiläufige Entwicklung. Transnationale Zusammenarbeit und Verbundenheit der Gleichgesinnten erfüllen strategische Funktionen, insbesondere erweitern sie die Handlungsspielräume und Rekrutierungsmöglichkeiten der nationalen Szenen. Fünf Funktionen lohnt es zu unterscheiden – europaweite Verbindungen helfen diesen Szenen:

- zu mobilisieren und Emotionen zu wecken: Dazu trägt der symbolische Effekt einer tatsächlich oder vermeintlich europaweiten Geschlossenheit bei. Rechtsextremismus erscheint auf diese Weise nicht randständig oder provinziell, sondern gewinnt Größe und Bedeutung. Der Einzelne nimmt sein Handeln als Teil eines europäischen, wenn nicht weltweiten Kampfes wahr. Dies erhöht den emotionalen Reiz der Beteiligung.
- rechtsextremistische Erlebniswelten auszuweiten: Erlebniswelten sind das wichtigste Rekrutierungsinstrument dieser Szenen. Konzerte, Feiern, Wehrsportübungen und andere Angebote, die im Ausland und unter dem Eindruck einer internationalen „Kameradschaft“ stattfinden, vergrößern das Repertoire rechtsextremistisch aufgeladener Gruppenaktivitäten.
- nationales Strafrecht zu umgehen: Bestimmte Aktionen sind im jeweiligen nationalen rechtlichen Rahmen riskant oder kaum zu verwirklichen. Dies gilt für Konzerte, wenn Bands für die besondere Aggressivität ihrer Texte bekannt sind. Gerade dann aber sind sie für Szenebeteiligte attraktiv. Die eigenen politischen Vorstellungen – einschließlich rassistischer Gewaltfantasien – offen und nahezu schrankenlos zu propagieren ist unter Umständen nur im Ausland möglich.
- den Feind auszumanövrieren: Rechtsextremisten sind von der Feindschaft gegenüber „dem System“ getrieben, häufig verbunden mit der Stilisierung der eigenen Gruppe zu Opfern, denen

netz.info/fileadmin/dateien/dokumente/PDFs/vk.pdf (Stand: Juli 2013, gelesen am 21. August 2014) S. 2; vgl. auch jugendschutz.net: Rechtsextremismus online. beobachten und nachhaltig bekämpfen. Bericht über Recherchen und Maßnahmen im Jahr 2013, Mainz 2014, S. 3f. und 11f.

legitime Rechte versagt blieben. Aktionen, die im jeweils eigenen Land durch die Sicherheitsbehörden unterbunden würden, die aber klandestin und/oder im Ausland gleichwohl stattfinden, gehen mit Ansporn und Erfolgsgefühlen einher, die durch den Feind gesetzten Grenzen überwunden zu haben.

Ressourcen zu gewinnen: Dies gilt insbesondere für die Bemühungen rechtsextremistischer Abgeordneter im Europäischen Parlament, gemeinsame Fraktionen zu bilden. Bestimmte Gelder des Parlaments stehen nur Fraktionen, nicht aber einzelnen Abgeordneten zur Verfügung. Auch die Ressource der öffentlichen Aufmerksamkeit dürfte eine starke, geeinte Fraktion besser erschließen als ein vielstimmiger rechtsextremistischer Chor. Entsprechende Einigungsbemühungen sind nach der Europawahl 2014 allerdings weitgehend gescheitert und waren auch in der Vergangenheit nicht sonderlich erfolgreich.²⁷

Diese Funktionen haben je nach Organisationsform und ideologischer Ausrichtung rechtsextremistischer Gruppierungen unterschiedlich hohe Bedeutung. Für die Einteilung des internationalen Rechtsextremismus nach Struktur und Ideologie liegen inzwischen mehrere Typologie-Vorschläge vor. So unterscheidet der Politikwissenschaftler Michael Minkenberg auf der strukturellen Ebene Parteien-/Wahlkampforganisationen, soziale Bewegungsorganisationen und subkulturelle Milieus sowie auf der ideologischen Ebene eine faschistisch/autorokratische, rassistisch/ethnozentrische, autoritär-populistische und reli-

²⁷Vgl. Daniela Kietz/Nicolai von Ondarza, Die Rechtsaußen-Parteien nach den Europawahlen 2014: Isoliert trotz deutlicher Wahlerfolge, in: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/187708/die-rechtsaussen-parteien-nach-den-europawahlen-2014-isoliert-trotz-deutlicher-wahlerfolge (Stand: 4. Juli 2014, gelesen am 21. August 2014). 2007 kam im Europäischen Parlament eine Rechtsaußen-Fraktion zwar zustande, die sich „Identität, Tradition und Souveränität“ (ITS) nannte, sie hielt aber kaum ein Jahr. Auch bei dieser Fraktionsbildung standen offensichtlich nicht gemeinsame Überzeugungen im Vordergrund, sondern die Aussicht auf ein Fraktionssekretariat, zusätzliche Mitarbeiterstellen und Fraktionsgelder. Vgl. Christoph Busch, Rechte Internationale. Die neue IST-Fraktion im Europaparlament, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 52 (2007), Nr. 3, S. 320-328, hier S. 320.

giös-fundamentalistische Rechte.²⁸ Für eine differenziertere Analyse wäre genauer zu prüfen, welche Funktionen der europäischen Vernetzung in welchen Kontexten im Vordergrund stehen.

5. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Ist der Rechtsextremismus ein europäisches Phänomen? Sind Kontakt und Kooperation der nationalen Szenen hinreichend fest und fühlen sich diese in einem Maße verbunden, dass von einer europäischen Bewegung auszugehen ist? Eine generelle Antwort auf diese Fragen ist kaum möglich, zu sehr gehen die europäischen Beziehungen einzelner rechtsextremistischer Gruppen, Organisationen und Parteien auseinander. Eine deutlichere europäische Dimension hat der Rechtsextremismus im 21. Jahrhundert zweifellos.

Verbindende Elemente stiften länderübergreifende Gemeinschaft dieser Szenen und können eine kollektive Identität entstehen lassen. Hierzu tragen gemeinsame ideologische Muster bei, insbesondere gemeinsam geglaubte Mythen und Bedrohungsszenarien, gegen die ein gemeinsamer Kampf zwingend ist. Wir-Gefühle entstehen auch durch symbolische Brücken: durch Zeichen, die Rechtsextremisten unterschiedlicher Länder auf Anhieb als Bekenntnisse einer politischen Haltung und der Zugehörigkeit zu entsprechenden Szenen verstehen. Sowohl die Feindbilder in der Binnenkommunikation rechtsextremistischer Gruppierungen sind auf europäischer Ebene hoch kompatibel als auch die Gruppen, gegen die in nach außen gerichteten Kampagnen agitiert wird. Letzteres gilt zurzeit besonders für Kampagnen gegen Muslime und gegen Roma. Schließlich tragen gemeinsame rechtsextremistische Erlebnisswelten dazu bei, länderübergreifende Gruppenidentitäten zu schaffen. Am Beispiel der Konzerte wird deutlich, dass diese Wir-Gefühle stark und an die Aggression gegen andere nahezu untrennbar gebunden sind.

Für rechtsextremistische Szenen haben transnationale Netzwerke einen politischen und symbolischen Wert, zum Teil aber in erster Linie instrumentellen Charakter: Sie helfen restriktives Strafrecht im jeweils

²⁸Michael Minkenberg, Die radikale Rechte in Europa heute. Profile und Trends in West und Ost, in: Globisch/Pufelska/Weiß (Anm. 8), S. 111-131, hier S. 120.

eigenen Land zu umgehen. Dieses Ziel ist desto wichtiger, je enger die rechtlichen Spielräume im nationalen Rahmen sind. Zumindest als Nebeneffekt trägt die Verlagerung von Aktivitäten ins Ausland dazu bei, ihren Reiz zu erhöhen.

Die Einheit rechtsextremistischer Gruppen in Europa ist im Kern eine destruktive Geschlossenheit. Sie wird vor allem durch einen für alle verbindlichen und konsensfähigen Hass gegen Feinde oder angeblich Minderwertige gestiftet – gemeinsamen politischen Entwürfen stehen Interessenkonflikte der jeweiligen nationalen Gruppierungen und ihrer Führungspersonen entgegen. Dass die gemeinsame Basis brüchig ist, zeigen nicht zuletzt die wenig erfolgreichen Bemühungen der Rechtsaußenparteien im Europäischen Parlament, sich zu Fraktionen zusammenzuschließen.

Der Demokratiebegriff im organisierten Rechtsextremismus: nur „populistisch“ oder auch „faschistisch“?

Eine Fallstudie am Beispiel der NPD

Danny Michelsen

1. Einleitung und Fragestellung

Der moderne Begriff der Demokratie ist untrennbar mit dem Ideal der „gleichen Freiheit“¹ verknüpft, welches das Kriterium der politischen Gleichheit (also des Zugangs zum öffentlichen Raum) und das der Gleichheit vor dem Gesetz zu Bedingungen legitimer Herrschaft erklärt. Während der „potentiell radikaldemokratische“² Rechtspopulismus dieses Ideal gemeinhin akzeptiert, wird die Zuordnung von Parteien wie der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zum Rechtsextremismus meist mit deren „Kampf gegen das Gleichheitspostulat“³ begründet. Doch ist – wie der Politikwissenschaftler Florian Hartleb zu Recht betont – „die Gegnerschaft zu den Normen des demokratischen Verfassungsstaates nicht immer leicht zu erkennen: Unter dem Deckmantel, die 'wahre' Demokratie verteidigen zu wollen, kann sich eine Verschleierungstaktik verbergen“.⁴ Die Analyse solcher Verschleierungstaktiken ist umso dringender geboten, als manche Forscher ihnen bereits zu erliegen scheinen. Nur so lassen

¹ Michael Th. Greven, Zukunft oder Erosion der Demokratie?, in: Hanna Kaspar u.a. (Hrsg.), Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2009, S. 411-428, hier S. 414f.

² Anton Pelinka, Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2002), Nr. 3, S. 281-290, hier S. 282.

³ Markus Birzer, Rechtsextremismus – Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1995, S. 72-83, hier S. 76. Vgl. auch Armin Pfahl-Traugher, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2000, S. 13ff.

⁴ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus im westeuropäischen Vergleich – Zur strukturellen und inhaltlichen Bestimmung eines eigenständigen Parteientypus, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich, Göttingen 2006, S. 105-145, hier S. 109f.

sich offenbar Deutungen erklären, wonach die NPD versuche, den Verfassungsstaat „mit geradezu demokratistischen Maximalforderungen“⁵ zu untergraben. Nimmt man ein solches Urteil ernst, so stellt sich in der Tat die Frage, worin sich die Demokratiekonzeption von Parteien, die wie die NPD der „neofaschistischen“/„neonazistischen“ Rechten zugeordnet werden⁶, dann noch von der rechtspopulistischer Parteien unterscheidet, die, um eine Formulierung des Populismusforschers Cas Mudde zu verwenden, mit ihrer Verabsolutierung der Volkssouveränitätsidee eine Art „demokratischen Extremismus“⁷ vertreten. Denkbar wäre aber auch, dass Parteien wie die NPD den Leerformel-Charakter des Demokratiebegriffs ausnutzen, indem sie völkische und elitistische Bedeutungen auf ihn projizieren, um die Bedeutung des Wortes in ihrem Sinne zu verändern. Schon seit längerem wird in der Forschung „rechtes Denken als semantisches Verwirrspiel“ untersucht,⁸ werden „Versuche von extremistischer Seite zur Besetzung von Begriffen“⁹ analysiert. Umfassende Untersuchungen zum Demokratiebegriff liegen jedoch bislang nur zu der „metapolitisch“ agierenden, intellektuellen Neuen Rechten vor.¹⁰

⁵ Harald Bergsdorf, Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind, München 2007, S. 81.

⁶ Vgl. Klaus von Beyme, Parteien in westlichen Demokratien, München 1984, S. 177; Elisabeth Carter, The extreme right in Western Europe. Success or failure? Manchester 2005, S. 50; Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2010, S. 181.

⁷ Cas Mudde, The populist zeitgeist, in: Government and Opposition 39 (2004), Nr. 3, S.541-563, hier S. 561.

⁸ Jost Müller, Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur, Berlin 1995, S. 16.

⁹ Armin Pfahl-Traughber, Die "Umwertung der Werte" als Bestandteil einer Strategie der "Kulturrevolution". Die Begriffsumdeutung von "Demokratie" durch rechtsextremistische Intellektuelle, in: Wolfgang Gessenharter/Thomas Pfeiffer (Hrsg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden 2004, S. 73-94, hier S. 73f.

¹⁰ Vgl. ebenda; Armin Pfahl-Traughber, „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen, S. 42ff. u. ders., Das identitäre Demokratieverständnis im Rechtsextremismus. Ideengeschichtliche Hintergründe und gegenwärtige Erscheinungsformen, in: Ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, 2013, Brühl 2013, S. 56-76.

Demgegenüber widmet sich der vorliegende Aufsatz einer Analyse des Demokratiebegriffs im organisierten Rechtsextremismus am Beispiel der „neuen“ NPD.¹¹ Die erste, allgemeine Forschungsfrage lautet: Was verstehen NPD-Funktionäre unter „Demokratie“ und welche Argumentationsmuster und sprachlichen Realisierungsmittel wenden sie an, um diesen Begriff zu „besetzen“? Diese Fragestellung soll durch zwei Nebenfragen ergänzt und präzisiert werden: Erstens, inwieweit transportiert die NPD mit ihrem Demokratiebegriff nicht nur populistische, sondern auch genuin faschistische Ideologeme? Und zweitens, haben sich die Bedeutung des Demokratiebegriffs und/oder die zu seiner Vermittlung eingesetzten Kommunikationsstrategien innerhalb des gewählten Untersuchungszeitraums (2001-13) verändert – etwa im Zuge der (weithin so interpretierten) De-Radikalisierung, die mit dem Wechsel des Parteivorsitzes 2011 eingesetzt hat?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden Parteidokumente und Artikel aus dem Zentralorgan der NPD mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewertet. Bevor deren Ergebnisse präsentiert werden können, bedarf es zunächst einiger Anmerkungen zu den theoretischen und ideengeschichtlichen Grundlagen für die Interpretation: Daher wird im ersten Teil, im Anschluss an eine kurze Erläuterung von Strategien zur „Besetzung“ politischer Kampfbegriffe, zunächst eine idealtypische Abgrenzung des Demokratiebegriffs im (Neo-)Faschismus und im Rechtspopulismus vorgenommen. Dem folgt ein kurzer Exkurs zum rechtsextremistischen Demokratie-Diskurs der Zwischenkriegszeit, der bekanntlich eine wichtige Quelle für ordnungspolitische Konzepte des zeitgenössischen Rechtsextremismus bildet. Auf dieser Basis soll im zweiten Teil des Aufsatzes die Frage geklärt werden, ob das semantische Framing des Demokratiebegriffs durch die NPD Bezüge zu (proto)faschistischen Denktraditionen aufweist.¹²

¹¹Zur Ideologie der „neuen“ (auch im Vergleich zur „alten“) NPD vgl. ausführlich Marc Brandstetter, *Die NPD unter Udo Voigt – Organisation. Ideologie. Strategie*. Baden-Baden 2013. Eine knappe Analyse des Demokratiebegriffs der „neuen“ NPD findet sich bei Gideon Botsch, *Die NPD und die Demokratie*, in: ders./Christoph Kopke, *Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte*. Münster 2009, S. 85-87.

¹²Einen methodischen Überblick zur Analyse von Kontinuitäten faschistischer Ideologie und Rhetorik bieten Ruth Wodak/John E. Richardson, *Introduction*,

2. Der Demokratiebegriff und das Problem „ideologischer Polysemie“ in der politischen Kommunikation

In seinem Standardwerk zur „Sprache in der Politik“ hat der Linguist Walther Dieckmann anhand des Demokratiebegriffs das Problem der „ideologischen Polysemie“ erläutert: „Demokratie“ stehe beispielhaft für eine Reihe von „Wörtern, die verschiedenen Ideologien gemeinsam sind und deren verschiedene Sinndeutungen nebeneinander in einer Sprache auftauchen.“ Der Begriff weise zwar einen fixen, kontextunabhängigen semantischen Kern – die Denotation „Herrschaft des Volkes“, flankiert von den „Nebenbegriffen Freiheit und Gleichheit“ – auf; diese Formaldefinition sei jedoch „das Musterbeispiel für eine Leerformel“, die jede Konkretisierung bezüglich der Frage nach dem Herrschaftsmodus vermeidet.¹³ Sie mag deshalb genügend Spielraum für Deutungskonflikte bieten. Der Demokratiebegriff selbst ist aber universell positiv konnotiert: Diente er noch im 19. Jahrhundert dem konservativen Lager als Stigmawort zur Denunziation republikanischer Kräfte, so gibt es heute keine Parteien mehr, die nicht in irgendeiner Form versuchen, den Demokratiebegriff als Fahnenwort in Stellung zu bringen.¹⁴

Ein solcher „Demokratieverbalismus“, der kaum noch konnotative Differenzen bei der Verwendung des Demokratiebegriffs durch etablierte Parteien erwarten lässt, erklärt vielleicht das von der Parteienforscherin Claudia Zilla monierte Fehlen „politikwissenschaftliche(r) Studien, die auf der Grundlage von Primärquellen das textuell konkretisierte Demokratieverständnis politischer Parteien qualitativ analysieren“.¹⁵ Dieser Mangel überrascht gerade im Hinblick auf rechtsextremistische Parteien, von denen bekannt ist, dass sie sich um eine Adap-

in: Dies. (Hrsg.), *Analysing fascist discourse. European fascism in talk and text*, New York/London 2013, S. 1-16.

¹³Walther Dieckmann, *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache*, Heidelberg 1975, S. 71f.

¹⁴Oswald Panagl, "Fahnenwörter", *Leitvokabeln, Kampfbegriffe: Versuch einer terminologischen Klärung*, in: Ders. (Hrsg.), *Fahnenwörter in der Politik. Kontinuitäten und Brüche*, Wien u.a. 1998, S. 13-21, hier S. 19.

¹⁵Claudia Zilla, "Demokratie" im Diskurs politischer Parteien. Argentinien und Chile im Vergleich, Baden-Baden 2011, S. 18, 40.

tion liberaldemokratischen Vokabulars bemühen, ohne aber die damit konventionell verknüpften Wertvorstellungen zu akzeptieren.¹⁶

Da in diesem Aufsatz Argumentationsmuster untersucht werden sollen, die rechtsextremistische Parteien bei der Deutung des Demokratiebegriffs verwenden, gilt es zunächst Strategien der „Besetzung“ politischer Begriffe zu reflektieren. Grundsätzlich lassen sich für den „Kampf um Wörter“ zwei strategische Optionen unterscheiden: A) Deontische Bedeutungskonkurrenz („Umwerten“): Hier ist das Ziel, gegnerische Fahnenwörter abzuwerten, d.h. mit negativen deontischen Komponenten aufzuladen. B) Deskriptive Bedeutungskonkurrenz („Umdeuten“): Hierbei werden die positiven Konnotationen der Symbolwörter aufrechterhalten, jedoch von den Parteien in ihrem Sinne spezifiziert.¹⁷ Erklärtes Ziel einer so verstandenen Umdeutung ist immer die „Rettung der Worte vor dem Feind, wobei es stets darum zu tun ist, die Worte bei ihrer 'wahren Bedeutung' festzuhalten.“¹⁸ Die Strategie der Umdeutung scheint für Rechtsextremisten besonders lohnenswert zu sein, da eine Orientierung an den von der politischen Kultur internalisierten Sprachregelungen es ihnen erleichtert, einen Konsens über die Kritik am politischen System zu erzielen und diese somit als legitim zu vermitteln.¹⁹

¹⁶Vgl. Sabine Kebir, Dekonstruktion von Wackelkandidaten und Diskurspiraten. Gramsci, Brecht und Anverwandlung linker Signifikanten durch rechte Politik, in: Regina Wamper u.a. (Hrsg.), Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster 2010, S. 54-79, hier S. 44ff.

¹⁷Vgl. Josef Klein, Kann man "Begriffe besetzen"? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher, in: Frank Liedtke u.a. (Hrsg.), Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik, Opladen 1991, S. 44-69, hier S. 57ff.

¹⁸Hermann Lübke, Der Streit um Worte. Sprache und Politik, in: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik, Tübingen 1982, S. 48-69, hier S. 63.

¹⁹Vgl. Hanna-Ruth Metzger, Rechtsintellektuelle Offensive. Diskursstrategische Einflüsse auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Münster 2004, S. 170.

3. Zwei Dimensionen rechtsextremistischer „Demokratie“

Um herauszufinden, ob im Demokratie-Diskurs der NPD nur rechts-populistische Elemente oder auch typische Deutungsmuster des „alten“, tendenziell faschistischen Rechtsextremismus identifizierbar sind, muss diese Differenzierung zunächst begründet werden. Cas Mudde unterscheidet zwischen „essentiell antidemokratischen“, „oft elitistischen“ rechtsextremistischen Parteien, die „neofaschistische und neonazistische“ Programme aufweisen, und einer populistischen radikalen Rechten, die nominell demokratisch ist, aber „einigen fundamentalen Werten *liberaler* Demokratie“ gegenüber feindlich begegnet.²⁰ Während der Rechtsextremismus „den Glauben an die Volkssouveränität zurück(weist), welche üblicherweise durch ein 'one person, one vote'-System umgesetzt wird“, akzeptiere der rechtsradikale Populismus „im Gegensatz zum Extremismus die Verfahren einer Demokratie.“²¹ Die NPD ordnet Mudde eindeutig der ersten Gruppe, also der „nicht-populistischen Rechten“ zu²², weist allerdings darauf hin, dass der „antidemokratische Charakter“ der parteigebundenen westeuropäischen extremistischen Rechten „eher implizit (wenn nicht gar zweifelhaft) (ist), während sie offen antiegalitär sind“.²³

Wenn man, wie Mudde, eine Unterscheidung zwischen einer neofaschistisch-extremistischen und einer populistisch-radikalen Rechten zugrunde legt, erstere aber ebenfalls ein „demokratisches“ *Selbstverständnis* aufweist, stellt sich die Frage, worin sich die Demokratiekonzeptionen der beiden Gruppierungen unterscheiden. Im Folgenden sollen daher aus der vorliegenden Literatur zunächst idealtypische Unterschiede zwischen neofaschistischen und rechtspopulistischen Demokratiekonzeptionen hergeleitet werden. Hierbei orientieren sich einige Autoren, wie etwa die französischen Populismusforscher Yves Mény und Yves Surel, an einer einfachen Trennlinie: „Im Unterschied zu

²⁰Vgl. Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, S. 31, 49.

²¹Cas Mudde, *Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa – Typologie und Bestandsaufnahme*, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), *Gefährdungen der Freiheit* (Anm. 4), S. 87-104, hier S. 89.

²²Mudde, *Populist Radical Right Parties* (Anm. 20), S. 49.

²³Mudde, *Politischer Extremismus und Radikalismus in Westeuropa* (Anm. 21), S. 97.

traditionellen rechten oder faschistischen Parteien präsentiert sich der Populismus nicht wie eine antidemokratische Bewegung.²⁴ Diese Differenzierung ist jedoch unterkomplex, da, wie der Politikwissenschaftler Richard Stöss mit Nachdruck betont, der Populismus insofern „einen ideologischen Kernbestand des Rechtsextremismus“ bildet, als „Volk“ im völkischen Diskurs „nicht nur ethnische Homogenität (bedeutet), es dient zugleich als Legitimationsquelle für den Machtanspruch des Rechtsextremismus.“²⁵

Wenngleich die „konzeptuelle Verengung des Faschismus auf eine Ideologie“²⁶ immer wieder kritisiert wurde, so etwa von der Soziologin Karin Priester, sind sich doch zahlreiche Forscher darin einig, dass sich aus den verschiedenen Strömungen faschistischer Bewegungen essentielle Merkmale eines „generischen Faschismus“ rekonstruieren lassen.²⁷ Der Historiker Roger Griffin charakterisiert den Faschismus als einen „elitären Populismus“ und sieht folglich „ein Paradoxon im Herzen des faschistischen Ultranationalismus“, denn einerseits ist dieser „nicht nur elitär in seiner Taktik der Machtergreifung, sondern auch hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Grundkonzeption“, während andererseits das Konzept der organischen Volksgemeinschaft „Klassenlosigkeit, uneingeschränkte soziale Mobilität und eine Aufhebung der Ungerechtigkeiten des Laissez-faire-Kapitalismus impliziert, auf eine Weise, die seinen Ideologen zu reklamieren erlaubte, dass sie die ‚wahre‘ Demokratie, die Werte des Egalitarismus und Sozialismus repräsentieren.“²⁸ Allerdings werden diese Konzessionen an das Egalitätsprinzip „stets durch den Vorrang der Ungleichheit be-

²⁴Yves Mény/Yves Surel, *Par le peuple, pour le peuple. Le populisme et les démocraties*, Paris 2000, S. 32.

²⁵Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel* (Anm. 6), S. 28.

²⁶Karin Priester, *Populismus und Faschismus in Europa – Wahlverwandtschaft oder Mesalliance?*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 9 (2012), Nr. 2, S. 213-234, hier S. 220.

²⁷Vgl. Roger Eatwell, *Zur Natur des „generischen Faschismus“ – Das „faschistische Minimum“ und die „faschistische Matrix“*, in: Uwe Backes (Hrsg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln 2003, S. 93-122.

²⁸Roger Griffin, *The nature of fascism*, London 1991, S. 41.

grenzt“,²⁹ denn vor allem im (historischen) deutschen Faschismus repräsentiert der Begriff der „Volksgemeinschaft“ die Vorstellung einer exklusiven Bluts-, Rechts- und Sozialgemeinschaft, der von den Nationalsozialisten als Gegenpol zum *universellen* Gleichheitspostulat einer dekadenten liberalen „Parteienwelt“ des Westens konstruiert wurde.³⁰ Das Bekenntnis der Faschisten zur „wahren Demokratie“, deren ideellen Kern diese Vision von einer homogenen Volksgemeinschaft bildet, konkretisiert sich in „mystischen“ plebiszitären Konzepten, denen zufolge eine akklamierte, durch ein „metaphysisches Band“ mit dem Volk verbundene Elite die überindividuellen Interessen des Volkes repräsentiert.³¹

Die Nationalsozialisten haben sich zum Teil durchaus zum Demokratiebegriff bekannt³², diesen jedoch von seinen modernen Eigenschaften gelöst: Für die von ihm angestrebte Führerdiktatur wählt Hitler in „Mein Kampf“ den Begriff der „germanischen Demokratie“. Kontrastiert wird sie mit dem „demokratischen Parlamentarismus“, der auf dem Majoritätsprinzip beruhe und daher „geistige Halbwelt übelster Sorte“, aber keine Genies hervorbringe und somit abzulehnen sei.³³ Die „germanische Demokratie“ orientiere sich demgegenüber an dem „Prinzip der absoluten Verantwortlichkeit“, d.h. der „unbedingten Führerautorität“, durch das der Mangel an Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk in parlamentarischen Systemen korrigiert werden soll.³⁴ Zweifellos basiert die für das totalitäre Denken typische „Synthese

²⁹Maurizio Bach/Stefan Breuer, Faschismus als Bewegung und Regime. Italien und Deutschland im Vergleich, Wiesbaden 2010, S. 63.

³⁰Vgl. Cornelia Schmitz-Berning, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin u.a. 2007, S. 654ff.

³¹Vgl. Griffin, The nature of fascism (Anm. 28), S. 41.

³²Eine andere Position nahm der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer ein: „... der Nationalsozialismus hat kaum das Recht für sich in Anspruch genommen, eine demokratische Volksbewegung zu sein und eine Demokratie errichten zu wollen.“ Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, S. 222.

³³Vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1934, S. 97ff.

³⁴Hitler, zitiert nach: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 5. Auflage, Düsseldorf 1984, S. 106.

diktatorischer und plebiszitärer Elemente” letztlich auf der Rousseaus'schen Vorstellung, dass die im *volonté de tous* abgebildete Majorität der Einzelstimmen keineswegs das sich im *volonté générale* manifestierende Gesamtinteresse widerspiegeln muss.³⁵ In der daraus erwachsenden Ablehnung des Mehrheitsprinzips liegt ein grundlegender Unterschied zur Programmatik der heutigen populistischen Rechten: Das “Konzept des Majoritarianismus” kann als ein Kernelement des Populismus identifiziert werden, da der Rekurs auf die Authentizität der “schweigenden Mehrheit” ihm als Legitimationsbasis seines mit einem “Dienst am Volk” begründeten Machtanspruchs dient.³⁶

Die faschistische Utopie von der Volksgemeinschaft mündet Griffin zufolge in eine „besonders undemokratische Form von Populismus“,³⁷ die sich z.B. in der Ablehnung einer Unterscheidung von Staat und Gesellschaft manifestiert.³⁸ So weit geht die Pluralismuskritik des Rechtspopulismus für gewöhnlich nicht, denn dieser verfügt, wie Hartleb zurecht hervorhebt, im Gegensatz zum Faschismus „über kein historisch fundiertes Feindbild, sondern hantiert mit diffusen Ressentiments“.³⁹ Oft wird deshalb die These vertreten, dass der Populismus keine spezifische ideologische Dimension aufweise, sondern nur einen politischen Stil darstelle.⁴⁰ Doch mittlerweile vertreten einige Forscher die Auffassung, dass die Fokussierung des Populismus auf die Kategorie des Volkswillens eine Art „thin-centred ideology” begründet, welche erstens die Gesellschaft als in zwei homogene und antagonistische Blöcke gespalten sieht – das „wahre Volk” und die „korrupte Elite” – und die zweitens (legitime) Politik als „Ausdruck des *volonté générale* (allgemeinen Willens) des Volkes“⁴¹ definiert. Deshalb kennt der Populismus zwei Hauptfeinde: Elitismus und Pluralismus. Der an-

³⁵ Vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg 1987, S. 347.

³⁶ Ben Stanley, The thin ideology of populism, in: Journal of Political Ideologies 13 (2008), Nr. 1, S. 95-110, hier S. 104f.

³⁷ Griffin, The nature of fascism (Anm. 30), S. 42.

³⁸ Vgl. Eatwell, Zur Natur des „generischen Faschismus“ (Anm. 27), S. 115.

³⁹ Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 117.

⁴⁰ Vgl. Pierre-André Taguieff, L'illusion populiste. Essai sur les démagogies de l'âge démocratique, Paris 2007, S. 31.

⁴¹ Mudde, The populist zeitgeist (Anm. 7), S. 543f.

tielitäre Charakter äußert sich in der Konstruktion vertikaler Dichotomien: Sowohl Links- als auch Rechtspopulisten versuchen, ein homogenes, vermeintlich majoritäres „Wir“ gegen „die-da-oben“, die „politische Klasse“ zu mobilisieren.

Dieser Antagonismus wird nach Auffassung des Linguisten Martin Reisigl von faschistischen Ideologen für gewöhnlich nicht konstruiert: „Die vertikale Achse, die den Faschismus kennzeichnet, ist so beschaffen, dass 'oben' nicht negativ, sondern vorwiegend positiv bewertet und idealisiert wird.“⁴² Von einer horizontalen Zweiteilung der Welt in eine sich über das Zugehörigkeitskriterium „Volk als Nation“ definierende „Wir-Gruppe“ und „die Fremden“⁴³ und von einer substantialistischen Gemeinwohlkonzeption gehen dagegen sowohl der Rechtspopulismus als auch der Faschismus aus.⁴⁴ Aber während Rechtspopulisten meist nur ein „verbreitetes Unbehagen“ am liberalen Pluralismus kanalisieren, leitet der Faschismus sein völkisches Konzept von Volk und Nation aus einem holistisch-biologistischen Weltbild ab.⁴⁵

Eine letzte wichtige Differenz betrifft das ökonomische Weltbild: Während die meisten neueren rechtspopulistischen Parteien einer eher wirtschaftsliberalen Programmatik verpflichtet sind, wird der revolutionäre Anspruch des Neofaschismus durch dessen dezidiert „antikapitalistisches Gepräge“ unterstrichen.⁴⁶ Es ist daher zu erwarten, dass

⁴²Martin Reisigl, Rechtspopulistische und faschistische Rhetorik – Ein Vergleich, in: Totalitarismus und Demokratie, 9 (2012), Nr. 2, S. 303-323, hier S. 313.

⁴³Vgl. Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus, (Anm. 39), S. 142.

⁴⁴Zu dem bereits von Ernst Fraenkel beschriebenen Zusammenhang der „a priori-Auffassung von Gemeinwohl“ und dem identitären Demokratieverständnis des Rechtspopulismus vgl. Armin Pfahl-Traughber, Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Berlin 1994, S. 138ff.

⁴⁵Vgl. Michael Kohlstruck, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede?, in: Richard Faber/Frank Unger (Hrsg.), Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2008, S. 211-230, hier S. 224f.

⁴⁶Vgl. Lorella Cedroni, Die Morphologie des Populismus, in: Totalitarismus und Demokratie, 8 (2011), Nr. 2, S. 237-250, hier S. 239f.; vgl. auch Herbert Kitschelt, The radical right in Western Europe. A comparative analysis. Ann Arbor 1997, S. 31.

neofaschistische Parteien bei ihrer Interpretation von „Demokratie“ die Unvereinbarkeit von Marktwirtschaft und Demokratie betonen.

4. Exkurs: Der Demokratie-Diskurs der Konservativen Revolution

Bis hierhin verlief die Abgrenzung von populistischen und neofaschistischen Demokratiekonzeptionen auf einer relativ abstrakten Ebene. Ein Verständnis der für die deutsche Tradition rechtsextremistischer Demokratie-Diskurse essentiellen Topoi setzt darüber hinaus zumindest einen kurzen Überblick über die von Autoren der „Konservativen Revolution“ vorgenommene Umdeutung des Demokratiebegriffs voraus, da zu vermuten ist, dass wesentliche Ideologeme, die das Denken des „Neuen Nationalismus“ in der Weimarer Republik gekennzeichnet haben, sich auch im NPD-Diskurs wiederfinden.⁴⁷ Mit Griffin soll im Folgenden davon ausgegangen werden, dass die Protagonisten der „Konservativen Revolution“ – wenngleich zwischen ihnen „und dem Nationalsozialismus, die eine in sich oft widerspruchsvolle Einheit bilden, differenziert werden muss“⁴⁸ –, als Vorboten des deutschen Faschismus, mithin als „Protofaschisten“ anzusehen sind⁴⁹, denn im Kern handelt es sich beim Faschismus um einen „Konservativismus, der auf den beschleunigten Einbruch der Moderne (...) mit der Verwandlung zum Revolutionarismus“, mit einer „Verschmelzung von Nationalismus und Sozialismus“, antwortete: So gesehen hat der Faschismus „auf der ideologisch-programmatischen

⁴⁷Die Rekurse auf die Konservative Revolution sind in der Ära Voigt häufiger geworden: von dem sächsischen Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel, der oft als „Chefideologe“ der NPD bezeichnet wird, werden die Texte des „Neuen Nationalismus“ als „reichhaltiger Ideenfundus“ gefeiert. (Vgl. Florian Hartleb, Die "Deutsche Stimme" – das intellektuelle Sprachrohr der NPD, in: Uwe Backes, Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 355-382, hier S. 377.)

⁴⁸Kurt Lenk, Deutscher Konservatismus, Frankfurt a.M. 1989, S. 15.

⁴⁹Roger Griffin, Völkischer Nationalismus als Wegbereiter und Fortsetzer des Faschismus: Ein angelsächsischer Blick auf ein nicht nur deutsches Phänomen, in: Heiko Kauffmann u.a. (Hrsg.), Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, S. 20-48, hier S. 41.

Ebene nur das systematisiert, was der revolutionäre Konservatismus vorgeformt hatte.“⁵⁰

In rechtsextremistischen Denzkirkeln der Weimarer Republik gingen, wie der Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer zurecht betonte, „die Ansichten über Demokratie ziemlich auseinander.“⁵¹ Während die Anhänger eines monarchischen Ständestaates wie Othmar Spann die demokratische Idee eng mit dem parlamentarischen Regierungssystem verknüpften und daher den Begriff vollständig ablehnten, hielten viele Autoren „am Begriff der Demokratie fest und verb(a)nden damit etwas Positives, k(a)men aber von ihrer spezifischen Demokratie-Auffassung her gleichfalls zu einer Verurteilung der Weimarer Demokratie“, die als "Scheindemokratie" diskreditiert und oft nur das „System“ genannt wurde.⁵² Parlamentarische Verfahren galten als Ausdruck eines (angelsächsisch geprägten) "mechanistischen" Denkens. Man kontrastierte sie mit einem traditionsgebundenen, „organisch gewachsenen“, identitären Regierungsmodell, durch das die Einheit von Volk und Staat verwirklicht werden sollte.⁵³ Edgar Julius Jung plädierte daher für eine „demokratische Diktatur“, die „die Berührung zwischen Führer und Volk“ herstellen würde: Organische Demokratie sei nur als nicht-parlamentarische Ordnung mit einer starken Exekutive denkbar, die alle Gewaltenteilung überwindet, sodass „die Gegenüberstellung von Volk und Regierung sich erübrigt.“⁵⁴ Jungs Deutung der „Aristokratie als demokratische Form“⁵⁵ ist typisch für das Denken von Autoren der Konservativen Revolution, für die eine Rückkehr zur Monarchie ausgeschlossen war, die aber die aus der Revolution von 1918 hervorgegangenen Regeln ablehnten: Für Arthur Moeller van den Bruck stand zum Beispiel zweifelsfrei fest, dass die moderne Demokratie sich nur behaupten könne, wenn „es ihr gelingt, vom Vol-

⁵⁰Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 225f.

⁵¹Sontheimer, Antidemokratisches Denken (Anm. 32), S. 211.

⁵²Vgl. ebenda.

⁵³Vgl. Synnöve Clason, Schlagworte der „Konservativen Revolution“. Studien zum polemischen Wortgebrauch des Radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933, Stockholm 1970, S. 59ff.

⁵⁴Edgar J. Jung, Die Herrschaft der Minderwertigen. Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich, Berlin 1929, S. 337.

⁵⁵Ebenda, S. 331f.

ke aus für die Nation das zu sein, was früher die Monarchie für das Volk gewesen ist: geführte Demokratie – nicht Parlamentarismus.“⁵⁶

Eine antiparlamentarische Umdeutung des Demokratiebegriffs findet sich auch im Denken der eher verfassungsnahen Rechten, die in der präsidentiell-parlamentarischen Ordnung von Weimar die Möglichkeit sahen, die Republik „über ihre eigenen Institutionen wenn nicht gänzlich zu sprengen, so doch erheblich umzubauen“. ⁵⁷ So ist auch das politische Denken Carl Schmitts – der „bedeutendste theoretische Bezugsfaktor der rechtsextremistischen Intellektuellen bei dem Versuch der Umdeutung des Demokratiebegriffs“⁵⁸ – von der Suche nach einer identitären Demokratie „ohne Parlamentarismus“ geleitet.⁵⁹ Schmitt, der die „Identität von Regierenden und Regierten“ als Kernidee der Demokratie bezeichnet, geht von einer prinzipiellen Unvereinbarkeit von Demokratieprinzip und liberaler Repräsentativverfassung aus, die er aus dem „unüberwindliche(n) Gegensatz von liberalem Einzelmensch-Bewußtsein und demokratischer Homogenität“ herleitet.⁶⁰ Die durch den Liberalismus bewirkte, das demokratische Homogenitätspostulat schädigende Pluralisierung der Willensbildung werde durch den Übergang vom klassischen Parlamentarismus zur Parteiendemokratie zusätzlich forciert: Zwischen Partikularinteressen zerklüftet, schwindet die Entscheidungskraft der Verfassungsorgane.⁶¹ Dagegen seien Demokratie und Diktatur grundsätzlich miteinander vereinbar, mehr noch: Erst eine Diktatur „radikaler Demokraten“, die das Volk so zu „erziehen“ versteht, „daß es seinen eigenen Willen richtig erkennt“, ermöglicht eine „Suspendierung der Demokratie im Namen der wahren, erst noch zu schaffenden Demokratie.“⁶²

⁵⁶ Arthur Moeller van den Bruck, *Das Dritte Reich*, Berlin 1931, S. 119.

⁵⁷ Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945*, Darmstadt 2001, S. 130.

⁵⁸ Pfahl-Traugher, *Die "Umwertung der Werte"* (Anm. 8), S. 85.

⁵⁹ Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 1969, S. 41.

⁶⁰ Ebenda, S. 23, 35; vgl. auch Kurt Lenk, *Führerdemokratie*, in: Ders., *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden 1994, S. 247-256, hier S. 249.

⁶¹ Carl Schmitt, *Der Hüter der Verfassung*, Tübingen 1931, S. 88f.

⁶² Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage* (Anm. 59), S. 36.

Schmitts damit verbundene Forderung nach dem Primat der exekutiven Politik und seine Verteidigung gegenüber juristischen Restriktionen sind Ausdruck eines dezisionistischen Politikverständnisses, dem zufolge die staatliche Autorität nicht an unveränderliche verfassungsrechtliche Normen gebunden sein sollte: Die schiere Macht wird zur einzigen Konstante im politischen Kampf; das Recht ist demgegenüber nur noch ein „Mittel, um das Streben nach absoluter Staatsautorität zu unterstützen.“⁶³ Als „flexible Rechtfertigungsmöglichkeit jedweder staatlichen Autorität, die, weil und solange sie besteht, als schlechthinniger Ordnungsgarant zur Aufrechterhaltung von souveräner Staatlichkeit gelten soll“, wird der Dezisionismus damit zur ideengeschichtlichen Basis jeder „Führerdemokratie“.⁶⁴

Für die genuin völkische Interpretation des Demokratiebegriffs lassen sich weitere Argumentationslinien identifizieren: Typisch ist Moeller van den Brucks Definition der Demokratie als „Anteilnahme des Volkes an seinem Schicksal“. Für ihn kann eine solche „Anteilnahme“ nur in einer durch die Kategorien „Rasse“ und Nation definierten „Volksgemeinschaft“ erfolgen: Demokratie beruht „auf dem Blute, nicht auf einem Verträge.“⁶⁵ Um ihre Vision von einer „wahren Demokratie“ anhand eines positiven historischen Narrativs zu illustrieren, haben völkische Nationalisten nicht selten Wesensmerkmale einer spezifisch „deutschen Demokratie“ konstruiert, die im „altgermanischen Volksstaat“ der Antike „schon einmal eine ungeheure Blüte“ erlebt habe.⁶⁶ Demnach seien die Deutschen „ursprünglich ein demokratisches Volk“ gewesen. Allerdings habe diese frühzeitliche Demokratie auf dem Abstammungsprinzip, nicht auf naturrechtlichen Axiomen beruht. Das ständestaatliche Körperschaftsideal, dem sie entspricht, verhindert individuelle Selbstbestimmung ebenso wie gesellschaftliche Mobilität und Elitenzirkulation, denn die „deutsche Demokratie“ war Moeller van den Bruck zufolge ursprünglich „ein Körper, in dem alle Glieder miteinander in lebendiger Beziehung standen. Ein

⁶³H. Joachim Schwagerl, *Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden*, Frankfurt a.M. 1993, S. 183.

⁶⁴Vgl. Lenk, *Führerdemokratie* (Anm. 60), S. 252.

⁶⁵Moeller van den Bruck, *Das Dritte Reich* (Anm. 56), S. 110f.

⁶⁶Reinhard Höhn, *Der bürgerliche Rechtsstaat und die neue Front. Die geistesgeschichtliche Lage einer Volksbewegung*, Berlin 1929, S. 33.

jedes Glied befand sich an seinem Orte und niemals wäre einem von ihnen eingefallen, etwa die Dienste zu vertauschen“.⁶⁷ Im völkischen Weltbild ist Demokratie also nicht – wie im Liberalismus – „als Strukturprinzip des Interessenausgleichs, sondern als Inbegriff eines in kleinen, überschaubaren Einheiten 'organisch' lebenden Volksganzen“⁶⁸ konzipiert, das autoritär regiert werden muss.

5. Der Demokratiebegriff der NPD

Auf der Grundlage dieser allgemeinen Betrachtungen zum populistischen und faschistischen „Demokratie“-Diskurs soll nun folgende Hypothese mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse getestet werden: Die NPD bedient sich sowohl einer Umwertungs- als auch einer Umdeutungsstrategie, durch die das Wort „Demokratie“ mit typisch faschistischen Konnotationen aufgeladen wird. Eine ideengeschichtliche Grundlage des Demokratie-Diskurses der NPD bildet das „protofaschistische“ Denken der Konservativen Revolution.

Das der Inhaltsanalyse zugrunde liegende Untersuchungsmaterial bilden die Programmdokumente und alle Ausgaben der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS) aus dem Zeitraum Januar 2001 bis Juni 2013. So kann der Demokratie-Diskurs der NPD über einen längeren Zeitraum und vor dem Hintergrund von drei für die „neue NPD“ prägenden historischen Marksteinen – das Verbotsverfahren 2001-2003, die elektorale Konsolidierung infolge der sächsischen und mecklenburgisch-vorpommerschen Landtagswahl 2004 und 2006 und die Strategie-Kontroverse 2008-2011 mit dem anschließenden Wechsel des Parteivorsitzes an den mittlerweile zurück- und aus der Partei ausgetretenen ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der NPD im sächsischen Landtag, Holger Apfel⁶⁹ – nachvollzogen werden.

⁶⁷Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich (Anm. 56), S. 111f.

⁶⁸Lenk, Deutscher Konservatismus (Anm. 48), S. 152.

⁶⁹Die Abwahl Udo Voigts war bekanntlich das vorläufige Endergebnis eines seit spätestens 2008 offen ausgetragenen innerparteilichen Konflikts um die Frage der strategischen Ausrichtung der Partei gekommen, in dem sich der von Voigt repräsentierte nationalsozialistische Flügel und verschiedene, von Apfel angeführte moderatere Strömungen gegenüber standen. Apfel warb mit dem Begriff „seriöse Radikalität“ für ein bürgerlicheres Auftreten der NPD: die Partei müs-

Bei der Analyse der Ideologie rechtsextremistischer Parteien ist eine Auswertung von Parteizeitungen besonders lohnenswert, denn im Gegensatz zu Programmtexten richten sich die darin enthaltenen Botschaften an eine vergleichsweise enge Zielgruppe (Mitglieder und Sympathisanten statt potentielle Wähler), weshalb die Gefahr taktisch motivierter Selektion von Inhalten relativ gering ausfällt.⁷⁰ Eine systematische Untersuchung der DS bietet sich aber auch deshalb an, weil die Zeitung in der Ära Voigt „mehr und mehr Züge eines rechtsextremistischen Theorieorgans“ angenommen hat.⁷¹

Im Rahmen der inhaltsanalytischen Auswertung⁷² des Materials wurden in der DS 632 Artikel gefunden, die sich auf 12 Kategorien verteilen. Jeder Artikel wurde jeweils nur einer Kategorie zugeordnet, die das Thema des jeweiligen Artikels am besten erfasst. Bei der folgenden Ergebnispräsentation beschränke ich mich im Folgenden auf eine Auswahl besonders prägnanter Textauszüge.

se, wie in Sachsen, den „Marsch in die Mitte des Volkes“ antreten und sich zu einer „volksnahen und gegenwartsbezogenen“ „Kümmererpartei“ wandeln. (Holger Apfel, Seriöse Radikalität, in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2011, S. 12.) Im November 2011 setzte sich Apfel auf dem Neuruppiner Parteitag bei der Wahl des Vorsitzenden gegen Voigt durch. Im Folgenden wird daher auch zu untersuchen sein, ob die im Zuge der Strategie-Kontroverse ausgetragenen Flügelkämpfe einen Einfluss auf die Interpretation des Demokratiebegriffs hatten.

⁷⁰Vgl. Cas Mudde, *The ideology of the extreme right*. Manchester 2000, S. 21.

⁷¹Hartleb, *Die "Deutsche Stimme"* (Anm. 47), S. 382.

⁷²Zugrunde gelegt wurde das Modell der „kategorienbasierten Textanalyse“ nach Mayring, das eine Kombination von induktiver und deduktiver Codierung ermöglicht. (Vgl. Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim u.a. 2010, S. 49.) Die Kategorien wurden bei der Durcharbeitung des Materials gebildet; zugleich wurde aber der Forschungsstand zu rechtsextremistischen Demokratiekonzeptionen berücksichtigt.

5.1 Umwertung des Demokratiebegriffs

In dem untersuchten Material konnten zahlreiche Textstellen identifiziert werden, in denen der Demokratiebegriff als ein Stigmawort Verwendung findet. Im Wesentlichen lassen sich hier drei Argumentationsmuster unterscheiden:

1. „Demokratie bedeutet Mehrheitsherrschaft und fördert daher das Mittelmäßige“: Die aristokratisch motivierte Kritik am Mehrheitsprinzip der Demokratie – die Befürchtung, das allgemeine Wahlrecht verhindere die Durchsetzung talentierter Einzelner – war im zweiten Kapitel als eines der wichtigsten Differenzkriterien (neo)faschistischer gegenüber populistischen Ordnungsvorstellungen genannt worden. In der DS finden sich mehrere Texte, in denen die Autoren dieses Defizit mit der Demokratie identifizieren (und nicht etwa mit einer „wahren Demokratie“ kontrastieren). So beschrieb der stellvertretende Bundesvorsitzende, Karl Richter, die Ablehnung des Mehrheitsprinzips in einem 2003 erschienenen DS-Artikel als einen der wichtigsten Unterschiede, welche die NPD-Ideologie gegenüber der rechtspopulistischer Parteien aufweise: „Rechtspopulisten sind schon deshalb keine ernsthafte Alternative zum herrschenden Sumpf, weil sie durch die Bank den Irrtum der Demokratie verinnerlicht haben. Die Demokratie mit ihrem untauglichen Mehrheitsprinzip ist aber Dreh- und Angelpunkt der Misere. Das ist übrigens keine Erkenntnis des Dritten Reiches, sondern bereits Platons und Ciceros.“⁷³ Richter versucht hier, die Ablehnung des Mehrheitsprinzips durch ein *argumentum ad verecundiam* zu plausibilisieren, indem er auf Klassiker der politischen Ideengeschichte rekurriert, um so den Verdacht des Bezugs auf Vordenker des Faschismus zu zerstreuen – was allerdings mit dem Bezug auf Platon kaum gelingt, da dessen Demokratiekritik von der Utopie einer „geschlossenen Gesellschaft“ ausgeht, die spätestens seit der Interpretation von Karl R. Popper als antiker Vorläufer für die Begründung totaler Herrschaft gilt.⁷⁴

⁷³Karl Richter, Willige Vollstrecker der Globalisierung, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/September 2003, S. 7.

⁷⁴Vgl. Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Band I: Der Zauber Platons, Bern 1957, S. 233.

Ganz ähnlich schreibt Jürgen Gansel in einem Aufsatz über den anti-demokratischen Publizisten Joachim Fernau, dieser halte „nichts von der heute in nationalen Kreisen weitverbreiteten Differenzierung zwischen pervertierter (Parlaments)Demokratie und einer hehren direkten Demokratie. Das urteilssichere und vernunftbegabte Individuum, von dem gerade die direkte Volksherrschaft ausgeht, war für ihn eine liberale Selbstlüge. Mit Aristoteles wurde das unaufhebbare Grundübel dieses Gesellschaftsmodells im Vorrang der Quantität vor der Qualität gesehen; die Stimmen werden mechanisch gezählt und nicht nach Geist, Leistung oder Selbstlosigkeit des Einzelnen gewichtet.“ Gansel nennt diese These, die zwei der oben erwähnten faschistischen Topoi – die Kritik am „mechanischen“ Charakter des Wählens und die Notwendigkeit, dem natürlichen Genie den Vorrang vor der geistlosen Masse zu gewähren – enthält, eine „souveräne Geschichtsdeutung“.⁷⁵

2. „Demokratie bedeutet Autoritäts- und Werteverlust“: Ein Topos, der rechtsextremistisches Denken seit jeher prägt, ist die Gleichsetzung von Demokratisierung mit Dekadenz. So heißt es in einem Kommentar zum Jubiläum der Ägyptischen Revolution: „Wie wurde letztes Jahr nicht der 'arabische Frühling' bejubelt und der langjährige ägyptische Staatschef Mubarak zum Teufel gewünscht, in der Hoffnung auf Demokratie, Menschenrechte (Pornografie, Drogen ...) und andere Segnungen der 'offenen Gesellschaft'.“⁷⁶ Hier wird suggeriert, eine demokratische Ordnung fördere in erster Linie und automatisch Entwicklungen, die aus Sicht der NPD als Anzeichen für moralischen Verfall zu bewerten sind.

In manchen Texten wird die NS-Diktatur indirekt dafür gelobt, dass sie Ordnung und Disziplin gegen demokratische Destruktion verteidigt hat. So schreibt Jürgen Gansel in einem Artikel über Gottfried Benn und dessen Affinität zum NS-Regime: „... dem Geist der neuen Zeit entsprechend, die demokratische Formlosigkeit durch Form, libertäre Anarchie durch Ordnung ersetzte, würdigte Benn das Formge-

⁷⁵Jürgen Gansel, Überlegener Geschichtsdeuter und Gegenwartskritiker, in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2008, S. 16.

⁷⁶Ohne Autor, „Wieder ein Schuß in den Ofen“, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2013, S. 2.

fühl (Stefan) Georges aus dem Geist des Griechentums“.⁷⁷ Kunst und Politik werden in diesem Satz verbunden, sodass sich aus der Kontrastierung „demokratischer Formlosigkeit“ (Weimar) mit „Ordnung“ und „Formgefühl“ („neue Zeit“, Drittes Reich) eine eindeutige Sympathie des Autors für das NS-Regime ableiten lässt. Unterstützt wird diese Botschaft durch den Bezug auf Benn und George, denn, so der Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger, Rekurse auf prominente Dichter oder Philosophen lösen – zunächst mal unabhängig von der elitären Botschaft, die vermittelt wird – „beim Leser Hintergrundassoziationen von Respekt und Ehrfurcht aus. Das schafft Vertrauen in die vorgetragene Argumentation“,⁷⁸ was gerade bei der Äußerung antidemokratischer Thesen notwendig erscheint.

3. „Demokratie als liberale Täuschung“: In einigen Texten wird der Wert der Demokratie mit der Begründung infrage gestellt, dass diese nicht unabhängig vom Liberalismus gedacht werden könne. So schrieb der ehemalige Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), Stefan Rochow, zwei Jahre vor seinem 2009 erfolgten Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene in der DS: "Eng verbunden mit dem Liberalismus ist auch die Demokratie. Vom Westen zu einer heiligen Kuh erklärt, ist eine Thematisierung des Tabus eine unverzeihliche Inkorrektheit. ... Der Kult der Demokratie hat heute pseudoreligiöse Züge angenommen, so dass sich derjenige außerhalb des gesellschaftlich manifestierten Diskussionsrahmens bewegt, der auch nur einen Hauch Kritik an demokratischen Gesellschaftsformen übt.“⁷⁹ Hier wird nicht nur der gesellschaftliche Konsens über eine bestimmte „westliche“ Form der Demokratie, sondern der Wert der demokratischen Idee insgesamt infrage gestellt. Die enge Verknüpfung des Demokratiebegriffs mit dem negativ bewerteten Liberalismus ist insofern ungewöhnlich, als die meisten DS-Autoren dem liberalen Westen den demokratischen Anspruch gerade absprechen.

⁷⁷Jürgen Gansel, Statthalter des Geheimen Deutschlands, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2004, S. 15.

⁷⁸Siegfried Jäger, Rechtsextreme Propaganda heute, in: Konrad Ehlich (Hrsg.), Sprache im Faschismus, Frankfurt a.M. 1989, S. 289-322, hier S. 303.

⁷⁹Stefan Rochow, „Das Leben ist die Guillotine der Wahrheit“, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Okttober 2007, S. 18.

5.2 (Um-)Deutung des Demokratiebegriffs

In den meisten der untersuchten Texte wird der Demokratiebegriff positiv konnotiert, in seiner semantischen Struktur jedoch mit der im Grundgesetz vorgesehenen Definition kontrastiert. Im Folgenden geht es zunächst um eine Analyse des negativen Selbstverständnisses, also darum, was Demokratie aus Sicht der NPD nicht ist.

5.2.1 Negatives Selbstverständnis

Wie schon die protofaschistische Rechte der Konservativen Revolution ist die NPD der Meinung, „dass Liberalismus ... in keinsten Weise mit der Demokratie als solcher, nämlich der Volksherrschaft, gleichzusetzen ist! Die Gleichsetzung des volksfeindlichen Liberalismus mit der Demokratie ist verbaler Etikettenschwindel.“⁸⁰ Mehr noch: Das „liberale Gesellschaftsmodell aus Parlamentarismus, Kapitalismus und Individualismus“ ist nach Meinung von Jürgen Gansel nicht nur eine prekäre Grundlage für eine Demokratie, sondern bildet sogar einen „Gegenpol zu wirklicher Volksherrschaft“.⁸¹ Die Idee der Volkssouveränität und der Liberalismus werden somit nicht als komplementäre Geistestraditionen, sondern als unvereinbare Gegensätze dargestellt.

Eng verknüpft mit der Liberalismuskritik ist die antiparlamentarische Deutung von „Demokratie“: Immer wieder wird in der DS hervorgehoben, dass sich „das Demokratie-Verständnis der NPD meilenweit von dem der herrschenden Klasse (unterscheidet), die in erster Linie den Parlamentarismus favorisiert.“⁸² Zahlreiche Textstellen belegen, dass weite Teile der Partei das „auf den Parlamentarismus reduzierte ‚Demokratie‘-Procedere“⁸³ nicht nur kritisch betrachten, sondern grundsätzlich ablehnen und diese Zurückweisung aus einer identitären Perspektive zu begründen versuchen. Mit Carl Schmitt wird das ge-

⁸⁰Jürgen Gansel, Schillernder Prediger von Mythos und Gewalt, in: Deutsche Stimme, Nr. 3/März 2002, S. 18.

⁸¹Jürgen Gansel, Abgesänge auf das liberale Gesellschaftsmodell, in: Deutsche Stimme, Nr. 4/April 2007, S. 19.

⁸²Ohne Autor, „Dauerwahlk(r)ampf gegen Rechts“, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2011, S. 11.

⁸³Ohne Autor, „Demokratie-Export“ und G-8-Gipfel, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/Juni 2007, S. 11.

wählte Parlament als institutionelle Manifestation der genuin liberalen Vorstellung von einer pluralistischen Gesellschaft interpretiert und mit einem dem singulären „Willen des Volkes“ verpflichteten „Demokratieprinzip“ kontrastiert.⁸⁴ Innerhalb des Untersuchungszeitraums in den Jahren 2002/03 fällt dieses Argumentationsmuster besonders radikal aus. In dieser Zeit gab Jürgen Schwab, der bis zu seinem Parteiaustritt 2004 in seiner Funktion als Leiter des „Arbeitskreises 'Volk und Staat' beim NPD-Parteivorstand“ das staatsrechtliche Fundament der NPD-Ideologie stark prägte, die Parole aus: „Volksgemeinschaft oder Parlamentarismus“.⁸⁵

Allerdings wurde die Haltung der NPD zum Parlamentarismus in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre zunehmend widersprüchlich. In zahlreichen Texten wird der Parlamentarismus nicht als per se undemokratisch kritisiert, sondern behauptet, in der BRD sei nur ein „unechter“ Parlamentarismus realisiert, der seinen eigenen Ansprüchen nicht gerecht werde. So schreibt Jürgen Gansel: „Laut Bundestag gibt es ohne Haushaltsrecht ... keine parlamentarische Demokratie Und genau dieses Kernrecht hat der Bundestag am 29. Juni dauerhaft an die Herrschaftsquellen der EU abgetreten“.⁸⁶ Dieses Argumentationsmuster wurde verstärkt seit dem Beginn der europäischen Währungskrise eingesetzt: Mit dem Hinweis auf verengte Handlungsoptionen nationaler Parlamente im Zuge der finanzpolitischen Intensivierung der europäischen Integration infolge der Krise soll die parlamentarische Praxis als undemokratisch überführt werden. Dabei fällt auf, dass diese Kritik aus einer scheinbar deliberativen Perspektive vorgetragen wird: Da „die sogenannte parlamentarische Demokratie heute ein Machtinstrument und Herrschaftsmittel“ im Dienste des Kapitals sei, sei „ein ‚government by discussion‘ ... faktisch nicht feststellbar.“⁸⁷ Diese

⁸⁴NPD-Bundesvorstand, Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe – Folge 11. Klarheit im Denken und Handeln beim Thema "Neue Ordnung". Staatspolitisches Positionspapier des Arbeitskreises "Volk und Staat" beim NPD-Parteivorstand, Berlin 2001, S. 14.

⁸⁵Jürgen Schwab, Volksgemeinschaft oder Parlamentarismus?, in: Deutsche Stimme, Nr. 7/Juli 2003, S. 15.

⁸⁶Jürgen Gansel, „Einheitsmenschen im postnationalen Einheitsstaat“, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2012, S. 13.

⁸⁷Udo Voigt, Wie bringen wir die NPD nach vorn?, in: Deutsche Stimme, Nr. 4/April 2010, S. 17.

Forderung nach mehr Diskussion steht jedoch im Widerspruch zu der Forderung nach „staatlicher Entscheidungsstärke statt parlamentarischen Dauergeschwätzes“⁸⁸ – ein Widerspruch, der auf den latenten Konflikt zwischen dem Selbstverständnis der NPD als nationalrevolutionärer Kraft und als Wahlpartei im „Kampf um die Parlamente“ zurückzuführen ist.

Dass die Parlamentarismus- und Parteienkritik nicht aus einer pluralistischen Perspektive erfolgt, wird auch daraus ersichtlich, dass die NPD die Formalisierung zivilgesellschaftlicher Beteiligung als demokratieschädigend erachtet. So heißt es in einem Positionspapier, die „extreme Linke“ habe nach ihrer Distanzierung von den Ostblock-Regimen „unter irreführenden Bezeichnungen wie ‚deliberative Demokratie‘, ‚assoziative Demokratie‘ und ‚Zivilgesellschaft‘ Strukturen geschaffen, die der parlamentarischen Demokratie faktisch ihr Ende bereiten. Im Ergebnis bewirken diese neue (sic!) Formen politischer Machtausübung eine totalitäre Gesellschaft.“⁸⁹ Hier wird die ablehnende Haltung gegenüber nicht-elektoral legitimierter zivilgesellschaftlicher Partizipation damit begründet, dass diese die Handlungsoptionen staatlicher Organe – also auch des Parlamentes – lähme. Demnach ist die NPD bereit, von ihrer fundamentalen Parlamentarismuskritik (der befürchteten Auflösung staatlicher Autorität durch die sonst häufig beklagte „Parlamentszentrierung“) abzuweichen und vor größeren „Gefahren“ (der Unterminierung staatlicher Souveränität infolge einer Ausweitung informeller Partizipationsoptionen) zu warnen, indem sie sich umgekehrt als Verteidigerin der parlamentarischen Ordnung präsentiert.

5.2.2 Positives Selbstverständnis

Analysiert man die positive Interpretation des Demokratiebegriffs durch NPD-Funktionäre, so lassen sich acht teils korrespondierende, teils einander widersprechende Deutungsmuster unterscheiden.

1. „Völkische Demokratie“: Den Kern der Demokratiekonzeption der NPD bildet die Vorstellung einer homogenen völkischen Gemeinschaft: Die These, dass Zuwanderung „dem Demokratieprinzip wider-

⁸⁸Gansel, Abgesänge (Anm. 81).

⁸⁹Voigt, Wie bringen wir die NPD nach vorn? (Anm. 87).

spricht, da Volksherrschaft an ein Staatsvolk gebunden ist“⁹⁰, weil „'Demokratie' auf deutsch 'Volksherrschaft' heißt und weder 'Überfremdungs-' noch 'Fremdherrschaft'“⁹¹, ist in der NPD unumstritten.

Mit der völkischen Deutung des Demokratiebegriffs ist der Versuch verbunden, diesen von seiner neuzeitlichen Kernbedeutung – die am normativen Postulat der universellen Gleichheit ausgerichtete Willensbildung – zu lösen. So wird in den „Staatspolitischen Grundsätzen“ mit einem Rekurs auf Carl Schmitt behauptet, dass „die Kraft einer Demokratie darin (besteht), dass sie es versteht, sich von dem Fremden und Ungleichen, die Gleichheit Bedrohenden abzugrenzen.“⁹² Eine exklusive, auf die Volksgemeinschaft begrenzte Gleichheit wird hier mit dem „Multikulturalismus“ als Ausdruck einer Ideologie der Ungleichheit kontrastiert und als das eigentliche Telos der Demokratie präsentiert. Denn, so Jürgen Gansel, „wahre Demokratie ist ... Ethnokratie und nicht Soziokratie, also Volksherrschaft im ethnischen Sinne und nicht Bevölkerungsherrschaft im multiethnischen Sinne.“⁹³ Der *demos* soll mit dem *ethnos* identisch sein; die Staatsbürgerrechte müssen den Angehörigen der „Volksgemeinschaft“ vorbehalten bleiben.

Der Neonazi Jürgen Rieger, der bis zu seinem Tod 2009 stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender war, hat für das Konzept einer völkischen Demokratie, die auf einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft basiert, den Begriff „Solidarismus“ geprägt. In einem Text mit dem Unterkapitel „Die Diktatur vermeiden“ schreibt er: „Solidarismus erkennt, dass wahrhafte Demokratie nur bei einer gleichartigen Bevölkerung möglich ist. Je verschiedenartiger eine Bevölkerung ist, desto mehr strebt sie auseinander, was nötigenfalls diktatorische Maßnahmen zur Befriedung erfordert.“⁹⁴ Dazu zählen auch (nicht näher

⁹⁰Axel Michaelis, Die Pseudo-Demokratie, in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2010, S. 9f.

⁹¹Sigrid Schüssler, Wieder zuhause, in: Deutsche Stimme, Nr. 12/Dezember 2010, S. 28.

⁹²NPD-Bundesvorstand, Profil (Anm. 84), S. 15.

⁹³Jürgen Gansel, Politischer Kindesmißbrauch, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Dezember 2010, S. 7.

⁹⁴Jürgen Rieger, Solidarismus als Weg aus der Krise unseres Volkes, in: Deutsche Stimme, Nr. 5/Mai 2007, S. 20.

erläuterte) Maßnahmen zur „Beseitigung von Schmarotzerunwesen“, denn: „Die Volksgemeinschaft wird durch Asoziale gesprengt.“⁹⁵ Da, wie wir sahen, im Weltbild der NPD „wahrhafte“ Demokratie nur in einer homogenen „Gemeinschaft“ erreichbar wäre, fällt Riegers Argumentation zwar selbst im Maßstab des üblichen Parteischrifttums ungewöhnlich deutlich und radikal, aber auch folgerichtig aus: Ethnisch-kulturelle Heterogenität würde außerordentliche Repressionen erfordern; ergo sei die NPD die einzige Kraft, die die „Volksgemeinschaft“ vor einer Involution in undemokratische Verhältnisse bewahren kann.

An einer anderen Stelle wird der Demokratiebegriff sogar mit der Vision einer „rassischen Aristokratie“ verknüpft, wie sie für die faschistische Ideologie typisch ist:⁹⁶ In der Volksgemeinschaft, so heißt es, „ordnet sich die Rasse dem Individuum über und bildet eine weiter entwickelte, eine stärkere Systemeinheit. Der Einzelne muss sich unterordnen, wollen diese Kräfte stärker ans Licht treten. ... Das Gesagte meint aber keine Diktatur der Rasse, vielmehr bedeutet es das Gegenteil: Eine 'Demokratie' zwischen Individuum und Gattung. Es herrscht ein von der Natur selbst vorgegebenes Gleichgewicht zwischen Individuum und Rasse.“⁹⁷ Diesen Ausführungen liegt ein Widerspruch zugrunde: Einerseits wird ein nicht näher erläutertes „Gleichgewicht“ zwischen „Rasse“ und Individuum als Ausdruck von „Demokratie“ interpretiert, andererseits aber gerade die Unterordnung des Einzelnen unter die höchste „Systemeinheit“ Rasse postuliert. Damit wird impliziert, dass nur diejenigen, welche die innerhalb dieser Einheit wirkenden „Kräfte“ am besten repräsentieren, die also „rassisch“ vorbildliche Merkmale aufweisen, in politische Führungspositionen gelangen sollten.

Der Topos der „germanischen Demokratie“, wie er sich in diversen völkischen Strömungen der Zwischenkriegszeit findet, wird in DS-Texten nur selten explizit bemüht. In einem Nachruf auf den Neonazi

⁹⁵Ebenda.

⁹⁶Vgl. David Spitz, *Patterns of anti-democratic thought. An analysis and a criticism, with special reference to the American political mind in recent times*, New York 1965, S. 171ff.

⁹⁷Wolfgang Meyer, Was bleibt von der „Rasse“?, in: *Deutsche Stimme*, Nr. 4/April 2009, S. 18.

und zeitweiligen NPD-Aktivisten Friedhelm Busse schreibt Udo Voigt, Busse habe ihm geraten, am Parteinamen „Nationaldemokraten“ festzuhalten, „denn er war der Ansicht, daß wir den Demokratiebegriff nicht den Amerikanern überlassen dürften, denn schließlich hätten die Germanen bereits eine ‚wahrhaftige Demokratie‘ praktiziert, als an die amerikanische Auslegung dieses Wortes noch nicht mal zu denken war.“⁹⁸ Bereits in früheren DS-Artikeln hatte Voigt hervorgehoben, dass die NPD „ihre historischen Grundlagen in der germanischen Volksdemokratie“ sehe.⁹⁹

2. „Demokratie als Herrschaft der Besten“: Dass Demokratie in erster Linie bedeutet, das „Mittelmäßige“ von der Macht fernzuhalten und den „Besten“ zum Sieg zu verhelfen, wird im „Europaprogramm“ der NPD von 2003 hervorgehoben: „Das demokratische Prinzip der Auslese der Besten wurde vom oligarchischen Parteienkartell abgeschafft.“¹⁰⁰ Eine funktionierende Demokratie ist demzufolge daran zu erkennen, dass der Prozess der Elitenselektion die „Besten“ hervorbringt. Nicht der an anderen Stellen beschworene „Gleichheitsgrundsatz“¹⁰¹, sondern ein aristokratisches Prinzip bestimmt die Interpretation des Demokratiebegriffs.

Jürgen Gansel beschreibt, Edgar Julius Jung zitierend, „rechte Demokratie als ‚Herrschaft des nur metaphysisch zu begreifenden *volonté générale*‘ – mit anderen Worten: Herrschaft für das Volk, aber nicht zwingend durch das Volk.“ Nur in solch einem „organischen Staat“, wie ihn Jung skizzierte, ließe sich Gansel zufolge eine Ordnung realisieren, in der das „Volk gegen Masse und Persönlichkeit gegen Gleichheit steht.“¹⁰² Dieser Topos wurde oben als typisch faschistisch charakterisiert: In einer echten Demokratie wird die form- und identitätslose „Masse“ zu einem Volk transformiert, das durch natürlich begabte „Persönlichkeiten“ symbolisch repräsentiert werden soll. In die-

⁹⁸Udo Voigt, Die Etablierten – ein Leben mit der Angst, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2008, S. 2.

⁹⁹Holger Apfel, Wiederaufbau einer Volksgemeinschaft, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/Februar 2002, S. 17.

¹⁰⁰NPD-Bundesvorstand, Europaprogramm. Berlin 2003, S. 43.

¹⁰¹Voigt, Die Etablierten (Anm. 98).

¹⁰²Jürgen Gansel, Zerstörung aus dem Willen zur Erhaltung, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/Juni 2009, S. 20.

sem Konzept spielt die Partizipations- bzw. Input-Komponente keine Rolle, ja sie wird sogar als hinderlich angesehen, um zur „wahren Demokratie“ zu gelangen.

3. „Demokratie in einem autoritären Nationalstaat“: Innerhalb der NPD vertritt man die Position, dass „Demokratie und Nationalismus ideengeschichtlich Zwillinge sind“ und auch in Zukunft nicht voneinander getrennt gedacht werden können.¹⁰³ Dieses Credo wirkt, wie schon der Parteiname impliziert, innerhalb der NPD identitätsstiftend. Udo Voigt zufolge weist der Name der NPD auf deren geistesgeschichtliche Verortung in der Märzrevolution hin: „Mit der 48er-Revolution und dem Bekenntnis zur verfassungsbildenden Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche begründen wir unser Bekenntnis zur Nationaldemokratie.“ Als letztere definiert Voigt die „Synthese aus Volksherrschaft und Nation. Eine wirkliche Demokratie (Volksherrschaft) benötigt ein Staatsvolk, einen Staat (Nation), Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz. Damals wie heute ein Traum.“¹⁰⁴ Mit dem Bezug auf 1848 versucht die NPD, sich als Vertreterin des republikanischen Erbes des deutschen Nationalismus zu präsentieren. Die Identifikation mit der Märzrevolution bringt aber auch Schwierigkeiten mit sich, weil sie von liberalen Bewegungen getragen wurde, die die absolute Autorität des Staates infrage stellten, während die NPD in der Schwächung des Staatsmonopols eine Gefahr für die Demokratie erkennt. Eine „konsequente Demokratisierung unseres Landes“ bedeutet aus Sicht der NPD nämlich in erster Linie: „Wiederherstellung seiner Souveränität“¹⁰⁵, denn: „Demokratie setzt einen handlungsfähigen Staat voraus“¹⁰⁶, da nur ein solcher den Volkswillen identifizieren und gegen die herrschenden Kräfte des „Internationalismus“ durchsetzen könne. Deshalb nimmt in einer „nationaldemokratischen Staatsord-

¹⁰³Hugo Fischer, Der Globalisierungsgegner – das unbekannte Wesen, in: Deutsche Stimme, Nr. 7/Juli 2003, S. 9.

¹⁰⁴Udo Voigt, Von der Reaktion erschossen, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/Februar 2011, S. 21.

¹⁰⁵Kersten Radzimanowski, Nein zum EU-Knechtungsvertrag, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/Juni 2009, S. 5.

¹⁰⁶Andreas Molau, Offene Räume nutzen, in: Deutsche Stimme, Nr. 10/Oktober 2008, S. 21.

nung“ der Staat „die Gesamtverantwortung für das Volksganze wahr und steht daher über Gruppeninteressen.“¹⁰⁷ Die Personifikation des Staates als das „Volksganze“ verkörpernde Autorität verstärkt die organisch-identitäre Vorstellung von Volk und Staat als einer kollektiven Handlungseinheit – ein Topos, der auch im Zusammenhang mit der Vision von einer plebiszitären Demokratie häufig bemüht wird.

Die Forderung nach einer Konservierung nationalstaatlicher Entscheidungskompetenzen fügt sich hier mit der autoritären Vision von einem starken Staat zusammen. Nach Meinung von Jürgen Schwab wäre zur Herstellung der Volksgemeinschaft „ein wirklicher deutscher Staat – im Gegensatz zur BRD – erforderlich Ob es sich dabei um eine 'Demokratie' im weitesten Sinne des Begriffs handeln müsste, ist zunächst einmal offen.“¹⁰⁸ Dieses Zitat macht einerseits deutlich, dass die Wahrung oder Herstellung staatlicher Souveränität notfalls gegen das Postulat der Beteiligung des Volkes an den Entscheidungsprozessen – als „Demokratie im weitesten Sinne“ – durchgesetzt werden muss. Volkssouveränität wird auf diese Weise mit Souveränität gleichgesetzt, unabhängig von der Frage, ob Freiheits- und Mitbestimmungsrechte für die Bürger realisiert sind.

4. „Demokratie des Grundgesetzes“: Insbesondere angesichts drohender Verbotsverfahren haben führende Vertreter der NPD immer wieder hervorgehoben, dass sich die Partei „in Wort und Tat uneingeschränkt zum Grundgesetz, zu den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zum Rechtsstaatsprinzip und zum Prinzip der Gewaltlosigkeit“¹⁰⁹ bekenne, mehr noch: dass sie sich als Verteidigerin des Grundgesetzes betrachte, denn: die in der Verfassung vorgesehene Ordnung sei praktisch gar nicht verwirklicht; ihre Realisierung werde von den „Volksfeinden“ der „politischen Klasse“¹¹⁰ verhindert. Deshalb sei es „in erster Linie Aufgabe der politischen Rech-

¹⁰⁷ NPD-Bundesvorstand, Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), Berlin 2010, S. 7.

¹⁰⁸ Schwab, Volksgemeinschaft (Anm. 85), S. 15.

¹⁰⁹ Udo Voigt, zitiert nach: Waldemar Maier, Kampf für Deutschland, in: Deutsche Stimme, Nr. 3/März 2001, S. 1.

¹¹⁰ Manfred Waldukat, Demokratie im Dornröschenschlaf?, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2013, S. 7.

ten, im Eigeninteresse dafür zu sorgen, dass aus der Bundesrepublik erst eine normale Demokratie gemacht wird“¹¹¹, die die im Grundgesetz enthaltenen Normen tatsächlich realisiert. Diese Argumentation war in der NPD stets umstritten, da weite Teile der Partei, wie bereits dargelegt, die Genese des „fremdbestimmten“ Grundgesetzes als illegitim bewerten; daher wurde sie selten explizit vorgetragen.

Nach dem Wechsel des Parteivorsitzes 2011, der zeitlich mit der Aufdeckung der NSU-Morde und der daraufhin entbrannten Diskussion um die Notwendigkeit eines neuen Verbotsverfahrens zusammenfiel, finden sich in der DS häufiger demonstrative Bekenntnisse zum Grundgesetz, wobei dies anfangs als eine kontrovers diskutierte strategische Zäsur kommuniziert wurde. So empfahl der stellvertretende Bundesvorsitzende Karl Richter laut einem DS-Bericht über eine im Februar 2012 abgehaltene Strategiekonferenz künftig „ein Bekenntnis zu den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sofern darunter ... das Prinzip der Volkssouveränität, ... das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf verfassungsmäßige Bildung einer Opposition zu verstehen ist, könne sich die NPD hierzu auch aus politischen Gründen guten Gewissens bekennen.“¹¹² In dem Bericht wird vermerkt, dass Richters Position „erwartungsgemäß für lebhaftere Diskussion“ gesorgt habe; am Ende der Debatte hätten jedoch alle Teilnehmer eingesehen, „dass eine Agitation gegen die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung‘ in jedem Falle abzulehnen sei.“¹¹³

Jene Autoren, die das Bekenntnis zu der im GG vorgesehenen Ordnung in der DS offensiv verteidigen, begründen dies damit, dass es als ein Bollwerk gegen die europäische Integration dienlich sei: „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, insbesondere die Forderung nach Volkssouveränität, Demokratie und Gewaltenteilung, verhindert ... eine weitere Umwandlung Deutschlands in eine Kolonie der EU und des internationalen Finanzkapitals. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass diese Grundordnung von einer national- und sozialstaatlich orientierten Partei wie der NPD mit aller Kraft verteidigt

¹¹¹ „Wird aus der BRD noch eine westliche Demokratie?“, in: Deutsche Stimme, Nr. 4/April 2005, S. 16.

¹¹² Axel Michaelis, Ja zum Grundgesetz?, in: Deutsche Stimme, Nr. 3/März 2012, S. 19.

¹¹³ Ebenda.

wird.“¹¹⁴ Nicht der Eigenwert der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, sondern ein zweckrationales Motiv wird für das Bekenntnis zum Grundgesetz angeführt – dessen Nutzung als „das gegenwärtig verfügbare Instrument im Kampf gegen die Volks- und Staatsabwickler“.¹¹⁵ Dass es sich bei dieser Instrumentalisierung des Grundgesetzes nicht um eine (im Sinne der NPD-Programmatik) folgerichtige ideologische, sondern um eine taktisch motivierte Positionierung handelt, wird von Vertretern des neonazistischen Flügels ganz offen betont. So meint etwa der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Freising, Björn-Christopher Balbin, die Partei könne „getrost die Rolle eines Bewahrers des Grundgesetzes spielen, trotz aller seiner Schwächen“, denn „diese neue Strategie bietet für uns gleich mehrere Vorteile“: So müsse die NPD durch ihr Auftreten als „Bürgerrechts- und Demokratiebewegung“ kein Verbot mehr fürchten.¹¹⁶ Dass Balbin diese Position selbst nur als einen auf die Außenkommunikation beschränkten, vorübergehenden Kompromiss begreift, zeigt seine in einem anderen DS-Artikel enthaltene Forderung, die NPD müsse sich auch künftig dafür einsetzen, dass das GG „endlich durch eine echte deutsche Verfassung ersetzt wird, die diesen Namen verdient“.¹¹⁷ Für die NPD bleibt das GG folglich ein „Provisorium“;¹¹⁸ eine Grundlage für ihr Ideal einer „wahren Demokratie“ bildet es nicht.

5. „Freiheitliche Demokratie“: Das Wort „Freiheit“ ist ein Kernbegriff in der NPD-Programmatik und wird daher auch zur Kontextualisierung von „Demokratie“ herangezogen: Nicht selten findet sich in DS-Texten das Postulat, dass die Konzeption eines „nationalen und sozialen Volksstaat(es)“ eine „sinnvolle inhaltliche Füllung des Leitbegriffs 'freiheitliche Demokratie'“ erfordere.¹¹⁹ Schon durch die Attribuierung

¹¹⁴Per Lennart Aae, „Haltet den Dieb“, in: Deutsche Stimme, Nr. 4/April 2013, S. 11.

¹¹⁵Michaelis, Ja zum Grundgesetz? (Anm. 112).

¹¹⁶Björn-Christopher Balbin, WIR sind das VOLK!, in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2012, S. 23f., hier S. 23.

¹¹⁷Björn-Christopher Balbin, Wuchermieten sind kein Naturgesetz, in: Deutsche Stimme, Nr. 7/Juli 2012, S. 9.

¹¹⁸Roland Wuttke, Was bleibt vom Grundgesetz?, in: Deutsche Stimme, Nr. 5/Mai 2009, S. 6.

¹¹⁹Josef Rauenthal, Von den alten Sozis lernen, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/Juni 2007, S. 17.

von „Demokratie“ durch das Adjektiv „freiheitlich“ deutet sich hier auf semantischer Ebene eine native Abgrenzung gegenüber dem Begriff der „liberalen Demokratie“ an. Angesichts des geringen Anteils nationalliberaler Strömungen in der NPD¹²⁰ mag es denn auch nicht überraschen, dass sich der Freiheitsbegriff der Partei von dem des Liberalismus stark abhebt. Man plädiert für einen „positiven“ Freiheitsbegriff, der darauf zielt, „die liberalen Vorstellungen zugunsten positiver Werte (darunter auch die Nation) zu bekämpfen.“¹²¹ Gemeint ist also eine kollektivistisch interpretierte „gemeinschaftsgebundene Freiheit und nicht die Freiheit des Individuums.“¹²² Dass die „Selbstbestimmung des Menschen“ hier mit der Freiheit der Gemeinschaft gleichgesetzt und als Prämisse der Demokratie interpretiert wird, zeigt, dass aus Sicht der NPD ersteres nicht ohne letzteres gedacht werden kann. Positive Freiheit ist aus Sicht der NPD aber nur unter der Voraussetzung möglich, dass der deutsche Staat von der „Fremdbestimmung“ durch die ehemaligen Besatzungsmächte „befreit“ wird, die laut NPD nach wie vor die Politik der Bundesregierung lenken.¹²³ Die Topoi „freiheitliche“ und „Nationaldemokratie“ weisen daher Überschneidungen auf.

Andererseits wurde bereits hervorgehoben, dass die NPD das politische System der Bundesrepublik gerade aufgrund vermeintlicher Einschränkungen garantierter Grundrechte kritisiert. In den meisten DS-Texten wird daher kein völkisch-kollektivistischer Freiheitsbegriff verwendet, der den faschistischen Charakter der NPD offenbart: Stattdessen betont man regelmäßig, dass ein „Idealbild echter und garan-

¹²⁰Einer u.a. auf Experteninterviews basierenden Studie von Robert Ackermann zufolge beträgt der von NPD-Funktionären geschätzte Anteil nationalsozialistischer Strömungen in der Partei 50-70 Prozent, während sich der „nationalliberale“ Flügel mit einem Anteil von etwa 5-20 Prozent in einer Minderheitenposition befindet. Vgl. Robert Ackermann, Warum die NPD keinen Erfolg haben kann. Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen 2012, S. 125.

¹²¹Paula Hase, Wir suchen einen Spunk!, in: Deutsche Stimme, Nr. 3/März 2011, S. 23.

¹²²Waldemar Maier, Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/Februar 2001, 12f.

¹²³Björn-Christopher Balbin, Freiheit, die sie meinen ..., in: Deutsche Stimme, Nr. 5/Mai 2012, S. 22.

tierter Meinungsfreiheit“ Grundlage eines demokratischen Staates sei.¹²⁴ Seit der Strategiedebatte wird der Freiheits- in Verbindung mit dem Demokratiebegriff sehr offensiv verwendet. In einem von der nach der Bundestagswahl 2009 eingerichteten Strategiekommission vorgelegten Thesenpapier heißt es etwa, die NPD müsse „mehr und mehr den Freiheitsbegriff für sich besetzen“, sich gar „zu einer Freiheitspartei entwickeln“, wobei sich dies ebenfalls primär auf „Freiheit in der Meinungsäußerung“¹²⁵ bezieht. Als Begründung für den Wert der Meinungsfreiheit führt Arne Schimmer ein pragmatisch-anti-essentialistisches Argument an, indem er ausführt, dass in einer Demokratie „keine Wahrheit (...) staatlich vertreten, begünstigt oder gefördert werden dürfte, und dementsprechend auch keine Unwahrheit. In einer Demokratie gibt es das nicht.“¹²⁶ Dieses Postulat steht allerdings im Widerspruch zum holistischen Anspruch des Volksgemeinschaft-Ideals, welches u.a. auf der essentialistischen Prämisse beruht, dass die Freiheit des Individuums der der (Abstammungs-) Gemeinschaft stets nachgeordnet sein sollte. Daher verwundert es auch, wenn einzelne NPD-Funktionäre die Auffassung vertreten, dass „ein freies Waffenrecht immer Ausdruck für einen wirklich freiheitlichen und demokratischen Staat“¹²⁷. Hier deuten sich Widersprüche zwischen dem tendenziell libertären Ideal der „freiheitlichen Demokratie“ und dem von der NPD propagierten starken Staat an.

6. „Plebiszitäre Präsidialdemokratie“: Laut Udo Voigt ist es der Anspruch der NPD, „die Fehler dieser repräsentativen Demokratie (zu) beseitigen, um so unter anderem der sich ausbreitenden Politikverdrossenheit zu begegnen. So wollen wir z.B. mehr direkte Demokratie durch Volksbefragungen und Volksentscheide, ferner die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk verfassungsmäßig einführen. Solche Forderungen müssen allesamt in einem demokratischen Staat möglich sein, und wir sind gespannt auf die 'Anklagebeweise' der

¹²⁴Ronny Zasowk, Wer ist „Nazi“?, in: Deutsche Stimme, Nr. 11/November 2010, S. 4.

¹²⁵Voigt, Wie bringen wir die NPD nach vorn? (Anm. 87).

¹²⁶Arne Schimmer, Verfassungsbruch in Permanenz, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2007, S. 8.

¹²⁷Arndt Hermann, Die überschätzte Bedrohung, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/Juni 2009, S. 10.

selbsternannten 'Demokratiewächter' gegen uns Nationaldemokraten.“¹²⁸ Aus dieser Sequenz lassen sich zwei Funktionen des Bekenntnisses der NPD zur „direkten Demokratie“ herausfiltern: Einerseits deutet Voigt mit diesem vage umrissenen Begriff eine Alternative zum Parlamentarismus an, um den revolutionären Anspruch der NPD zu bekräftigen. Umgekehrt soll aber zugleich der Vorwurf der Verfassungsfeindschaft durch eine deduktive Argumentationsstruktur *entkräftet* werden, die nach einem einfachen Muster funktioniert: Die Forderung nach einer Ausweitung der Beteiligungsrechte ist nicht nur legitim, sondern angesichts der beklagten „Politikverdrossenheit“ demokratisch geboten. – Die NPD fordert „mehr direkte Demokratie.“ – Folglich ist die NPD eine „demokratische“ Partei.

Das Bekenntnis zur „direkten Demokratie“ bezieht sich allerdings nur auf die Nutzung plebiszitärer Instrumente. Während partizipative Demokratiekonzepte darauf insistieren, die nicht-elektoralen Einflusskanäle der Öffentlichkeit gegenüber der Autorität des Staates zu stärken, ist „mehr Demokratie“ für die NPD nur dann legitim, wenn sich die Beteiligung der Bürger in von der Regierung vordefinierten Kanälen vollzieht. Eine Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens zwischen den beiden Polen „Volk“ und „Staat“, wie sie beteiligungszentrierte Demokratietheorien anregen, ist im Programm der NPD nicht vorgesehen, da die Vorstellung einer vom Staat autonomen gesellschaftlichen Sphäre dem Identitätspostulat widerspricht. So gesehen, weist die Programmatik der NPD selbst dort, wo von einer Ausweitung der „direkten Demokratie“ die Rede ist, keineswegs „demokratische Maximalforderungen“ (Bergsdorf), sondern eher ein minimalistisches Demokratieverständnis auf.

Nach Meinung der NPD wäre neben der Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene auch „die Direktwahl des Bundespräsidenten ... ein Schritt zu mehr direkter Demokratie“.¹²⁹ Einige NPD-Politiker, wie das Bundesvorstandsmitglied Peter Marx, übertragen diese Forderung sogar auf die Landesebene: „Auch sollte der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt werden, weil Demokratie

¹²⁸Udo Voigt, Argumente mit Verfallsdatum, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/Februar 2010, S. 10.

¹²⁹Lutz Dessau, Ja zur Direktwahl des Präsidenten!, in: Deutsche Stimme, Nr. 5/Mai 2012, S. 12.

Volksherrschaft bedeutet.“¹³⁰ Damit wäre ein wesentliches Merkmal parlamentarischer Demokratie, die Abhängigkeit des Regierungschefs vom Parlament, selbst in den Bundesländern aufgelöst. Oft wird die Forderung rechtsextremistischer Kreise nach einer Direktwahl der Exekutive als Ausdruck ihrer Präferenz für einen "plebiszitären Cäsarismus", ihrer "Sehnsucht nach der Führergestalt oder Führerschaft in einer formalen Demokratie" interpretiert.¹³¹ Die Forderung lässt sich jedoch erst dann als autoritaristisch werten, wenn gleichzeitig für eine deutliche Ausweitung des dem Präsidenten zugeordneten Kompetenzbereichs und eine unparteiische, das "Volksganze" repräsentierende Amtsausübung plädiert wird. In der Tat finden sich derartige Begründungen innerhalb der NPD. So schreibt Jürgen Gansel, mit der Direktwahl würde sich endlich „Volkes Sehnsucht nach einer kraftvollen Persönlichkeit jenseits von Partei- und Lobbyinteressen“ erfüllen, die allein dem „Gemeinwohl“ verpflichtet sei. Er hebt aber gleichzeitig hervor, dass daraus „eine Volksherrschaft mit der dafür konstitutiven Willensbildung von unten nach oben“ erwachsen werde.¹³² Gansel versucht demnach, die Direktwahl als Realisierung eines basisdemokratischen bottom-up-Prinzips darzustellen und mit dem Ideal einer Führerdemokratie zu versöhnen. Die Forderung nach einer Direktwahl des Präsidenten korrespondiert also mit der antipluralistischen Vision von einem organisch-identitären „Volksstaat“, die das Prinzip der prozeduralen Interessenrepräsentation durch eine symbolische Repräsentation des Volkswillens in der Person des Präsidenten ersetzt und von der Vorstellung eines a-priori-Gemeinwohls ausgeht.

7. „Solidarische Demokratie“: Die Forderung nach einer „solidarischen Wirtschaftsordnung“¹³³ erfüllt innerhalb der NPD-Programmatik insofern eine wichtige Funktion, als sie die Leitvision von der Volksgemeinschaft mit einem sozial- und wirtschaftspolitischen Narrativ verbindet. „Soziale Grundrechte“ wie etwa „die garantierten Rechte auf Arbeit, Wohnung, Müttergehalt und kostenfreie Kinderer-

¹³⁰Peter Marx, zitiert nach: Matthias Beier, „Das tut denen weh!“, in: Deutsche Stimme, Nr. 9/September 2009, S. 16.

¹³¹Schwagerl, Rechtsextremes Denken (Anm. 63), S. 171.

¹³²Jürgen Gansel, Ein Vertreter des volksfernen Parteiensystems, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2010, S. 6.

¹³³NPD-Bundesvorstand, Arbeit. Familie. Vaterland. (Anm. 107), S. 7.

ziehung“ werden als „grundlegend für eine solidarische Demokratie und unverzichtbare Bedingung jeder auf völkischem Zusammenhalt aufgebauten Volksgemeinschaft“ bewertet: Ihre Aufnahme in die Verfassung sei eine notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung von „Freiheits- und Mitwirkungsrechten“ für alle Bürger.¹³⁴ Diese Kontextualisierung von „Demokratie“ mit dem Wort „Solidarität“ knüpft an die sozialistische Tradition an. Allerdings wird der Begriff der Solidarität hier auf ein „völkisches“ Verständnis reduziert: Die geforderten sozialen Grundrechte sollen demnach nur für das ethnisch homogene „Staatsvolk“ gelten.

In einer „zukünftigen zinsbefreiten wahren Demokratie“¹³⁵ soll im Sinne der NPD-Ideologie der Handel mit Devisen strenger reguliert werden: „Hätten wir hierzulande eine wirkliche Volksherrschaft, dann würde der Volksstaat ein strenges Kontrollregiment über die Geldhäuser führen“.¹³⁶ „Demokratisierung“ bedeutet demnach für die NPD, den Einfluss von Finanzwirtschaft und Großkonzernen zurückzudrängen. Der Demokratiebegriff der NPD trägt also – wie der „klassische“ Faschismus – eindeutig kapitalismuskritische Züge.¹³⁷

8. „Identifikation mit anderen politischen Systemen“: Die relativ vagen Positivdefinitionen von „wahrer Demokratie“ ergänzen DS-Autoren häufig durch Identifikationen des Demokratieprinzips mit den Regierungssystemen bestehender und untergegangener Staaten. In jüngerer Zeit wird vor allem der Ruf nach einer „vollwertige(n) Demokratie nach Schweizer Vorbild“ laut.¹³⁸ Insbesondere seit der erfolgreichen Volksinitiative zum Bauverbot von Minaretten im Jahr 2009 gilt die Schweiz in der DS als eine „Volksdemokratie“,¹³⁹ in der das Volk „urdemokratisch und gegen das Parteien- und Mediengetöse

¹³⁴Balbin, Wuchermieten (Anm. 117).

¹³⁵Rainer Bischoff, Die freiwirtschaftliche Bodenreform, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2008, S. 24.

¹³⁶Jürgen Gansel, Erzkapitalisten trommeln für Multikulti, in: Deutsche Stimme, Nr. 5/Mai 2008, S. 4.

¹³⁷Dazu umfassend Hendrik Puls, Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD. Münster 2012.

¹³⁸Anke Petersen, Es knirscht im Gebälk, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/Februar 2013, S. 22.

¹³⁹Alfred Denzel, Adenauers doppelter Verrat, in: Deutsche Stimme, Nr. 2/Februar 2013, S. 22.

... einfach durch sein Votum gegen den Herrschaftsanspruch einer fremden Kultur“¹⁴⁰ vorgehe.

Allerdings lassen sich in der NPD darüber hinaus Versuche erkennen, autoritär regierte Staaten zu Demokratien umzudeuten. Dies gilt z.B. für den Iran während der Präsidentschaft Mahmud Ahmadinedschads. Dem Vorsitzenden der NPD in Nordrhein-Westfalen, Claus Cremer, zufolge hat „der Iran der Bundesrepublik in Sachen Demokratie einiges voraus, da z.B. das iranische Volk seinen Präsidenten selbst wählen darf.“¹⁴¹ Hier offenbart sich erneut der minimalistische Charakter des Demokratie-Ideals der NPD: Relevant für die Bewertung eines Regimes als demokratisch sind lediglich die plebiszitäre Akklamation der Regierung und deren Widerstand gegen die „imperialistischen“ USA, unabhängig von der Frage, ob fundamentale Freiheits- und Partizipationsrechte verwehrt werden.

Ein wiederkehrendes Motiv ist die Umdeutung des NS-Staates zu einer Demokratie. So schreibt Jürgen Rieger: „Wie im Dritten Reich müssen Volksabstimmungen bundesweit zugelassen werden. Solidarismus will nicht weniger, sondern richtige und wahre Demokratie.“¹⁴² Auch eine faschistische Diktatur kann demnach als „demokratisch“ gelten, sofern nur die Regierung bestimmte *policies* plebiszitär akklamieren lässt. Ähnlich wird in einem Bericht über eine Tagung zu „Strategien gegen Oligarchiebildung“ die NSDAP dafür gelobt, dass sie „ihre eigene Prägung eines ‚Volksstaates mit einer Führerdemokratie‘“¹⁴³ entwickelt habe. Auffällig ist, dass derartig offene NS-nostalgischen Positionen während des Verbotsverfahrens 2002/2003 gehäuft in der DS publiziert wurden. In der „Ära Apfel“ fanden sich in dieser Zeitschrift jedoch keine Stellungnahmen, die auf eine Umdeutung von „Demokratie“ im Sinne des NS-Staates zielen.

¹⁴⁰Thomas Voß, „Projekt 18%“ und ein Bürgervotum, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2010, S. 28.

¹⁴¹Claus Cremer, Iran – wieder im Visier, in: Deutsche Stimme, Nr. 8/August 2009, S. 8.

¹⁴²Rieger, Solidarismus (Anm. 94).

¹⁴³Katharina Heidemann, Parteipolitik und Elitenbildung – ein Widerspruch?, in: Deutsche Stimme, Nr. 1/Januar 2003, S. 12.

6. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Demokratiebegriff der NPD typisch faschistische Merkmale aufweist. „Demokratie“ wird nicht nur von ihrem prozeduralen Verständnis gelöst und stattdessen organisch-identitär – im Sinne einer „Übereinstimmung von Regierten und Regierenden“¹⁴⁴ – interpretiert, sondern zum Teil auch aristokratisch und völkisch-biologistisch umgedeutet, was für rechtspopulistische Propaganda ebenso untypisch ist wie die von dem Idealbild einer homogenen Volksgemeinschaft ausgehende Zurückweisung des parlamentarischen Systems, die mit Referenzen auf Autoren der Konservativen Revolution vollzogen wird. Die in der Zwischenkriegszeit sowohl in der nationalsozialistischen Propaganda als auch in Denksirkeln des „Neuen Nationalismus“ dominierenden Interpretationen des Demokratiebegriffs – die völkische Deutung im Sinne einer „germanischen Demokratie“ und die Kontrastierung des Parlamentarismus als „Herrschaft der Minderwertigen“ mit einer plebiszitär legitimierten „Führerdemokratie“ – finden sich auch in dem (v.a. von geisteswissenschaftlich gebildeten Parteiintellektuellen wie Jürgen Gansel, Karl Richter und ehemals Andreas Molau geführten) Demokratie-Diskurs der NPD wieder.

Die erste Hypothese, derzufolge sich die NPD bei der Abwertung und Umdeutung von „Demokratie“ teilweise faschistischer Ideologeme bedient, kann somit bestätigt werden. Es ist demnach schon deshalb nicht angemessen, der NPD eine „radikaldemokratische“ Programmatik zu attestieren, weil Teile der Partei das Demokratieprinzip entweder in toto ablehnen oder von seinem Gleichheitspostulat trennen.

Die zweite Hypothese konnte nur teilweise bestätigt werden: Gegenüber der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts lassen sich geringfügige Veränderungen im Demokratie-Diskurs konstatieren, die sich sowohl auf personelle Veränderungen als auch auf taktische Erwägungen zurückführen lassen. Während sich im Zuge des Verbotsverfahrens besonders radikale Positionen in der DS fanden, obwohl in dieser Situation aus taktischer Sicht Mäßigung angebracht gewesen wäre, sind seit der Strategiedebatte 2008-11 z.B. keine Texte erschienen, in denen

¹⁴⁴Jürgen Gansel, Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation, in: Deutsche Stimme, Nr. 6/Juni 2005, S. 17.

„wahre Demokratie“ mit dem NS-Regime oder einer „germanischen Demokratie“ gleichgesetzt wird. Zudem hat die Zahl der Texte, in denen die Autoren die Idee der Demokratie abwerten oder antiparlamentarisch, antiliberal und völkisch umdeuten, insbesondere seit der Abwahl Udo Voigts als Parteivorsitzendem abgenommen. Auch fällt die Parlamentarismuskritik weniger fundamentalistisch aus als zu Beginn der 2000er Jahre: Zum Teil präsentiert sich die Partei sogar als Verteidigerin der parlamentarischen Demokratie gegen deren vermeintliche Erosion im Zuge supranationaler Kooperation und der Dispersion des Politischen infolge der Institutionalisierung zivilgesellschaftlichen Protests. In der DS werden Bekenntnisse zum Grundgesetz beschworen, obwohl die NPD nach wie vor Verfassungsänderungen fordert, die auf eine Transformation der parlamentarischen zu einer präsidentiellen Demokratie in einem autoritären Nationalstaat hinauslaufen. Es ist offensichtlich, dass die Verdichtung des Demokratie-Diskurses auf den populistischen Topos „Die Eliten richten sich gegen die von der NPD verteidigte FDGO“ strategisch, d.h. durch die Anpassung der Prioritäten an aktuelle politische Umstände, wie etwa das laufende zweite Verbotsverfahren, motiviert, also nicht ideologisch fundiert ist. Eine grundsätzliche Abkehr von der nationalrevolutionären Anti-BRD-Haltung, wie sie von Voigt favorisiert wurde, war unter dem Vorsitz von Apfel nicht erkennbar.

Die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD

Ein Beitrag zur Erörterung ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus¹

Gideon Botsch/Christoph Kopke

Einleitung und Fragestellung

Im Dezember 2013 beantragte der Bundesrat² beim Bundesverfassungsgericht, entsprechend Artikel 21 GG die Verfassungswidrigkeit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), der älteste Partei im rechtsextremen Spektrum³ der Bundesrepublik⁴

¹ Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um eine durchgehend überarbeitete und aktualisierte Fassung unseres Aufsatzes: „National solidarity – no to globalization“: the economic and sociopolitical platform of the National Democratic Party of Germany (NPD), in: Sabine v. Mering/Timothy Wyman McCarty (Hrsg.), Right-Wing Radicalism Today. Perspectives from Europe and the US, London/New York 2013, 37-59.

² Bundestag und Bundesregierung konnten sich nicht dazu entschließen, die Länder durch eigene Anträge bei ihrem Vorhaben zu unterstützen. Möglicherweise nehmen die im föderalen System für die allgemeine Sicherheit und Ordnung zuständigen Bundesländer die realen Bedrohungspotenziale, die von der NPD und ihrem Milieu ausgehen, schärfer wahr, als dies auf Bundesebene möglich ist.

³ Vgl. zur Terminologie u. a. Gideon Botsch/Christoph Kopke, Die NPD und ihr Milieu. Studien und Berichte, Ulm/Münster 2009, S. 24ff.; Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 1ff.

⁴ Vgl. u. a. Horst W. Schmollinger, Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1986, Bd. 4: NDP-WAV, S. 1922-1994; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, Bd. 1, S. 280-355; Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt 1999; Oliver Gnad, NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: ders. et al., Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990, Düsseldorf 2005, S. 591-702; Marc Brandstetter, Die NPD im 21.

festzustellen. Der Antrag begründet sich im inhaltlichen Teil u. a. mit dem Hinweis auf eine Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus. In der Verbotspraxis der Bundesrepublik ist dieser Tatbestand bei rechtsextremen Vereinen und Parteien – wie der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und der „Nationalen Liste“ (NL)⁵ –, in der Regel festgestellt worden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das „Instrument des Verbots von Parteien und Organisationen ... – im Gegensatz zum Selbstbild der extremen Rechten – in der Bundesrepublik Deutschland nicht im Sinne einer umfassenden ‚Verfolgung‘ der ‚nationalen Opposition‘ eingesetzt worden“ ist, sondern Verbotsverfügungen gegen solche Organisationen ergingen, die „in Ideologie, Symbolik oder Praxis offen an den historischen Nationalsozialismus anknüpften“⁶. Damit rückt die Programmatik der NPD in den Mittelpunkt des Interesses.

Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten, Marburg 2006; ders., Die NPD unter Udo Voigt. Organisation. Ideologie. Strategie, Baden-Baden 2013; Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007; Gideon Botsch, Parteipolitische Kontinuitäten der „Nationalen Opposition“. Von der Deutschen Reichspartei zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 59 (2011), S. 113-137; Botsch/Kopke, Die NPD (Anm. 3); Robert Ackermann, Warum die NPD keinen Erfolg haben kann. Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen 2012; Stefan Missy, Das politische Profil der „neuen“ NPD: Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung und strategisches Konzept einer „systemfeindlichen“ Partei, Phil. Diss., München 2013, http://edoc.ub.uni-muenchen.de/15445/1/Missy_Stefan.pdf (gelesen am 25. März 2014).

⁵ Während die SRP 1952 auf Grundlage von Art 1 GG durch Beschluss des BVerfG verboten wurde, erkannte dieses 1995 weder der FAP noch der NL den Parteienstatus zu, so dass sie auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 GG bzw. § 3, Abs. 1 VereinsG auf administrativem Weg verboten werden konnten; vgl. Robert van Ooyen, Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in: Martin W. Möllers/Robert van Ooyen, Parteiverbotsverfahren, Frankfurt 2010, S. 121-144, bes. 132ff.

⁶ Gideon Botsch/Christoph Kopke/Fabian Virchow, Verbote extrem rechter Vereinigung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Ralf Melzer/Sebastian Serafin (Hrsg.), Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien

Wir gehen im Folgenden davon aus, dass sich die NPD seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich radikalisiert hat, und zwar sowohl ideologisch als auch praktisch. Deutlichstes Merkmal hierfür ist die schrittweise Nazifizierung der Partei seit dem Fortfall der Unvereinbarkeitsklauseln gegenüber den Neonazi-Organisationen im Jahr 1993. In einem mehrstufigen Prozess hat sich die NPD gegenüber Neonazis zunächst geöffnet und sie dann während der Ära ihres Parteivorsitzenden Udo Voigt (1996-2011) gezielt in ihren Reihen aufgenommen. Heute ist die NPD „auf allen Ebenen von Neonazis durchsetzt“⁷.

Um die aktivistischen Elemente des Neonazismus für sich zu gewinnen, so unsere These, war es u. a. nötig, die „soziale Frage“ auf andere Weise zu artikulieren, als dies zuvor in der NPD geschehen ist. Die im Neonazi-Spektrum wirksamen Vorstellungen von Sozial- und Wirtschaftspolitik changieren zwischen einer an der Kampfzeit der NSDAP orientierten sozialrevolutionären Rhetorik in der Tradition der Brüder Gregor und Otto Straßer und einer Verherrlichung der Sozialordnung des Nationalsozialismus, die als „Solidarismus“ bezeichnet wird und sich auf das Motiv einer vorgeblichen nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ bezieht. Demgegenüber war die Programmatik der NPD seit ihrer Gründung eher traditionellen, mittelständischen Vorstellungen einer gegliederten Sozialordnung verhaftet, die im Neonazi-Spektrum als reaktionär galten. Wenn Voigt also zu Beginn seiner Amtszeit „die soziale Frage zum ‚Dreh- und Angelpunkt zukünftiger politischer Entwicklungen‘“⁸ erklärte, so dürfte er damit nicht nur auf neue Wähler aus dem Spektrum der „Modernisierungsverlierer“ (Ulrich Beck) gehofft haben. Es kann darüber hinaus angenommen werden, dass die Neuformulierung einer „sozialen Frage“ zugleich als Vehikel diene, um das kämpferische Milieu des Neonazismus an die Partei heranzuführen.

und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin 2013, S. 273-295, hier S. 276.

⁷ Botsch, Parteipolitische Kontinuitäten (Anm. 4), S. 134.

⁸ So das Bundesamt für Verfassungsschutz: Ein Jahrzehnt rechtsextremistischer Politik. Strukturdaten – Ideologie – Agitation – Perspektiven 1990-2001, S. 5, <http://www.extremismus.com/vs/rex9.htm>, (gelesen am 18. April 2008), S. 9.

Zwar beschäftigten sich Forschung und Publizistik seit Beginn der NPD-Wahlerfolge in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern intensiv mit der vermeintlichen „Entdeckung der sozialen Frage von rechts“.⁹ Sie haben dabei aber weithin eine Strategie der Anbiederung an neue Wählerschichten vorausgesetzt und die programmatische Neuorientierung noch nicht hinreichend in Bezug zur Radikalisierung der NPD gesehen. So meint denn auch der Politikwissenschaftler Marc Brandstetter, das geltende Parteiprogramm¹⁰ – welches 2010 an die Stelle des 1996, zu Beginn der Amtszeit von Voigt, verabschiedeten Programmes trat – falle zwar „etwas umfangreicher als sein

⁹ Vgl. u. a.: Thomas Grumke/Andreas Klärner, Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin 2006; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Neue Entwicklungen des Rechtsextremismus. Internationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage, Berlin 2006; Christina Kaindl, Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin 2006, S. 60-75; Gideon Botsch/Christoph Kopke, „Raumorientierte Volkswirtschaft“ und „Nationale Solidarität“. Zur wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik und Propaganda der NPD und ihres neo-nationalsozialistischen Umfeld, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Heft 31/32, 2008, S. 50-71; dies., Die NPD, S. 88ff. (Anm. 3); Fabian Virchow, Volkstatt Klassenbewegung. Weltanschauung und Praxeologie der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 am Beispiel der ‚sozialen Frage‘, in: Jürgen Hofmann/Michael Schneider (Hrsg.): ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus, Wien 2007, S. 165-185; ders., Von der „antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes“. Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der „kleinen Leute“, in: UTOPIE kreativ, Heft 198/2007, S. 352-360; Richard Gebhardt/Dominik Clemens (Hrsg.), Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis, Köln 2009; Thomas Grumke, „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 148-162; Alexandra Hofmann/Marius Hummitzsch/Sebastian Rachor, Die Globalisierungskritik der NPD oder das Spiel mit den Ängsten, in: Alexandra Kurth (Hrsg.), Die NPD. Fakten – Hintergründe – Kritik, Gießen 2011, S. 47-59.

¹⁰ Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5. 6. 2010 in Bamberg, 1. Auflage, Berlin 2010.

Vorgänger“ aus, behalte aber die „ideologischen Grundpositionen“¹¹ bei. Diese Aussage trifft in ihrer Allgemeinheit zwar zu, nivelliert aber in den Details die Anstrengungen bei der Programmentwicklung, welche sich namentlich in den 2000ern als ein „lebhaft beackertes Feld“¹² erwies. Demgegenüber hält der Politikwissenschaftler Stefan Missy fest, die NPD habe „die agitatorischen Schwerpunkte auf die aktuellere Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verlagert. Hiermit sei ein „Schwenk von der deutschnational-nationalkonservativen zur völkisch-nationalsozialistischen Stoßrichtung“ verbunden gewesen, der neben einer „zunehmenden Geschlossenheit und Konsequenz der Gesinnungen und der immanenten Aggressivität der Ausdrucksformen ... im Rückblick zweifellos zu den zentralen Aspekten in der ideologischen Radikalisierung“¹³ der NPD zähle.

Auch im Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik blieb das Programm von 1996 in weiten Teilen der deutschnational-nationalkonservativen, d. h. traditionell mittelständisch-protektionistischen, aber zugleich auch sozialdarwinistischen Agenda verpflichtet, wie sie sich bereits in den ältesten programmatischen Dokumenten der NPD finden lässt.¹⁴ Die sozialen Sicherungssysteme waren dabei, trotz einem grundsätzlichen Bekenntnis zur deutschen Tradition der Sozialstaatlichkeit, relativ schwach verankert.¹⁵ Das Parteiprogramm polemisierte gegen das „Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates“ und sah die Aufgabe der Sozialpolitik lediglich darin, „den einzelnen in allen Wechselfällen des menschlichen Lebens vor unverschuldeter Not zu bewahren“.¹⁶ Ein darauf aufbauendes Flugblatt, das als „Wahlprogramm“ zur Bundestagswahl 1998 verbreitet wurde, akzentuierte die zentrale sozialpolitische Forderung der NPD sehr deutlich durch die Parole

¹¹Brandstetter, Die NPD unter Voigt (Anm. 4), S. 270.

¹²Botsch, Die extreme Rechte (Anm. 3), S. 126.

¹³Missy, Das politische Profil (Anm. 4), S. 355.

¹⁴Vgl. u. a. Hans Maier/Hermann Bott, Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“, München 1968; Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei, Frankfurt a. M. 1969, S. 75ff.; Hoffmann, Die NPD (Anm. 4), S. 274ff.

¹⁵Vgl. Botsch/Kopke, „Raumorientierte Volkswirtschaft“ (Anm. 9),

¹⁶Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Dezember 1996, 10. Aufl. 2004 (im Folgenden: NPD-Parteiprogramm 1996), o. S., Pkt. 7.

„Sozialpolitik nur für das eigene Volk“.¹⁷ Während einer geraumen Zeit, in der sich die NPD als soziale Kraft zu profilieren versuchte, blieb also ein höchst unsoziales Parteiprogramm in Geltung.¹⁸

Im unmittelbaren Bündnis der NPD mit dem Spektrum der Neonazi-Kameradschaften wurde zunehmend ein anderer Modus gewählt, der eine stärkere Annäherung an verschiedene Facetten der Thematisierung von Sozial- und Wirtschaftspolitik im historischen Nationalsozialismus ermöglichte. Will man – auch vor dem Hintergrund des Verbotsverfahrens – die Wandlungen innerhalb der NPD begreifen, die aus ihr eine weithin neo-nationalsozialistische Partei gemacht haben, so bedarf es einer eingehenden Analyse ihrer ideologischen Vorstellungen gerade auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Diese werden, unter Berücksichtigung der wichtigsten programmatischen Dokumente der „Ära Voigt“, im Folgenden herausgearbeitet und auf ihre geistesgeschichtlichen Quellen und Bezüge hin untersucht. Dabei ist insbesondere zu fragen, ob und inwieweit der programmatische Wandel auf diesem Feld auch Ausdruck einer Radikalisierung ist bzw. Hinweise auf eine „Wesensverwandtschaft“ mit dem Nationalsozialismus erkennbar werden.

2. „Volksgemeinschaft“ als Gegenentwurf zur Globalisierung

Schon im Parteiprogramm von 1996 wandte sich die NPD gegen die so genannte „Globalisierung“. Dieses Schlagwort rückte dann ab 2001 zunehmend in den Fokus ihrer Propaganda. So richtete etwa die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) eine Internetseite „gegen-globalisierung“ ein.¹⁹

Im Januar 2002 erstellte Voigt für den Parteivorstand der NPD ein politisches Strategiepapier, in dem er die sozialpolitische Stoßrichtung seiner Partei präziserte. Zum Schwerpunktthema dieses Jahres, in

¹⁷NPD – Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998 (Flugzettel).

¹⁸Vgl. Dominik Clemens, Die NPD: Eine „neue“ Arbeiterpartei von rechts?, in: Gebhardt/Clemens (Hrsg.), Volksgemeinschaft (Anm. 9), S. 41-65, hier S. 48ff.

¹⁹Vgl. Anton Maegerle, Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten, Braunschweig 2004, S. 68ff.

dem u. a. eine Bundestagswahl anstand, erklärte er den Komplex „Globalismus/Globalisierung“. Globalismus, so definierte Voigt, sei ein bestimmter Aspekt des „Wirtschaftsimperialismus“, sein „Kennzeichen“ das „Zurückdrängen staatlicher Entscheidungskompetenzen zugunsten der Herrschaft des Kapitals“, seine „Methode“ der „Abbau staatlicher Kontrollmechanismen über heimische Märkte, euphemistisch als ‚Freihandel‘ bezeichnet“. Globalisierung sei die Bezeichnung für den Prozess des Globalismus, seine Folgen u. a. „Armut, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Naturzerstörung“.²⁰

Voigt machte deutlich, dass die Wahl dieses politischen Schwerpunktes für 2002 vor allem aus strategischen Gründen erfolgte. Ausgehend von der Annahme, nur mit „authentisch nationaldemokratischen Themen“ könne es gelingen, eine Stammwählerschaft aufzubauen, hatte er das „Wählerpotential der PDS“ in Mitteldeutschland – also den Ländern auf dem Territorium der früheren DDR – zu einer interessanten Zielgruppe erklärt: „Die Wählerschaft der PDS setzt sich vornehmlich aus solchen Personen zusammen, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der BRD unzufrieden sind. Umfragen haben ergeben, daß von dieser Gruppe in erster Linie die Überfremdungserscheinungen, die wachsende Kriminalität, der Verfall gemeinschaftlicher Werte, wachsende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau abgelehnt werden. Diese Themenzusammenstellung zeigt, daß sie eigentlich ... zur Wahl nationaler Parteien tendieren müßte ... Unsere Bestrebungen sollten darauf abzielen, dieses Potential der NPD zuzuführen“.

Das Thema Globalisierung erfüllte für Voigt alle Anforderungen an ein politisches Schwerpunktthema: Authentizität, Exklusivität, Nachhaltigkeit, einen Neuigkeitswert und eine persönliche Betroffenheit bei der Zielgruppe: „Da Globalisierung eng mit der Auflösung nationaler Souveränität verknüpft ist, kann glaubhaft gemacht werden, daß der Einsatz der NPD gegen Globalisierung, für den Erhalt nationaler Selbstbestimmung und raumorientierte Volkswirtschaft ernst gemeint ist“. Andere Themenfelder, wie innere Sicherheit, „Überfremdung“ oder „vergangenheitsorientierte Themen“, hätten demgegenüber deutliche Nachteile. Dies gelte aber auch für das The-

²⁰Vgl. NPD-Parteivorstand, Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. Positionspapier des Parteivorstandes, Berlin 2002, o. S. – die folgenden Zitate, soweit nicht anders angegeben, ebd.

ma „soziale Gerechtigkeit“, da es hier, „außer bei speziellen Themen wie Kindergeld oder Ausgliederung von Ausländern aus der Sozialversicherung, schwerfallen (dürfte) Authentizität, geschweige denn Exklusivität herzustellen. Die Explosivität des Themas ist jedoch auch in eine Globalisierungskampagne einbringbar“.

Voigt zeigte eine Reihe von möglichen Akzentuierungen auf, die es erlauben sollten, die Anti-Globalisierungsrhetorik mit der völkisch-radikalnationalistischen Weltanschauung der NPD in Einklang zu bringen. Neben Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Naturzerstörung wollte er dabei auch Souveränitätsfragen, Bürgerrechte und „Antiimperialismus“ thematisiert wissen. Damit ließ sich, zumindest konzeptionell, eine weitaus breitere Klientel ansprechen, als nur die von Arbeitslosigkeit und Statusverlust betroffenen „Modernisierungsverlierer“.

Eine weitere mögliche Akzentuierung, die durch Globalisierung vorgeblich vorangetriebene „Gemeinschaftszerstörung“, leitete unmittelbar zu einem zweiten Themenfeld über, das Voigt als geeignet für das Wahlkampfjahr betrachtete: die „Volksgemeinschaft“. Nur die NPD, so Voigt, beziehe sich positiv auf diese Ordnung, die er als „Gegenentwurf zur Vereinzelung des Individuums in einer multikulturellen Konsumgesellschaft“ bezeichnete. Politisch sei Volksgemeinschaft aber nur umsetzbar, wenn „im Mittelpunkt der Politik das Volkswohl und nicht das Kapitalwohl“ stehe. Insofern sollte auch innerhalb dieses Gebietes „Familien- und Sozialpolitik verstärkt angesprochen werden“. Allerdings musste Voigt damals noch konstatieren: „Momentan besitzt die NPD auf dem Sektor Familienpolitik keinerlei Kompetenz. Auch die Verbindung der NPD mit dem Gemeinschaftsgedanken ist nur äußerst gering“.

Inhaltlich deckten sich die Ausführungen Voigts mit dem ungefähr zeitgleich entstandenen „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“²¹. Das fast 80seitige Dokument akzentuierte sehr viel ausführlicher als bisher den Anspruch der NPD, im Rahmen ihres Kampfes für die deutsche „Volksgemeinschaft“ eine soziale Kraft darzustellen. Schon das Titelbild, das ein niedliches blondes Mädchen auf einer

²¹NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland, Berlin o. J. (2002),

grünen Wiese zeigt, sollte die von Voigt angemahnte Kompetenz in Familienpolitik und Gemeinschaftsbewusstsein zum Ausdruck bringen. Im ersten Abschnitt über „Gesellschaftspolitik“ wird proklamiert: „Wer den Sozialstaat will, muß sich zur Volksgemeinschaft bekennen!“²² Im Abschnitt über Sozial- und Wirtschaftspolitik forderte die NPD, neben ihren altbekannten Attacken gegen Ausländer („Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“), u. a. die „Herstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit“ durch Einführung einer Reihe von Sonderabgaben, die Entflechtung der multinationalen Konzerne, Kontrolle der Kapitalflüsse, eine Qualifikationsoffensive, eine soziale Steuerreform, zugleich aber auch eine „Belebung der nationalen Konkurrenz“ durch eine Reihe mittelstandsfreundlicher Maßnahmen, darunter auch die Senkung der Lohnnebenkosten. Darüber hinaus werden sozial- und wirtschaftspolitische Fragen auch in anderen Abschnitten angesprochen, so insbesondere bei der Familien- und Bevölkerungspolitik, aber auch bei der Außen- und der Europapolitik, der Bildungs- und Forschungspolitik sowie dem Naturschutz.

Im Herbst 2003 legte die NPD, in Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im folgenden Jahr, ein Europa-Programm nach.²³ In dem Abschnitt „Raumorientierte Volkswirtschaft statt europaweite Kapitalherrschaft“ warb sie u. a. für eine Rückkehr zur D-Mark als „Herstellung der nationalstaatlichen Währungshoheit“, lehnte die EU-Osterweiterung ab und forderte eine „nationale Agrarpolitik“.

Dieses Set an programmatischen Dokumenten bildete die Grundlage für die sozial- und wirtschaftspolitische Agitation der NPD, die seit etwa 2004 verstärkt öffentlich wahrnehmbar wurde. Sie diente zweifellos auch der Gewinnung neuer Wählergruppen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern; erste Früchte trug sie in Sachsen bei den Europa- sowie den Kommunalwahlen im Juni und der Landtagswahl im September 2004.²⁴

²²Ebd., S. 14.

²³NPD (Hrsg.), Europa-Programm. Europa wählt national. Deutschland wählt: NPD – Die Nationalen, o. O. u. J. (2003).

²⁴Vgl. Henrik Steglich, Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004, Göttingen 2006 (zur Bedeutung sozialpolitischer Themen: S. 35f.); Sebastian Rehse, Die Oppositionsrolle rechtsextremer Pro-

3. „Nationaler Sozialismus“ als chiffriertes Bekenntnis zum Nationalsozialismus

Funktional wirkte die Thematisierung von „Volksgemeinschaft“, „Globalisierung“ und „sozialer Frage“ aber auch auf das rechts-extreme Spektrum selbst ein, indem sie in erheblichem Umfang zur Integration des neo-nationalsozialistischen Kameradschaftsspektrums in die NPD beitrug. Diese Gruppierungen ließen sich allerdings weniger für den Gang zur Wahlurne, den „Kampf um die Parlamente“ mobilisieren, als vielmehr für Protestaktionen im „Kampf um die Straße“.²⁵ Sowohl mit eigenen Aktionen als auch durch die Teilnahme an Demonstrationen breiter, lokaler Bündnisse gegen die sozialpolitische „Agenda 2010“ der damaligen Bundesregierung versuchten NPD und neo-nationalsozialistische Kameradschaften, Präsenz im sozialpolitischen Protestfeld zu beweisen.²⁶ Dabei diente das „Nationale und Soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM) als Transmissionsriemen, ein Zusammenschluss ostdeutscher Kameradschaften mit engen Verbindungen zur NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN).

In der konkreten Umsetzung dieser strategischen Schwerpunktsetzung wurden Parolen und Politikstile aus dem Lager des politischen Gegners aufgegriffen und kopiert – von der Reformulierung antiim-

testparteien. Zwischen Anpassung und Konfrontation in Brandenburg und Sachsen, Baden-Baden 2008; Robert Philippsberg, Die Strategie der NPD. Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden 2009.

²⁵Vgl. zu diesen „Säulen“ der NPD-Strategie zusammenfassend Christoph Schulze, Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun/Geisler/Gerster (Hrsg.): Strategien (Anm. 9), S. 92-108. – Für unsere abweichende Interpretation vgl. Botsch, Parteipolitische Kontinuitäten S. 134f (Anm. 4); ders., Die extreme Rechte als „nationales Lager“. „Versäulung“ im lebensweltlichen Milieu oder Marsch in die Mitte der Gesellschaft?, in: Christoph Kopke (Hrsg.): Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven, Potsdam 2011, S. 57-81.

²⁶Vgl. Grumke/Klärner, Rechtsextremismus (Anm. 9), S. 88-96; Anton Maegerle, Rechte und Rechtsextreme im Hartz IV-Protest, Braunschweig 2006; Fabian Virchow, Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 68-101; Clemens, Die NPD (Anm. 18), S. 54f.

perialistischer Parolen der DDR oder der Linken der Bundesrepublik bis zum Outfit des subkulturellen Polit-Milieus, das an Stilelemente der „Autonomen“ anknüpfte. Solche rein äußerlichen Anleihen haben mit dem Auftreten der „Autonomen Nationalisten“, das etwa im selben Zeitraum einsetzte, eine verstärkte Aufmerksamkeit erfahren, wiewohl sie keineswegs eine neue Entwicklung darstellen. Im Kern lässt sich diese Strömung auf einen „Hyperaktivismus“ reduzieren, bei dem die „kollektive Aktion zum Inhalt“ werde.²⁷

Den „Autonomen Nationalisten“ im engeren Sinne begegnete Voigt zwar mit großer Skepsis²⁸, der Aktivismus des neo-nationalsozialistischen Kameradschaftsspektrums stellt aber eine feste Größe innerhalb seiner politischen Strategie dar. Für die praktische Umsetzung von Anti-Globalisierungskampagnen benannte er bereits 2002 eine Reihe von Aktionsformen, darunter Mahnwachen und Infostände vor Arbeitsämtern.²⁹ Die rechtsextremen Erste-Mai-Demonstrationen sah Voigt als Abschluss und Höhepunkt der geplanten Kampagne. Nachdem bereits die neonazistische „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) Aufmärsche anlässlich des Maifeiertags und in Konkurrenz zu den traditionellen linken und gewerkschaftlichen Veranstaltungen durchgeführt hatte, organisierten JN und Kameradschaften am 1. Mai 1996 erstmals einen gemeinsamen Aufmarsch. Seither versuchen sie zusammen mit der Mutterpartei, jährlich entsprechende Veranstaltungen zentral oder dezentral durchzuführen.³⁰ Bei der Planung und

²⁷Jürgen Peters/Christoph Schulze (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“. Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009, hier S. 13 u. 36; vgl. Michael Klarmann, Nationalsozialismus extrem modern: Die Autonomen Nationalisten, in: Gebhardt/Clemens, Volksgemeinschaft (Anm. 9), S. 90-113; Jan Schedler, Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken. Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum, in: Braun/Geisler/Gerster (Hrsg.), Strategien (Anm. 9), S. 332-357; Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011.

²⁸Vgl. Peters/Schulze (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“ (Anm. 27), S. 43ff.; Thomas Sager, Freund oder Feind? Das widersprüchliche Verhältnis von ‚Autonomen Nationalisten‘, NPD und neonazistischer Kameradschaftssezen, in: Schedler/Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten (Anm. 27), S. 105-120.

²⁹NPD-Parteivorstand: Strategische Leitlinien (Anm. 20), o. S.

³⁰Vgl. Maegerle, Globalisierung (Anm. 19), S. 165.

Organisierung solcher Aktivitäten konnten NPD und Kameradschaften voneinander profitieren: Die Partei stellte eine organisatorische Infrastruktur und garantierte im Zweifelsfalle den legalen Rahmen, die Kameradschaften mobilisierten den aktivistischen Anhang, der eine nennenswerte Teilnehmerzahl überhaupt erst möglich machte.

Voigt wollte derartige Demonstrationen aber nicht mehr als isolierte Einzelaktionen realisieren, sondern nur noch im Rahmen von politischen Kampagnen, wie er in seinem Strategiepapier ausführte.³¹ Auch das Neonazi-Spektrum wünschte eine Erweiterung und Flexibilisierung der Aktionsformen bei gleichzeitiger Bündelung der Einzelaktionen zu übergeordneten Kampagnen. Dies belegt der Neudruck einer Kampfschrift aus dem Jahr 1971, der seit 2004 unter Kameradschafts-, aber auch JN-Aktivisten kursierte. Hier wird gefordert: „Es kommt darauf an, daß an die Stelle von sporadischen Einzelaktionen jetzt eine totale Synchronisation der Mittel gesetzt wird. Die Aktionen müssen in ihrem Zusammenhang aufeinander abgestimmt werden“.³²

2006 ging das Spektrum aus NPD und offenen Neonazis dazu über, die bislang wenig koordinierten Aktivitäten im Feld der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf einen gemeinsamen Rahmen zu beziehen. In Anlehnung an den linken Jargon kreierte man für diese „Antikapitalismus-Kampagne“ das Kurzwort: „Antikap-Kampagne“. Im Jahr 2007 wurden die Aktivitäten in eine eigenständige Mobilisierung zum G8-Gipfel in Heiligendamm überführt, mit eigenem Logo („Gib 8 – Sozial statt global“) und Motto („Es gibt keine gerechte Globalisierung“).³³

Die NPD erwartete von der G-8-Kampagne Wirkungen auf allen relevanten Ebenen: innerhalb der Partei, innerhalb des gesamten „nationalen Widerstands“ und nach außen hin. Nach eigenen Angaben sei es darum gegangen, die „einzelnen Parteigliederungen im Rahmen der überparteilich angelegten Kampagne auf den politischen Schwerpunkt der NPD, nämlich die antikapitalistische Sozial- und Wirt-

³¹Vgl. NPD-Parteivorstand: Strategische Leitlinien (Anm. 20), o. S.

³²Einhart Möller, Strategie & Taktik: Vom NATIONALEN WIDERSTAND zum NATIONALEN ANGRIFF. 1. erw. Neuauflage (Erstausgabe 1971), Heilbronn 2004, S. 24.

³³Vgl. Clemens, Die NPD (Anm. 18), S. 55f.

schaftspolitik, hin zu orientieren“, die „öffentliche Wahrnehmung der Nationalisten als Globalisierungsgegner“ zu verstärken und schließlich um eine „innerparteiliche Bestandsaufnahme bezüglich ... der Kampagnenfähigkeit“³⁴.

Bereits im Vorfeld der „Antikap-Kampagne“ arbeiteten NPD, JN und Kameradschaften spätestens seit Frühjahr 2006 eng zusammen. In Übereinstimmung mit den Kampagnenzielen fasste der damalige JN-Bundesvorstand im Juni 2006 einen Beschluss unter der Überschrift „Nationalismus heißt Kapitalismuskritik“. Dort hieß es, geboten sei nicht bloß eine taktische, sondern eine grundsätzliche „Ablehnung der kapitalistischen Verhältnisse“, welche „die Vielfalt menschlichen Wesens auf das Wirtschaftliche, Nützliche und Triebhafte“ reduzieren würden. Statt zwischen einem „falschen“ oder „richtigen“ Kapitalismus zu unterscheiden, müsse dieser insgesamt „als Marktverhältnis zwischen den Menschen“³⁵ kritisiert werden.

Das konzertierte Vorgehen und die enge Kooperation zwischen Kameradschaften und NPD/JN zeigten sich während der gesamten Anlaufphase der „Antikap-Kampagne“. Einige Abschnitte im neunseitigen Mobilisierungsaufwurf sind annähernd wortgleich mit Passagen aus NPD-Publikationen. Dieser Aufruf fasst Globalisierung verschwörungsmithisch³⁶ als zielgerichtete Aggression gegen die Identität und Stabilität der einzelnen Nationen, traditionelle Werte und Ordnungen: „Mit ihrem Angriff auf das Territorial-Souveränitäts- [sic!] und Lega-

³⁴ „Kampagnenfähigkeit der Partei stärken“. Die DS im Gespräch mit NPD-Bundesorganisationsleiter Jens Pühse, in: Deutsche Stimme Nr. 7 vom Juli 2007.

³⁵ Nationalismus heißt Kapitalismuskritik. Eine notwendige Standortbestimmung. Beschluß des Bundesvorstandes der Jungen Nationaldemokraten am 25.-26. Juni [2006] in Magdeburg, http://www.jn-buvo.de/index.php?option=com_content&task=view&id=21&Itemid=32 (gelesen am 18. April 2006).

³⁶ Unter Verschwörungsmithos verstehen wir mit dem Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber „eine Ideologie ..., die von der Existenz einer angeblichen konspirativen Subversion ausgeht, ohne eine solche Vorstellung empirisch begründen zu können“ (Armin Pfahl-Traughber, Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmithos in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Ein Beitrag zur Bedeutung und Funktion monokausaler und stereotyper „Erklärungsmodelle“ sozialer Wirklichkeit. Phil. Diss., Duisburg 1992 (Ms.), S. 4).

litätsprinzip der Nationalstaaten zerstört die Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer, supranationaler Machtstrukturen. Es handelt sich gleichermaßen um ein politisches Entmündigungs- wie wirtschaftliches Ausbeutungsprogramm für die Völker.“ Demgegenüber sei „das grenzensetzende, volk- und heimatbezogene bodenständige Gegenprinzip des Nationalismus“ die „einzig wirksame sozialistische Waffe“³⁷.

Die Parole „Nationaler Sozialismus jetzt!“ wurde in diesem Zusammenhang zu einer der häufigsten Wendungen auf rechtsextremen Transparenten und in Sprechchören auf Demonstrationen.³⁸ Diese aktuelle Rede vom „nationalen Sozialismus“ knüpft gelegentlich an Vorstellungen von einem „preußischen“ oder „deutschen Sozialismus“ an, die einen autoritären und zugleich „fürsorgenden“ Obrigkeitsstaat mit straffer Wirtschaftslenkung meinen, wie er etwa Oswald Spengler oder Werner Sombart vorschwebte.³⁹ Gregor Straßer, der sich innerhalb der NSDAP zu einem Kritiker Hitlers entwickelt hatte und 1934 während der „Röhm“-Affaire ermordet worden war, hatte dieses Motiv in den 1930er Jahren ebenfalls variiert.⁴⁰ Da es sich hierbei um

³⁷Aufruf zur antikapitalistischen und antiglobalistischen Kampagne „Zukunft statt Globalisierung“, [2006], <http://www.antikap.de/?antikap=aufruf> (gelesen am 18. April 2008), vgl. auch: Virchow, Von der „antikapitalistischen Sehnsucht“ (Anm. 9), S. 356.

³⁸Vgl. Botsch/Kopke, Die NPD (Anm. 3), S. 88ff.

³⁹Vgl. Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus, München 1919; Werner Sombart, Deutscher Sozialismus, Berlin-Charlottenburg 1934. Für die Rezeption durch die NPD vgl. z. B. NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre. Raumorientierte Volkswirtschaft statt „Basar-Ökonomie“. Positionspapier des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik beim NPD-Parteivorstand, Berlin 2006, S. 19 ff.; Angelika Willig, „Frei, sozial und national“. Über die Wiederkehr des Sozialismus, in: Deutsche Stimme, Nr. 3 vom März 2007, auch in: <http://sozial-geht-nur-national.de/index.php?s=berichte&id=9> (gelesen am 18. April 2008).

⁴⁰Vgl. Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke. 1925-1930, Meisenheim/Gl. 1966; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978; Norbert Madloch, Zur Rezeption der Strasser-Ideologie im deutschen Neonazismus, in: Kurt Gossweiler: Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994, S. 128-143; Kurt Heiler, „Linke Leute von rechts“. Anmerkungen zur Karriere eines politischen

die „Kampfphase“ der NS-Bewegung handelt, die innerhalb des Lagers besonders heroisiert und auf den eigenen „nationalen Widerstand“ bezogen wird, finden sich im NPD-Diskurs gelegentlich vereinzelt Straßer-Zitate oder Paraphrasen und Porträts vermeintlich „sozialistischer“ SA-Führer wie Ernst Röhm oder Karl Ernst.⁴¹ Einen zentralen Referenzpunkt, gar als Alternative zu Fehlentwicklungen im Nationalsozialismus an der Macht, bildet der Straßerismus heute im größten Teil des „nationalen Lagers“ nicht mehr. Schon gar nicht stehen die Kameradschaften einerseits, die NPD andererseits heute für einen „linken“ oder „revolutionären“ und einen „rechten“ oder „reaktionären“ Flügel der „nationalen Opposition“.

In der Mehrzahl der Fälle dient der Begriff „nationaler Sozialismus“ vielmehr lediglich als Variante des Wortes „Nationalsozialismus“: Wer sich als „nationaler Sozialist“ bezeichnet, will in der Regel bekennen, dass er sich an der historischen „Hitler-Bewegung“ orientiert, ohne rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Für diese synonyme Verwendung von „Nationalsozialismus“ und „nationaler Sozialismus“ lassen sich zahlreiche Beispiele anführen.⁴²

Kampfbegriffs, in: Gebhardt/Clemens (Hrsg.), Volksgemeinschaft (Anm. 9), S. 17-40.

⁴¹Vgl. AG Zukunft statt Globalisierung-Sachsen: Antikapitalismus ... von „rechts“, Dresden 2006, S. 2; Jürgen Gansel, Der Abschied der Linken von der sozialen Frage. Der Nationalismus wird die Schutzmacht der kleinen Leute, in: DS, Dezember 2006; vgl. Ulli Jentsch/Frank Metzger, Die „Blutzeugen der Bewegung“ im Blick des heutigen Neonazismus, in: Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hrsg.), Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt a. M. 2013, S. 417-432. Für das Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ benennen Alexander Häusler und Michael Sturm (Postmoderne Nazis. Die ‚Autonomen Nationalisten‘ zwischen ‚radical chic‘ und SA-Nostalgie, in: ebd., S. 433-451) keine explizite Bezugnahme auf diesen „sozialrevolutionären“ SA-Flügel – ein weiterer Hinweis „postmoderner Beliebbarkeit“ innerhalb dieser weltanschaulich diffusen Strömung (Regina Wamper/Michael Sturm/Alexander Häusler, Faschistischer Selbstbedienungsladen? Aneignungspraktiken der ‚Autonomen Nationalisten‘ in historischer und diskursanalytischer Perspektive, in: Schedler/Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten (Anm. 27), S. 284-302, hier S. 285).

⁴²Vgl. Kailitz, Steffen, Die nationalsozialistische Ideologie der NPD, in: Backes/Steglich, NPD (Anm. 4), S. 339-353, hier S. 338-339.

4. Vorindustrielle Obrigkeitsstaaten als Vorbild für die Gegenwart?

Es ist einerseits behauptet worden, der NPD lasse sich nicht vorhalten, „dass sie ihre soziale Programmatik nur vertritt, um Wähler anzulocken“⁴³, vielmehr folge sie einer Ideologie, die als „nationalsozialistische Spielart völkischen Denkens zu bezeichnen“ sei.⁴⁴ Andererseits wird angenommen, dass die Partei „den Verbal-Radikalismus mancher neonazistischer ‚Kameradschaften‘, die einen ‚nationalen Sozialismus‘ fordern“⁴⁵, vermeide. Während die NPD das Kameradschaftsspektrum aber als eigenständigen politischen Akteur in weiten Bereichen inzwischen aufgesaugt hat, fiel es ihr leicht, die nationalsozialistischen Parolen dieses Spektrums zu integrieren. Das liegt daran, dass die NPD-Sozial- und Wirtschaftsprogrammatik auf drei Quellen zurückgeführt werden kann, die ihrerseits eng mit der programmatischen Entwicklung des historischen Nationalsozialismus verbunden sind und im bundesdeutschen Neonazi-Spektrum auf breite Akzeptanz rechnen können: den Gedanken eines „nationalen Solidarismus“, die Kampfansage gegen die „Zinsknechtschaft“ und die Forderung nach einer „Raumorientierten Volkswirtschaft“.

Für letztere galt innerhalb der NPD Per Lennart Aae als Fachmann. Auf diesen Berater der sächsischen Landtagsfraktion bezogen sich auch während der „Antikap-Kampagne“ 2006 die Kameradschaften, wenn sie zu Alternativen zum bestehenden System Stellung beziehen wollten. Bereits bei der gemeinsamen Auftakt- und Schulungsveranstaltung im Rahmen der „Antikap-Kampagne“ im thüringischen Lichtenhain-Oberweißbach am 18. März 2006 sprach Aae als einer der Hauptreferenten. Auch als die „Freien Kräfte Südthüringen“ auf ihrer Webseite fragten: „Was ist denn nun überhaupt unsere Alternative?“, überließen sie es Aae, zu antworten.⁴⁶

Eine hauptsächlich von Aae und Arne Schimmer verfasste Ausarbeitung über „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirt-

⁴³Ebd., S. 348.

⁴⁴Ebd., S. 352.

⁴⁵Clemens, Die NPD (Anm. 18), S. 62.

⁴⁶Per Lennart Aae, Was ist denn nun überhaupt unsere Alternative? [2007] <http://www.fkst.de/artikel9.html> (gelesen am 18. April 2008).

schaftslehre“ bemühte sich um die Konkretisierung des Konzepts.⁴⁷ Dabei handelt es sich nicht um die Fortschreibung nationalsozialistischer Raumplanungs-, Autarkie- und Neuordnungskonzepte der 1930er und 1940er Jahre. Diese waren an den Interessen hochgradig konzentrierter Trusts und Monopole orientiert und kontinentalimperialistisch angelegt: Autarkie, wenngleich propagandistisch überhöht, blieb eine Funktion der Rüstungs- und Kriegswirtschaft.⁴⁸ Die „raumorientierte Volkswirtschaft“ lebt dagegen von der Vorstellung kleiner, mittelständisch strukturierter Einheiten: „Damit ist eine Wirtschaftsordnung gemeint, die eine harmonisch ausgewogene und differenzierte Wirtschaft in der engeren und weiteren Heimat der Menschen, d.h. in sozial und kulturell überschaubaren Räumen ermöglicht.“⁴⁹

Mit diesem Konzept knüpft die NPD an rechtsextreme Positionen der Zwischenkriegszeit an. Unter der Überschrift „Deutsche Wege“ erinnern beispielsweise Aae und Schimmer an den Ständestaatstheoretiker Othmar Spann⁵⁰, an Walter Eucken und vor allem an Werner Sombart, der ihnen als der „bedeutendste Volkswirt der ‚Konservativen Revolution‘“⁵¹ gilt. Tatsächlich lassen sich Positionen Sombarts relativ leicht mit denen der gegenwärtigen NPD in Einklang bringen. Auch diese setzt derzeit nicht auf „Wiederankurbelung der

⁴⁷Vgl. NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundlagen (Anm. 39).

⁴⁸Hans-Erich Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette (Hrsg.), Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, Frankfurt/M. 1991, S. 211-437; Horst Kahrs, Von der „Großraumwirtschaft“ zur „Neuen Ordnung“, in: Götz Aly (Hrsg.), Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum, Berlin 1992, S. 9-28; Werner Röhr/Brigitte Berlekamp (Hrsg.), „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, Berlin 1996.

⁴⁹Aae, Alternative (Anm. 46).

⁵⁰Ähnlich auch der inzwischen verstorbene Günther Schwemmer in der DS, vgl. Regina Wamper, Gefühlter Antikapitalismus. Der Globalisierungsdiskurs in der Deutschen Stimme, in: Gebhardt/Clemens (Hrsg.), Volksgemeinschaft (Anm. 9), S. 66-89, hier S. 80f.

⁵¹NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundlagen (Anm. 39), S. 19.

kapitalistischen Dynamik, Aufrüstung und Imperialismus ..., sondern (auf) Weltverzicht und Autarkie“.⁵²

Mehr noch als Sombarts „Deutscher Sozialismus“ von 1934 gilt der NPD Johann Gottlieb Fichtes Schrift „Der geschloßne Handelsstaat“ aus dem Jahr 1800 als Referenz. Ihr zentrales Motiv ist die Abkoppelung Deutschlands von der Weltwirtschaft. Der Philosoph verfolgte dabei nicht – wie Friedrich List einige Jahrzehnte später – das Ziel, während einer Entwicklungsphase durch Schutzzölle und Infrastrukturmaßnahmen Modernisierungsvorsprünge aufzuholen, um so die Grundlagen für Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu legen. Der „geschloßne Handelsstaat“ ist vielmehr auf Dauer angelegt. In der vor- und protoindustriellen Phase ging es Fichte um die Schaffung eines „Vernunftstaats“, der die private Unternehmerinitiative steuert, indem er den Markt nach innen reguliert und nach außen hin vollständig abschottet. Die Grundlage hierfür sieht Fichte in der scharfen Begrenzung und staatlichen Kontrolle aller Außenkontakte der Untertanen: „Der Staat ist verbunden, den aus diesem Gleichgewicht des Verkehrs erfolgenden Zustand allen seinen Bürgern durch Gesetz und Zwang zuzusichern. Aber er kann es nicht, wenn irgendeine Person auf dieses Gleichgewicht Einfluß hat, die unter seinem Gesetze, und seiner Botmäßigkeit nicht steht. Er muß daher die Möglichkeit eines solchen Einflusses durchaus abschneiden. – Aller Verkehr mit dem Ausländer muß den Untertanen verboten werden.“⁵³

Dieses Konzept ist nicht nur für Fremdenfeindlichkeit offen, sondern zugleich anschlussfähig an Fichtes Judenfeindschaft, die ihrerseits den

⁵²Stefan Breuer, Die radikale Rechte in Deutschland 1871-1945, Stuttgart 2010, S. 193. – Schon 2002 hatte Udo Voigt übrigens eine „Etablierung der NPD als ‚Friedenspartei‘“ angeregt, vgl. NPD-Parteivorstand: Strategische Leitlinien (Anm. 20), o. S.

⁵³Johann Gottlieb Fichte, Der geschloßne Handelsstaat. Ein philosophischer Entwurf als Anhang zur Rechtslehre, und Probe einer künftig zu liefernden Politik, mit einem bisher unbekannten Manuskript Fichtes „Ueber StaatsWirthschaft“. Auf der Grundlage der Ausgabe von Fritz Medicus hrsg. u. mit einer Einleitung versehen v. Hans Hirsch, Hamburg 1979, S. 33; vgl. Jacob L. Talmon, Die Geschichte der totalitären Demokratie, Bd. II – Politischer Messianismus: Die romantische Phase. Hrsg. u. eingel. v. Uwe Backes unter Mitarb. v. Silke Isaak u. Annett Zingler, Göttingen 2013, S. 207ff.

Weg in den modernen Antisemitismus weist.⁵⁴ In der Schrift vom „geschlossenen Handelsstaat“ sind judenfeindliche Potenziale zwar höchstens latent angelegt und werden nicht expliziert, doch die völkisch-nationale Fichte-Renaissance des 20. Jahrhunderts rezipierte den Gedanken des „geschlossenen Handelsstaats“ gerade im Zusammenhang mit Fichtes Antisemitismus. An diesem Punkt knüpfen die Wirtschaftsprogrammatiker der NPD an.

Dabei heben sie eine politische Forderung hervor, die seit dem „Manifest der NPD“ von 1965 stets wiederholt wurde und mithin zu den programmgeschichtlichen Kontinuitäten zählt: ein Primat nationaler Politik vor der Wirtschaft. Diese habe der „Volksgemeinschaft“ zu dienen und müsse daher auch politische Eingriffe hinnehmen. Gleichwohl ging es der NPD immer um die prinzipielle Sicherung von Privateigentum und Unternehmerinitiative auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Sie orientiert sich dabei aber an Konzepten eines geregelten, teils ständisch strukturierten kleinräumigen Binnenmarktes, in dem die gegenwärtige Exportlastigkeit der großen deutschen Konzerne zurück geschraubt, die „heimische“ Landwirtschaft, regionale Handwerksbetriebe und klein- und mittelständische Unternehmen dagegen bewusst gefördert und bevorzugt werden sollen.

5. Rückgriffe auf den antisemitischen Antikapitalismus der frühen NS-Bewegung

Zur Stützung eines heimatlich verorteten bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes fordert die NPD u. a. den „Erhalt raumorientierter Finanzierungssysteme wie Landesbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken“⁵⁵. Ihre aggressive Agitation gegen den „brutalen Zins-

⁵⁴Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Aufklärung und Antisemitismus. Kants, Lessings und Fichtes Auffassungen zu den Juden, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums Nr. 40 (2001), S. 168-181; Gudrun Hentges, Das Janusgesicht der Aufklärung. Antijudaismus und Antisemitismus in der Philosophie von Kant, Fichte und Hegel, in: Samuel Salzborn (Hrsg.): Antisemitismus – Geschichte und Gegenwart, Gießen 2004, S. 11-32.

⁵⁵NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundlagen (Anm. 39), S. 36.

Kapitalismus“⁵⁶ verweist auf klassische und zentrale Motive rechtsextremer Sozial- und Wirtschaftsprogrammatik: Es geht gegen das „Finanz“- , präziser zitiert: „Leihkapital“, und damit verbunden ergeht der Aufruf zur „Brechung der Zinsknechtschaft“.

„Kapitalismuskritik“ von rechts setzt traditionell an der Zirkulationsphäre an und tendiert systematisch dazu, die Rolle des Finanzkapitals zu überschätzen. Der faktisch während des gesamten 20. Jahrhunderts gestiegene Einfluss dieses Sektors kommt solchen Formen der „Kapitalismuskritik“ entgegen. Die fatalen Folgen einzelner Finanztransaktionen ebenso wie die strukturellen Probleme infolge der Veränderungen auf den globalen Kapitalmärkten können von der völkischen Kapitalismuskritik leicht aufgegriffen und mobilisiert werden. Daraus sollte man aber nicht schließen, die Sorge über diese aktuellen Tendenzen sei das treibende Motiv, denn jenseits aller thematischen Konjunkturen zeigt sich auch in diesem Feld eine hohe programmatische Kontinuität. Sie dürfte v. a. eine Folge der antisemitischen Grundierung rechtsextremer Kapitalismuskritik sein.

Zwar war der Antisemitismus sowohl in Fichtes „geschloßnem Handelsstaat“ als auch bei dem „Freiwirtschaftler“ Silvio Gesell, dessen Rezeption ebenfalls Einfluss auf die Programmatik des „nationalen Lagers“ gewonnen hat, eher latent angelegt. Doch spätestens bei Gottfried Feder, 1920 mit Adolf Hitler Verfasser des Parteiprogramms der NSDAP, wurde das Zinssystem umstandslos dem Wirken eines „raffenden jüdischen Finanzkapitals“ zugeschrieben. Nur kurzzeitig erhielt Feder 1933/34 Gelegenheit, als Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Einfluss auf die praktische Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Regimes zu nehmen.

Besinnt sich nun die „nationale Opposition“ auf diesen „antikapitalistischen“ Nationalsozialismus der Kampfzeit zurück? Nur bedingt. Ihre Kampagnen-Plattform www.antikap.de dokumentierte bspw. Unter der Überschrift „Weshalb Gottfried Feder scheitern mußte“ einen etwas älteren Text von Reiner Bischoff, einem Befürworter einer rechtsextremen Variante der „Freiwirtschaftslehre“. Der Autor wirft

⁵⁶Vgl. z. B. NPD-Flugblatt „Fischereihandwerk erhalten“, http://www.npd-fraktion-mv.de/components/com_pdf/pdf/1257326426.pdf (gelesen am 10. Februar 2011).

Feder vor, nicht am Grundübel des Geldes, seiner Hortbarkeit, angesetzt und diese durch einen Umlaufzwang konterkariert, sondern sich allein auf den Zins konzentriert zu haben. Als Knappheitspreis müsse der Zins indes bestehen bleiben, denn das „Geldkapital ist eine Ware und darf bei geringer werdendem Angebot selbstverständlich einen Preis erzielen. Auch im Geldbereich muß das marktwirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage seine Gültigkeit behalten!“⁵⁷

Die Partei-Programmatiker der NPD stehen Feder offenbar weniger kritisch gegenüber.⁵⁸ Seine Zinsknechtschaftskritik und die Kapitalismuskritik von NPD und Neonazi-Spektrum haben einen identischen antisemitischen Kern. Allerdings werden solche Motive von den Autoren der NPD nicht in allen Texten in den Vordergrund gerückt. So schildert die Schrift über „Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“ zwar die spekulativen Manöver des Investmentbankers George Soros und ihre Auswirkungen, überzeichnet sie vielleicht, verzichtet aber darauf, seine jüdische Herkunft zu erwähnen.⁵⁹ In den Programmen und an einigen anderen Stellen wird auf explizite Nennung von Juden ebenfalls verzichtet, während die Propaganda mit Stereotypen arbeitet, die mal schwächer, mal stärker codiert sind, aber mindestens im engeren Adressatenkreis leicht zu entschlüsseln bleiben.⁶⁰ In einer ursprünglich zwar internen, aber für das Gespräch mit interessierten Bürgern und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zusammengestellten Argumentationshilfe erklärt die NPD ihren Standpunkt wie folgt: „Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes [sic!]. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen

⁵⁷Reiner Bischoff, Weshalb Gottfried Feder scheitern musste [1996], http://www.antikap.de/downloads/gottfried_feder.pdf (gelesen am 18. April 2008).

⁵⁸Vgl. Botsch/Kopke, „Raumorientierte Volkswirtschaft“ (Anm. 9), S. 63.

⁵⁹NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundlagen (Anm. 39), S. 23.

⁶⁰Vgl. Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, bes. S. 78ff. u. S. 241ff.; Gideon Botsch/Christoph Kopke, A Case Study of Anti-Semitism in the Language and Politics of the Contemporary Far Right in Germany, in: Matthew Feldman/Paul Jackson (Hrsg.), Doublespeak. The Rhetoric of the Far Right since 1945, Stuttgart 2014, S. 207-221.

politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA.“⁶¹

6. „Solidarismus“ und rassistische Ausländerfeindlichkeit

In sozialpolitischen Fragen beschränkt sich die zitierte Argumentationshilfe auf drei Anti-Positionen: gegen Ausländer, gegen Globalisierung, gegen die EU. Eine gewisse Umverteilung deutet man an, für deren Verwirklichung stärkere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften vorgeschlagen wird⁶². Wiederholt bekannte sich die NPD zum klassischen deutschen System der Sozialversicherung, teils aus nationalem Chauvinismus und Überhöhung der Persönlichkeit Bismarcks. Zur Entlastung des Mittelstands – als entscheidendem sozialen Bezugspunkt der NPD – wird indes gefordert, die paritätische Finanzierung partiell aufzugeben und den Arbeitgeberbeitrag nicht auf die Lohnsumme zu beziehen, sondern nach realer Wertschöpfung zu berechnen.⁶³

Stellen die programmatischen Entwicklungen der NPD in jüngster Zeit nun einen Bruch mit ihrer überkommenen mittelstandsorientierten, unsozialen und arbeitnehmerfeindlichen Position dar? Die vehemente Thematisierung von Sozialpolitik unter der Chiffre eines „nationalen Sozialismus“ lässt einen solchen Bruch zumindest nahelegend erscheinen. Auch führte die intensive Beschäftigung mit sozial- und wirtschaftspolitischen Themen im Zuge der genannten Kampagnen, in Verbindung mit Wahlkämpfen und der parlamentarischen Fraktionsarbeit in den Landtagen von Sachsen (seit 2004) und Mecklenburg-Vorpommern (seit 2006) sowie in zahlreichen Kommunal-

⁶¹NPD-Parteivorstand – Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung, o. O., 2. Aufl. 2006, S. 19; fast wortgleich übernommen von Jürgen Gansel, Die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft. Über die Gleichzeitigkeit von De-Nationalisierung und Re-Nationalisierung im Globalisierungszeitalter, in: Deutsche Stimme, Nr. 12 vom Dezember 2005; sowie in: Aufruf (Anm. 37); vgl. Fabian Virchow, Argumente für Kandidaten und Funktionsträger demokratischer Parteien und Wählervereinigungen. Eine Entgegnung auf ein Schulungsmaterial der NPD, Potsdam 2008.

⁶²NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Argumente (Anm. 61), S. 15ff.

⁶³NPD-Parteivorstand (Hrsg.): Grundlagen (Anm. 39), S. 91.

parlamenten, mindestens zu einem quantitativen Anwachsen von Forderungen, Positionspapieren und Textbausteinen in diesem Feld, insgesamt aber auch zu einer gewissen Ausdifferenzierung und Präzisierung. Hinzu kam eine verstärkte Aktivität von Frauen in der NPD, die 2009 die Gründung einer ersten NPD-Frauenorganisation, des „Rings Nationaler Frauen“ (RNF), mit sich brachte. Intensive Diskussionen in diesem Kreis mündeten in familien- und bildungspolitischen Grundsätzen, welche die von Voigt 2002 monierte fehlende Kompetenz in diesen Feldern ausgleichen sollten.

In der zweiten Hälfte der 2000er Jahre wurde das Drängen auf Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms immer stärker. Dahinter stand der Wunsch, angesichts sozialer und ökonomischer Krisenerscheinungen kompetenter aufzutreten und die eher unsoziale programmatische Fixierung des damals gültigen Parteiprogramms mindestens in den Hintergrund treten zu lassen. 2008/2009 war eine solche programmatische Erneuerung wiederholt angekündigt worden, aber parteiinterne Krisen verhinderten den großen Wurf. Beobachter vermuteten, eine Programmdebatte werde die Partei mit einem Dilemma konfrontieren, dem sie „ohne Schaden kaum entkommen“ könne: „Die Bruchlinie zwischen den Flügeln erstreckt sich auch entlang der sozialen Frage: Will die NPD eine aggressive Agitation für einen ‚nationalen Sozialismus‘ betreiben oder stärker nationalkonservative Positionen betonen?“⁶⁴

Immerhin hinderte die interne Krise die Partei nicht daran, ein Bundestags-Wahlprogramm für 2009 vorzulegen, das dem sozial- und wirtschaftspolitischen Feld wieder große Aufmerksamkeit zuwendete. Einen radikalen Bruch mit der bisherigen protektionistischen und mittelstandsorientierten Programmatik bedeutete dieses Wahlprogramm keineswegs. Bezeichnend ist etwa die Forderung nach Steuer-senkungen zu Gunsten von kleineren und mittleren Unternehmen⁶⁵, das erneute Bekenntnis zu unternehmerischer Freiheit bei gleichzeitiger Betonung der „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“⁶⁶ und die Forderung nach einem besonderen Schutz der heimischen Landwirt-

⁶⁴Clemens, Die NPD (Anm. 18), S. 61.

⁶⁵NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Bundestags-Wahlprogramm 09. Deutschlands starke Rechte, Berlin o. J. (2009), S. 10.

⁶⁶Ebd., S. 12.

schaft.⁶⁷ Die sozialdarwinistische und das Leistungsprinzip betonende Rhetorik des Programms von 1996 wurde dennoch zurückgefahren. Profil erwartete man sich von Forderungen wie der nach Mindest- bzw. Kombilöhnen sowie Mindestrenten oder nach Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen – alles Forderungen, die bei der anvisierten ostdeutschen Wählerklientel quasi unverzichtbar, dabei aber keineswegs Ausdruck für eine Abkehr von der überkommenen sozialen Grundorientierung der Partei sind. Bemerkenswert ist allerdings die erfolgreiche stärkere Profilierung im Bereich der Familienpolitik, wo – vorwiegend allerdings aus „biopolitischen“ Gründen und generell nur für „deutsche“ Familien im Sinne der NPD – Ehekredite, ein Müttergehalt und die Erhöhung des Kindergeldes gefordert werden.⁶⁸ Höchst unsozial bleiben die bildungspolitischen Zielsetzungen der NPD, da sie sich leidenschaftlich zum „mehrgliedrigen Schulsystem“ bekennt⁶⁹, welches eine der wesentlichen Ursachen für die scharfe soziale Selektion in der bundesdeutschen Gesellschaft darstellt.

Das Wahlprogramm von 2009 ist das erste Ergebnis einer programmatischen Diskussion innerhalb der Partei. Sie mündete im folgenden Jahr in das neue Parteiprogramm. Inhaltlich schrieb es die sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik, wie sie sich in den vorangegangenen acht Jahren entwickelte hatte, weithin fort. So heißt es im Abschnitt „Sozialpolitik als nationale Solidarität“ einleitend: „Nationale Sozialpolitik verbindet soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft. Sie muß die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern und den Einsatz des Einzelnen für das Ganze befördern“⁷⁰.

Damit variiert die NPD eine ihrer ältesten programmatischen Formulierungen. Bereits im ersten Parteiprogramm 1967 stand ein Satz, der unverändert bis ins jetzt abgelöste Programm von 1996 übernommen wurde: „Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft entspricht. Sie hat die Aufgabe, den Wohlstand des ganzen Volkes zu festigen, den einzelnen [sic!] in allen

⁶⁷Vgl. ebd., S. 16.

⁶⁸Vgl. ebd., S. 26ff.

⁶⁹Vgl. ebd., S. 32.

⁷⁰Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 10), S. 10.

Wechselfällen des menschlichen Lebens vor unverschuldeter Not zu bewahren und ihm einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern.“⁷¹ Nun ist nicht nur die falsche Kleinschreibung, die bis dahin fortgeschleppt wurde, korrigiert. Auch die Anklage gegen den Sozialstaat ist zurück genommen worden. Ebenfalls entfällt der folgende Satz, der in den genannten früheren Parteiprogrammen unmittelbar folgte: „Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Albdruck werden, verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial.“⁷²

Diese Korrekturen bringen den Wunsch zum Ausdruck, stärkere soziale Kompetenz zu zeigen – ein Wunsch, der nicht allein auf den Einfluss des neo-nationalsozialistischen Kameradschaftsspektrums zurückzuführen ist, sondern auch der Profilsetzung entspricht, die Voigt der Partei zu geben bestrebt war. So finden sich in dem neuen Parteiprogramm zahlreiche Präzisierungen sozial- und wirtschaftspolitischer Positionen, die insgesamt auf der Linie des Wahlprogramms von 2009 liegen, so beispielsweise die Forderung nach einem allgemeinen Mindestlohn und einer Volksrente oder die Ablehnung von Privatisierungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme⁷³. Zugleich konstatiert das Programm: „Jeder Deutsche hat das Recht wie auch die Pflicht zu arbeiten“.⁷⁴

Das nunmehr entschiedene Bekenntnis zum deutschen staatlichen Sozialversicherungssystem bedeutet aber nicht zugleich auch einen Bruch mit der allgemeinen sozialen Orientierung der NPD in ihrer Parteiprogrammatik, die sich nach wie vor im Wesentlichen am Mittelstand orientiert. In der Konkretisierung der Ausführungen zur „raumorientierten Volkswirtschaft“ fordert das Programm z. B. eine „am heimischen Lebensraum und am Bedarf der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene Volkswirtschaft, die ihren Schwerpunkt nicht in der einseitigen Exportorientierung, sondern in der Stär-

⁷¹Vgl. Programm der NPD. Grundlagen nationaldemokratischer Politik (1967). Nachdruck in; Maier/Bott, NPD (Anm. 14), S. 65-87, hier 80f., und Parteiprogramm 1996, Pkt. 7 (unter Fortfall von gliedernden Ordnungszahlen). Programmatik der 1970er und 1980er sind z. T. anders akzentuiert.

⁷²Vgl. ebd.

⁷³Vgl. Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 10), S. 11f.

⁷⁴Ebd., S. 8.

kung der Binnenwirtschaft sieht. Innerhalb der raumorientierten Volkswirtschaft werden regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert ... Die grundlegenden Bedürfnisse sollen in den heimat- und lebensnahen Wirtschaftsräumen abgedeckt werden“⁷⁵.

Dem entspricht auch das wirtschaftspolitische Grundbekenntnis zu „einem freien, aber sozial verpflichteten Unternehmertum als Eckpfeiler einer solidarischen Wirtschaftsordnung. Die heimischen kleinen und mittelständischen Unternehmen sind vor der Marktmacht der global agierenden Großkonzerne zu schützen“.⁷⁶ Von „Sozialismus“, selbst von „nationalem Sozialismus“ ist in diesem Programm nichts zu finden.

In den „Grundgedanken“, die den Inhalt des Parteiprogramms knapp zusammenfassen, heißt es bündig: „Nationale Solidarität bedeutet: Soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen. Eigentum verpflichtet. Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen und nicht umgekehrt. Ohne Nationalstaat kann es keinen Sozialstaat geben. Die Globalisierung zerstört den Nationalstaat als sozialen Schutzraum.“⁷⁷

Die Forderung nach „Nationaler Solidarität“, die auf das Konzept des „Nationalen Solidarismus“ aufbaut, ist zwar in Teilen der NPD stets verankert gewesen, wohl aber unter dem Einfluss der Öffnung zum Neonazi-Spektrum noch deutlicher in die Programmatik integriert worden. Der inzwischen verstorbene Rechtsanwalt Jürgen Rieger, eine der Integrationsfiguren für das offen neo-nationalsozialistische Spektrum innerhalb der NPD, skizzierte 2007 in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“, was er darunter verstand. Der Solidarismus fußt demnach auf zwei Säulen, der „Volksgemeinschaft“ und der „Betriebsgemeinschaft“⁷⁸. „Gemeinschaft“ steht dabei im Gegensatz zum Konzept der Gesellschaft, wie das neue Parteiprogramm explizit festhält: „Westliche Gesellschaften sind materielle Zweckverbände ohne Gemeinschaftswerte. Sie entwickeln keine verbindende Kultur ... Die Solidarität einer bestehenden Volksgemeinschaft wird durch die über-

⁷⁵Ebd., S. 9.

⁷⁶Ebd., S. 8.

⁷⁷Ebd., S. 5.

⁷⁸Jürgen Rieger, Solidarismus – ein Gebot unserer Zeit. Ein Diskussionsbeitrag, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April und Nr. 5 vom Mai 2007.

triebene Vertretung von Einzel- oder Gruppeninteressen aufgehoben“.⁷⁹

Zur Herstellung von „Gemeinschaft“ im wirtschaftlichen Bereich wird der Gedanke der „Betriebsgemeinschaft“ eingeführt. Durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien und Gewinnbeteiligungen, wie sie schon in der Weimarer Zeit und später in der Bundesrepublik der Ära Erhard als Instrumente zur Integration der Arbeiter, zur Brechung gewerkschaftlicher Macht und Herstellung des Betriebsfriedens beworben wurden, soll die Identifikation des Arbeiters mit seinem (mittelständischen) Betrieb gesteigert und ein Stück konkrete Volksgemeinschaft erzeugt werden. Im NPD-Programm findet sich dieser Grundgedanke des Solidarismus im Punkt „Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“⁸⁰ wieder. Aufgrund ihrer in sozialer Hinsicht mittelständischen und in ideologischer Hinsicht „betriebsgemeinschaftlichen“ Grundorientierungen begegnet die „nationale Opposition“ jeder unabhängigen Organisation von Arbeitnehmerinteressen – trotz den deutlich höheren rechtsextremen Einstellungspotenzialen unter Gewerkschaftsmitgliedern⁸¹ – nach wie vor mit Aggression und Feindseligkeit.⁸² In der Alltagspropaganda, in der die NPD sich als „Schutzmacht der ‚kleinen Leute‘“ darstellt, bleiben daher nur Allgemeinplätzen ohne Inhalt übrig, Parolen etwa wie die folgende: „Moderner Sozialismus ist gelebter Solidarismus“.⁸³

Aber noch in anderer Hinsicht ist das Konzept der „Nationalen Solidarität“ unter dem Strich eine Chiffre für Entsolidarisierung und soziale Exklusion.⁸⁴ Die gesamte Programmatik der NPD – und hier ist in der Zeit zwischen 1996 und 2011 kein Unterschied zu erkennen – ist durchzogen von der Forderung nach Abwehr von „Über-

⁷⁹Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 10), S. 6.

⁸⁰Vgl. ebd., S. 8; ferner z. B. auch Peter List, Die nationale Volkswirtschaft als Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus, in: Staatsbriefe 2/1994, <http://www.staatsbriefe.de/1994/1994/list.htm> (gelesen am 2. Juli 1997; nicht mehr aufrufbar).

⁸¹Vgl. Bodo Zeuner/Jochen Gester/Michael Fichter/Joachim Kreis/Richard Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Münster 2007, S. 27-57.

⁸²Vgl. Virchow, Volks- statt Klassenbewegung (Anm. 9), S. 179-182.

⁸³Gansel, Abschied (Anm. 41).

⁸⁴Vgl. Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Nation und Exklusion. Der Stolz der Deutschen und seine Nebenwirkungen, Schwalbach/Ts. 2008, S. 51ff.

fremdung“, Rückführung der hier lebenden Ausländer und, bis dies vollzogen ist, radikalem Ausschluss aus der deutschen Gesellschaft, die erst dadurch zur Volksgemeinschaft werde. Es muss daran erinnert werden, dass die NPD strikt an einem „Blutsbegriff“ festhält und eingebürgerte Ausländer inklusive ihrer Nachkommen verächtlich als „Plastikdeutsche“ aus der Volksgemeinschaft heraus definiert. Dies betrifft bekanntlich Menschen, die oft in dritter oder vierter Generation in Deutschland leben. Ferner bezieht die NPD auch die Juden generell in die Gruppe der Fremden ein. Davon ausgehend beziffert der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz die Zahl derjenigen Menschen, die nach den Wünschen der NPD aus der deutschen Volksgemeinschaft auszuschließen sind, auf mehr als elf Millionen, was einem Bevölkerungsanteil von 14 Prozent entspreche.⁸⁵

Um eine „gerechte“ Sozialpolitik zu erreichen, setzt die NPD zum einen auf Vollbeschäftigung, die sich nach ihren Vorstellungen im geschlossenen System der „raumorientierten Volkswirtschaft“ bei nachhaltiger Förderung des Mittelstands quasi von selbst ergibt. Zum anderen aber – und hierauf legt sie besonderes Gewicht – setzt sie auf die „Ausgliederung der Ausländer aus dem Sozialversicherungswesen“. Diese seien einer „gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen“. Ein entsprechend bemessener Ausländersozialfonds sei „durch die Fremden selbst und Unternehmen, die diese beschäftigen, zu finanzieren“⁸⁶. Die NPD lässt – wie auch beispielsweise das zynische Flugblatt „Das passiert, wenn die NPD regiert“⁸⁷ belegt – keinen Zweifel daran, dass hierbei eine gezielte Verknappung erwünscht ist, mit welcher die in Deutschland lebenden „Fremden“ quasi ausgehungert werden sollen. Das neue Parteiprogramm bemerkt hierzu, die Ausländersozialgesetzgebung habe in ihrer „Ausgestaltung

⁸⁵Vgl. Steffen Kailitz, Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprogramm der NPD, in: Politische Studien, Themenheft 1/2007, S. 44-53, hier S. 46.

⁸⁶Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 10), S. 11

⁸⁷NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Das passiert, wenn die NPD regiert. Ein Maßnahmenkatalog, o.O.u.o.J. (2009) – es handelt sich keineswegs um einen Maßnahmenkatalog, sondern um eine Anzahl von „fiktiven Radiomeldungen“ nach einer angeblichen NPD-Regierungsübernahme, so bspw. für den „15. März“ über eine Verringerung der Ausländerzahlen, die u. a. auf die „gesunkene finanzielle Attraktivität der BRD für Ausländer“ zurückzuführen sei.

von Pflichten und Ansprüchen ... auch dem Rückführungsgedanken Rechnung zu tragen“.⁸⁸

7. Crash-Szenarien statt politischer Strategien

Praktisch läuft die „Rückführung“ der Ausländer, die gelegentlich auch schon als „Entausländerung“⁸⁹ bezeichnet worden ist, auf eine gewaltige zwangsweise Deportation von Millionen Menschen hinaus.⁹⁰ Da ein solches Projekt wohl nicht gewaltfrei verwirklicht werden könnte, stellt sich die Frage, wie die NPD zu diesem Ziel kommen will. Dass sie nämlich als stärkste Partei aus Bundestagswahlen hervorgeht, wie das genannte Flugblatt durch die Überschrift „Das kann Wirklichkeit werden“ suggeriert, dürfte auch die NPD selbst nicht für wahrscheinlich halten.

Woran knüpft die NPD also ihre Hoffnungen? Ihre Programmatik ist weder eine „konkrete Utopie“, noch auf (real-) politische Umsetzbarkeit angelegt. Unterfüttert mit kulturpessimistischen Angst-Szenarien, rechnet das Milieu der NPD vielmehr mit dem unvermeidbaren Untergang des bestehenden „globalistischen“ Systems. In diesem Szenario erhält das deutsche Volk quasi ein letztes Mal die Chance zur Selbstbehauptung: „Im 21. Jahrhundert entscheidet sich Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Existentielle Bedrohungen gehen vom Geburtenrückgang, einer rasch voranschreitenden Überfremdung, der Fremdbestimmung durch übernationale Organisationen und der Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen aus“.⁹¹

Mit seiner Bezugnahme auf Werner Sombart knüpft das wirtschaftspolitische Grundlagenpapier nicht zufällig an dessen Zeitdiagnose an, nach welcher „der Kapitalismus seinen Gipfel überschritten hatte und in eine Phase der Erstarrung und der Rückbildung eingetreten war, die durch das Ende der technischen Innovationsfähigkeit, eine Art Refeu-

⁸⁸Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 10), S. 11.

⁸⁹Reinhold Oberlercher, Die raumorientierte Volkswirtschaft. Wirtschaftspolitisches Programm der deutschen Nationaldemokratie (Entwurf [1998]) – Einleitung, http://www.phi-presse.de/Nachrichten/Meldungen/m_d_npd1.htm (gelesen am 27. Juli 1998; inzwischen nicht mehr im Netz).

⁹⁰Kailitz, Vertreibungs- und Nationalisierungsprogramm (Anm. 85).

⁹¹Arbeit. Familie. Vaterland (Anm. 10), S. 5.

dalisierung der Agrarstruktur und einen Zerfall des Weltmarktes in geschlossene Großwirtschaftsräume gekennzeichnet war. Weit davon entfernt, diese Entwicklung zu bedauern, sah man in ihr im Gegenteil den Anfang eines Gesundungsprozesses, durch den der Mensch wieder zu sich selbst zurückgeführt werde“.⁹²

Auch die NPD sieht im Zusammenbruch des Kapitalismus, wie sie ihn versteht, die Voraussetzung jeder völkischen Politik. Nach diesem „großen Crash“ stünde sie vor der Aufgabe, die „Entmarktung“ des wirtschaftlichen Lebens einzuleiten und – wie in früheren Zeiten – die Eigenwirtschaft, die ja beispielsweise in allen familiären Beziehungen nach wie vor dominierend ist, auf Kosten der Marktwirtschaft zu stärken. Das hieße im Umkehrschluss natürlich nicht, die Mechanismen des Marktes überhaupt nicht mehr zu nutzen! Aber es existieren konkrete ökonomische Hebel jenseits marktlicher Koordination, ... ohne auf wirtschaftspolitisch längst widerlegte Konzepte wie den Kasernensozialismus Nordkoreas zurückgreifen zu müssen“.⁹³

Auch Probleme der Ökonomie lassen sich insofern nur als „Systemfrage“ stellen⁹⁴. Erst nach dem Zusammenbruch des „Systems“ wird der Weg frei für den Austritt aus internationalen Verträgen, die der Durchsetzung des Freihandels zu Ungunsten des deutschen Mittelstandes und der deutschen Arbeitnehmer dienen, und für die Abkoppelung von den internationalen Finanzmärkten, um so fremdes Leihkapital fernzuhalten. Der „Crash“ wird aus dieser Perspektive regelrecht herbeigesehnt: „Die gegenwärtige Krise des Weltfinanzsystems bietet die historische Chance, den Teufelskreis aus Überschuldung, Zins und Zinseszins und einem irrwitzigen Monopoly-Börsenkapitalismus zu verlassen, um zu Eigenverantwortung, Dezentralisierung und schließlich zur Rückerlangung unserer nationalen Handlungsfreiheit zu gelangen“.⁹⁵

⁹²Breuer, Die radikale Rechte (Anm. 52), S. 193.

⁹³NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundlagen (Anm. 39), S. 32.

⁹⁴Vgl. Aufruf (Anm. 37); Jürgen Gansel, Abgesänge auf das liberale Gesellschaftsmodell. Die sozialen Verwerfungen der Globalisierung werfen die Systemfrage auf, in: Deutsche Stimme, Nr. 4 vom April 2007.

⁹⁵NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Bundestags-Wahlprogramm 09 (Anm. 65), S. 6f.

In Erwartung des „großen Crashes“ praktiziert die NPD als „Opposition aus Prinzip“⁹⁶ bewusst einen obstruktiven Politikstil, der an der konstruktiven Mitwirkung zur Behebung konkreter gesellschaftlicher Probleme desinteressiert bleibt. Insofern kann sie auch nicht zur „Schutzmacht der kleinen Leute“ werden, wie sie wiederholt behauptet hat, sondern nur deren Ressentiments artikulieren und darüber hinaus weiter schüren. Auf diesem Wege ist sie bestrebt, Probleme von gesellschaftlicher Brisanz aufzugreifen, durch irrationale und apokalyptische Mobilisierung von Ängsten zu emotionalisieren und so an ihre eigenen völkischen Grundpositionen anschlussfähig zu machen. In der tief greifenden Wirtschafts- und Strukturkrise der vergangenen Jahre bestand ihre besondere Hoffnung in der Mobilisierung antikapitalistischer Affekte, die sie an ihr antisemitisches Grundmotiv anpasste und entsprechend auflud. Dennoch hat es die extremistische Rechte bislang nicht geschafft, auch außerhalb ihres eigenen Milieus nennenswerte Mobilisierungserfolge zu erreichen. Bei ihren Aufmärschen bleibt die „nationale Opposition“ weitgehend unter sich, der erhoffte Zustrom der vom „System“ enttäuschten „Volksgenossen“ blieb bislang aus. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge hat darauf hingewiesen, dass hier vor allem endogene Faktoren wirken: „Personelle, programmatische und parteiorganisatorische Schwächen des Rechtsextremismus hindern ihn daran, die für ihn günstige Konjunkturschwäche der kapitalistischen Wirtschaft auszunutzen“.⁹⁷

Der Obstruktionspolitik korrespondiert aber zugleich ein Strategieansatz, der den Aufbau eines relativ eigenständigen „nationalen Milieus“ fördert, dessen Entstehen man sich insbesondere in den sozial hoch belasteten Räumen der ostdeutschen Provinz erhofft. In diesen Regionen will die NPD, gestützt auf ihre „solidaristischen“ sozialpolitischen Statements und ihre globalisierungsfeindliche Forderung nach „raumorientierter Volkswirtschaft“, als „soziale Heimatpartei“ wahr-

⁹⁶Otto Kirchheimer, Wandlungen der politischen Opposition, in: Kurt Kluxen (Hrsg.), Parlamentarismus, Köln/Berlin 1967, S. 410-424.

⁹⁷Christoph Butterwegge, Finanzmarktkrise, Armut und rechtsextreme Politik, in: Christoph Kopke (Hrsg.), Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven, Potsdam 2011, S. 41-55, hier S. 53.

genommen werden.⁹⁸ In ihrem Bundestags-Wahlprogramm preist sich die NPD als „die einzige authentische Oppositionspartei aller Deutschen“, als „einzige heimat-treue, soziale und nationale Opposition“.⁹⁹

8. Schlusswort und Zusammenfassung

In einem Sachverständigengutachten an den Deutschen Bundestag hat der Politikwissenschaftler Richard Stöss auf die „*Diskrepanz zwischen Problemwahrnehmung und Problemrealität*“ in Bezug auf den Rechtsextremismus hingewiesen. Seiner Ansicht nach wurzle der moderne Rechtsextremismus nicht in einem „dem Links-Rechts-Schema folgenden Systemkonflikt, sondern in den Herausforderungen der Globalisierung für die nationalen Industriegesellschaften.“ Seine Kritik gilt der „Extremismusformel“, welche „in anachronistischer Weise auf den Schutz einer angeblich bedrohten demokratischen Grundordnung“ fokussiere und den Rechtsextremismus in einer Konfliktsituation verorte, die heute nicht mehr gegeben sei: Sie „trübt ... den Blick für die tatsächlichen Existenzgrundlagen des Rechtsextremismus Die primäre Konfliktstruktur der deutschen Gesellschaft ergibt sich aus der unterschiedlichen Bewertung und Handhabung der *ökonomischen, politischen und kulturellen Globalisierungsvorgänge*.“¹⁰⁰ Trifft diese Einschätzung zu, so muss nicht nur die sozial- und wirtschaftspolitische Programmatik und Propaganda der NPD genau analysiert werden. Vielmehr ist die politikwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung erneut aufgerufen, sich mit ihren theoretischen Prämissen, ihren zentralen Hypothesen und ihrem methodologischen Handwerkszeug zu beschäftigen.

Die Vorgänge um die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ haben erneut drastisch vor Augen geführt, dass die Forschung

⁹⁸Vgl. Botsch, Die extreme Rechte als „nationales Lager“ (Anm. 25),

⁹⁹NPD-Parteivorstand (Hrsg.), Bundestags-Wahlprogramm 09 (Anm. 65), S. 6f.

¹⁰⁰Richard Stöss, Sachverständigengutachten für den 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestags zum Thema „Überblick zum Phänomenbereich Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland im Untersuchungszeitraum (01.01.1992 bis 08.11.2011) und zu den Ansätzen, ihn in den Bereichen Repression, Prävention und Sensibilisierung wirksam zu bekämpfen“ vom 15. Mai 2012, S. 20f.

analytisch und prognostisch in weiten Teilen nicht erkannt hat, welche konkreten Gefahren von neuen terroristischen Konzepten im Rechtsextremismus ausgehen. Hierzu zählte offenkundig auch eine unzureichende Erfassung und Analyse des originären rechtsextremen Quellenmaterials. Insofern spiegeln sich in den Versäumnissen der Politikwissenschaft auch die Defizite der zuständigen staatlichen Behörden, denen im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex ein partielles „Staatsversagen“ vorgeworfen wird. Diese Kritik und Selbstkritik ist auch für die politikwissenschaftliche Operationalisierung des Rechtsextremismusbegriffs relevant. So kritisiert der Politikwissenschaftler Michail Logvinov mit Bezug auf den Rechtsterrorismus, dieser sei in Deutschland „bisher vornehmlich an den bekannten Kriterien des (Links)Terrorismus“ geprüft worden, wobei „die Analytiker die originären Konzepte der rechtsextremistischen Militanz oft stiefmütterlich behandelt haben“. Zugleich seien „teilweise ‚wesensfremde‘ Maßstäbe angelegt worden, sodass „die vom Links- und später islamistischen Terrorismus abgeleiteten Indikatoren“ eher dazu verleitet hätten, „die Verankerung und Gefahr des Rechtsterrorismus zu unterschätzen“.¹⁰¹

Nach unserer Auffassung ist insbesondere die theoriegeleitete, deduktiv vorgehende, generische Extremismusforschung der Gefahr ausgesetzt, das empirisch vorfindbare Material ihren eigenen Kategorien und Hypothesen unterzuordnen und so abweichende Befunde auszublenken oder zu „normalisieren“.¹⁰² Um Missverständnisse von vorn-

¹⁰¹ Michail Logvinov, Terrorismusrelevante Indikatoren und Gefahrenfaktoren im Rechtsextremismus, in: Totalitarismus und Demokratie 10 (2013), Themenheft: Rechtsextremistische Gewalt, S. 265-300, hier S. 266 u. 268.

¹⁰² Zur Auseinandersetzung um die Extremismustheorie vgl. z. B. Christoph Butterwegge, Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, Brühl 2010, S. 33-60; Armin Pfahl-Traughber, Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, Brühl 2013, S. 61-86; ders., Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: ebd., 2013, Brühl 2013, S. 31-55.

herein zu vermeiden: Die Kritik am *generischen* Extremismusbegriff – also der „Extremismusformel“ im engeren Sinne – bedeutet weder, dass die Verwendung des Begriffs Extremismus in wissenschaftlichen Kontexten illegitim wäre, noch dass kontrollierte Vergleiche zwischen unterschiedlichen Formen von Extremismus kategorisch auszuschließen sind.

„Blinde Flecken“ entstehen indes v.a. im Zusammenhang mit den beiden Grundannahmen der generischen Extremismustheorie. Demnach ist erstens das wesentliche Merkmal des Extremismus in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates zu sehen; zweitens sind bei den verschiedenen Spielarten des Extremismus, die der Theorie zu Folge Varianten eines Typus „sui generis“ darstellen, die Gemeinsamkeiten in Ideologie und Praxis das spezifische Charakteristikum. Diese Perspektive birgt das Risiko, dass zentrale Elemente rechts-extremer Weltanschauungen als reine Funktion der übergeordneten Staatsfeindlichkeit erscheinen. Wahrnehmungsverzerrungen ergeben sich auch durch das Ausblenden von Motiven, die auf Seiten der konstruierten extremistischen Antipoden keine Entsprechung finden bzw. auf die „Interaktionsverhältnisse zwischen demokratischer und radikaler Rechter“¹⁰³ verweisen. Unter Zugrundelegung eines offeneren, mehrdimensionalen Modells des „Koordinatensystems der Politik“¹⁰⁴ und einer nicht durch theoretische Vorannahmen geleiteten, der Empirie zu ihrem Eigenwert verhelfenden Forschungspraxis lassen sich u. E. weitaus differenzierte Befunde erzielen.

Dies zeigt sich auch und gerade im Feld der sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD. Die Analyse der programmatischen Entwicklung in der Ära Voigt lässt Traditionsbestände er-

¹⁰³Christoph Kopke/Lars Rensmann, Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik für deutsche und internationale Politik 45 (2000), S. 1451-1462, hier S. 1462. So hat die einschlägige Forschung bislang nicht beachtet, dass ein zentraler Bezugspunkt für Udo Voigt, die Bücher des konservativen, aber zweifellos nicht extremistischen Publizisten Hans Herbert von Arnim sind, die in vielen Äußerungen von Voigt angeführt werden – so auch im aktuellen autobiographischen Werk, das unter dem Titel „Der deutschen Zwiebracht mitten ins Herz. Mein Weg mit der NPD“ (Fretterode 2013) im neonazistischen „Nordland-Verlag“ erschienen ist.

¹⁰⁴Vgl. Botsch/Kopke, Die NPD (Anm. 9), S. 11-23.

kennen, die teils unmittelbar auf Motive der nationalsozialistischen Weltanschauung zurück verweisen und durchweg antisemitisch grundiert sind. Linke Traditionslinien der Kapitalismuskritik werden dagegen im Rechtsextremismus kaum rezipiert, die Anschlussfähigkeit an entsprechende Formen der Globalisierungskritik bleibt mithin eng begrenzt. Auf der anderen Seite spielte die Neujustierung des Weltbildes der NPD eine wichtige Rolle im Prozess der Einbindung des Neonazi-Spektrums in die Partei. Sie ist zugleich eine Triebfeder wie ein Ausdruck der Nazifizierung dieser Partei.

Angesichts dieses Befundes, der sich auch für andere Bereiche der Symbolik, der Ideologie, des Auftretens und der Praxis der NPD erbringen lässt, muss ihr eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ bescheinigt werden.¹⁰⁵ Legte bereits das Bundesverfassungsgericht seinem Urteil zum Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“ dieses Motiv zu Grunde, so haben es die Verwaltungsgerichten in aller Regel auch bei rechtsextremen Vereinen als Verbotsgrund bestätigt.¹⁰⁶ Es würde insofern einen bemerkenswerten Bruch mit der bisherigen Verbotspraxis in der Bundesrepublik bedeuten, wenn das Bundesverfassungsgericht den Antrag des Bundesrats nicht bestätigen sollte.

¹⁰⁵ So aus politikwissenschaftlicher Sicht bspw. Kailitz, Nationalsozialistische Ideologie (Anm. 42); ders., Vertreibungs- und Nationalisierungsprogramm. (Anm. 85)

¹⁰⁶ Vgl. zur juristischen Auseinandersetzung mit dem Verbotsgrund „Wesensverwandtschaft“ u. a. Dagmar Richter, Möglichkeiten und Grenzen des Vereinsverbots im rechtsextremistischen Bereich, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens 2/2002, S. 172-192, hier S. 180ff.; Katharina Laue, Vereinsverbote und strafrechtliche Reaktionen, in: Heribert Ostendorf (Hrsg.), Rechtsextremismus. Eine Herausforderung für Strafrecht und Strafjustiz, Baden-Baden 2009, S. 185-213, hier S. 211.

Die Bedeutung des Kameradschaftsmodells für den quantitativen Anstieg der Neonazi-Szene

Ein Vergleich des vorherrschenden Organisationstyps mit den traditionellen Organisationsstrukturen

Chris Gödecke

1. Einleitung und Fragestellung

Die Entwicklung des neonazistischen Personenpotenzials von 1975 bis 2012 zeigt, dass weder in den 1970er noch in den 1980er Jahren die Marke von 2.000 Aktivisten erreicht wurde.¹ Gemessen am 1981 erreichten Höchstwert dieser beiden Jahrzehnte (1.850 Neonazis), ist das neonazistische Personenpotenzial bis 1989 (1.300 Neonazis) sogar deutlich gesunken. Auch der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung, die sowohl durch das neue geographische Wirkungsfeld als auch die neue soziale Basis große Steigerungsraten versprachen, brachten zunächst keine signifikanten Mitgliederzuwächse. Noch 1993 konnte die Neonazi-Szene lediglich auf 1.750 Aktivisten zurückgreifen, eine Größenordnung, die kaum über jener von 1987 mit 1.520 Neonazis lag und sogar unter der von 1981. Erst ab Mitte der 1990er Jahre gelang es, den Spitzenwert von 1981 zu überschreiten und das neonazistische Personenpotenzial – von einigen Einbrüchen und zeitweiliger Stagnation abgesehen – kontinuierlich auf mittlerweile 6.000 Aktivisten auszubauen.

Es erhebt sich daher die Frage, warum der Neonazismus ab Mitte der 1990er Jahre an Attraktivität dazu gewonnen hat. Steht dieser Prozess vielleicht in ursächlichem Zusammenhang mit den staatlichen Verboten gegen neonazistische Organisationen Anfang/Mitte der 1990er Jahre? Könnte das in diesem Zeitraum entwickelte Kameradschaftsmodell (KM), das die Neonazi-Szene besser vor Verboten schützen sollte, der Grund für diesen Attraktivitätszuwachs sein? Kann das KM als alleiniger Faktor den Attraktivitätszuwachs erklären? Von den ge-

¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (im Folgenden: BMI) (Hrsg.), Verfassungsschutzberichte des Bundes (im Folgenden: VSB) 1975-2012, Bonn/Berlin 1976-2013. Die Doppelmitgliedschaften wurden abgezogen und die unorganisierten Neonazis berücksichtigt.

nannten Fragen ausgehend wird in diesem Beitrag die Bedeutung des KM für den Zuwachs der Neonazi-Szene untersucht und die Hypothese aufgestellt, dass das KM maßgeblich zum Attraktivitätszuwachs der Neonazi-Szene – speziell für Jugendliche – beigetragen hat, jedoch nicht als alleiniger Faktor hierfür gelten kann.

Um diese Hypothese zu prüfen, wird im ersten Schritt ein Vergleich zwischen dem KM und den traditionellen Organisationsstrukturen respektive dem klassischen Organisationsmodell (KO) vorgenommen. Der Vergleich erfolgt anhand der Primärkriterien Organisationsform, Mitgliederstruktur, Hierarchie, Führungsstil und Rekrutierungspraxis. Organisationsform meint die Art und Weise, wie sich die Neonazis organisieren, d. h. die Struktur der jeweiligen Organisation bzw. des Modells. Das Kriterium der Mitgliederstruktur umfasst in erster Linie die soziale Herkunft der Protagonisten, die Altersstruktur sowie das Geschlechterverhältnis. Mit der Hierarchie sind die Über- und Unterordnungsverhältnisse im jeweiligen Modell sowie deren Ausprägungsgrad gemeint. Unter dem Führungsstil wird das langfristige, relativ stabile, von der Situation unabhängige Verhaltensmuster der Führungsperson(en) verstanden. Die Rekrutierungspraxis umfasst die Vorgehensweise des jeweiligen Modells bei der Anwerbung und Aufnahme neuer Mitglieder. Aus den fünf Primärkriterien ergeben sich weitere Sekundärkriterien wie z.B. die Innovationsfähigkeit oder die persönliche Beziehung zwischen dem „Führer“ und den Mitgliedern. Der Inhalt dieser Kriterien ist entweder selbsterklärend oder ergibt sich aus dem Text.

Im zweiten Schritt werden anhand einiger Beispiele mögliche Veränderungsprozesse auf der strategischen und ideologischen Ebene betrachtet. Dadurch kann der zweite Teil der oben genannten Hypothese überprüft werden, d. h. die Frage, ob organisatorische Veränderungsprozesse allein für den Attraktivitätszuwachs des Neonazismus verantwortlich sein können. Um etwaige Wandlungsprozesse beim Agitationsschwerpunkt der Neonazis zu lokalisieren, erfolgt eine Betrachtung der vergangenheits- und gegenwartsbezogenen Aktionsfelder sowie deren Häufigkeit. Anschließend wird am Beispiel der Demonstrationspraxis der Wandel neonazistischer Aktionsformen thematisiert. Mit dem darauf folgenden Blick auf mögliche ideologische Veränderungsprozesse steht die dritte Ebene der Betrachtung im Zentrum, so-

dass abschließend eine Zusammenfassung und Gewichtung der Faktoren erfolgen kann.

2. Der Weg zum Kameradschaftsmodell – Ein Rückblick

Die Entwicklung und Etablierung des Kameradschaftsmodells ist historisch eng verzahnt mit der Lage des Neonazismus vor dem Mauerfall und in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung. 1989 befand sich die Neonazi-Szene in einer desaströsen Lage. Sie war tief gespalten und die Anzahl der Aktivisten erreichte mit 1.300 Personen einen Tiefstand für die 1980er Jahre. Insgesamt kann dem Neonazismus der 1970er und 1980er Jahre eine gesellschaftliche Außenseiterrolle attestiert werden. Gleiches gilt hinsichtlich seiner Stellung innerhalb des Rechtsextremismus für diesen Zeitraum. Stellten die Neonazis im Jahr 1981, ihrem anhängerstärksten Jahr dieser beiden Jahrzehnte, zumindest 8,9 Prozent der Rechtsextremisten, waren es im Jahr 1989 völlig bedeutungsärmere 3,6 Prozent.²

In den Monaten nach dem Mauerfall und später im wiedervereinigten Deutschland breiteten sich westdeutsche Rechtsextremisten jeglicher Couleur auf das Gebiet der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) bzw. der neuen Bundesländer aus. Zunächst zielte die Taktik der Neonazis darauf ab, verschiedene Organisationen, bei denen ein Verbot zum Teil schon einkalkuliert war, neu zu gründen oder bestehende zu infiltrieren und zu übernehmen. Die Existenz von Ersatz- und Parallelorganisationen, die oftmals personell nahezu identisch waren, führte zu einem unübersichtlichen Geflecht von miteinander verwobenen Organisationen. Damit erhofften sich die Neonazis die Möglichkeit, ihre politische Arbeit auch im Falle des Verbots von Organisationen relativ problemlos weiterführen zu können.³ Diese Strategie

² Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1975-1989, Bonn 1976-1990. Die Doppelmitgliedschaften wurden abgezogen und die unorganisierten Neonazis berücksichtigt. Bei der Berechnung der Prozentzahlen erfolgte eine Rundung auf zwei Nachkommastellen.

³ Vgl. u.a.: Borris Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR. Die Bedeutung und Funktion der Freien Kameradschaften im rechtsextremen Spektrum der Neuen Bundesländer, Saarbrücken 2008, S. 23; Andreas Speit, „Wir marschieren bis zum Sieg“, in: Andrea Röpke/Ders. (Hrsg.), Braune Kamerad-

wurde jedoch durch die ab 1992 massiv einsetzenden staatlichen Verbote konterkariert.⁴

Die Zahl neonazistischer Organisationen nahm zwar nach Mauerfall und Wiedervereinigung von 20 1987 auf 30 1991 zu, doch der Neonazismus konnte trotz der neuen Rahmenbedingungen nicht seine gesellschaftliche und sceneinterne Außenseiterrolle ablegen. Die Anzahl der Neonazis stieg im Vergleich zu 1987 nur marginal um 180 Personen auf 1.700 im Jahr 1991. Der prozentuale Anteil aller Neonazis am rechtsextremistischen Personenpotenzial lag damit bei 4,25 Prozent, unbedeutend über dem Wert von 1989 mit 3,6 Prozent und sogar unter dem Wert von 6 Prozent aus dem Jahr 1987.⁵

Mit den erwähnten Vereinsverboten, die als eine Reaktion auf pogromartige Ausschreitungen und Überfälle auf Asylbewerber und Ausländer Anfang der 1990er Jahre zu sehen sind⁶, wurde die ohnehin zersplitterte Neonazi-Szene weiter geschwächt. Allein im Zeitraum von 1992 bis 1995 sind elf neonazistische Organisationen mittels Vereinsverboten des Bundes und der Länder aufgelöst worden.⁷ Diese

schaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004, S. 13-39, hier S. 22.

⁴ Auch vor den Verbotswellen funktionierte diese Strategie nicht reibungslos, schließlich standen jene Organisationen stets unter dem Verdacht, Ersatzorganisationen im Sinne des § 8 Abs. 1 VereinsG zu sein. Da das Vereinsverbot strafrechtlich geschützt wird (vgl. § 21 VereinsG, § 85 StGB), kam es zu Verurteilungen von einzelnen Aktivisten (u.a. Christian Worch) wegen Fortführungsaktivitäten.

⁵ Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1987-1991, Bonn 1988-1992.

⁶ Zu nennen sind hier vor allem die Ausschreitungen in Hoyerswerda (September 1991) und Rostock-Lichtenhagen (August 1992) sowie die Brandanschläge von Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993). Insgesamt nahm zu Beginn der 1990er Jahre die Anzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten massiv zu. Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1993, Bonn 1994, S. 83 f.

⁷ 1992-1995 wurden in chronologischer Reihenfolge verboten: Nationalistische Front (NF), Deutsche Alternative (DA), Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven, Nationale Offensive (NO), Nationaler Block (NB), Heimattreue Vereinigung Deutschlands, Freundeskreis Freiheit für Deutschland, Wiking Jugend e.V., Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), Nationale Liste (NL), Direkte Aktion/Mitteldeutschland. Vgl. Julia Gerlach, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD, in: Uwe Backes/Henrik

Zahlen heben sich deutlich von denen der 1980er Jahre ab, in denen der Bundesminister des Innern lediglich vier Organisationen verboten hatte.⁸ Der Verlust der organisatorischen Basis spiegelt sich im Anteil der unorganisierten Neonazis wider. Er schoss von 11,8 Prozent im Vorjahr auf 52,5 Prozent im Jahr 1992 und blieb bis 1995 mit 53,54 Prozent auf ähnlich hohem Niveau.⁹ Die Vereinsverbote zeigten in Kombination mit weiteren Exekutivmaßnahmen ihre Wirkung, kam es doch nicht nur zu einer starken Verunsicherung, sondern auch zu einer Einschränkung der Aktionsfähigkeit.¹⁰

Das staatliche Vorgehen hatte aber noch zwei weitere Folgen, die für die Entwicklung des Neonazismus von entscheidender Bedeutung sein sollten. Einerseits sah man sich gezwungen, ein neues Organisationsmodell zu entwickeln, das für staatliche Maßnahmen weniger anfällig war, andererseits setzte sich in der zersplitterten Szene die Erkenntnis durch, dass man die bisherige Abgrenzung untereinander zumindest tendenziell aufheben und aufeinander zugehen müsste. In einer Strategiedebatte kamen die führenden Neonazis zu der Einsicht, dass autonome Strukturen in der Zukunft die organisatorische Grundlage bilden sollten, während die Zusammenarbeit auf gemeinsamer Aktionsorientierung und einer kommunikativen Vernetzung basieren sollte.¹¹

Steglich (Hrsg.), Die NPD, Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 233-260, hier S. 240.

⁸ Hierzu zählen die Verbote gegen die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (Januar 1980) und die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBd/PdA) (Januar 1982) sowie das Verbot gegen die „Aktionsfront Nationaler Aktivisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA (Dezember 1983) und die „Nationale Sammlung“ (Januar 1989).

⁹ Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1991-1995, Bonn 1992-1996. Die Doppelmitgliedschaften wurden abgezogen. Bei der Berechnung der Prozentzahlen wurde auf zwei Nachkommastellen gerundet.

¹⁰ Vgl. u.a. Gerlach, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD (Anm. 7), S. 234ff.; Armin Pfahl-Traughber, Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945, Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 71-100, hier S. 91.

¹¹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, 4. Auflage, München 2006, S. 62.

Die ersten „Freien Kameradschaften“ (FK) bildeten sich bereits 1994, kurz nachdem die erste Verbotswelle (1992-1993) abgeklungen war.¹² Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) konstatierte in diesem Jahr, dass die Anzahl der Neonazis im Vergleich zum Vorjahr (1.750 Neonazis) auf 2.940 anstieg und führte dies auf die fortschreitende Umsetzung des KM zurück.¹³ Es hob gleichzeitig die sich abzeichnende Tendenz eines begrenzten Mitwirkens von Skinheads in neonazistischen Personenzusammenschlüssen hervor, welche ebenfalls der zunehmenden Umsetzung des KM zugeschrieben wurde. Auch die Zunahme der Anzahl an Organisationen von 27 im Vorjahr auf 33 erklärte man damit.¹⁴

Zunächst konnten viele Aktivisten Unterschlupf in den noch bestehenden neonazistischen Organisationen wie der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) oder der „Nationalen Liste“ (NL) finden. Als auch diese Vereinigungen illegalisiert wurden, kam es zu einer verstärkten Propagierung des KM. Es erwies sich als günstig für dessen Umsetzung, dass zu diesem Zeitpunkt viele der maßgeblichen neonazistischen Organisationen verboten waren, denn so lief sie nicht auf eine Entmachtung der einflussreichen Führungsaktivisten hinaus. Viele ehemalige Anführer sahen in der Gründung von FK sogar eine Möglichkeit, ihren Führungsanspruch wieder geltend zu machen. Tatsächlich kam es in den Jahren 1998 und 1999 zu einer Welle von Kameradschaftsgründungen.¹⁵ Ein Blick auf die entsprechenden Zahlen zeigt, dass es seit der Umsetzung des KM - mit Ausnahme weniger Einbrüche - eine kontinuierliche Zunahme neonazistischer Organisati-

¹²Vgl. u. a.: Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 3), S. 25; Armin Pfahl-Traugher, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Band 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173, hier S. 159.

¹³Das BfV benutzte hierbei zwar nicht den Terminus FK bzw. KM, beschrieb aber die Charakteristika des Modells. Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1994, Bonn 1995, S. 76.

¹⁴Vgl. ebenda.

¹⁵Vgl. u.a.: Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 3), S. 25 f.; BfV (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften in Deutschland, Köln 2000, S. 5.

onen gab. Waren es 1991 lediglich 30, konnte 2011 mit 157 neonazistischen Gruppierungen ein vorläufiger Höchststand erreicht werden.¹⁶

Die letzte Angabe des BfV über die Anzahl von FK stammt aus dem Jahr 2008 (160 FK).¹⁷ Dagegen sprach die Fachjournalistin Andrea Röpke bereits 2006 von 200 FK.¹⁸ Die tatsächliche Anzahl ist schwer zu bestimmen, zumal einige nur kurzfristig existieren und/oder unter wechselnden Bezeichnungen firmieren. Alle genannten Zahlen belegen jedoch, dass sich das KM mittlerweile zum vorherrschenden Organisationstyp im Neonazismus entwickelt hat.¹⁹ Hierbei ist stets zu bedenken, dass die Konzeption des KM, die bereits 1994 von dem Kriminologen Bernd Wagner als „das Kernstück der Modernisierung des heutigen Rechtsextremismus“²⁰ eingestuft wurde, eine „aus der

¹⁶Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1991-2011, Bonn bzw. Berlin 1992-2012. Die tatsächliche Anzahl der FK dürfte sogar noch über den jährlich vom BfV ausgewiesenen Zahlen liegen, da in den Statistiken nur die Organisationen Berücksichtigung finden, die ein gewisses Maß an Organisation aufweisen. Da sich die FK u. a. dadurch auszeichnen, dass sie häufig nur minimale Organisationsstrukturen besitzen, kommt eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen und dem ausgewiesenen Wert zustande, zumal mit ihm auch noch alle weiteren neonazistischen Gruppierungen erfasst werden. Trotz dieser Abweichung lässt sich die quantitative Entwicklung des KM ablesen.

¹⁷Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2008, Berlin 2009, S. 56.

¹⁸Vgl. Andrea Röpke, Braune Kameradschaften (13.09.2006), in: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41901/braune-kameradschaften (gelesen am 8. November 2012).

¹⁹Es ist darauf hinzuweisen, dass zwar die Mehrheit, aber nicht alle Neonazis in FK organisiert sind. Lange Zeit verfügte beispielsweise die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) über einen beträchtlichen Mitgliederstamm, ehe auch diese letzte bedeutende Organisation des KO 2011 verboten wurde. Sofern die Mitglieder der HNG nicht schon zuvor parallel in FK organisiert waren, dürfte sich durch das Verbot der prozentuale Anteil der in FK organisierten Neonazis deutlich erhöht haben, wohingegen der Anteil der Neonazis in Organisationen des KO signifikant gesunken bzw. gegen Null tendieren dürfte. Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2009, Berlin 2010, S. 67.

²⁰Bernd Wagner, Gewaltaktivitäten und „autonome“ rechtsextrem-orientierte Strukturen in den neuen Bundesländern, in: Werner Bergmann/Rainer Erb (Hrsg.), Neonazismus und rechte Subkultur, Berlin 1994, S. 77-97, hier S. 95.

Not ... geborene ... Strategie“²¹ darstellt und keineswegs aus einer politischen Offensiv-Situation heraus erfolgte.²² Mit gegenwärtig 6000 Aktivisten hat der Neonazismus zwar nach wie vor eine gesellschaftliche Außenseiterrolle inne, seine szeneeinterne Bedeutungslosigkeit hat er mittlerweile aber überwunden. Mit mehr als einem Viertel aller Rechtsextremisten stellen die Neonazis einen wichtigen Akteur innerhalb des Rechtsextremismus dar.²³

3. Klassisches Organisationsmodell

3.1 Organisationsform

Zwar nahmen einige Organisationen des KO an Bundes- und Landtagswahlen teil, dennoch handelte es sich bei ihnen aus juristischer Sicht meistens um Vereinigungen im Sinne des Vereinsgesetzes. Dementsprechend wählten sie Vorstände bzw. Vorsitzende, erstellten Satzungen und Programme, hielten Mitgliederversammlungen ab, fertigten Rechenschaftsberichte, führten Mitgliederlisten, erhoben zum Teil Beiträge und vieles mehr. Die Mitgliedschaft hatte demnach eine formale Ausrichtung und wies ein Mindestmaß an institutioneller Bindung auf.²⁴ Obwohl diese Organisationen nur selten über dreistellige Mitgliederzahlen verfügten, erhoben sie den Anspruch, bundesweit oder zumindest in einem gesamten Bundesland zu agieren. Dies zeigt sich u.a. daran, dass sie Untergliederungen für verschiedene Bundesländer und Regionen hatten, sich gelegentlich an überregionalen Wahlen beteiligten und in ihren Programmen und Satzungen das Bundes-

²¹Thomas Wulff, zitiert nach: Martin Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen 2009, S. 68.

²²Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Hitlers selbsternannte Erben: Die Neonazi-Szene. Zur Entwicklung einer rechtsextremistischen Subkultur, in: BMI (Hrsg.), Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1997, S. 81-106, hier S. 99.

²³Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2012, Berlin 2013, S. 56.

²⁴Vgl. Gerlach, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD (Anm. 7), S. 237 f.; Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 67 f.

gebiet bzw. eines oder mehrere Bundesländer als Wirkradius angeben.²⁵

3.2 Mitgliederstruktur, Hierarchie und Führungsstil

Die Mitglieder jener Organisationen stammten größtenteils aus den unteren sozialen Schichten und waren in der Regel jüngere Männer. Frauen spielten allenfalls eine unbedeutende Rolle auf den unteren Ebenen. An der Spitze dieser streng hierarchischen Organisation stand ein neonazistisch indoktriniertes, in der Regel intellektuell überlegener Anführer, der einen autoritären Führungsstil pflegte. Die hierbei zum Ausdruck kommende Fixierung des KO auf einige wenige Führungspersonen barg einen gewichtigen Nachteil in sich. Sobald diese Personen, etwa durch Freiheitsstrafen²⁶, nicht mehr agieren konnten, entstand ein Vakuum, das nur ansatzweise ausgeglichen werden konnte. Exemplarisch zeigt sich dies an der ANS, deren Aktivitäten im Zeitraum von Michael Kühnens²⁷ Inhaftierungen drastisch zurückgingen. Eine stabile und nachhaltige Entwicklung der jeweiligen Organisation war damit zumindest stark erschwert, wenn nicht gar unmöglich.²⁸

Verstärkt wurde dieser Negativeffekt durch persönliche Differenzen und Machtansprüche einzelner Funktionäre, die sich u. a. bei den Versuchen, das entstandene Vakuum zu kompensieren, offenbarten. Als Beispiel kann der Richtungsstreit innerhalb der FAP genannt werden,

²⁵Vgl. u. a. BMI, Verbotsverfügung gegen die „Nationalistische Front“, Bonn 1992, S. 5 f.; BMI, Verbotsverfügung gegen die „Nationale Offensive“, Bonn 1992, S. 6.

²⁶Viele Führungspersonen neonazistischer Organisationen (z.B. Michael Kühnen, Christian Worch, Friedhelm Busse) saßen mehrere Jahre im Gefängnis. Die Gründe hierfür waren unterschiedlicher Natur. Hervorzuheben sind jedoch die Freiheitsstrafen wegen Fortführungsaktivitäten verbotener Vereinigungen (z.B. gegen Worch oder Busse), da sich hier ein Nachteil des KO in doppelter Hinsicht auswirkt. Vgl. hierzu auch Anm. 4.

²⁷Kühnen, einer der wichtigsten Neonazis in den 1970er und 1980er Jahren, war der Gründer und Anführer der ANS.

²⁸Vgl. u. a. Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 68, 114; Armin Pfahl-Traughber, Der "zweite Frühling" der NPD, Entwicklung, Ideologie, Organisation und Strategie einer rechtsextremistischen Partei, Sankt Augustin - Berlin 2008, S. 55.

bei dem es vordergründig um die Einstellung zur Homosexualität ging. Tatsächlich wollte Jürgen Mosler die Situation von Kühnens Inhaftierung nutzen, um ihn als Führungsperson zu verdrängen. Mosler gelang es, Kühnen und seine Anhänger aus der FAP auszugrenzen. Doch auch sein Flügel verließ wenig später die FAP, nachdem ein innerparteilicher Machtkampf gegen den 1988 neu gewählten Vorsitzenden Busse verloren ging. Derartige Entwicklungen, die als exemplarisch für das lagerinterne Verhältnis der Neonazis bis in die 1990er Jahre hinein angesehen werden können, sorgten für eine Zersplitterung²⁹ der ohnehin schon heterogenen und personell dezimierten Szene. Daraus ergab sich eine Vielzahl an miteinander konkurrierenden Organisationen, die – auf ihre organisatorische Eigenständigkeit beharrend – eine Einigung auf Bundesebene ausschloss und das politische Wirken des Neonazismus behinderte. Selbst einer Person wie Kühnen gelang es nicht, die Zersplitterung der Szene zu überwinden. Diese erfolgte – wie oben dargestellt – erst als Reaktion auf einen externen Impuls.³⁰

Die streng hierarchische Ausrichtung der Organisationen bedingte einen Führungsstil, der sich an der Maxime von „Befehl und Gehorsam“ orientierte. Dies hatte in zweifacher Hinsicht negative Auswirkungen: zum einen auf die Organisation selbst, zum anderen auf die Entwicklung des Neonazismus insgesamt. In Bezug auf die Organisation hatte der autoritäre Führungsstil zur Folge, dass es keinen Platz für eine „innere Demokratie“ gab. Da das einzelne Mitglied kaum Einfluss auf das Organisationsziel hatte, war seine Teilhabe am Organisationsgeschehen eher gering. Des Weiteren entstand eine Distanz zwischen dem „Führer“ und dem Gros der „Geführten“. Solange es der Führungsperson jedoch gelang, durch ihre charismatischen Fähigkeiten die von ihr getroffenen Entscheidungen plausibel und glaubhaft zu vermitteln, konnten die aus dem autoritären Führungsstil resultieren-

²⁹Ideologische Differenzen, d.h. unterschiedliche Orientierungen am historischen Nationalsozialismus hatten für die Zersplitterung der Szene eine nachgeordnete Bedeutung, da der Stellenwert einer geschlossenen Ideologie im Neonazismus nicht besonders hoch ist. Vgl. Pfahl-Traughber, Hitlers selbsternannte Erben: Die Neonazi-Szene (Anm. 22), S. 83.

³⁰Vgl. Pfahl-Traughber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotmaßnahmen (Anm. 12), S. 157.

den Defizite – mangelnde Einflussmöglichkeiten, geringe Partizipation und kaum Kommunikation auf Augenhöhe – ausgeglichen werden. Gelingt dies nicht, war der Gruppenzusammenhalt gefährdet. Mit den genannten Aspekten ging das Fehlen einer Kritikkultur einher, die es ermöglicht hätte, Meinungs- und Kompetenzstreitigkeiten durch einen Konsens innerhalb der Organisation zu klären. Dies hatte zur Folge, dass „Abweichlern“ und Kritikern nur Handlungsoptionen blieben, welche die Zersplitterung der Szene begünstigten: Sie konnten die Organisation verlassen, um dann eine eigene zu gründen bzw. in eine andere zu wechseln, oder den Versuch unternehmen, die Entscheidungsgewalt innerhalb der Organisation an sich zu ziehen. Eine weitere Möglichkeit bestand darin, sich der vorgegebenen Linie zu unterwerfen oder sich ganz aus der politischen Arbeit zurückzuziehen.³¹

3.3 Rekrutierungspraxis

Die Rekrutierung der neonazistischen Organisationen jener Zeit muss vor dem Hintergrund ihres Selbstverständnisses gesehen werden. Sie verstanden sich zumeist als disziplinierte Kaderorganisationen mit einem elitären Anspruch. Dementsprechend restriktiv war ihre Rekrutierungspolitik. Die Ambitionen, Personen aus anderen subkulturellen Milieus oder Jugendszenen gezielt anzusprechen, waren eher gering. Während man selbst meist passiv blieb, mussten Interessenten ein erhöhtes Maß an Eigeninitiative aufbringen, um Mitglied zu werden. Nachfolgendes Zitat von Karl-Heinz Hoffmann, dem Gründer der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, deutet das erwähnte Selbstverständnis an und bringt die darin enthaltene Problematik der damaligen Rekrutierungspolitik zum Ausdruck: „Eine Anwerbung durch gezieltes Ansprechen oder durch Informationsstände und so weiter, das haben wir eigentlich nie getan. Wir bestehen seit knapp fünf Jahren und haben nie jemanden in dem Sinne angeworben, weil das auch gar keinen Zweck hat. Das muss von alleine gehen“.³² Führt man sich dieses Selbstverständnis vor Augen und bedenkt, dass sich die Rekrutierung

³¹Vgl. Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 98ff.

³²Karl-Heinz Hoffmann, zitiert nach: Alwin Meyer/Karl-Klaus Rabe (Hrsg.), Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern, Bornheim-Merten 1980, S.198.

vor allem auf die bereits bestehenden neonazistischen Gruppierungen beschränkte, ist es kaum verwunderlich, dass die Mitgliederzahlen dieser Organisationen eher gering blieben.³³

Erfolgte doch der Versuch, außerhalb des neonazistischen Lagers Anwerbungen zu starten, wurde dies in erster Linie mittels ideologischer Indoktrinierung versucht. Dieses Unterfangen blieb jedoch meistens erfolglos, da es an den für Eintritt und Verbleib in einer Gruppe essentiellen Anreizen fehlte. So blieb in den 1980er Jahren das Unterfangen Kühnens, Personen aus dem Bereich der Hooligans und Skinheads zu werben, meistens erfolglos, da für sie der „Spaßcharakter“ nicht ersichtlich war. Die Art und Weise der Anwerbung und die starren hierarchisch-organisatorischen Strukturen waren einfach keine Gründe für den Eintritt in eine solche Organisation. Gelang es dennoch, Personen zu interessieren, wurden diese mit hohen Eintrittshürden konfrontiert. Sie mussten in der Regel einen Aufnahmeantrag ausfüllen, kontinuierlich Mitgliedsbeiträge zahlen und an obligatorischen Veranstaltungen teilnehmen. Die NF veranschaulicht exemplarisch die elitären Aufnahmekriterien der damaligen Zeit. So war für eine Aufnahme neben dem Mindestalter von 16 Jahren die erfolgreiche Teilnahme an programmatischen Schulungen und physischem Training, die Anerkennung von Satzung und Programm, die aktive Teilnahme am „Parteilben“ und die regelmäßige Zahlung von Mitgliedsbeiträgen Voraussetzung.³⁴ Diese strengen Aufnahmekriterien und die oben beschriebene, kaum über die neonazistische Szene hinausgehende Anwerbungspraxis bedingten die Abschottung der jeweiligen Organisationen nach außen und damit auch die Stagnation der Aktivistenzahlen.

³³Vgl. u. a. Jan Schedler, „Modernisierte Antimoderne“: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010, in: Ders./Alexander Häusler (Hrsg.), Autonome Nationalisten, Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden 2011, S. 17-35, hier S. 23; Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 78ff.

³⁴Vgl. u.a. BMI, Verbotsverfügung gegen die „Nationalistische Front“ (Anm. 25), S. 2; Gerlach, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD (Anm. 7), S. 238; Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 81.

4. Kameradschaftsmodell

4.1 Organisationsform

Das KM entstand aus den Erfahrungen der Vereinsverbote in den 1990er Jahren und sollte daher in erster Linie repressionsresistent sein. Dementsprechend stellt der Verzicht auf offensichtliche – und damit verbotsfähige – Vereinsstrukturen zugunsten lokal und regional agierender, autonomer³⁵ Zusammenschlüsse den Kern des Modells dar. Es ist jedoch kritisch anzumerken, dass diese ursprünglichen Kerngedanken mittlerweile zum Teil in den Hintergrund getreten sind. So gab es einerseits in der Vergangenheit immer wieder Verbote gegen „Freie Kameradschaften“ (FK), weil diese Vereinsstrukturen ausgebildet hatten,³⁶ andererseits zeichnete sich nach dem Scheitern des ersten Verbotsverfahren gegen die NPD 2003 eine organisatorische Verflechtung zwischen ihr und den FK ab, die sich mit dem Eintritt führender „Freier Nationalisten“ (FN) wie Thomas Wulff und Thorsten Heise³⁷ im Jahr 2004 manifestierte.

Ein weiteres wesentliches Merkmal des KM ist die kommunikative Vernetzung, die aus drei Elementen besteht: Die persönlichen Kontakte auf der Führungsebene stellen das erste Element dar. Der bzw. die Anführer einer FK verfügen in der Regel über Kontakte in die überregionale rechtsextremistische Szene und garantieren damit für die Vernetzung ihrer Kameradschaft mit Gleichgesinnten. Informelle Zusammenkünfte wie z.B. das „Norddeutsche Koordinierungstreffen“, bei dem sich die Führungskräfte aus dem norddeutschen Raum zusammenfinden, dienen der überregionalen Koordination und Kooperation. Den Führungspersonen kommt dadurch eine herausgehobene

³⁵Die Neonazis beziehen den Begriff „autonom“ lediglich auf die organisatorische Unabhängigkeit, die insbesondere gegenüber dem rechtsextremistischen Parteienspektrum betont wird. Demgegenüber hat der Begriff bei den linksextremistischen Autonomen zusätzlich eine politische Dimension. Sie drücken damit ihre diffus anarchistische Orientierung aus.

³⁶Vgl. etwa die Verbote gegen die „Kameradschaft Aachener Land“, den „Nationalen Widerstand Dortmund“ und die „Kameradschaft Hamm“ (durch das nordrhein-westfälische Innenministerium am 23 August 2012).

³⁷Wulff und Heise verstehen sich trotz der NPD-Mitgliedschaft und der von ihnen bekleideten Funktionen innerhalb der Partei (stellvertretender Landesvorsitzender in Hamburg bzw. Bundesvorstandsmitglied) weiterhin als FN.

Stellung zu. Als Inhaber solcher Kontakte und Teilnehmer an derartigen Treffen dienen sie als Multiplikator für szenerelevante Informationen wie z.B. Demonstrations- oder Konzerttermine. Bei vielen FK existieren darüber hinaus personelle Überschneidungen, die den Informationsaustausch zusätzlich befördern. Des Weiteren führen langjährige Freundschaften oder auch die ehemalige Zusammenarbeit in anderen Organisationen zu einem intensivierten Informationsaustausch auf dieser Ebene.³⁸

Als zweites Element der kommunikativen Vernetzung ist die verstärkte Nutzung moderner Kommunikationsmittel zu nennen. Sie trägt genau wie das Erstgenannte dazu bei, die weggefallene organisatorische Klammer durch eine kommunikative Klammer zu ersetzen.³⁹ Drittes Element der kommunikativen Vernetzung sind die Aktionsbüros bzw. Aktionsbündnisse. Sie dienen den lokal und regional agierenden FK als überregionale Kooperationsplattformen. Dabei stellen die Koordination der FK untereinander, das Zusammenspiel mit anderen rechtsextremistischen Akteuren, vor allem der NPD, und die Erhöhung der Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit die zentralen Anliegen der Aktionsbüros dar. Die Zusammenarbeit soll hierbei nicht durch organisatorische Strukturen, sondern ganz im Sinne des Kameradschaftsmodellgedankens durch die gemeinsame politische Weltanschauung getragen werden. In diesem Sinne sind die Aktionsbüros und Aktionsbündnisse nicht als formelle Allianzen von verschiedenen FK oder als Büros im physischen Sinne zu verstehen, sondern hauptsächlich als unabhängige Internetpräsenzen, die fast täglich aktualisiert und von wenigen, aber einflussreichen Neonazis geleitet werden. Die genann-

³⁸Vgl. u. a. Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 3), S. 44; Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, 3. Auflage, Berlin 2010, S. 113 f.

³⁹Vgl. u. a. Pfahl-Traugher, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen (Anm. 12), S. 164ff; Thomas Pfeiffer, Uraltes Denken in High-Tech-Medien, Rechtsextremisten entdecken den Computer, in: Stefan Glaser/Ders. (Hrsg.), Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach / Ts. 2007, S. 87-97, hier S. 88ff.

ten Elemente sollen in Kombination – so die Theorie – das Fehlen überregionaler Strukturen kompensieren.⁴⁰

4.2 Mitgliederstruktur, Hierarchie und Führungsstil

Bei den FK handelt es sich um ein von männlichen Jugendlichen und Erwachsenen dominiertes politisches Phänomen. Der Frauenanteil in der Führungsebene liegt bei vier Prozent, insgesamt beträgt er zehn Prozent.⁴¹ Der Großteil der Kameradschaftsangehörigen gehört der Altersgruppe der 20 bis 25-jährigen an. Die Führungsaktiven sind meistens etwas älter, das Sympathisantenumfeld etwas jünger.⁴²

Bezüglich sozialer Herkunft und Bildungsgrad lassen sich hingegen nur schwer genauere Angaben machen, da es an empirischen Daten mangelt. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss hält den Rechtsextremismus insgesamt für ein Unterschichtphänomen.⁴³ Demgegenüber verweisen z. B. die Politikwissenschaftler Borris Diederichs und Martin Thein darauf, dass vor allem bei den Führungsaktivisten der Neonazi-Szene häufig ein höherer Bildungsgrad anzutreffen sei und man die Führungsebene auch unter finanziellen Gesichtspunkten eher nicht der „Unterschicht“ zurechnen könne.⁴⁴ Es darf also davon ausgegan-

⁴⁰Vgl. u. a. Schedler, „Modernisierte Antimoderne“: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010 (Anm. 33), S. 20; Speit, „Wir marschieren bis zum Sieg“ (Anm. 3), S. 20, Fabian Virchow, The groupuscularization of neo-Nazism in Germany: the case of the Aktionsbüro Norddeutschland, in: Patterns of Prejudice, Nr. 38 aus 2004, S. 56-70, hier S. 61.

⁴¹Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2001, Berlin 2002, S. 56; BMI (Hrsg.), VSB 2011, Berlin 2012, S. 69; Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, rechtsextremistische Skinheads, rechtsextremistische Musik, Hannover 2007, S. 8.

⁴²Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2004, Berlin 2005, S. 57; BMI (Hrsg.), VSB 2005, Berlin 2006, S. 69; Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 3), S. 28.

⁴³Vgl. Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 229.

⁴⁴Vgl. Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 3), S. 28, Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 118 f. Thein verweist darauf, dass er bei seiner Studie nur stichprobenhaft Material erhoben hat, sodass kein repräsentatives Bild über die gesamte Szene entstanden ist. Der Großteil der von ihm befragten Personen gehört jedoch der Führungsebene an und verfügt seinen Angaben nach verhältnismäßig oft über

gen werden, dass die Mitglieder einer FK nicht durchgängig aus den unteren sozialen Schichten stammen.

Über den Ausprägungsgrad der Hierarchie und den Führungsstil innerhalb der von fünf bis zu 30 Personen umfassenden Kameradschaften existieren ebenfalls stark divergierende Angaben. In der Regel gibt es einen Kameradschaftsführer bzw. eine Führungsebene, die Ebene der „normalen“ Aktivisten und ein unterschiedlich stark ausgeprägtes Sympathisantenumfeld.⁴⁵ Ein erheblicher Dissens besteht einerseits in der Frage, wie stark das Über- bzw. Unterordnungsverhältnis zwischen diesen Ebenen ist und andererseits in der Frage des angewendeten Führungsstils. So sehen beispielsweise das BfV und die Verfassungsschutzabteilung der Berliner Senatsverwaltung für Inneres strenge Hierarchien und eine autoritäre Anleitung durch den Kameradschaftsführer als charakteristische Merkmale einer FK.⁴⁶

Eine diametral entgegengesetzte Ansicht vertritt Martin Thein, der im Rahmen seiner Studie flache Hierarchien, einen „kommunikativen Führungsstil“ und „demokratische Strukturen“ ausgemacht haben will.⁴⁷ Um Klarheit in dieser Frage zu schaffen, hilft ein Blick auf die Beziehungsverhältnisse zwischen den Kameradschaftsmitgliedern: Die Führungsaktivisten und die „normalen“ Aktivisten kennen sich aufgrund der örtlichen Verankerung oftmals über Jahre. Sie sind gemeinsam aufgewachsen und haben z.B. die gleiche Schule besucht oder zusammen im Fußballverein gespielt. Zwischen ihnen bestehen zum Teil lange vor Gründung oder Eintritt in eine FK freundschaftliche Beziehungen, die sich durch die Freizeitaktivitäten der FK sogar noch intensivieren.⁴⁸ Diese persönliche Nähe stützt die Ausführungen Theins und lässt auf freundschaftlicher Grundlage basierende demo-

die allgemeine Hochschulreife, befindet sich in der Selbstständigkeit oder absolvierte ein Studium. Insofern gibt seine Studie zumindest einen kleinen Einblick über den Bildungsgrad der Führungsebene.

⁴⁵Vgl. Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 3), S. 29ff.; Speit, „Wir marschieren bis zum Sieg“ (Anm. 3), S. 21.

⁴⁶Vgl. BMI (Hrsg.), VSB. 2001, Berlin 2002, S. 57; Senatsverwaltung für Inneres (Hrsg.), VSB 2006, Berlin 2007, S. 185.

⁴⁷Vgl. Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist – Der Neonazismus im Wandel (Anm. 21), S. 104ff.

⁴⁸Vgl. Diederichs, Freie Kameradschaften in der Ex-DDR (Anm. 21), S. 28 f.

kratische Strukturen, flache Hierarchien und einen kommunikativen Führungsstil als denkbar erscheinen. Allerdings darf der ideologische Hintergrund der Protagonisten nicht ausgeblendet werden. Nach neonazistischer Denkart sollen demokratische Strukturen zugunsten eines autoritären Führerstaates abgeschafft werden. Dementsprechend müssten auch die Kameradschaftsführer den „Autoritarismus als Ordnungs- und Herrschaftsprinzip“⁴⁹ anwenden. Damit wäre den behördlichen Ausführungen Rechnung getragen. Wenngleich eine genaue Standortbestimmung aufgrund der diversifizierten Kameradschaftslandschaft schwierig ist, werden die tatsächlichen Verhältnisse im Spektrum zwischen den beiden genannten Deutungen liegen, wobei es immer FK gibt, die eher mit den behördlichen Angaben übereinstimmen, während andere eher in die von Thein beschriebene Richtung tendieren.

4.3 Rekrutierungspraxis

Die Kameradschaftsaktivisten sind aufgrund der gleichen Sozialisierung und des jahrelangen persönlichen Bekanntschaftsverhältnisses in die örtlichen Jugendszenen involviert. Dadurch werden der Aufbau von Kameradschaftsstrukturen und die Rekrutierung neuer Mitglieder erleichtert.⁵⁰ Das entscheidende Charakteristikum dabei ist, dass die politische Dimension zunächst durch den Unterhaltungscharakter, den die FK versprechen, überlagert wird. Der Politikwissenschaftler Thomas Pfeiffer spricht in diesem Zusammenhang von der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, womit er die Verbindung von Freizeit- und Unterhaltungsangeboten mit politischen Inhalten meint.⁵¹ Die FK ver-

⁴⁹ Andreas Speit, *Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum*, Braunschweig 2005, S. 22.

⁵⁰ Vgl. Speit, „Wir marschieren bis zum Sieg“ (Anm. 3), S. 20. Laut dem niedersächsischen Innenministerium stellen jene persönlichen Bekanntschaften neben szenerelevanten Veranstaltungen wie Skinheadkonzerten den häufigsten Erstkontakt mit Kameradschaften dar. Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), *Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik* (Anm. 41), S. 7.

⁵¹ Vgl. Thomas Pfeiffer, *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert*, in: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa, Rechts außen – Rechts ‚Mitte‘?*, Baden-Baden 2011, S. 117-131.

suchen sich als Alternative zu den örtlichen Institutionen wie z.B. dem Sportverein oder der Feuerwehr im vorpolitischen Raum zu positionieren und durch vielfältige Freizeitaktivitäten attraktiv für Jugendliche zu wirken.⁵² Die Angebote reichen dabei von „nationalen Fußballturnieren“ über Grillabende bis hin zu Sonnenwendfeiern. Hierbei werden die politischen Inhalte mal offener, mal subtiler nebenbei vermittelt.⁵³

Der Eintritt vollzieht sich eher schleichend und hängt mittlerweile mehr von freundschaftlichen Beziehungen und Identität stiftenden Freizeiterlebnissen ab, als von der Stärke der politischen Einstellung. Bei jungen Szeneaktivisten ist es gegenwärtig der Regelfall, dass sie über kein ideologisch fundiertes und gefestigtes Weltbild verfügen. Vielmehr reicht eine Art Minimalkonsens in Form einer diffusen Zustimmung zur neonazistischen Ideologie als Prämisse für den Eintritt in eine FK aus. Sobald der Eintritt vollzogen wurde, erfolgt – z.B. mittels Schulungsveranstaltungen – eine schrittweise ideologische Festigung.⁵⁴

Eine weitere Besonderheit besteht in der verstärkten Nutzung des Internets. Es eignet sich aufgrund seiner nach wie vor stark von jungen Menschen geprägten Nutzerschaft – 95 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren nutzen das Internet – hervorragend zur Verbreitung der neonazistischen Ideologie⁵⁵ und zur Gewinnung neuer

⁵²Damit sind sie insbesondere in Regionen erfolgreich, in denen es an Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und Fürsorge für Jugendliche mangelt. Vor allem in den neuen Bundesländern haben sich mancherorts Jugendprojekte und Jugendverbände, z.T. wegen fehlender Finanzmittel, zurückgezogen. Wo sich die Jugendlichen zurückgelassen und aufgegeben fühlen, stoßen die FK mit ihrem Engagement verstärkt auf positive Resonanz.

⁵³Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik (Anm. 41), S. 8; Pfeiffer, Erlebniswelt Rechtsextremismus (Anm. 51), S. 118.

⁵⁴Vgl. u.a. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik (Anm. 41), S. 9; Schedler, ‚Modernisierte Antimoderne‘: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010 (Anm. 33), S. 24.

⁵⁵Auch wenn die Neonazis nach wie vor auf Szenepublikationen zurückgreifen, hat das Internet die Druckerzeugnisse bezüglich der Bedeutung für die Verbrei-

Anhänger. Die Zugangsschwelle ist niedrig, denn die Rezipienten neonazistischer Internetseiten müssen nicht notwendigerweise über einen Szenekontakt verfügen. Daher versuchen die Neonazis, die potenzielle Breitenwirkung des Mediums immer besser auszunutzen, indem sie ihre Seiten professioneller und attraktiver gestalten. Um dies zu erreichen, wird auf einen jugendaffinen Mix aus interaktiven Angeboten, multimedialen Elementen sowie moderner Optik zurückgegriffen.⁵⁶

5. Klassisches Organisationsmodell und Kameradschaftsmodell im Vergleich

5.1 Organisationsform im Vergleich

Die klassischen Organisationen waren überwiegend Vereine und wiesen dadurch eine formale Ausrichtung und ein Mindestmaß an institutioneller Bindung auf. FK hingegen verzichten auf formale Strukturen und basieren auf einer informellen Mitgliedschaft. Dies hat zwei wesentliche Folgen: Erstens ist das KM durch den Verzicht auf formale Strukturen nicht so verbotsanfällig wie das KO, zweitens wirkt sich der informelle Charakter positiv auf die Rekrutierung neuer Mitglieder aus.⁵⁷

Bezüglich der Organisationsgröße bestehen auf den ersten Blick keine allzu großen Unterschiede. Während FK in der Regel über fünf bis 30 Mitglieder verfügen, bestanden Organisationen des KO meistens aus wenigen Dutzend Aktivisten, wenngleich es durchaus Ausnahmen wie die „Deutsche Alternative“ mit mehreren hundert Mitgliedern gab. Setzt man das Kriterium der Organisationsgröße jedoch in Beziehung mit dem Wirkradius, so offenbaren sich folgende Vor- bzw. Nachteile: Die FK verstehen sich bewusst als lokal oder regional agierende Personenzusammenschlüsse und setzen ihre wenigen Aktivisten konzentriert in ihrem begrenzten Wirkungsraum ein. Hingegen erhoben die

tung neonazistischen Gedankenguts überholt. Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik (Anm. 41), S. 13.

⁵⁶Vgl. u.a. Pfeiffer, Uraltes Denken in High-Tech-Medien (Anm. 39), S. 90ff.; Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 125 f.

⁵⁷Vgl. hierzu Punkt 5.3 der vorliegenden Abhandlung.

klassischen Neonaziorganisationen den Anspruch, überregional oder sogar bundesweit zu agieren. Dabei sorgten die regionale Zerstreuung und die organisatorische Untergliederung für eine Abschwächung der Aktionsfähigkeit.

Mit dem Verzicht auf Vereinsstrukturen und der Konzentration auf einen lokalen bis regionalen Wirkradius geht ein weiterer Vorteil einher, der in der nachstehenden Tabelle 1⁵⁸ unter dem Kriterium Flexibilität zusammengefasst ist. Konkret sind damit zwei Punkte gemeint: Den FK ist es im Gegensatz zu ihrem Pendant möglich, ohne eine „von oben“ vorgegebene Linie, ohne Rücksicht auf Programme, Satzungen oder Vereinsbeschlüsse regionale Themenschwerpunkte zeitnah zu setzen und diese mittels der ihnen am sinnvollsten erscheinenden Agitationsform aufzugreifen. Des Weiteren sind die FK aufgrund ihrer geringen räumlichen und logistischen Existenzbedingungen wesentlich mobiler als die klassischen Organisationen.

Tab. 1: Organisationsform im Vergleich⁵⁹

Kriterium	Klassisches Organisationsmodell	Kameradschaftsmodell
Organisationsform	Aus formal juristischer Sicht: Vereinsform	Lose Personenzusammenschlüsse ohne formale Struktur
Mitgliedschaft	Formell	Informell
Organisationsgröße	Wenige Dutzend Aktivisten, in Ausnahmefällen einige Hundert	Fünf bis 30 Aktivisten, selten darüber hinaus
Wirkradius	Überregional bis bundesweit	Lokal bis regional
Flexibilität	Gering	Hoch
Kommunikative Vernetzung und Zusammenarbeit	Lediglich rudimentär	Hoch
Verbotsanfälligkeit	Hoch	Gering

Die überregionale Steuerung erreichen die FK im Gegensatz zum KO nicht über organisatorische Strukturen, sondern über eine kommunikative Vernetzung, die von der gemeinsamen politischen Weltanschauung getragen wird und auch den kleinsten FK die „Gelegenheit (gibt), sich nach ihren Möglichkeiten in den politischen Kampf einzubrin-

⁵⁸Siehe nächste Seite.

⁵⁹Eigene Darstellung.

gen“⁶⁰. Mittlerweile ist die Neonazi-Szene in der Lage, zumeist in Zusammenarbeit mit der NPD, mehrere tausend Teilnehmer zu Demonstrationen zu mobilisieren. Die Fachjournalisten Andrea Röpke und Andreas Speit merken zu Recht an, dass solche Mobilisierungserfolge nicht ohne funktionierende, überregionale Koordination möglich sind.⁶¹ Vor allem in Regionen, wo die Aktionsbüros durch ein engmaschiges Netz an FK getragen werden, hat die Neonazi-Szene an Handlungs- und Kampagnenfähigkeit dazu gewonnen. Insgesamt sind die kommunikative Vernetzung und die darauf basierende Zusammenarbeit der FK deutlich stärker ausgeprägt, als es bei den klassischen Organisationen der Fall war.

5.2 Mitgliederstruktur, Hierarchie und Führungsstil im Vergleich

Der Blick auf das Geschlechterverhältnis und die soziale Herkunft der Protagonisten zeigt, dass sich das KO in diesen Punkten nicht vom KM unterschied. Einerseits herrscht nach wie vor eine Männerdominanz vor, andererseits kommt die Mehrheit der Mitglieder immer noch aus den unteren sozialen Schichten, wenngleich Führungsaktivisten durchaus einen höheren formalen Bildungsgrad aufweisen und sich intellektuell und teilweise auch finanziell abheben.

Bei Betrachtung des Ausprägungsgrades der Hierarchie muss konstatiert werden, dass das KO hierarchischer ausgerichtet war als das heutige KM. Bedingt durch seine starke Fixierung auf einzelne Führungspersonen war das KO für juristische Maßnahmen gegen zentrale Aktivisten anfällig. Eine derartige Anfälligkeit weist das KM nicht auf. Seine erhöhte Repressionsresistenz ist dabei auf zwei Faktoren zurückzuführen: Einerseits trägt der bereits erwähnte Verzicht auf offensichtliche Vereinsstrukturen seinen Teil dazu bei. Andererseits ist die Abhängigkeit von wenigen Führungspersonen zurückgegangen, so dass Maßnahmen gegen einzelne Neonazis nicht mehr die Auswir-

⁶⁰Initiative parteifrei politisch arbeiten (Hrsg.), Freier Widerstand!, parteifrei politisch arbeiten, o. O. o. J., S. 2.

⁶¹Vgl. Andrea Röpke/Andreas Speit, Einleitung, in: Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Berlin 2004, S. 9.

kungen haben, wie es in den 1970er und 1980er Jahren die Verhaftung eines Kühnen oder Worch noch hatte. Dieser Rückgang ist nicht nur durch die flacheren Hierarchien zu erklären, sondern basiert zu einem erheblichen Teil auf der quantitativen Dimension der FK. Bedenkt man, dass gegenwärtig 160 oder - wie Andrea Röpke meint - 200 FK existieren, die jeweils von mindestens einer Führungsperson geleitet werden, so wird deutlich, dass die Führung des Neonazismus auf sehr viele „Schultern“ verteilt ist und der Ausfall von ein oder zwei Kameradschaftsführern keine signifikanten Auswirkungen haben dürfte.

Ein weiterer Unterschied der beiden Modelle zeigt sich in der persönlichen Beziehung zwischen dem „Führer“ und den Mitgliedern. Im KO war das Verhältnis in der Regel von Distanz geprägt und freundschaftliche Beziehungen bildeten eher die Ausnahme. Dieser Umstand resultierte aus dem autoritären Führungsstil sowie der regionalen Zerstreuung bzw. Isolierung der Mitglieder. Demgegenüber sind die Beziehungen zwischen den Kameradschaftsmitgliedern wegen des jahrelangen persönlichen Bekanntschaftsverhältnisses, der örtlichen Verankerung und der zahlreichen gemeinsamen Freizeitaktivitäten wesentlich freundschaftlicher. Deshalb pflegt die Kameradschaftsführung in der Regel einen weniger stark ausgeprägten autoritären Führungsstil und greift teilweise auf kommunikative Elemente zurück. Aus diesem Grund ist die Kommunikation eher auf Augenhöhe und die Teilhabe der Mitglieder – der wertvollsten Ressource einer Gruppe – am Organisationsgeschehen bzw. Organisationsziel stärker ausgeprägt.

Die heutigen Strukturen sind insgesamt „föderalistischer“. Durch die hohe Anzahl an FK können viele neue Führungskräfte heranwachsen, sich erproben und ihre eigenen Ideen einbringen und austesten. Zusammen mit der stärkeren Partizipation der Mitglieder erklären diese beiden Aspekte die erhöhte Innovationsfähigkeit und Kreativität des KM und damit zusammenhängend die heute zu konstatierende Diversifikation der Kameradschaftslandschaft. So müssen etwa auch die Entstehung der „Autonomen Nationalisten“ (AN) und strategische Veränderungsprozesse vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Tab. 2: Mitgliederstruktur, Hierarchie und Führungsstil im Vergleich⁶²

Kriterium	Klassisches Organisationsmodell	Kameradschaftsmodell
Soziale Herkunft	Überwiegend aus den unteren sozialen Schichten	Überwiegend aus den unteren sozialen Schichten
Geschlechterverhältnis	Männerdominanz	Männerdominanz
Hierarchie	Streng hierarchisch	Vorhanden, aber flacher
Führungsstil	Autoritär	Teilweise autoritär
Persönliche Beziehung zwischen dem „Führer“ und den Mitgliedern	Distanziert, kaum Kommunikation auf Augenhöhe	Freundschaftlich, häufiger Kommunikation auf Augenhöhe
Partizipation der Mitglieder am Organisationsziel	Kaum vorhanden	Teilweise vorhanden
Innovationsfähigkeit	Kaum vorhanden	Teilweise vorhanden
Gruppenzusammenhalt	Gering	Hoch
Konspirationsgrad	Eher gering	Hoch

Zwei weitere Vorteile des KM, die mit der örtlichen Verankerung und den freundschaftlichen Beziehungen in Verbindung stehen, sind der stärkere Gruppenzusammenhalt und der erhöhte Konspirationsgrad. Da die Mitglieder einer FK in der Regel nahe beieinander wohnen, kann die Kommunikation zu einem erheblichen Teil mündlich-konspirativ erfolgen. Kameradschaftsabende und gemeinsame Freizeitgestaltungen erfolgen bei einer hohen Kommunikationsdichte regelmäßig, wodurch es zu einer Erhöhung der Verlässlichkeit und Vertrautheit unter den befreundeten Mitgliedern kommt. Es entsteht eine Art „Cliquencharakter“, der den Blick auf die Strukturen und Aktivitäten von außen erschwert und zu einem starken Gruppenzusammenhalt führt.⁶³ Das KO konnte diese Effekte nicht entfalten, da die Mitglieder zum Teil verstreut und isoliert waren, mündliche Kommunikation im örtlichen Nahbereich seltener stattfand und gemeinsame Freizeitaktivitäten lediglich vereinzelt durchgeführt wurden.

⁶²Eigene Darstellung.

⁶³Vgl. Bernd Wagner, Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin 1998, S. 40ff.

5.3 Rekrutierungspraxis im Vergleich

Der Vergleich der Rekrutierungspraxen zeigt gravierende Unterschiede und liefert mehrere Erklärungsansätze für den Zuwachs des neonazistischen Personenpotenzials seit der Etablierung des KM. Im Gegensatz zu ihrem Pendant, das sich vorwiegend auf das neonazistische Lager konzentrierte, schaffen es die FK aufgrund ihrer lokalen Verankerung verstärkt, Mitglieder aus den örtlichen Jugendszenen, aber auch aus der subkulturellen Skinheadszene zu gewinnen. Letztgenannter Aspekt stellt eine entscheidende Zäsur für die Entwicklung des Neonazismus dar, denn bis zur Gründung der ersten FK bestand eine von gegenseitigen Vorbehalten geprägte Distanz zwischen den beiden Szenen. Zum einen sahen sich die Skinheads nicht in der Lage, ihren subkulturellen Lebensstil mit den in der Neonazi-Szene vorherrschenden Vorstellungen von Disziplin und Ordnung in Einklang zu bringen, zum anderen standen sie den starren hierarchisch-organisatorischen Strukturen ablehnend gegenüber.⁶⁴ Erst durch das KM mit seinen minimal ausgeprägten Strukturen und dem durch die gemeinsamen Freizeitaktivitäten garantierten „Spaßcharakter“ kam es zu einer schrittweisen Erosion der Abgrenzung.⁶⁵ Mittlerweile ist vor allem in den neuen Bundesländern eine klare Unterscheidung zwischen den beiden Szenen häufig nicht mehr möglich.⁶⁶

Des Weiteren ist die Attraktivität des KM auf die insgesamt niedrigere Eintrittsschwelle zurückzuführen. Diese resultiert aus dem Verzicht auf Vereinsstrukturen, insbesondere der formellen Mitgliedschaft, und

⁶⁴Vgl. BfV (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften in Deutschland (Anm. 15), S. 23.

⁶⁵Auch die zunehmende Politisierung von Teilen der Skinheadszene trug zu dieser Entwicklung bei. Ein weiterer, noch näher zu betrachtender Grund für die Annäherung der beiden Szenen liegt in der Hinwendung der Neonazis zu sozialen Themen (vgl. hierzu die Ausführungen unter Punkt 6.1 der vorliegenden Abhandlung), da die Skinheads sozialstrukturell von diesen betroffen sind. Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik (Anm. 41), S. 6.

⁶⁶Vgl. u.a. BfV (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften in Deutschland (Anm. 15), S. 6, 23; ebenda. Die Skinheadszene verliert im Gegensatz zur Neonaziszene allerdings an Bedeutung. Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2011, Berlin 2012, S. 66.

der Akzeptanz eines ideologischen Minimalkonsenses. Heute bestehen keine hohen Aufnahmehürden mehr, wie sie etwa noch bei der „Nationalistischen Front“ vorhanden waren. Potenzielle Mitglieder müssen keine Antragsformulare unterschreiben, Beiträge zahlen oder sonstige Verpflichtungen eingehen. Zudem hat die Ideologie zum Zeitpunkt des Eintritts nicht mehr den Stellenwert wie noch in den 1970er und 1980er Jahren. Im Gegensatz zu damals, als mehr als ein Minimalkonsens zum Eintritt nötig war und die ideologische Indoktrinierung das Hauptwerkzeug zur Rekrutierung von neuen, nicht neonazistischen Mitgliedern darstellte, verstehen es die FK heute geschickt, die politische Dimension zunächst zu überlagern und im vorpolitischen Raum durch Unterhaltungsangebote präsent zu sein. Anstatt erdrückender Ideologiediskurse stehen zunächst Freizeitaktivitäten mit einer neben-sächlichen Vermittlung von politischen Inhalten im Vordergrund.

Die ideologische Festigung erfolgt heute schrittweise, wodurch die Eintrittsschwelle gesenkt wird. Zudem wirken die ausgeprägten und breit gefächerten Freizeit- und Unterhaltungsangebote anreizend, sodass es den FK in der Summe gelingt, mehr Mitglieder als noch vor 20 Jahren zu rekrutieren. Da es sich bei den neuen Mitgliedern zumeist um Jugendliche handelt⁶⁷, liegt die Vermutung nahe, dass hierdurch der Anreiz zum Eintritt für Interessenten der gleichen Altersklasse zusätzlich verstärkt wird. Allerdings impliziert ein derartiges Vorgehen bei der Rekrutierung auch zwei nicht unwesentliche Nachteile: Zum einen werden die erhöhten Aktivistenzahlen teilweise mit einer stärkeren Fluktuation der ideologisch noch nicht gefestigten Mitglieder „erkauft“. Zum anderen lassen sich nicht alle Neonazis, die an Freizeit- und Unterhaltungsangeboten wie Rechtsrock-Konzerten interessiert sind, auch für kleinteilige „politische Graswurzelarbeit“ einspannen. Dem KM kann also ein Mangel an Verbindlichkeit und Kontinuität der politischen Arbeit attestiert werden.

⁶⁷Das niedersächsische Innenministerium beziffert das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder auf etwa 16 Jahre. Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik (Anm. 41), S. 8.

Tab. 3: Rekrutierungspraxis im Vergleich⁶⁸

Kriterium	Klassisches Organisationsmodell	Kameradschaftsmodell
Rekrutierung	Überregional im politischen Raum, zumeist aus anderen neonazistischen Organisationen	Lokal und regional im vorpolitischen Raum, zumeist aus Jugendszene und subkulturellem Milieu
Eintrittsschwelle	Hoch	Gering

Ein weiterer Grund, der zu den Rekrutierungserfolgen beiträgt, ist in der Möglichkeit des Eintritts in die Szene ohne persönliche Kontakte zu sehen. Während bis in die 1990er Jahre hinein meistens ein Szenekontakt zwingend erforderlich war, ist dies heute – wie am Beispiel des Internets zu sehen – nicht mehr notwendig. Dadurch wird nicht nur der Zugang zur neonazistischen Szene erleichtert, sondern auch der Verbreitungsgrad der Ideologie maßgeblich gesteigert. Darüber hinaus bestehen durch die engere soziale Bindung der FK an die örtlichen (Jugend-)Szenen viel häufiger Kontakte zu potenziellen Mitgliedern. Auch wenn diese Kontakte nicht immer politischer Natur sind, können sie durch geschickt agierende Neonazis als Anknüpfungspunkt für eine schleichende Rekrutierung genutzt werden.

5.4 Das Kameradschaftsmodell – Eine Bilanz

Summa summarum überwiegen die Vorteile des KM seine Nachteile. Durch die lediglich minimal ausgeprägten Strukturen mangelt es zwar an Kontinuität und Verbindlichkeit der politischen Arbeit. Zudem ist die Fluktuation, wenngleich sie durch die freundschaftlichen Beziehungen und dem daraus resultierenden starken Gruppenzusammenhalt etwas abgeschwächt wird, in Folge der abnehmenden Bedeutung der ideologischen Festigung relativ hoch. Auch kann das KM in seiner Gesamtheit als ein dem neonazistischen Denken diametral entgegengesetztes Modell klassifiziert werden, das eine immer noch anhaltende Debatte zwischen Anhängern und Gegnern dieses Modells ausgelöst hat. Trotzdem zeigen sich vor allem in der geringeren Repressionsanfälligkeit, die eine nachhaltigere Entwicklung des Neonazismus ermöglicht, in der Attraktivität des Modells für Jugendliche, die sich in

⁶⁸Eigene Darstellung.

den gestiegenen Aktivistenzahlen niederschlägt und in der erhöhten Innovationskraft, die einen strategischen Weiterentwicklungsprozess begünstigt, Vorteile des KM, die sich in der Summe günstig auf die Entwicklung des Neonazismus ausgewirkt haben. Auch die Überwindung der lagerinternen Rivalitäten und des Zersplitterungsprozesses zu Zeiten des „Klassischen Organisationsmodells“ wurde durch das KM begünstigt, da es eine enge Zusammenarbeit erfordert, um dem Neonazismus auf überregionaler Ebene Wirkungskraft zu verleihen. Bilanzierend ist das KM daher als ein Erfolgsmodell des Neonazismus zu klassifizieren, das einen gewichtigen Anteil am quantitativen Zuwachs des Neonazismus hat.

6. Strategische Veränderungsprozesse seit den 1990er Jahren

6.1 Wandel der Aktionsfelder

Bis in die 1980er Jahre hinein war die Wiederherstellung des Deutschen Reiches eines der dominierenden Aktionsfelder und Themen nicht nur des Neonazismus, sondern des Rechtsextremismus insgesamt. Auch wenn der Neonazismus vor dem Hintergrund der entspannungsorientierten Ostpolitik mit Parolen wie „Brandt an die Wand“ oder „Gegen den Ausverkauf deutscher Interessen“ einen marginalen Zulauf verbuchen konnte, erwies sich dieses Aktionsfeld als nicht sonderlich effektiv, um neue Anhänger zu gewinnen oder positive Resonanz zu erzielen. Zum einen erschienen in Zeiten des „Kalten Krieges“ Forderungen nach einem „Großdeutschen Reich“ einfach als unrealistisch oder sogar existenzbedrohend. Zum anderen verlor das Thema nach der Wiedervereinigung stark an Bedeutung in der Bevölkerung.⁶⁹

Ein weiteres Aktionsfeld von Rechtsextremisten, das bis weit in die 1990er Jahre hinein ein dominierendes Aktionsfeld darstellte, ist die Wiederherstellung der nationalen Identität durch die Revision der von den Siegermächten angeblich diktierten Geschichtsschreibung. Eine derartige Agitation sorgte zwar für ein prosperierendes Verlags- und

⁶⁹Vgl. Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 31ff.

Publikationswesen⁷⁰, doch konnte weder der Rechtsextremismus im Allgemeinen noch der Neonazismus im Besonderen durch revisionistische Agitation eine Eintrittswelle von neuen Mitgliedern oder große Wählerzustimmung auslösen.⁷¹ Dazu „genießt die ‚Entsorgung der deutschen Vergangenheit‘ (einfach) keinen (genügend) hohen Stellenwert im Problemhaushalt der Bevölkerung.“⁷²

Gegen Mitte/Ende der 1990er Jahre stellte sich bei den Neonazis eine Diversifikation der Aktionsfelder ein und es fand eine verstärkte Hinwendung zu sozialen und wirtschaftlichen Themen statt. Antiglobalisierung und Antikapitalismus sind in den Mittelpunkt rechtsextremistischer und neonazistischer Agitation gerückt. Mit Nachdruck wird die „soziale Frage“⁷³ gestellt und die ethnisch homogene Volksgemeinschaft als Königsweg zur Lösung aller aus Globalisierung und dereguliertem Kapitalismus resultierenden Probleme propagiert.⁷⁴

Eine derartige Agitation stößt vor allem in den neuen Bundesländern, wo sich negative Vereinigungs- und Globalisierungsfolgen gegenseitig verstärken, auf große Resonanz. Dies gilt insbesondere seit der „Agenda-2010“ im Jahr 2004, die bei vielen Menschen Ängste vor sozialem Abstieg hervorrief. Nicht nur die NPD konnte mit einer sol-

⁷⁰ So konnte z.B. der Münchener Verleger und Chef der „Deutschen Volksunion“, Gerhard Frey, mit seinen zu erheblichen Teilen revisionistischen Publikationen ein Millionenvermögen anhäufen.

⁷¹ Vgl. Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 33 f.

⁷² Ebenda, S. 36.

⁷³ Bei der „sozialen Frage“ des 21. Jahrhunderts geht es um die mit der globalisierten Weltwirtschaft einhergehenden Strukturveränderungen in allen (west-) europäischen Staaten, die zu Einschnitten im sozialen Sicherungssystem, zum Abbau von Sozialleistungen, zu Standortverlagerungen, prekären Beschäftigungsverhältnissen, sinkenden Löhnen und ähnlichen Problemen geführt haben sollen.

⁷⁴ Vgl. u. a. Thomas Grumke, „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.), Strategien der extremen Rechten, Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 148-162; Armin Pfahl-Traughber, Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden 2006, S. 30-51, hier S. 35ff.; Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 34ff.

chen Strategie Erfolge⁷⁵ erzielen, sondern auch die Neonazis, deren Aktivistenzahl 2004 sprunghaft von 3.000 auf 3.800 anstieg und seitdem ohne Einbrüche kontinuierlich wächst.⁷⁶

Insgesamt ist zu konstatieren, dass klassische, vergangenheitsbezogene Aktionsfelder wie die Wiederherstellung des Deutschen Reiches oder der Revisionismus in den Hintergrund getreten sind. Stattdessen werden im Rahmen der Aktionsfelder Antikapitalismus und Antiglobalisierung aktuelle politische Themen wie Sozialabbau, Banken- und Eurokrise oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland angesprochen. Durch die Hinwendung zu diesen die Bevölkerung konkret betreffenden Problemen versuchen die Neonazis, ihrem „politischen Ghetto“ zu entkommen sowie Akzeptanz und neue Mitglieder zu gewinnen. Diese Strategie ging teilweise auf, gelang es doch, vor allem Skinheads und Jugendliche aus unteren sozialen Schichten, die von den angesprochenen sozialen Problemen betroffen sind, für eine Mitarbeit in FK zu gewinnen.⁷⁷ Somit kann in dem Aufgreifen aktueller politischer Themen ein weiterer Faktor für den Zuwachs des neonazistischen Personenpotenzials gesehen werden.

6.2 Wandel der Aktionsformen

Von den 1970er Jahren bis in die erste Hälfte der 1990er Jahre hinein war das Aktionsrepertoire der Neonazis noch sehr beschränkt. Sie konzentrierten sich auf Schmier-, Klebe-, Plakat- und Flugblattaktionen, unorganisierte und spontane Gewalt, interne Vereinsveranstaltungen, die gelegentliche Teilnahme an Wahlen sowie auf Publikatio-

⁷⁵2004 gelang der NPD mit 9,2 Prozent der Stimmen in Sachsen erstmals seit 1968 wieder der Einzug in ein Landesparlament. 2006 konnte die NPD mit 7,3 Prozent der Stimmen auch in das Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern einziehen.

⁷⁶Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2003 - 2012, Berlin 2004 – 2013; Grumke, „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik (Anm. 74), S. 149ff.; Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 39ff.

⁷⁷Vgl. u. a. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Neonazistische Kameradschaften, Rechtsextremistische Skinheads, Rechtsextremistische Musik (Anm. 41), S. 10; Pfahl-Traughber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen (Anm. 12), S. 170.

nen, die mehrheitlich nur auf das eigene Lager zielten. Medien- und öffentlichkeitswirksame Auftritte blieben eher die Ausnahme.⁷⁸

Am Beispiel der Demonstration kann nachvollzogen werden, wie stark sich der Neonazismus auch im Bereich der Aktionsformen gewandelt hat. Zu Zeiten des KO noch Ausnahmeereignisse, etablierten sie sich ab Mitte der 1990er Jahre und gehören mittlerweile zu einem festen Bestandteil neonazistischer Agitation. Im Gegensatz zu den 1970er und 1980er Jahren haben sich sowohl die Frequenz als auch die absolute Anzahl der Demonstrationsteilnehmer signifikant erhöht.⁷⁹

Die gegenwärtige Demonstrationspraxis ist einerseits gekennzeichnet durch wenige feststehende Termine wie jenem am Jahrestag der Bombardierung Dresdens, bei denen eine längerfristige, bundesweite oder sogar internationale Mobilisierung zu mehreren tausend Teilnehmern führt und andererseits durch zahlreiche kleinere Demonstrationen mit lokalem oder regionalem Charakter, bei denen auch kurzfristig bis zu 200 Personen zusammenkommen können und häufig aktuelle politische Entwicklungen aufgegriffen werden. Die genannten Aspekte belegen die starke Aktionsorientierung und Aktionsbereitschaft der neonazistischen Szene. Hierin liegt ein weiterer Grund für den Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials, denn die erhöhte Aktionsorientierung zieht eine zumeist junge aktions- und erlebnisorientierte Klientel an.⁸⁰ In diesem Zusammenhang bedürfen die „Autonomen Nationalisten“ (AN) und „Die Unsterblichen“ einer gesonderten Erwähnung, stellen sie doch zwei Aktionsformen dar, welche die genannte Klientel in besonderem Maße ansprechen. Nicht die Durchsetzung konkreter politischer Ziele steht hier im Vordergrund, sondern

⁷⁸Vgl. u. a. Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus in der Bundesrepublik (Anm. 11), S. 55; Schedler, ‚Modernisierte Antimoderne‘: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010 (Anm. 33), S. 26.

⁷⁹Vgl. u. a. Armin Pfahl-Traughber, Der Kampf um die Straße, Zur Demonstrationspraxis von NPD und Neonazis, Heimerzheim 2009; Fabian Virchow, Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Andreas Klärner/Michael Kohlstruck (Hrsg.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg 2006, S. 68-101, hier S. 75ff.

⁸⁰Vgl. u.a. BMI (Hrsg.), VSB 2011, Berlin 2012, S. 69; Pfahl-Traughber, Der "zweite Frühling" der NPD (Anm. 28), S. 55.

der Erlebnischarakter: sei es beim „neonazistischen schwarzen Block“ das konfrontative Aufeinandertreffen mit Polizei und politischem Gegner, das als Magnet für gewaltaffine Jugendliche wirkt oder bei den „Unsterblichen“ das konspirative, mystisch-ästhetisch anmutende Auftreten als gesichtslose, avantgardistische Widerstandsbewegung, das rechtsoffene Jugendliche anlockt, die aus provokativen und subversiven Aktionen einen Reiz ziehen.⁸¹

Bezüglich der Aktionsformen kann zusammenfassend festgehalten werden, dass sich im Vergleich zu den 1970er und 1980er Jahren das Repertoire der Neonazis ausgeweitet hat. Medien- und öffentlichkeitswirksame Aktionen haben an Bedeutung gewonnen und es wird – wie am Beispiel der Demonstrationspraxis zu sehen – verstärkt auf Formen des zivilen Protests gesetzt. Für jene Neonazis, denen klassische Formen der politischen Betätigung nicht mehr ausreichen und denen eine „taktische Zivilisierung“ zuwider ist, existieren Aktionsformen wie der „neonazistische schwarze Block“ der AN oder „die Unsterblichen“ zur Verfügung. Sie stehen exemplarisch für eine mittlerweile erreichte Bandbreite, die es Sympathisanten und Aktivisten mit unterschiedlichen Präferenzen ermöglicht, mittels der von ihnen bevorzugten Aktionsform am neonazistischen Geschehen teilzunehmen.

7. Ideologische Veränderungsprozesse seit den 1990er Jahren

Bisher konnte ein organisatorisch-strategischer Wandlungsprozess des Neonazismus seit den 1990er Jahren festgestellt werden. Die Orientierung an einem Organisationsmodell der Linksextremisten, die Hinwendung zu gegenwartsbezogenen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen, der intensive Rückgriff auf Aktionsformen wie Demonstrationen, die allgemein als Handlungsform der Linken gelten, sowie die optische Anpassung an den Zeitgeist sind hierbei nur einige Punkte, welche die Annahme zulassen könnten, dass der Neonazismus auch ideologische Veränderungsprozesse durchlaufen hat. Diese Vermutung ist bei genauerer Betrachtung jedoch nicht aufrecht zu erhalten.

⁸¹Vgl. u.a. Jürgen Peters / Christoph Schulze (Hrsg.), „Autonome Nationalisten“, Die Modernisierung neofaschistischer Jugendkultur, Münster 2009.

Nach wie vor sind die grundlegenden Sinngebungsmuster und Politikentwürfe traditionell nationalsozialistisch. Es lässt sich lediglich von einer programmatischen Aktualisierung ihrer ideologischen Basis bzw. einer „neuen Verpackung“ für ihre Ideologie sprechen.

Exemplarisch zeigt sich dies an der oben beschriebenen Hinwendung zu gegenwartsorientierten Themen. So wird etwa, indem man eine „Ethnisierung des Sozialen“ betreibt, auch bei der Beschäftigung mit sozialen Problemen eine Politik forciert, die Menschen mit fremdenfeindlichen Ressentiments ansprechen soll und dem neonazistischen Weltbild einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ entspricht. Das Aufgreifen von Themen wie Antikapitalismus und Antiglobalisierung hat bei genauerer Betrachtung eine ebenso antisemitische und antiamerikanische Zielrichtung wie sie auch revisionistische Agitationen haben können. Letztendlich dienen diese Aktionsfelder genau wie etwa die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ dazu, die Legitimation der bestehenden Ordnung, also die demokratischen Verhältnisse, die pluralistische Gesellschaft etc. in Frage zu stellen bzw. sie zu bekämpfen, um sie durch ein „Viertes Reich“ zu ersetzen.⁸²

8. Schlussfolgerung und Zusammenfassung

Die vorangegangene Untersuchung hat gezeigt, dass das Anwachsen des neonazistischen Personenpotenzials auf mittlerweile 6.000 Aktiven nicht monokausal erklärt werden kann. Die Gründe für diese Entwicklung sind sowohl in organisatorischen als auch in strategischen Veränderungsprozessen seit den 1990er Jahren zu sehen. Als ein wesentlicher Faktor ist die Konzeption und Umsetzung des KM nach den Verbotsmaßnahmen zu nennen. Es hat gewichtige Vorteile gegenüber dem KO und trägt mit seinem schwach ausgeprägten Organisations- und Institutionalisierungsgrad, der es Jugendlichen attraktiver macht, sich dem Neonazismus anzuschließen, in gewisser Weise der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, dass sich immer weniger, vor allem junge Menschen, in festen, stark hierarchischen Strukturen binden wollen.

⁸² Vgl. u.a. Grumke, „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik (Anm. 74), S. 150ff.; Stöss, Rechtsextremismus im Wandel (Anm. 38), S. 31.

Ein weiterer Faktor ist in der verstärkten Aktionsorientierung bei gleichzeitiger Diversifikation des Aktionsrepertoires zu sehen. Im Gegensatz zu den 1970er und 1980er Jahren hat sich die Palette neonazistischer Aktionsformen deutlich ausgeweitet, wodurch ein Partizipationsangebot für aktionsorientierte Jugendliche mit verschiedenen Präferenzen entstand. Der Erlebnischarakter nicht nur solcher öffentlichkeitswirksamer Aktionen, sondern auch der kameradschaftsinternen Freizeitgestaltung gewinnt dabei immer mehr an Bedeutung. In Kombination mit dem Umstand, dass der Stellenwert einer tiefgreifenden ideologischen Festigung abgenommen hat, führt er dazu, dass immer mehr erlebnisorientierte Jugendliche, die teilweise nur schwach politisiert sind, vom Neonazismus angezogen werden. Hierin ist ein weiterer Grund für den Anstieg des Neonazismus zu sehen. Diese Entwicklung kann ebenfalls in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gesetzt werden, sind doch auch hier Tendenzen zu einer erlebniszentrierten Gesellschaft feststellbar.

Der vierte Faktor für den Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials ist im Aufgreifen aktueller Agitationsthemen zu sehen. Durch die Beschäftigung mit Problemen wie Sozialabbau, Standortverlagerungen oder Lohndumping konnten Bevölkerungsschichten angesprochen werden, die konkret von diesen Themen betroffen sind. Insbesondere Jugendliche aus den unteren sozialen Schichten und die in der Regel ebenfalls aus diesen Schichten stammenden Skinheads konnten dadurch für den Neonazismus gewonnen werden. Insgesamt darf damit die anfangs aufgestellte Hypothese – das KM hat maßgeblich zum Attraktivitätszuwachs der Neonazi-Szene beigetragen, kann aber nicht als alleiniger Grund gelten – als zutreffend bezeichnet werden.

Es ist essentiell darauf hinzuweisen, dass die beschriebenen Veränderungsprozesse nicht parallel erfolgten. Am Anfang stand der fundamentale organisatorische Wandel, der jedoch erst durch einen externen Impuls - die massiven staatlichen Verbote Anfang/Mitte der 1990er Jahre - ausgelöst bzw. erzwungen wurde. Der Umstand, dass der Neonazismus diese Entwicklung nicht von innen heraus angestoßen hat, steht beispielhaft für seine desaströse Lage bis Mitte der 1990er Jahre, die von einem Dogmatismus und einer Festgefahrenheit geprägt war, die jegliche Form von Selbstreflexion und damit auch innovative Veränderungen nahezu ausschloss. Das KM stellte fortan

mit seiner erhöhten Innovationsfähigkeit die Grundlage für weitergehende strategische Veränderungen in der Szene dar. Sukzessive erweiterte sich das Aktionsrepertoire, beförderte die lokale Verankerung der FK die Tendenz zum Aufgreifen von Themen, welche die Bevölkerung vor Ort betreffen. Mittlerweile scheuen sich die Neonazis nicht mehr davor, Aktionsformen und Ästhetik des politischen Gegners zu übernehmen und anzupassen, wenn sie Attraktivität für potenzielle Aktivisten versprechen. Dieser Prozess wäre zu Zeiten des KO undenkbar gewesen. Letztlich haben die Vereinsverbote Anfang/Mitte der 1990er Jahre den Neonazismus zwar temporär geschwächt, auf lange Sicht aber zuerst einen organisatorischen und daraus resultierend einen schrittweisen strategischen Veränderungsprozess angestoßen, der heute mit den AN und den „Unsterblichen“ seine grellsten Ausprägungen findet.

Die organisatorischen und strategischen Veränderungsprozesse tragen gleichermaßen zum Anwachsen der Szene bei und entfalten erst in ihrer Kombination die heute zu konstatierende erhöhte Anziehungskraft. So würden beispielsweise die FK heute keinen so starken Zulauf von Skinheads verzeichnen können, wenn sie nur aktuelle Agitationsthemen aufgreifen, gleichzeitig aber nicht durch ihre minimalen Strukturen anziehend wirken würden. Anders herum würden aktions- und erlebnisorientierte Jugendliche, die über eine verminderte Eintrittsschwelle zwar schnell in FK hinein kommen, diese aber genau so schnell wieder verlassen, wenn nicht ein entsprechendes Unterhaltungsangebot einen Anreiz für den Verbleib in der FK schafft.

Die Bedeutung von Parteistrukturen für das neonationalsozialistische Spektrum – Strategische Neuorientierung oder temporäres Phänomen?

Christian Menhorn

1. Einleitung und Fragestellung

Die Aufdeckung der terroristischen Zelle des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) im November 2011 und die sich daraus ergebende Neubewertung des Gefahrenpotentials des gewaltbereiten Rechtsextremismus sorgten innerhalb kürzester Zeit für eine Neuausrichtung der Maßnahmen staatlicher Behörden gegen Rechtsextremisten. Dabei standen insbesondere auch Organisationen im Fokus, die im neonationalsozialistischen Spektrum angesiedelt waren, hatte sich die Zwickauer Terrorzelle doch aus dem von Neonazis zumindest geprägten „Thüringer Heimatschutz“ entwickelt.¹ Die Notwendigkeit einer diesbezüglichen – auch politischen – Zeichensetzung mündete in eine Reihe von Verboten von Kameradschaften in mehreren Bundesländern. Doch auch in den Jahren vor 2011 waren etliche Neonazi-Gruppierungen verboten worden, darunter mit der „Heimattreuen Deutschen Jugend e.V.“ (HDJ) und der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) die letzten beiden bundesweiten Organisationen.

Die Kontinuität der Vereinsverbote seit den 1990er Jahren, die sich zuletzt auch auf zwei weitgehend strukturlose Netzwerke im Jahr 2012 erstreckte, hat das Vertrauen der Neonazi-Szene in die Verbotsresistenz des Mitte der 1990er Jahre implementierten sogenannten „Kameradschaftsmodells“ erschüttert. Die Szene sieht sich daher gezwungen, analog zur damaligen Zeit Ideen für eine Transformation ihres Organisationsmodells zu entwickeln, die ihr möglichst weitgehende Handlungsfreiheit gewährleistet. In den Fokus könnte dabei als

¹ Zu einer detaillierten Analyse der Phänomenologie des NSU vgl. Christian Menhorn, Der „Nationalsozialistische Untergrund“ – Singuläres Phänomen im deutschen Rechtsterrorismus?, in: Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.), Verfassungsschutz 1952-2012. Festschrift zum 60. Jubiläum des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Stuttgart 2012, S. 343 ff.

Option auch die Nutzung von Parteistrukturen für neonationalsozialistische Aktivitäten geraten, wie dies bereits in der Vergangenheit der Fall war. Zumindest in zwei Fällen legen Indizien nahe, dass Neonazis aktuell den Mantel einer Partei für ihre Aktivitäten nutzen wollen oder dies bereits tun.

Der vorliegende Beitrag stellt unter Einbettung in den historischen Kontext der Entwicklung des Neonazi-Spektrums die Frage, ob sich aus diesen Einzelfällen bereits ein Strategiewechsel im neonationalsozialistischen Lager herleiten lässt. Hierzu beleuchtet er die Bedeutung von Parteistrukturen für das neonationalsozialistische Lager seit den 1980er Jahren bis in die heutige Zeit (Abschnitt 2). Anschließend fokussiert er sich in seiner aktuellen Betrachtung auf die Zäsur im November 2011, wie sie sich für das Spektrum der Neonazis nach der Aufdeckung des NSU und den anschließenden Vereinsverböten ergab (Abschnitt 3), und den daraus folgenden strategischen Aspekten und Perspektiven für die Szene (Abschnitt 4). Dem folgend geht es um die Aktivitäten von Neonazis in den Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ als aktuellen Beispielen für die (geplante) Nutzung von Parteistrukturen als organisatorischer Alternative (Abschnitt 5). Eine Bewertung, inwiefern sich aus den hier dargestellten Sachverhalten bereits eine strategische und organisatorische Neuausrichtung des Neonazi-Lagers erkennen lässt, beschließt den Beitrag (Abschnitt 6).

2. Organisationsmodelle im neonationalsozialistischen Spektrum seit den 1980er Jahren

Die organisatorische Struktur der gesamtdeutschen Neonazi-Szene in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung bildete ohne größere Modifizierungen das Organisationsmodell der westdeutschen Neonazi-Szene vor 1989 ab. Die konspirativen Zellenstrukturen der ostdeutschen Neonazis, die unter den besonderen Bedingungen des SED-Staates entstanden waren, fanden zunächst keine Fortführung, nachdem die wesentlichen Impulse hinsichtlich Ideologie, Organisation und Aktivitäten in der ersten Nachwendezeit von den westdeutschen Szeneprotagonisten – insbesondere von den Kadern der „Gesinnungs-

gemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) um Michael Kühnen – bestimmt wurden.²

Prägend für dieses Modell waren strikt hierarchisch gegliederte, in ihrem Binnenverhältnis auf Befehl und Gehorsam basierende Gruppierungen mit institutionalisierten Verantwortlichkeiten, die durch die Übernahme von Organisationsbezeichnungen der früheren NSDAP und ihren Hang zu Uniformen und Rangabzeichen zuweilen eine gewisse Skurrilität aufwiesen. In den meisten Fällen blieb der Wirkungsbereich dieser Gruppierungen regional begrenzt, in einigen Fällen verfügten sie jedoch über eine bundesweite Ausdehnung.

Die klassischen Vereinsstrukturen der Neonazi-Organisationen mit oftmals formalisierten Mitgliedschaften und offiziellen Funktionsträgern hatten bereits die westdeutsche Neonazi-Szene in den 1980er Jahren durch Vereinsverbote angreifbar gemacht. Dies betraf nicht nur kleinere lokale Gruppierungen³, sondern auch solche mit bundesweiter Ausdehnung und größerer Relevanz. So war 1982 mit der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA) und ihrer Jugendorganisation „Junge Front“ (JF) eine der bedeutendsten bundesdeutschen Neonazi-Organisationen vom Bundesminister des Innern nach dem Vereinsgesetz verboten worden. 1983 erlitt mit der von Kühnen geleiteten „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) der informelle Dachverband des westdeutschen Neonazi-Lagers (und dessen wichtigste Kaderschmiede) das gleiche Schicksal. Zum Zeitpunkt des Verbots umfasste die ANS/NA rund 270 Mitglieder, die in mehr als 30 örtlichen „Kameradschaften“ organisiert waren.⁴

Besonders das letztere Verbot hatte die Aktionsfähigkeit der Neonazi-Szene deutlich eingeschränkt. In der Folge suchten Kühnen und seine

² Zur Bedeutung der Person Kühnens vgl. Martin Thein, *Wettkampf mit dem Zeitgeist. Der Neonazismus im Wandel*, Göttingen 2009, S. 46 ff.

³ Hierzu gehören etwa die 1983 durch den Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz verbotene Gruppierung „Wolfspack/Sturm 21“ oder der 1984 vom Innenminister des Landes Bayern als Nachfolgeorganisation der ANS/NA verbotene „Unabhängiger Wählerkreis Würzburg – Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit“ (UWK).

⁴ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg., fortan: BMI), *Verfassungsschutzbericht* (fortan: VSB) 1983, Bonn 1984, S. 123.

Gesinnungsgenossen eine Organisationsform, die eine höhere Verbotsfestigkeit aufwies als die mit dem Vereinsgesetz leicht angreifbaren klassischen Neonazi-Gruppierungen. Hierfür bot sich der formale Mantel einer Partei an, da eine solche gemäß der Legaldefinition des § 2 Abs. 2 des Vereinsgesetzes eben gerade nicht unter den Begriff des Vereins fällt. Die Wahl Kühnens und seiner Mitstreiter fiel auf die 1979 noch unter anderem Namen gegründete „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). Die FAP war eine völlig unbedeutende Kleinstpartei mit Sitz in Stuttgart, die aus der ebenfalls bedeutungslosen „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (UAP), einer nationalrevolutionären Organisation, die sich auf den „linken“ Flügel der NSDAP bezog, hervorgegangen war.⁵ Bereits kurze Zeit nach dem Verbot der ANS/NA hatte Kühnen seine Anhänger dazu aufgerufen, in die FAP einzutreten, um dadurch die Bedingungen für eine „feindliche Übernahme“ der Partei zu schaffen. Dabei legte Kühnen keinerlei Wert darauf, seine Zielsetzung zu verschleiern: In einem Interview, das er während seiner Flucht vor den deutschen Strafverfolgungsbehörden in Paris gegeben hatte, bekannte er, die FAP als Deckmantel für die Fortsetzung der Bestrebungen der ANS/NA nutzen zu wollen. Bereits ein halbes Jahr nach dem ANS/NA-Verbot hatten ehemalige Mitglieder einen Landesverband Nordrhein-Westfalen sowie diverse Kreisverbände in Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen gegründet.⁶ In der Folgezeit wuchs die Zahl der FAP-Mitglieder auf bis zu 500 an, die sich in sechs Landesverbänden organisierten.⁷ Streitigkeiten innerhalb der Partei, die sich an der Bewertung der Homosexualität Kühnens entzündeten, tatsächlich aber einem lagerinternen Machtkampf geschuldet waren, spalteten die Mitglieder seit Mitte der 1980er Jahre in zwei sich gegenüberstehende Flügel und bewirkten neben einem Rückgang der Mitgliederzahlen nahezu ein Zerbrechen der Partei. Erst mit dem Tod Kühnens 1991 wurde die Partei wieder zu einem Sammelbecken für die Neonazi-Szene. So stieg die Mitglie-

⁵ Vgl. Georg Christians, Die Reihen fest geschlossen. Die FAP. Zu Anatomie und Umfeld einer militant-neofaschistischen Partei in den 80er Jahren, Marburg 1990, S. 21.

⁶ Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1984, Bonn 1985, S. 143.

⁷ Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1988, Bonn 1989, S. 119.

derzahl, die bis 1992 auf 220 zurückgegangen war, innerhalb des Jahres 1993 auf wieder rund 430 Mitglieder.⁸

Diese rapide Entwicklung war nicht nur dem beigelegten parteiinternen Streit geschuldet, sondern basierte auch auf den Entwicklungen, die das rechtsextremistische Spektrum als Ganzes tangierten. Die Wiedervereinigung hatte vor allem auf dem Gebiet der früheren DDR zu einem starken Anwachsen der Zahl von gewaltbereiten Rechtsextremisten und deren Sympathisanten geführt. Das Gewaltpotential dieses Personenkreises entlud sich, angefacht von einer gesamtgesellschaftlichen Debatte um das Asylrecht, in einer fast drei Jahre dauernden Gewaltwelle, die einige Dutzend Todesopfer – politische Gegner, Obdachlose, Fremde und Asylbewerber – forderte. Die Eskalation der Gewalt, wie sie in den pogromartigen Übergriffe in Hoyerswerda 1991 und in Rostock-Lichtenhagen 1992 oder – auch in Westdeutschland – in Brandanschlägen auf von Ausländern bewohnte Häuser wie 1992 in Mölln oder 1993 in Solingen zum Ausdruck kam, forderte ein entschlossenes Handeln von Politik und Behörden. Neben den Strukturen der rechtsextremistischen Skinhead-Szene, deren Agitation in Fanzines und Liedtexten als gewaltbefördernd bewertet wurde, trafen Verbotsmaßnahmen staatlicher Stellen vor allem auch Strukturen der Neonazi-Szene.

Bereits kurz nach dem Brandanschlag in Mölln am 23. November 1992, der drei Todesopfer forderte, waren noch im selben Jahr mit der „Nationalistischen Front“ (NF) eine bundesweite sowie mit dem „Deutschen Kameradschaftsbund Wilhelmshaven“, der „Deutschen Alternative“ (DA) mit Schwerpunkt in Berlin und Brandenburg und der in Bayern aktiven „Nationalen Offensive“ (NO) drei regionale Neonazi-Organisationen verboten worden. Im darauffolgenden Jahr folgten drei weitere regionale Gruppierungen, 1994 mit der „Wiking Jugend e.V.“ (WJ) eine der wichtigsten bundesweiten Neonazi-Organisationen. Mit den Vereinsverboten gegen die „Nationale Liste“ (NL) in Hamburg, die „Direkte Aktion Mitteldeutschland“ (Brandenburg) und letztlich auch gegen die FAP selbst im Jahr 1995 waren zu

⁸ Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 1993, Bonn 1994, S. 106.

diesem Zeitpunkt nahezu alle relevanten neonationalsozialistischen Organisationen zerschlagen.⁹

Die Verbote der als Parteien auftretenden „Freiheitlichen Deutsche Arbeiterpartei“ und „Nationalen Liste“ waren von der Bundesregierung bzw. dem Hamburger Senat als Parteiverbote nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes geplant worden. Beide Stellen hatten daher entsprechende Anträge auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. In beiden Fällen wies das Bundesverfassungsgericht die Anträge jedoch als unzulässig zurück. Dies geschah aber nicht deswegen, weil die Anträge – wie die FAP und die NL in ihren Entgegnungen unter anderem argumentiert hatten – den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verletzten, sondern weil die beiden Organisationen „nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse“ keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit der in den Satzungen niedergelegten Zielsetzung einer Partizipation am politischen und parlamentarischen Leben boten.¹⁰

Die am 17. November 1994 zeitgleich ergangenen Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zu beiden Neonazi-Organisationen, die den innenministeriellen Verboten nach dem Vereinsgesetz im Februar 1995 den Weg ebneten, berücksichtigten vor allem die vom Parteiengesetz gestellten Anforderungen an die Parteien, an der ständigen Mitwirkung bei der Willensbildung des Volkes ernstlich beabsichtigt zu sein. Eine solche Ernsthaftigkeit unterstellte das Bundesverfassungsgericht weder der FAP noch der NL. Zur Begründung führte das Gericht an, mangelnder Umfang und Festigkeit der Organisationen, die geringe Zahl ihrer Mitglieder sowie das Hervortreten in der Öffentlichkeit – namentlich die nur taktisch motivierte Teilnahme an einzelnen Wahlen zur Vorspiegelung eines Parteienstatus – ließen

⁹ Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Neonationalsozialisten-Szene nach den Verbotsmaßnahmen, in: Eckhard Jesse/Uwe Backes (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 156-173, hier S. 162 f.

¹⁰ Vgl. Beschluss des Zweiten Senats vom 17. November 1994, Az.: 2 BvB 1/93, in: „BVerfGE 91, 276 – Parteienbegriff II“, unter: <http://www.servat.unibe.ch>, gelesen am 3. Januar 2014 (NL); Beschluss des Zweiten Senats vom 17. November 1994, Az. 2 BvB 2, 3/93, in: „BVerfGE 91, 262 – Parteienbegriff I“, unter: www.servat.unibe.ch (gelesen am 3. Januar 2014).

keinen Zweifel daran, dass beide Organisationen gemessen am Maßstab des § 2 Abs. 2 des Parteiengesetzes keine Partei darstellten.¹¹

Mit dem Vereinsverbot von FAP und NL war auch das Kalkül der Neonazi-Szene gescheitert, mithilfe von Aktivitäten unter dem formellen Mantel einer Partei staatliche Verbote umgehen zu können. Die Wirkung der vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen Beschlüsse hatte mehr als 15 Jahre Bestand: In dieser Zeit gab es keinen neuen Versuch der Gründung einer neuen oder der Unterwanderung einer bestehenden Partei durch Neonazis. Stattdessen führten Überlegungen über die Verbotsfestigkeit von Organisationsstrukturen zu einer Transformation in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu dem bis heute genutzten „Kameradschaftsmodell“.

Dieses Modell, das in einer Reihe von Diskussionspapieren führender Aktivisten entwickelt wurde, stellte in seiner Konzeption das genaue Gegenteil eines Parteimantels dar. Die Vereinseigenschaft sollte nicht durch formalisierte Parteistrukturen und eine parlamentarisch-politische Zielsetzung umgangen werden, sondern durch einen weitgehenden Verzicht auf jedwede Struktur. Formelle Mitgliedschaften waren in diesem Konzept ebenso wenig vorgesehen wie institutionalisierte Funktionsträger. Sogar die Gruppierungsbezeichnung wurde zweitrangig und wich in vielen Fällen einer reinen regionalen Zuordnung; aus den bisherigen Organisationen mit den martialischen Namen wurden nun lapidar die „Freien Kräfte aus der Lausitz“ oder die „Freien Nationalisten Dortmund“.

Der Verlust der klassischen Organisationsstrukturen führte zwar zunächst zu einer reduzierten Kommunikations- und Mobilisierungsfähigkeit, die jedoch durch die Implementierung neuer Medien (in den 1990er Jahren z.B. zunächst das sceneinterne Mailbox-System „Thule-Netz“ oder die „Nationalen Info-Telefone“) und die zunehmende Verbreitung des Internet aufgefangen werden konnte. Für die neonationalsozialistische Szene war das Kameradschaftsmodell bis in die Gegenwart ein relativer Erfolg. Es gelang ihr damit, ihre Strukturen trotz der konsequenten staatlichen Maßnahmen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu bewahren und ihr Anhängerpotential und ihre Akti-

¹¹Ebd.

onsfähigkeit sogar noch deutlich auszubauen.¹² So stieg die von den Verfassungsschutzbehörden ermittelte Zahl des neonationalsozialistischen Gesamtpotentials von rund 2.400 in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bis auf 6.000 Personen im Jahr 2012.¹³ Mit Beginn der Demonstrationskampagne von 2001 an organisierten Neonazis jährlich seitdem zwischen 61 (2001) und 167 (2011) Demonstrationen¹⁴ – eine Zahl öffentlicher Kundgebungen, die der Szene in den 1990er Jahren angesichts ständiger Demonstrationsverbote und fehlender juristischer Anfechtungen noch undenkbar erschienen war.

Die Organisation des eigenen Lagers in Kameradschaften und der damit verbundene Versuch, vereinsähnliche Strukturen zu vermeiden, machte es staatlichen Stellen jedoch nicht völlig unmöglich, neonationalsozialistische Gruppierungen nach dem Vereinsgesetz zu verbieten. Immer wieder sprachen Innenminister des Bundes und der Länder Vereinsverbote gegen einzelne Vereine aus, die in der Szene mehr oder weniger große Bedeutung besaßen. Im Jahr 2000 gelang es dem Hamburger Innensenator, dem Redaktionskollektiv der Neonazi-Postille „Hamburger Sturm“ vereinsähnliche Strukturen nachzuweisen und so das Erscheinen der Zeitschrift zu verbieten.¹⁵ In den Jahren 2001 und 2004 wurden mit den „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) und der „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) zwei regional durchaus bedeutende rechtsextremistische Organisationen mit Vereinsverboten belegt.¹⁶ An diesen Beispielen zeigte sich, dass trotz aller Bemühungen der Szene um Strukturarmut das Vereinsgesetz punktuell durchaus noch wirksam angewandt werden konnte.

Nicht zuletzt aus diesem Grund heraus suchten Teile der Neonazi-Szene – ohne jedoch ihre durch die Kameradschaften gewonnene strukturelle Eigenständigkeit in Gänze aufzugeben – erneut Anbindung an Parteistrukturen, in diesem Falle ab Mitte der 1990er Jahre an

¹²Vgl. Thein, Wettlauf mit dem Zeitgeist, (Anm. 2), S. 57 ff.

¹³Die Zahl der Neonazis stagnierte von 1996 bis 2000 bei rund 2.400; vgl. Verfassungsschutzberichte dieser Jahre. Zum Jahr 2012: Vgl. BMI (Hrsg.) VSB 2012, Berlin 2013, S. 56.

¹⁴Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2002, Berlin 2003, S. 47; BMI (Hrsg.), VSB 2011, Berlin 2012, S. 58.

¹⁵Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2000, S. 50.

¹⁶Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2001, S. 46; BMI (Hrsg.), VSB 2004, S. 58.

die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Eine Annäherung von Neonazis an die NPD, was die Partei in den Jahren zuvor lange Zeit offiziell zu verhindern versucht hatte, wurde durch den Strategiewechsel der NPD nach dem Amtsantritt des neuen Bundesvorsitzenden Udo Voigt 1996 erleichtert. Voigt ließ die von der Partei in früheren Jahren verabschiedeten Abgrenzungs- und Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufheben und ermöglichte dadurch auch Neonazis die Parteimitgliedschaft und die Übernahme von Funktionsträgerschaften innerhalb der NPD. Der Zustrom von Angehörigen des Neonazi-Spektrums war in den ersten Jahren nach der Neuausrichtung der Partei in einigen Bundesländern immerhin so groß, dass in einzelnen Landesverbänden sogar Neonazis, die vorher in führender Position in neonationalsozialistischen Gruppierungen aktiv gewesen waren, in Vorstandspositionen gewählt wurden.¹⁷ Mit Peter Borchert und Steffen Hupka stellten Neonazis in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zwei Landesvorsitzende.¹⁸ Bereits mit dem neuen Jahrzehnt war das Selbstbewusstsein und die Machtposition von Neonazis in der Partei so stark geworden, dass die Protagonisten über einen im Frühjahr 2000 gegründeten parteiinternen Zusammenschluss, die „Revolutionäre Plattform – Aufbruch 2000“ (RPF), Einfluss auf den ideologischen Kurs und die Aktivitäten des Bundesvorstandes auszuüben versuchten. Vor dem Hintergrund des im Januar 2001 eingeleiteten Verbotsverfahrens gegen die Partei vor dem Bundesverfassungsgericht, das die Partei zur Mäßigung veranlasste, kam es zu einem Machtkampf des NPD-Bundesvorstandes mit der RPF, den die Parteiführung durch einen Beschluss der Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der NPD mit einer Zugehörigkeit zur RPF, einer Reihe von Redeverboten für Neonazis bei öffentlichen NPD-Kundgebungen sowie der Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens gegen den RPF-Vorsitzenden Steffen Hupka im Dezember 2001 für sich entschied.¹⁹ Ein daraufhin

¹⁷Vgl. Julia Gerlach, Auswirkungen der Verbote rechtsextremistischer Vereine auf die NPD, in: Uwe Backes/Henrik Steglich (Hrsg.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007, S. 233-260, hier S. 243 ff.

¹⁸Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2001, S. 84.

¹⁹Vgl. Henrik Steglich: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, in: Berichte & Studien Nr. 49, Göttingen 2005, S. 68; Thüringer Innenministerium (Hrsg.), VSB 2001, Erfurt 2002, S. 28 ff.

von Hupka im Jahr 2002 veröffentlichter offener Brief, in der er die NPD als „feindliche Organisation“ bezeichnete, beendete zunächst die Einbindung von Neonazis in Parteistrukturen der NPD.²⁰

Mit der Einstellung des Verbotsverfahrens gegen die Partei im Jahr 2003 begannen sich die verhärteten Fronten erneut aufzuweichen. Seit 2004 betrieben maßgebliche Neonazi-Führungsaktivisten, allen voran der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger und dessen Adlatus, der ehemalige Vorsitzende der verbotenen „Nationalen Liste“ Thomas Wulff, eine Wiederannäherung an die NPD. Unter dem bereits im Mai 2004 von Wulff geprägten Schlagwort der „Volksfront von rechts“²¹ traten einen Tag vor der Landtagswahl in Sachsen im September 2004, die der Partei erstmals seit 1968 wieder den Einzug in ein Landesparlament bescherte, mit Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff drei führende Neonazis medienwirksam in die Partei ein. Eine Vielzahl anderer Angehöriger „Freier Kräfte“ folgte dem Beispiel, etwa in Mecklenburg-Vorpommern, wo der bald von Neonazis dominierte Landesverband im September 2006 den Einzug in den Schweriner Landtag erreichte. Seitdem existiert eine Reihe von Landesverbänden, in denen Neonazis führende Funktionen innehaben.

Die Zusammenarbeit zwischen den neonationalsozialistisch ausgerichteten Kräften und den gemäßigter auftretenden „Nationaldemokraten“ gestaltet sich seither mit Schwankungen relativ stabil. Gleichwohl ist in Bezug auf die Gesamtpartei spätestens seit dem Tod von Jürgen Rieger im Oktober 2009 als bedeutendstem Vertreter des Neonazi-Spektrums im NPD-Bundesvorstand der Einfluss von Neonazis auf die Partei in dem gleichen Maß gesunken wie sich „Freie Kräfte“ wieder außerhalb der Partei strukturieren. Parteiunabhängige Strömungen wie die Anfang der 2000er Jahre entstandenen „Autonomen Nationalisten“ oder aktuellere Aktionsformen wie die „Unsterblichen“ – eine Erfindung des informellen Neonazi-Netzwerks „Spreelichter“ – zeugen seit geraumer Zeit davon, dass ein großer Teil von Neonazis nicht mehr ausschließlich innerhalb von Parteistrukturen aktiv ist, sondern sich zunehmend wieder eigenständig organisiert.

²⁰Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2002, S. 69 f.

²¹Thomas Wulff, „Volksfront von rechts schaffen. Der Nationalist Thomas ‚Steiner‘ Wulff über das Gebot nationaler Geschlossenheit“, in: „Deutsche Stimme“ Nr. 5 vom Mai 2004, S. 11.

3. Verbote nach der Entdeckung des NSU

Der Rechtsextremismus hatte seit der Wiedervereinigung drei tiefgreifende Einschnitte in seine Entwicklung zu verzeichnen, die eine strukturelle und organisatorische Neuorientierung zur Aufrechterhaltung von Handlungsoptionen erforderten. In allen Fällen hatten tatsächliche oder vermeintliche rechtsextremistische Gewaltexzesse und eine daraus resultierende breite gesellschaftlich-politische Diskussion um die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus für eine externe Einwirkung auf die Szene gesorgt.

Eine erste Verbotschwelle war nach dem Mordanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus in Solingen 1993 über die Skinhead- und Neonazi-Szene ausgelöst worden und hatte die bis dahin existenten Organisationsstrukturen des neonationalsozialistischen Lagers bis auf die regionale Ebene hinunter weitgehend zerschlagen.

Eine zweite folgte sieben Jahre später: Der im Jahr 2000 von der Bundesregierung ausgerufene „Aufstand der Anständigen“ bezog sich auf einen (bislang ungeklärten) Bombenanschlag auf eine Gruppe russischer Juden an einem Düsseldorfer S-Bahnhof im Juli des Jahres und den Brandanschlag auf eine Synagoge in Düsseldorf nur zwei Monate später, der von zwei muslimischen Jugendlichen verübt, zunächst aber rechtsextremistischen Tätern zugeordnet worden war. Dem folgte das Verbot der „Blood & Honour-Division Deutschland“ im September 2000 sowie das letztlich im Januar 2001 beantragte Verbotsverfahren gegen die NPD. Angefacht wurde die Diskussion über den gewaltbereiten Rechtsextremismus zudem von einer im Herbst 2000 von Boulevard-Medien beförderten Berichterstattung über die angebliche Ermordung eines sechsjährigen Jungen in einem Schwimmbad im sächsischen Sebnitz drei Jahre zuvor. Tatsächlich war der Junge infolge eines Herzinfarktes ertrunken, ohne dass es eine Einwirkung von außen gegeben hätte.²²

Die Aufdeckung der terroristischen Taten des NSU im November 2011 war die dritte tiefgehende Zäsur in der Entwicklung des Rechts-

²²Vgl. Lars Flemming, Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren – Wie aus dem „Aufstand der Anständigen“ der „Aufstand der Unfähigen“ wurde, in: Eckhard Jesse/Uwe Backes (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 16, Baden-Baden 2003, S. 159-176, hier S. 161 ff.

extremismus im wiedervereinigten Deutschland. Der Schock in Politik, Gesellschaft und Behörden über die Existenz einer neonationalsozialistischen Terrorzelle über zwölf Jahre hinweg und mit zehn Mordopfern mündete bereits nach kurzer Zeit in verstärktem staatlichen Druck auf die rechtsextremistische Szene. Das Jahr 2012 führte zu insgesamt sechs Verboten gegen neonationalsozialistische Vereine, welche die Szene empfindlich trafen. In Nordrhein-Westfalen zerschlugen Verbote gegen die vier wichtigsten Kameradschaften – die „Kameradschaft Walter Spangenberg“ in Köln, den „Nationalen Widerstand Dortmund (NWDO)“, die „Kameradschaft Hamm“ (KS Hamm) und die „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL) – nahezu die gesamte organisatorische Infrastruktur der dortigen Szene. Die betroffenen Organisationen besaßen klassische Kameradschaftsmerkmale, sodass strukturelle Ansatzpunkte für ein Verbot relativ offenlagen. Anders dagegen gestaltete sich die Konstellation bei der im Juni verbotenen „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ und dem Verein „Besseres Hannover“, der im September verboten wurde. Beide Gruppierungen hatten nahezu vollständig auf Strukturen verzichtet. Sie gruppierten sich als lose Personenkonglomerate um Internet-Präsenzen, über die zu gemeinsamen Aktivitäten mobilisiert und Aktionen propagandistisch dargestellt wurden.²³ Besonders einschneidend waren beide Verbote durch die Tatsache, dass es zwei der hinsichtlich ihrer Aktivitäten innovativsten und damit auch bundesweit bedeutenden Neonazi-Netzwerke traf. So hatte die „Widerstandsbewegung“ über ihre Internet-Seite „Spreelichter“ die Aktionsform der „Unsterblichen“ ins Leben gerufen. Die „Unsterblichen“ waren erstmals im Mai 2011 in typischer Form in Erscheinung getreten, als rund 200 Neonazis mit schwarzer Kleidung, weißen Masken und Fackeln einen nächtlichen Marsch durch die Bautzener Innenstadt veranstaltet hatten. Bis Ende 2012 fanden mehr als zwei Dutzend weiterer (meist nächtlicher) Auftritte von „Unsterblichen“ in einer Vielzahl von Bundesländern statt.

Während die „Unsterblichen“ von ihren Initiatoren als nicht urheberrechtlich geschützte Blaupause angesehen wurde, dessen Muster sich auch jede andere Neonazi-Gruppierung bedienen konnte, war der von „Besseres Hannover“ erdachte „Abschiebär“ das Plüschtier gewor-

²³Vgl. BMI (Hrsg.), VSB 2012, S. 76 f.

dene Symbol der Gruppierung. Als „Abschiebär“ fungierte jeweils ein Gruppenmitglied in einem Bärenkostüm, das an unterschiedlichen öffentlichen Orten mittels Gestik mutmaßliche Ausländer zur Ausreise aufforderte. Die Aktionen wurden gefilmt und auf der eigenen Homepage mit Musik untermalt als kurze slapstick-artige Videos eingestellt. Mit diesen neuen Aktionsformen bzw. Propagandainstrumenten war es sowohl der „Widerstandsbewegung“ als auch „Besseres Hannover“ gelungen, rechtsextremistische Positionen in einer für potentielle Sympathisanten ansprechenden Weise in der Öffentlichkeit zu verbreiten.²⁴

Der Vollständigkeit halber sei noch auf das Verbot der „Nationalen Sozialisten Döbeln“ im Februar 2013 hingewiesen. Von dem Verbot betroffen war hier neben der nur lokal aktiven Gruppierung mit der Band „Inkubation“ erstmals eine einem Verein zugerechnete Musikgruppe.²⁵

4. Strategische Aspekte und Perspektiven

Nachdem mit der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ als auch „Besseres Hannover“ erstmals weitgehend strukturlose und wesentlich im virtuellen Raum beheimatete Netzwerke von Verboten betroffen waren, sieht sich die Neonazi-Szene spätestens seit Herbst 2012 zu einer Neubewertung der Verbotsfestigkeit ihrer Strukturen gezwungen. Selbst das Mindestmaß einer sich um eine Netzseite gruppierenden Organisationsstruktur reicht nun den Verbotsbehörden und – im Falle der Klage gegen das Verbot – Gerichten aus, um eine Vereinseigenschaft nachweisen zu können. Die Szene besitzt angesichts dieser Prämisse lediglich zwei ernsthafte Alternativen zur Umgehung von Vereinsverboten: einen völligen Verzicht auf Strukturen jedweder Art oder aber die Nutzung von Parteistrukturen.

Zwar zeigen sich in den letzten Jahren Erosionserscheinungen im Kameradschaftsmodell. Festgefügte Kameradschaften werden zunehmend durch strukturarme Gruppen ersetzt, die hinsichtlich ihrer Mit-

²⁴Ebd., S. 121 f.; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Rechtsextremisten und ihr Auftreten im Internet, Köln 2013, S. 11.

²⁵Vgl. „Sachsen verbietet rechtsextreme Vereinigung“, in: www.mdr.de vom 21. Februar 2013 (gelesen am 27. Januar 2014).

glieder und ihrer Bezeichnung stark fluktuieren. Die bereits vor Jahren weitgehend strukturlosen Gruppierungen der „Autonomen Nationalisten“, die ihrerseits in der letzten Zeit einen weitgehenden Bedeutungsverlust erlitten haben und mittlerweile kaum mehr als eigenständige Strömung in der Neonazi-Szene auszumachen sind, waren in dieser Hinsicht Vorreiter. Der völlige Verzicht auf eine zumindest rudimentäre Strukturierung dürfte jedoch für die Neonazi-Szene utopisch sein. Natürlich zeigen die linksextremistischen Autonomen, dass ein derartiges Modell Handlungs- und Agitationsfähigkeit durchaus nicht ausschließt und auch ideologisch stimmig angewandt werden kann – schließlich impliziert das anarchistische Weltbild der linksextremistischen Autonomen auch eine entsprechende struktur- und hierarchielose Organisationsform. Allerdings scheint aufgrund der ideologischen Vorgaben des Nationalsozialismus, dessen Weltbild mit dem Postulat eines Führerstaates zwingend auf Befehl und Gehorsam aufbaut, ein solches Organisationsmodell im Lager der Neonazis kaum wahrscheinlich. Zudem sprechen die bereits oben skizzierten Organisationsmodelle der Vergangenheit gegen eine solche Orientierung.

Damit könnte als zweite Alternative der Rückgriff auf Parteistrukturen in den Fokus geraten. Der naheliegende Einwurf, die damit verbundene Unterstellung unter parlamentarische Regularien in einem demokratischen Staatssystem verstoße ebenfalls gegen die ideologischen Prämissen des nationalsozialistischen Führerprinzips, wird zwar selbst von einzelnen Neonazis ins Feld geführt, von einer Mehrheit der Szene jedoch unter Verweis auf die seinerzeitige Instrumentalisierung der Parlamente der Weimarer Republik durch die NSDAP verworfen.

Die Verlagerung von Aktivitäten unter den Mantel einer politischen Partei bietet zwei unbestreitbare Vorteile: Zum einen ergäbe sich für Neonazis eine relativ sichere Verbotsfestigkeit, zieht man Eingriffsschwelle und Dauer eines Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht als Maßstab heran. Zum anderen – einen gewissen Wählerzuspruch vorausgesetzt – ermöglichen die grundgesetzlich verankerten Privilegien einer Partei eine deutlich größere Partizipationsmöglichkeit an politischen Entscheidungsprozessen etwa in Parlamenten und nicht zuletzt auch an der staatlichen Teilfinanzierung der Parteien. Grundsätzlich sind diese Vorteile auch für das Lager der Neonazis als attraktive Anreize anzusehen.

Die Existenz von Parteien als verfassungsrechtlich besonders geschützten Vereinigungen ergibt sich aus Art. 21 GG, der auch die Vorgaben für ein Parteiverbot regelt. Die konkreten Anforderungen ergeben sich aus dem Parteiengesetz, insbesondere aus dessen § 2, der eine Legaldefinition des Parteibegriffs enthält. Der Paragraph nennt drei Kriterien, die für die Erfüllung der Parteieigenschaft konstitutiv sind. Einmal ist es die formale Organisation in Gestalt einer Vereinigung von Bürgern, also natürlichen Personen. Hinzu kommt das Postulat einer Dauerhaftigkeit des Zusammenschlusses. Als zweites Kriterium nennt das Gesetz den Willen zur Einflussnahme auf die politische Willensbildung und zur Mitwirkung an der Vertretung des Volks auf der Ebene des Bundestags oder von Landtagen. Dabei ist entscheidend, dass nicht die tatsächliche Partizipation – also z.B. die Ausübung von Mandaten – für den Nachweis der Parteieigenschaft notwendig ist, sondern bereits die Absicht ausreicht, Sitze in Volksvertretungen anzustreben. Drittens fordert der Gesetzgeber eine Gewähr für die Ernsthaftigkeit einer solchen Zielsetzung anhand des „Gesamtbild(es) der tatsächlichen Verhältnisse“²⁶. Dieses macht er an drei wesentlichen Punkten fest, nämlich an Umfang und Festigkeit der Parteiorganisation, der Zahl der Mitglieder und dem Hervortreten in der Öffentlichkeit. Insbesondere das Kriterium der Ernsthaftigkeit der Bemühungen dürfte für Parteien von Neonazis – wie die Beispiele der FAP und NL zeigen – das am schwierigsten zu erfüllende sein. Allerdings bieten die seinerzeitigen Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes zu beiden Organisationen eine gewisse Orientierungshilfe.

Für die Nutzung von Parteistrukturen böten sich drei potentielle Optionen in Form von Unterwanderung, Anbindung und Neugründung an. Die Strategie der Unterwanderung einer Kleinstpartei, wie es das Neonazi-Lager bereits in den 1980er Jahren mit der FAP vollzogen hatte, stellt prinzipiell eine durchaus erfolgsversprechende Variante dar. So hatte sich damals der wesentliche Kern des (west-) deutschen Neonazi-Spektrums aus den alten ANS/NA-Kaderstrukturen in der Partei zusammengefunden. Die in der FAP versammelten Protagonisten begingen jedoch den strategischen Fehler, dass sie auf die dauerhafte Festschreibung des Parteienstatus durch die Mitteilung beim Bundeswahlleiter vertraut hatten, ohne jedoch in ihren Aktivitäten oder dem Ge-

²⁶§ 2 PartG.

samtbild der Parteiorganisation deutlich zu machen, ernsthaft auf die politische Willensbildung der Bevölkerung (vor allem über Wahlteilnahmen) Einfluss nehmen zu wollen.

Neonazis haben seit 1996 ebenfalls Erfahrungen aus der Anbindung an eine bestehende Partei, in der sie keine Majorität besitzen, gesammelt. Die Versuche, innerhalb der NPD zu agieren, zeitigten in den letzten Jahren positive und negative Folgen für die Neonazi-Szene. Insgesamt bedeutet eine solche Konstellation für deren Aktivisten immer die Gefahr eines Verlustes der organisatorischen und ideologischen Eigenständigkeit, hat aber auch Vorteile für ihre Logistik und Aktionsfähigkeit. Der Ausgang dieses seit nunmehr fast einem Jahrzehnt währenden Experiments ist ungewiss und hängt stark von den jeweils handelnden Personen zusammen. So kann zwar punktuell eine deutlicher werdende Entfremdung zwischen dem Lager der Neonazis und der NPD beobachtet werden. Umgekehrt funktioniert aber die Kooperation innerhalb und außerhalb von NPD-Parteistrukturen in etlichen Regionen Deutschlands durchaus passabel.

Die Prämissen für die Neugründung einer Partei wären weitgehend die gleichen wie im Falle der Unterwanderung einer bereits bestehenden. Die formellen Vorgaben des Parteiengesetzes dürften keine ernsthafte Hürde für die Neonazi-Szene sein, die sich aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte taktisch und strategisch deutlich weiterentwickelt hat. Und auch die bisherigen Aktivitäten der beiden neugegründeten Parteien „DIE RECHTE“ und „Der III. Weg“ mit neonazistischen Funktionsträgern und Mitgliedern zeigen, dass man sehr wohl die seinerzeit vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Vorgaben einer Ernsthaftigkeit des Willens der Teilhabe am politischen Leben berücksichtigt.

5. Neugründung rechtsextremistischer Parteien

5.1 „DIE RECHTE“

Die Partei „DIE RECHTE“ war am 27. Mai 2012 von dem früheren NL-Kader Christian Worch gegründet worden. Sie sollte zunächst die Überreste des Mitgliederbestandes der „Deutschen Volksunion“ (DVU) sammeln, die sich dem Zusammenschluss mit der NPD im Jahr 2011 verweigert hatten. In ihrer Programmatik übernahm die

neue Partei mit geringfügigen sprachlichen und inhaltlichen Anpassungen das wenig aussagekräftige Programm der untergegangenen DVU. Aufgrund dessen und wegen des zunächst überwiegend aus früheren DVU-Mitgliedern bestehenden Mitgliederbestandes musste die Partei „DIE RECHTE“ trotz des biographischen Vorlaufs ihres Vorsitzenden Worch zunächst als nicht grundsätzlich neonationalsozialistisch geprägt bewertet werden.²⁷ Demgegenüber dürfte es – folgt man einer Erklärung des Vorsitzenden kurz nach der Neugründung im Juni 2012 – die ursprüngliche Intention Worchs gewesen sein, mit der neuen Partei eine Alternative zur NPD auf der einen Seite und zu den „Republikanern“ und der „Pro-Bewegung“ zu schaffen, die sich nach Worch wie die frühere DVU als „freiheitlich“, mithin auf einem breiten innerparteilichen Meinungsspektrum basierend definieren sollte.²⁸

Die zunächst nur mit einem Bundesverband gegründete Partei umfasste in den ersten Monaten nach der Gründung nur wenige Dutzend Mitglieder. Die Gewichtung verschob sich erst, als führende nordrhein-westfälische Neonazis am 15. September 2012 einen Landesverband der Partei „DIE RECHTE“ ins Leben riefen. Die Initiatoren der neuen Parteigliederung, des ersten Landesverbandes der neuen Partei, waren am 23. August, also drei Wochen vorher durch Vereinsverbote dreier Kameradschaften – des „Nationalen Widerstands Dortmund“ (NWDO) sowie der Kameradschaften Hamm und „Aachener Land“ – heimatlos geworden. Der neue Landesverband sammelte in kurzer Zeit einen Großteil der früheren Mitglieder der drei verbotenen Vereine in seinen Reihen und stellte Ende 2012 mit rund 130 Mitgliedern mehr als 85 Prozent des auf etwa 150 Mitglieder geschätzten Gesamtbestandes der Partei „DIE RECHTE“.²⁹ Auch wenn sich die Gewichtung des nordrhein-westfälischen Mitgliederbestandes im Vergleich zum bundesweiten Mitgliederpotential der Partei – Worch

²⁷Vgl. Alexander Gallus, Dokumentation 2012: Was will Die Rechte? Zur Gründung einer neuen rechtsextremen Partei, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 25 (2013), Baden-Baden 2013, S. 130 ff.

²⁸Vgl. „Warum DIE RECHTE?“, in: www.worch.info/die-rechte vom 8. Juni 2012 (gelesen am 14. Januar 2014).

²⁹Vgl. Ministerium für Kommunales und Inneres des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2012, Düsseldorf 2013, S. 78.

selbst sprach im Oktober 2013 von knapp 400 Mitgliedern³⁰, die Partei selbst hatte Anfang Januar 2014 acht Landesverbände³¹ – etwas verringert hat, prägt die nordrhein-westfälische Untergliederung als „Auffangorganisation“³² für die verbotenen Neonazi-Vereine das Bild der Partei auch über ihr Bundesland hinaus. Nicht zuletzt wird die ungebrochene Traditionslinie zu den verbotenen Neonazi-Vereinen sowohl durch die ehemaligen Kameradschaftsverantwortlichen in den Führungspositionen des Landesverbandes als auch durch die Kreisvorsitzenden deutlich: In Dortmund und Hamm führen die jeweiligen ehemaligen Kameradschaftsführer die lokalen Parteigliederungen, in den Kreisverbänden Aachen und Heinsberg dominieren ehemalige KAL-Aktivisten.³³

Eine neonationalsozialistische Ausrichtung ist auch der Mehrzahl der anderen Landesverbände der in ihrer Struktur bislang stark fluktuierenden Partei zu unterstellen.³⁴ In Hessen unterhielt der bis Januar 2014 amtierende Landesvorsitzende Pierre Levien, ein ehemaliger Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Main-Kinzig-Kreis, enge Kontakte zu regionalen „Freien Kräften“.³⁵ Seine im Februar 2014 gewählten Nachfolger stehen in derselben Tradition: Auf einem im Internet abrufbaren Bild posieren sowohl der Landesvorsitzende als

³⁰Am 11. Oktober 2013 sei Mitglied Nr. 500 aufgenommen worden; von der Zahl müssten allerdings auch 114 Mitglieder wegen ausgebliebener Beitragszahlungen und daraus resultierender Streichungen abgezogen werden; vgl. „500“, in: www.worch.info/die-rechte vom 11. Oktober 2013 (gelesen am 14. Januar 2014).

³¹Zuletzt wurde am 28. Dezember 2013 der Landesverband Rheinland-Pfalz gegründet; vgl. „Rheinland-Pfalz gegründet“, in: www.worch.info/die-rechte vom 29. Dezember 2013 (gelesen am 14. Januar 2014).

³²Vgl. Ministerium für Kommunales und Inneres des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2012 (Anm. 29), S. 78.

³³Ebd., S. 84.

³⁴Die Darstellung der beiden Parteien folgt der zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des Beitrags (13. April 2014) gültigen Bewertung.

³⁵So führte der hessische Landesverband am 17. November 2013 eine gemeinsame Veranstaltung mit den „Nationalen Sozialisten Main Kinzig“ durch, bei der Levien eine Rede hielt. Vgl. „1 Jahr DIE RECHTE in Hessen“, in: www.die-rechte-hessen.de vom 27. November 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

auch dessen Stellvertreter vor einer Fahne der „Nationalen Sozialisten Main-Kinzig“ (NSMK).³⁶ Gleiches gilt für den Landesverband in Baden-Württemberg, dessen Vorsitzender Daniel Reusch dem neonationalsozialistischen Spektrum zuzurechnen ist.³⁷ Reusch wurde am 26. Februar 2014 zusammen mit anderen Mitgliedern der „Autonomen Nationalisten Göppingen“ wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen.³⁸ In Berlin steht mit Uwe Dreisch ein früherer Führungsaktivist der 2009 vom Berliner Innensenator verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Frontbann 24“ an der Spitze. Unter den fünf Beisitzern im Landesvorstand befindet sich zudem ein weiteres ehemaliges Führungsmitglied von „Frontbann 24“.³⁹ Zum Vorsitzenden des Ende 2013 gegründeten Landesverbandes Rheinland-Pfalz wurde zunächst der aus Berlin stammende Rechtsextremist Oliver Kulik gewählt, der in der Berliner Neonazi-Szene der 1990er Jahre politisch sozialisiert wurde.⁴⁰ Damit sind fünf der insgesamt acht Landesverbände von Neonazis dominiert. Die übrigen Landesverbände bieten ein schillerndes Bild: In Niedersachsen wurde die dortige Untergliederung von ehemaligen NPD-Funktionären ins Leben geru-

³⁶Vgl. „Marburger neuer Landesvorsitzender“, in: www.die-rechte-hessen.de vom 16. Februar 2014 (gelesen am 19. Februar 2014). Nach eigenen Angaben hat der Landesverband seine Aktivitäten kurze Zeit später nahezu vollständig eingestellt; vgl. „Aktuell +++ Aktuell +++ Aktuell“, in: www.die-rechte-hessen.de vom 15. März 2014 (gelesen am 17. März 2014).

³⁷Vgl. „Die Rechte gründet Landesverband“, in: www.welt.de vom 11. August 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

³⁸Vgl. „Vier mutmaßlich Nazi-Rädelsführer festgenommen“, in: www.stuttgarter-zeitung.de vom 27. Februar 2014 (gelesen am 13. März 2014).

³⁹Vgl. „Landesverband Berlin gegründet“, in: <http://die-rechte-brandenburg.de> vom 25. September 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

⁴⁰Dies legen Presseinformationen und Internet-Eintragungen nahe; vgl. z.B. „Schwatzhaftes Volk“, in: Der Spiegel Nr. 14 vom 4. April 1994, S. 53 ff. Dort wird der seinerzeit 18-jährige Kulik als Mitglied der später verbotenen „Deutschen Alternative“ (DA) und als Leiter eines neonationalsozialistischen „Arbeitskreises Deutsche Interessen“ bezeichnet. Kulik trat bereits Anfang April 2014 wegen einer seiner Meinung nach „eklatant rechtswidrigen Eingriff(es) des Bundesvorstandes) in die politische Arbeit des Landesverbandes“ von seinem Posten als Landesvorsitzender zurück; vgl. „Rücktrittserklärung des Landesvorsitzenden Oliver Kulik“, in: www.altermedia-deutschland.info vom 4. April 2014 (gelesen am 6. April 2014).

fen. In Brandenburg steht mit Klaus Mann der ehemalige Landesvorsitzende der DVU der Partei vor.⁴¹ In Sachsen wiesen die öffentlich bekanntgewordenen Funktionsträger des bereits im März 2014 wieder aufgelösten Landesverbandes starke subkulturelle Einschläge auf.⁴² Bislang ist es – mit Ausnahme des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen – keiner Untergliederung der Partei gelungen, einen flächendeckenden Unterbau auf lokaler Ebene ins Leben zu rufen. Da der Mitgliederbestand der meisten Landesverbände nur eine mittlere zweistellige Anzahl umfasst, existieren auf der Ebene von Kreisverbänden allenfalls punktuell Organisationsstrukturen.

Die Dominanz von Neonazis auf der Ebene der Landesvorstände spiegelt sich auch im Bundesvorstand wider. Mit Christian Worch fungiert einer der dienstältesten Protagonisten des neonationalsozialistischen Spektrums als Bundesvorsitzender. Im Mai 2013 wurde der hessische Landesvorsitzende Pierre Levien zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt⁴³ und übte dieses Amt bis zu seinem Rücktritt im Januar 2014 aus⁴⁴. Der quantitativ größte Landesverband Nordrhein-Westfalen ist bereits seit Oktober 2012 mit den Beisitzern Sascha Krolzig, Kreisverbandsvorsitzender in Hamm und ehemaliger Leiter der Kameradschaft Hamm, sowie Dennis Giemsch, Landesvorsitzender und ehemaliger NWDO-Führungsaktivist, im Bundesvorstand der Partei „DIE RECHTE“ vertreten.⁴⁵ Krolzig war es auch, der zusam-

⁴¹Vgl. „Landesverband Brandenburg gegründet“, in: www.die-rechte-brandenburg.de vom 13. Januar 2013 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁴²So posierte der Landesvorsitzende auf seiner Facebook-Seite auf einem Foto in offensichtlich angetrunkenem Zustand mit einer Flasche Bier und einem halbnackten Zechgenossen, der augenscheinlich der subkulturellen rechtsextremistischen Szene zuzurechnen ist. Vgl. „Die Rechte macht ‚Vollblutpolitiker‘ zum sächsischen Landeschef“, in: www.endstation-rechts.de vom 28. Oktober 2013 (gelesen am 16. Januar 2014). Zur Auflösung des Landesverbandes vgl. den Eintrag auf der Facebook-Seite des Landesverbandes Sachsen vom 22. März 2014, in: de-de.facebook.com/rechtesachsen (gelesen am 27. März 2014).

⁴³Vgl. „Meldungen vom Bundesparteitag von DIE RECHTE“, in: worch.info/die-rechte vom 19. Mai 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

⁴⁴Vgl. „Neue Weichen in Hessen“, in: www.die-rechte-hessen.de vom 26. Januar 2014 (gelesen am 27. Januar 2014).

⁴⁵Vgl. „Zweiter Bundesparteitag“, in: worch.info/die-rechte vom 15. Oktober 2012 (gelesen am 16. Januar 2014).

men mit zwei weiteren Parteimitgliedern die Bundespartei im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 bei der Anhörung beim Bundeswahlleiter zur Feststellung der Parteieigenschaft vertrat. Bemerkenswert bei dem Auftritt der dreiköpfigen Delegation war vor allem der Umstand, dass die Mitglieder bei der Anhörung auffällige rote T-Shirts mit der Forderung nach der Freilassung des mittlerweile verstorbenen Kriegsverbrechers Erich Priebke trugen.⁴⁶

Nicht nur durch solche provokativ herausgestellten historischen Bezüge gibt sich der Landesverband in Nordrhein-Westfalen seit seiner Gründung kaum Mühe, die Kontinuität zu den verbotenen Kameradschaften in punkto Ideologie und Aktivitäten zu verheimlichen. Besonders deutlich wurde dies im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013, an der die Partei „DIE RECHTE“ in Nordrhein-Westfalen als einzigem Bundesland mit einer Landesliste antrat. Mit Schwerpunkt in Dortmund, wo der größte und aktivste Kreisverband von „DIE RECHTE“ im Bundesland angesiedelt ist, führte die Partei Ende August 2013 eine Aktionswoche unter dem Motto „Weg mit allen Organisationsverboten in Deutschland“ durch. Die Abschlusskundgebung am 31. August in Dortmund war mit dem Kampagnenmotto und dem Zusatz „Für die Aufhebung des NWDO-Verbots“ angemeldet worden. In einem Aufruf zur Veranstaltung stellten die Organisatoren die Verbote der drei nordrhein-westfälischen Kameradschaften in den Kontext jahrelanger „staatlicher Verbote und Schikanen“ gegen „nationale Gruppierungen“ und forderten „tatsächliche Meinungsfreiheit für alle Deutschen und eine Aufhebung von Tätigkeitsverboten“ sowie ein „Ende des Gesinnungsstrafrechts“.⁴⁷ Unverhohlen auf das 25-Punkte-Programm der historischen NSDAP Bezug nehmend trugen Teilnehmer der Demonstration ein Transparent mit der Aufschrift „25 Punkte gegen Eure Verbote!“.⁴⁸ Flankierend zu den öffentlichen Auftritten im Rahmen der Kampagne forderte die Partei in einem Wahlwerbespot sowie auf Plakaten die Freilassung „politischer Gefangener“. In dem

⁴⁶Vgl. „DIE RECHTE zum Bundestagswahl zugelassen“, in: www.die-rechte-brandenburg.de vom 7. Juli 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

⁴⁷„Auf nach Dortmund am 31.08.2013“, in: www.logr.org/agweissenfels vom 26. August 2013 (gelesen am 15. Januar 2014).

⁴⁸„Bildergalerie zur Demonstration am 31. August“, in: www.dortmundecho.org vom 2. September 2013 (gelesen am 15. Januar 2014).

auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlten Wahlwerbespot behauptete „DIE RECHTE“, in der Bundesrepublik gebe es keine echte Meinungsfreiheit, „Gesinnungsparagrafen“ belegten „abweichende Meinungen mit Strafen“ und seien „eines freien Staates unwürdig“. Als Beispiele für wegen Meinungsäußerungen inhaftierte Rechtsextremisten wurden neben dem verurteilten Kriegsverbrecher Erich Priebke u.a. auch der Revisionist Horst Mahler und der österreichische Neonazi Gottfried Küssel benannt.⁴⁹ Die Fokussierung auf das Thema „Repression“ und „politische Gefangene“ im Rahmen eines Wahlkampfes ließ erkennen, dass sich die Partei keineswegs um potentielle Wähler aus dem bürgerlichen Bereich bemühte, sondern sich auf einen typischen neonationalsozialistischen Agitationsschwerpunkt konzentrierte und daher ausschließlich an die eigene Anhängerschaft innerhalb der rechtsextremistischen Szene richtete.

Gleiches galt für die Aufstellung der Kandidaten, mit denen die Partei zur Europawahl im Mai 2014 anzutreten beabsichtigte: Im Mai 2013 wählte der Bundesparteitag den Neonazi-Aktivisten Sven Skoda zum Spitzenkandidaten. Skoda saß zu diesem Zeitpunkt noch in Untersuchungshaft, weil er im Zusammenhang mit einem Strafverfahren gegen Angehörige des „Aktionsbüros Mittelrhein“ wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung als Beschuldigter geführt wurde. In einem Kurzbericht würdigte die Partei die Symbolkraft des inhaftierten Skoda als Angeklagtem „in einem politischen Schauprozess, der lediglich der Kriminalisierung nationaler Deutscher“ diene, und verglich ihn mit dem IRA-Aktivisten Bobby Sands, der als Inhaftierter in das britische Unterhaus gewählt worden war.⁵⁰ Die Partei verfehlte allerdings das Quorum von 4.000 Unterstützungsunterschriften, das sie zu einer bundesweiten Kandidatur für das Europaparlament benötigt hätte, deutlich: Es gelang ihr nur, rund 1.000 Stimmen

⁴⁹Vgl. „Wahlwerbespot der Partei ‚DIE RECHTE‘ zur Bundestagswahl 2013“, in: www.youtube.com (gelesen am 18. Februar 2014).

⁵⁰„Kurzbericht: Sven Skoda führt die Liste von DIE RECHTE zur Europawahl 2014 an“, in: www.dortmundecho.org vom 19. Mai 2013 (gelesen am 15. Januar 2014).

zu sammeln⁵¹, für die Partei allerdings nach eigenem Bekunden lediglich ein „kleiner Rückschlag“.⁵²

Ein letztes Beispiel einer Instrumentalisierung des Parteiprivilegs für neonationalsozialistische Agitation lieferte der Wahlkampf zur Kommunalwahl im Mai 2014 in Dortmund, den die Partei medienwirksam am 16. November 2013 eröffnete. Man hatte nicht nur den auch über die Stadtgrenzen Dortmunds hinaus bekannten Neonazi Siegfried Borchardt, ehemaliger nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der FAP und Begründer der gewaltbereiten rechtsextremistischen Hooligan-Truppe „Borussenfront“, als Spitzenkandidaten für die Wahl zum Dortmunder Stadtrat gekürt, sondern zum Wahlkampfauftakt auch zu Borchardts Geburtstag ein Konzert mit diversen rechtsextremistischen Bands durchgeführt.⁵³ Die provokative Wirkung beider Aspekte war offensichtlich und dürfte seitens der Partei durchaus beabsichtigt gewesen sein.

Nicht nur in den Wahlkämpfen zeigte sich die nahezu nahtlose Fortführung der Aktivitäten der verbotenen Kameradschaften. Auch der seit 2005 von Angehörigen des „Nationalen Widerstands Dortmund“ alljährlich in zeitlicher Nähe zum 1. September durchgeführte „Nationale Antikriegstag“ wurde fortgesetzt. War die Veranstaltung 2012 als Nachfolgeaktivität des kurz zuvor verbotenen NWDO noch höchst-richterlich untersagt worden, so sorgte die Anmeldung für September 2013 durch den Bundesvorsitzenden Christian Worch sowie die Umbenennung in „Erster rechter Antikriegstag“ für die erneute juristische Durchsetzung der Veranstaltung.

Neben der ideologischen Kontinuität und der Fortführung von Veranstaltungen zeigt sich der neonationalsozialistische Gehalt auch im aggressiven öffentlichen Auftreten der Partei „DIE RECHTE“ in Nordrhein-Westfalen. So führte sie wiederum in Dortmund eine Reihe von Kundgebungen in der Nähe von Wohnhäusern von Lokalpolitikern

⁵¹Vgl. „Unterstützungsunterschriften zur Europawahl“, in: www.die-rechte.com vom 27. Februar 2014 (gelesen am 13. März 2014).

⁵²Vgl. „Kleiner Rückschlag“, in: www.die-rechte.com vom 3. März 2014 (gelesen am 13. März 2014).

⁵³Vgl. „Wahlkampfauftakt: Gefeierte, allen Repressionen zum Trotz!“, in: www.dortmundecho.org vom 17. November 2013 (gelesen am 18. Januar 2014).

und Gewerkschaftsfunktionären durch. Mehrfach forderten Parteianhänger bei öffentlichen Kundgebungen den Rücktritt führender Beamter des Dortmunder Polizeipräsidiums, die sie auf Transparenten mit Namen und Konterfei öffentlich machten. Andere Kreisverbände wie die in Hamm und Wuppertal benannten Journalisten auf ihren Internet-Präsenzen namentlich, verbunden mit Beleidigungen oder unterschwelligen Drohungen. In einem als „Mobi-Track“ bezeichneten Mobilisierungsvideo zu einer Demonstration am 21. September 2013 in Wuppertal unter dem Motto „Es ist immer ein Angriff auf uns alle – Gegen linken Terror und antideutsche Zustände“, das einige Stunden auf der Homepage des veranstaltenden „RECHTE“-Kreisverbands Wuppertal abzurufen war, warb der Sänger „Makss Damage“⁵⁴ mit der Aussicht auf eine „Schlacht“ mit „linken“ Gegendemonstranten. In dem als Rap-Lied verbrämlten Gewaltaufruf hieß es unter anderem: „Wir machen weiter und weiter, bis Euer Blut in unsere Wupper fließt. ... Kommt alle zur Schlacht von Wuppertal!“⁵⁵

An Wahlen hat sich die Partei im kurzen Zeitraum ihrer Existenz bislang nur einmal beteiligt: Überraschenderweise gelang es dem nordrhein-westfälischen Landesverband, für die Bundestagswahl 2013 mehr als 2.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln, welche die Partei dazu berechtigten, mit einer Landesliste in Nordrhein-Westfalen anzutreten. Dass das Wahlergebnis mit 2.245 Zweitstimmen nur unwesentlich über der Zahl der Unterstützerunterschriften lag, focht die Partei nicht an. Im Gegenteil stellte der Kreisverband Hamm in einer kurzen Bewertung des Wahlergebnisses die hinter der Wahlteilnahme stehende Absicht eines Nachweises der Parteieigenschaft heraus: „Bei unserem Wahldebüt kam es uns nicht auf das Ergebnis an. Da uns von Anfang des Jahres von verschiedenen staatlichen Stellen und von regimetreuen Medien der Parteistatus abgesprochen worden ist, wollten wir mit unserem Wahlantritt das Gegenteil beweisen. Dies und nichts anderes war das einzige Ziel unseres Antritts zur Bundestagswahl.“⁵⁶

⁵⁴Der Name steht für „maximum damage“, dt.: Maximaler Schaden.

⁵⁵„Mobitrack für Wuppertal-Demo!“, in: www.makss-damage.net vom 18. Juni 2013 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁵⁶„Kurze Nachlese zur Bundestagswahl“, in: www.rechte-hamm.com vom 23. September 2013 (gelesen am 3. Januar 2014).

Die entwaffnende Offenheit dieses Kommentars aus den eigenen Reihen scheint die Frage nach der Parteieigenschaft von „DIE RECHTE“ einfach zu beantworten. Tatsächlich jedoch beabsichtigt die Partei, auch bei weiteren Wahlen anzutreten. Zumindest aus formaler Sicht sind die Bemühungen um eine Kandidatur bei den zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Europaparlament und zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2014 als ernsthafte Bemühungen um eine Mitwirkung an der parlamentarischen Vertretung des Volkes zu bewerten. Auch die vom Parteiengesetz und vom Bundesverfassungsgericht geforderte ausreichende Größe und Festigkeit der Organisation dürfte durch den seit der Gründung kontinuierlich ablaufenden Wachstumsprozess, als dessen Folge die Partei in mittlerweile der Hälfte der Bundesländer Landesverbände und teilweise Untergliederungen darunter unterhält, erfüllt sein. Hinzu kommen die regelmäßigen Demonstrationen vorwiegend in Nordrhein-Westfalen, in Einzelfällen aber auch in anderen Bundesländern, die die Absicht zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bevölkerung deutlich machen. Insofern haben die Funktionäre der Partei „DIE RECHTE“ um den juristisch versierten Bundesvorsitzenden Christian Worch die Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom Juli 2013, die Parteieigenschaft von „DIE RECHTE“ festzustellen und ihr somit die Zulassung zur Bundestagswahl zu erteilen, dürfte insoweit präjudizierend sein.⁵⁷

5.2 „Der III. Weg“

„Der III. Weg“ ist die jüngste rechtsextremistische Partei. Sie wurde am 28. September 2013 von rund einem Dutzend Rechtsextremisten in Heidelberg gegründet. Dem fünfköpfigen Bundesvorstand steht das

⁵⁷Zwar sind die Parteien laut § 6 Abs. 3 Parteiengesetz verpflichtet, dem Bundeswahlleiter Unterlagen über Satzung, Programm und Vorstandsmitglieder zur Verfügung zu stellen. Eine Feststellung der Parteieigenschaft trifft der Bundeswahlleiter jedoch nicht. Lediglich für Bundestagswahlen ist eine solche Feststellung durch den Bundeswahlausschuss vorgesehen (§ 18 Abs. 2 Bundeswahlgesetz). In anderen Fällen entscheiden über die Parteieigenschaft die zuständigen Behörden und Gerichte im Einzelfall (z.B. Finanzgericht). Vgl. Bundeswahlleiter, Unterlagensammlung; in: www.bundeswahlleiter.de/unterlagensammlung.html (gelesen am 07. März 2014).

ehemalige rheinland-pfälzische NPD-Landesvorstandsmitglied Klaus Armstroff vor. Die Parteineugründung war stark motiviert von den seit längerem schwelenden Streitigkeiten innerhalb des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der NPD, die sich maßgeblich um Armstroff und dessen Ehefrau, die seinerzeitige NPD-Landesvorsitzende Dörte Armstroff, rankten. Der Streit eskalierte anlässlich eines Landeslistenparteitags am 1. Juni 2013, bei dem die Kandidaten für die Bundestagswahl festgelegt werden sollten. Entgegen vorheriger Absprachen, den Spitzenplatz für Dörte Armstroff vorzusehen, hatten die Delegierten eine Angehörige des mit den Armstroffs konkurrierenden Parteiflügels auf Platz 1 der Kandidatenliste gewählt. Aus Enttäuschung darüber traten Dörte und Klaus Armstroff sowie zwei weitere Vorstandsmitglieder bei der kurze Zeit später durchgeführten Neuwahl des NPD-Landesvorstandes am 20. Juli 2013 nicht mehr zur Wahl an. Im Dezember 2013 stellte der Landesverband Strafantrag gegen beide sowie die beiden anderen ehemaligen rheinland-pfälzischen NPD-Funktionäre wegen des Verdachts des Betrugs und der Unterschlagung. Den vier Personen wird vorgeworfen, kurz vor dem Parteitag im Juli Gelder auf eigene Konten transferiert zu haben, nachdem absehbar wurde, dass sie keine Wiederwahl in den Vorstand zu erwarten hatten.⁵⁸

Die bisher bekannte personelle Besetzung besteht im Kern aus Renegaten der rheinland-pfälzischen NPD. Unter ihnen befinden sich mit Matthias Hermann (stellvertretender Bundesvorsitzender) und Rene Teufer (Beisitzer im Bundesvorstand) zwei Neonazis des „Aktionsbüros Rhein-Neckar“.⁵⁹ Zwei Indizien lassen den Schluss zu, dass Neonazis eine wesentlich größere Rolle in der Partei spielen, als dies von außen her erscheint. Zum einen weist die Programmatik eine – wie die Partei auf ihrer Homepage selbst bekundet⁶⁰ – nationalrevolutionäre

⁵⁸ „NPD Rheinland-Pfalz stellt Strafantrag gegen ehemaligen Vorstand um Dörte Armstroff“, in: www.facebook.com/rlp.npd vom 18. Dezember 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

⁵⁹ Vgl. Bundeswahlleiter, Parteiunterlagen zum Download, „Der III. Weg“, in: www.bundeswahlleiter.de/de/parteien/parteien_downloads.html (gelesen am 07.03.2014).

⁶⁰ Die „Betonung der Parteiausrichtung“ liege „auf einem sozialistischen Programm, das einen [sic!] nationalrevolutionären Charakter Ausdruck verleiht“; vgl. „Gründungsveranstaltung der Partei DER DRITTE WEG“, in: www.der-dritte-weg.info vom 9. Oktober 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

Zielsetzung auf. Das zugleich mit der Gründung verabschiedete „Zehn-Punkte-Programm“ beschreibt als Ziel des „III. Weges“ die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“. Das Programm fordert u.a. die „Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betriebe der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe“. Außenpolitisch zielt die Partei auf den Austritt aus der Europäischen Union und die Schaffung einer „Europäischen Eidgenossenschaft auf Grundlage der europäischen Kulturen“ ab.⁶¹ Die Begrifflichkeiten, etwa der des „Deutschen Sozialismus“, deuten somit auf einen programmatischen Unterbau hin, der sich aus den Quellen eines „linken“, sozialrevolutionären Nationalsozialismus speist.⁶²

Als zweites Indiz kann die zunehmende Hinwendung des wichtigsten bayerischen Neonazi-Netzwerkes, des „Freien Netz Süd“ (FNS), zum „III. Weg“ gewertet werden. Zunächst berichtete das „Freie Netz Süd“ über die Gründungsveranstaltung in Form eines von der Homepage der Partei übernommenen Internet-Beitrags⁶³ und verlinkte auf seiner Seite zu der Internet-Präsenz der neuen Partei. Im Gegenzug traten bei einer Kundgebung des FNS am 16. November 2013 in Wunsiedel (Bayern) anlässlich des „Heldengedenkens“ Vertreter der Partei mit zwei Transparenten mit den Aufschriften „Der Dritte Weg – National,

⁶¹ „Zehn-Punkte-Programm“, in: www.der-dritte-weg.info (gelesen am 16. Januar 2014).

⁶² Neben Otto Strasser („Aufbau des deutschen Sozialismus“, Leipzig 1932) war der frühere Berliner Gauleiter der NSDAP Dr. Joseph Goebbels zumindest in seinen jungen Jahren einer der einflussreichsten Verfechter eines „Deutschen Sozialismus“ in der NSDAP. Vgl. z.B.: Joseph Goebbels, „Warum sind wir Sozialisten?“, in: Der Angriff vom 16. Juli 1928, zit. nach: Joseph Goebbels, Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, München 1935, S. 222 ff. Allerdings vertraten nicht nur die Nationalsozialisten die Forderung nach einem „nationalen Sozialismus“; ideengeschichtlich mit dem Begriff verbundene Vorstellungen waren bei einer Reihe von Vordenkern – von Nationalbolschewisten bis zur Konservativen Revolution – vorhanden; vgl. Christoph H. Werth, Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996.

⁶³ Vgl. „Gründungsveranstaltung der Partei DER DRITTE WEG“, in: www.der-dritte-weg.info vom 14. Oktober 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

revolutionär & sozialistisch“ und „Erich Priebke lebt in unseren Herzen weiter – Der III. Weg“ auf.⁶⁴ Aufmerksame Beobachter registrierten, dass ein FNS-Führungsaktivist eines der „III. Weg“-Banner trug und werteten dies als „Hinwendung zur neuen Organisation“⁶⁵.

Mittlerweile bestehen im Einzugsbereich des FNS drei sogenannte Stützpunkte des „III. Weges“. So berichtete die offizielle Internetseite der Partei von einem Münchener Stützpunkt, der am 29. November 2013 eine Informationsveranstaltung in der Landeshauptstadt durchgeführt habe. Ein Aktivist dieses Münchner Stützpunktes habe vor rund 30 Zuhörern Strukturen und Ziele des „III. Weges“ vorgestellt. Demnach strebe man den „Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus“ an und wolle diesen verbinden „mit längst überfälligen sozialrevolutionären Forderungen, um der wütenden Ausbeutung des Kapitalismus als freie Nation endlich zu entkommen“.⁶⁶ Ein zweiter Stützpunkt – später in „Hochfranken/Vogtland“ umbenannt⁶⁷ – wurde Anfang 2014 im oberfränkischen Hof gegründet. Auch hier berichtete die Internet-Präsenz der Partei über einen Informationsabend am 25. Januar 2014, welcher der Mitgliederwerbung diene.⁶⁸ Und schließlich wurde Ende März 2014 ein weiterer Stützpunkt Nürnberg/Fürth ins Leben gerufen, der augenscheinlich von dem FNS-Führungskader Matthias Fischer geführt wird.⁶⁹ Bezeichnenderweise stellen diese drei bisher bekannten Stützpunkte des „III. Weges“ außerhalb seines rheinland-pfälzischen Kerngebiets auch die regionalen Schwerpunkte der Aktivitäten des FNS dar.

⁶⁴ „Nationales Heldengedenken in Wunsiedel“, in: www.facebook.com/pages/Der-Dritte-Weg vom 21. November 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

⁶⁵ „Freies Netz Süd orientiert sich weiter Richtung neonazistischer Kleinstpartei“, in: www.endstation-rechts.de vom 24. November 2013 (gelesen am 16. Oktober 2014).

⁶⁶ „München: Vorstellung der Partei ‚Der III. Weg‘“, in: www.der-dritte-weg.info vom 5. Dezember 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

⁶⁷ Vgl. „III. Weg‘ Stützpunkt Nürnberg/Fürth gegründet“, in: www.der-dritte-weg.info vom 8. April 2014 (gelesen am 9. April 2014).

⁶⁸ Vgl. „Hof an der Saale: Stützpunkt nimmt seine Arbeit auf“, in: www.der-dritte-weg.info vom 8. Februar 2014 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁶⁹ Vgl. „III. Weg‘ Stützpunkt Nürnberg/Fürth gegründet“, in: www.der-dritte-weg.info vom 8. April 2014 (gelesen am 9. April 2014).

Personelle Verquickungen belegen, dass eine Reihe führender Funktionäre des FNS mittlerweile auch Mitglieder des „III. Weges“ sind. Dies gilt nach offiziellen Angaben der Partei für den aus der Region Hof stammenden FNS-Führungsaktivisten Tony Gentsch⁷⁰ und den FNS-Kader Matthias Fischer (Fürth)⁷¹ sowie nach Darstellung anderer Quellen für den im Raum München ansässigen Karl-Heinz Statzberger⁷².

Die Gründung zweier Stützpunkte in Hochburgen des FNS sowie der Eintritt einer Reihe hochrangiger FNS-Aktivisten in die neue Partei lassen den Schluss zu, dass das „Freie Netz Süd“ den „III. Weg“ als Möglichkeit zur Fortführung seiner Aktivitäten im Falle eines Verbotes sieht. Eine derartige Vermutung, wie sie bereits von etlichen Beobachtern geäußert wurde⁷³, dürfte tatsächlich nicht zu fern liegen. Immerhin sieht sich das FNS seit geraumer Zeit einem vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren des Bayerischen Staatsministerium des Innern unterzogen, in dessen Rahmen am 10. Juli 2013 etwa 700 Polizisten die Wohnungen von etwa 70 FNS-Angehörigen durchsuchten.⁷⁴ Es ist sehr wahrscheinlich, dass die aufgefundenen Unterlagen den Verdacht der Behörden auf eine Verbotswürdigkeit des FNS als Nachfolgeorganisation der verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ stützen. Es dürfte auch den FNS-Kadern bewusst sein, dass das Kameradschaftsnetzwerk einem Verbot entgegengeht. Möglicherweise beabsichtigen die bayerischen Neonazis, in einem solchen Falle innerhalb der Strukturen des „III. Weges“ ihre Aktivitäten fortzuführen.

⁷⁰Vgl. „Bürgerprotest gegen Asylheim in Greiz“, in: www.der-dritte-weg.info vom 28. November 2013 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁷¹Vgl. „Der III. Weg‘ zu Besuch in Athen (+Video)“, in: www.freies-netz-sued.net vom 14. Februar 2014 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁷²Antifaschistisches Infobüro Rhein-Main, „Bericht zum neonazistischen ‚Gedenkmarsch‘ in Remagen am 23. November 2013“, in: www.infobuero.org vom 27. November 2013 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁷³Beispielhaft ist hier für das Antifa-Spektrum anzuführen: Robert Andreasch, „Der ‚dritte Weg‘ als Ausweg“, in: www.aida-archiv.de vom 14. Februar 2014 (gelesen am 18. Februar 2014).

⁷⁴Pressemitteilung der Bayerischen Staatsregierung, „Vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren gegen das ‚Freie Netz Süd‘“, in: www.bayern.de vom 10. Juli 2013 (gelesen am 16. Januar 2014).

Dass sie dabei zwar die Art der Organisationsform für zweitrangig, den „III. Weg“ aber für eine durchaus gangbare Alternative halten, macht eine im Namen des FNS abgegebene Stellungnahme vom Oktober 2013 deutlich. Dort heißt es, die Kritiker einer Zersplitterung unterlägen „...der vollkommen falschen Vorstellung, daß in der BRD überhaupt eine nationale radikale Kraft, die tatsächlich ein revolutionäres Veränderungspotential in sich trägt, einmal im Lande etwas durch parlamentarisches Wahlverhalten innerhalb des Systems zu sagen hätte. Mit diesem Irrglauben beseelt hält man viele gutgläubige Nationalisten seit Jahren am Narrenband. Nationale Vereinigungen sind heute nichts anderes als namensspendende Organisationshüllen, um volkstreue Menschen zu sammeln und den Gleichgesinnten einen Heimathafen bieten zu können, in dem sie von ... politischer Verfolgung und von der Auflösung der Gemeinschaft kurzzeitig entfliehen dürfen. Dort können sie wieder Kraft tanken, neue Kontakte knüpfen, sich austauschen, sich professionalisieren, systemalternativ atmen und den möglichen Widerstand aus ihren Reihen heraus organisieren. ... Ob es dabei gleich eine Partei sein muß, die man dann gründen muß, ist eine andere Frage. Auch lokale Kameradschaften, lose Bünde des nationalen Denkens und Agierens ... und volkstreue Internetplattformen können dazu als Alternative dienen. Der Nationale Widerstand hat ... mit der Partei DER DRITTE WEG nun eine neue Chance mehr gewonnen, Deutsche ... zu sammeln und im Verbund mit freien Nationalisten auch in Zukunft ... entschlossen für die Freiheit Deutschlands zu kämpfen.“⁷⁵

Seit 30. September 2013 ist die Partei „Der III. Weg“ beim Bundeswahlleiter registriert; eine formelle Parteieigenschaft ist bisher nicht behördlich festgestellt worden.⁷⁶ Ihre Strukturen sind rudimentär und beschränken sich derzeit auf die Rhein-Neckar-Region sowie Bayern. Öffentliche Aktivitäten hat es bisher nur vereinzelt in Form einzelner Demonstrationen gegeben. An Wahlen hat sich die Partei bisher nicht beteiligt. In einer Internet-Verlautbarung hatte sie lediglich angekün-

⁷⁵ „DER DRITTE WEG – Reaktionen auf die Neugründung im NW“, in: www.freies-netz-sued.net vom 22. Oktober 2013 (gelesen am 3. Januar 2014).

⁷⁶ Eine Aufnahme in die Unterlagensammlung des Bundeswahlleiters ist zwar gesetzlich verpflichtend, hat aber nicht automatisch die Zuerkennung der Parteieigenschaft zur Folge. Vgl. Anm. 53.

digt, an der Kreistagswahl im rheinland-pfälzischen Bad Dürkheim im Mai 2014 teilnehmen zu wollen.⁷⁷ Insofern wirft das Gesamtbild der Organisation wesentlich stärker als bei der Partei „DIE RECHTE“ die Frage nach dem Parteistatus auf. Zieht man die Kriterien des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr 1995 heran, könnten durchaus Zweifel an der Parteieigenschaft aufkommen. Allerdings legt die Formulierung in § 2 des Parteiengesetzes, der zufolge lediglich die Absicht der Teilnahme an Landtags- oder Bundestagswahlen für die Parteieigenschaft ausreicht („auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes [in einem Parlament] mitwirken wollen“), nahe, dass an Parteien in der Gründungsphase verminderte Anforderungen gestellt werden müssen. Insofern ist aus dem derzeitigen Erscheinungsbild des „III. Weges“ noch keine abschließende Bewertung über dessen Parteieigenschaft zu destillieren.

6. Schlusswort und Zusammenfassung

Mit den Verboten der letzten beiden Jahre seit der Aufdeckung des NSU ist das fast zwei Jahrzehnte lang gängige Kameradschaftsmodell brüchig geworden. Die bereits zuvor begonnene Erosion der Kameradschaftsstrukturen wurde durch die seit 2012 ausgesprochenen Verbote einer Reihe wichtiger regionaler Neonazi-Vereine – darunter mit „Besseres Hannover“ und der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ zwei weitgehend strukturlose Vereinigungen – befördert. Diese Ausgangssituation zwingt die Neonazi-Szene zu strukturellen Innovationen, will sie ihre Handlungsfähigkeit vor staatlichen Eingriffen schützen.

Erste Versuche einer organisatorischen Neuausrichtung hat die Szene mit dem Eintritt in Landesverbände rechtsextremistischer Parteien vollzogen. Modellcharakter verspricht die Situation in Nordrhein-Westfalen, wo die Strukturen und Mitglieder nahezu sämtlicher bedeutender und daher teilweise verbotener Neonazi-Gruppierungen in die Partei „DIE RECHTE“ überführt wurden. Mittlerweile ist der Landesverband fest in den Händen der früheren Kameradschaftsführer aus Dortmund, Hamm und der Aachener Region. Hinzu kommen Pro-

⁷⁷ „Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz – Der III. Weg plant Teilnahme“, in: www.der-dritte-weg.info vom 15. März 2014 (gelesen am 18. März 2014).

tagonisten „Freier Kräfte“ und von „Autonomen Nationalisten“ etwa in Wuppertal oder im Rhein-Erft-Kreis. Auch der Bundesvorstand der Partei wird mittlerweile von Neonazis dominiert.

Die Gründung einer weiteren Partei, des „III. Weges“, lässt vermuten, dass damit ein Auffangbecken sowohl für abtrünnige NPD-Anhänger als auch für von Verboten bedrohte Neonazi-Netzwerke wie das „Freie Netz Süd“ geschaffen werden soll. Während die Partei „DIE RECHTE“ zumindest hinsichtlich ihrer formalen Organisationsstrukturen einen kontinuierlichen Aufbauprozess erkennen lässt, befindet sich „Der III. Weg“ noch in der unmittelbaren Gründungsphase. Dies behaftet eine Prognose mit den daraus resultierenden Unwägbarkeiten.

Die bundesweit – mit Ausnahme Nordrhein-Westfalens – insgesamt nur schwach ausgeprägte organisatorische Aufstellung von „DIE RECHTE“ und des „III. Weges“ zeigt, dass in qualitativer Hinsicht noch nicht von einem generellen Trend einer Hinwendung von Neonazis zu Parteistrukturen gesprochen werden kann. Ein quantitativer Vergleich bestätigt diesen Befund: Während „DIE RECHTE“ rund 400 Mitglieder umfasst, die zudem nicht alle dem Neonazi-Spektrum zugerechnet werden können, dürfte sich der Mitgliederbestand des „III. Weges“ auf nur wenige Dutzend Mitglieder beschränken. Selbst wenn man die rund 100 bis 150 Personen des „Freien Netzes Süd“⁷⁸ als potentieller Mitglieder einbezieht, stellen die in beiden Parteien organisierten Neonazis nur einen kleinen Teil des derzeit 5.800 Personen umfassenden Gesamtpotentials.⁷⁹

Entwarnung kann es jedoch nicht geben. Zumindest der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei „DIE RECHTE“ entfaltet aufgrund seiner besonderen Ausprägung – immerhin hat sich hier nahezu das gesamte relevante Neonazi-Spektrum eines Flächenbundeslandes organisiert – potentielle Blaupausenwirkung. Die Neonazi-Szene wird die Entwicklung, insbesondere die öffentliche Agitation der Partei und ihrer Untergliederungen, hier aufmerksam beobachten. Veränderungen des derzeitigen status quo können sich rasch und ohne Reibungs-

⁷⁸Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2012, München 2013, S. 96.

⁷⁹Vgl. Frank Jansen, „Anteil gewaltbereiter Rechtsextremisten bleibt hoch“, in: www.tagesspiegel.de vom 12. Januar 2014 (gelesen am 16. Januar 2014).

verluste ergeben. Schließlich sind die übrigen Landesverbände, die noch nicht von Neonazis dominiert werden, quantitativ und qualitativ so schlecht aufgestellt, dass bereits der Eintritt einiger weniger Kameradschaften zu einer Dominanz von Neonazis führen dürfte. Insofern kann „DIE RECHTE“ ebenso wie „Der III. Weg“, für den gleiches gilt, tatsächliches zum potentiellen Auffangbecken für verbotene oder von Verboten bedrohte Strukturen avancieren.

Nicht zuletzt muss die Beobachtung der Entwicklung langfristig auch die größte rechtsextremistische Partei in ihr Kalkül einbeziehen. Das Potential eines Auffangbeckens im Verbotsfalle besitzen beide Parteien natürlich nicht nur für Neonazis, sondern auch für die NPD. Der Bundesrat hat im Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Partei eingereicht. Ungeachtet des trotzigsten Optimismus, den die Partei angesichts dieser existentiellen Bedrohung an den Tag legt, dürften die Erfolgsaussichten des Antrags ungleich größer als bei dem 2001 initiierten und letztlich gescheiterten Verbotsverfahren sein. Im Fall eines Verbots der NPD wird sich das rechtsextremistische Spektrum in seiner Gesamtheit strukturell deutlicher verändern als in den 20 Jahren zuvor.

Messianischer Antiuniversalismus

Zur politischen Theorie von Aleksandr Dugin im Spannungsfeld von eurasischem Imperialismus und geopolitischem Evangelium

Samuel Salzborn

1. Einleitung und Fragestellung

Aleksandr Gel'evič Dugin (geb. 1962) gehört zu den schillerndsten Persönlichkeiten des russischen Politik- und Geisteslebens der Gegenwart. Seine politische und intellektuelle Biografie liest sich wie eine Achterbahnfahrt, die ihn von ganz rechts nach ganz links und wieder zurück zu führen scheint, die einflussreiche Stationen im russischen Publikations- und Verlagswesen umfasst, Tätigkeiten als Universitätsprofessor und Politikberater, Stichwortgeber bis hinein in höchste Kreise des Kreml und Vordenker in geostrategischen und identitätspolitischen Fragen.¹ Ebenso oft, wie er schon als Berater von Vladimir Putin deklariert wurde, wurde dies auch dementiert, sein Einfluss schwankt zwischen direkter Politikberatung und informeller Hegemoniegewinnung im politischen und kulturellen Diskurs – zuletzt zu sehen an der russischen Rhetorik im Ukraine-Konflikt, die maßgebliche Anleihen bei Dugin genommen hat, bis hinein in die Wortwahl.

Die Faszination, die Dugin damit gerade für die westeuropäische Rezeption ausübt, hat vor allem mit dieser selbstinszenierten Indifferenz zu tun: Dugin zeichnet von sich selbst das Bild des einflussreichen, aber unabhängigen Intellektuellen, der sich in seiner ungeheuren Belesenheit scheinbar aus höchst gegensätzlichen Denktraditionen bedient und mit der Aura des Originellen umgibt. Dugin, der seine Quellen und Referenzen nicht nur nicht verschweigt, sondern sich damit

¹ Vgl. zur Biografie Dugins: Ulrike Klitsche-Sowitzki, Eurasismus und „Neoeurasismus“ in Russland. Historischer Abriss und Funktionsanalyse des Raumkonzeptes Eurasien, in: Gabriela Lehmann-Carli/Yvonne Drosihn/Ulrike Klitsche-Sowitzki, Russland zwischen Ost und West? Gratwanderungen nationaler Identität, Berlin 2011, S. 89–160, hier S. 132–134. Dugins Werk liegt nur rudimentär in deutscher Übersetzung vor, die meisten seiner Arbeiten sind nur auf Russisch erschienen. Für die Unterstützung bei der Recherche und die Übersetzung der in diesem Beitrag aus dem Russischen zitierten Passagen von Dugin dankt der Autor Ellen Diehl (Mainz).

rühmt, Autoren wie Martin Heidegger, Karl Haushofer, Julius Evola oder Carl Schmitt überhaupt erst nachhaltig in der russischen Debatte verankert zu haben, profitiert dabei von einer ideengeschichtlichen Blindheit in der westlichen Öffentlichkeit, bei der etwa hinter seinem Etikett „Nationalbolschewist“, mit dem er sich vor allem in den 1990er Jahren schmückte², eine Wende nach Links vermutet wird, ohne dabei an den ideengeschichtlichen Ursprung des nationalbolschewistischen Konzepts in der Konservativen Revolution zu denken.³ Dabei war Dugin politisch nie wirklich links, sein Nationalbolschewismus vielmehr Ausdruck seiner biografischen Entwicklung als radikaler Antikommunist im zusammenbrechenden bolschewistischen Sowjetsystem Anfang der 1990er Jahre, dem er – tatsächlich stark geprägt durch die Rezeption der Klassiker der Konservativen Revolution und des klassischen Eurasismus (einer geostrategischen Konzeption, die von dem Raum Eurasien ausgeht) – nur insofern verbunden war, als er (ganz im Geiste von Ernst Niekisch) soziale Elemente in seine autoritäre, nationale und imperiale Theoriebildung integrierte und dabei in einem weitreichenden und unübersichtlichen Netzwerk der „roten“, „braunen“ und „weißen“ Nationalisten Russlands eben als Nationalbolschewist galt.⁴

Im vorliegenden Beitrag soll die politische Theorie von Dugin, der sich gegenwärtig intensiver Rezeption im bundesdeutschen Rechts-

² Vgl. Aleksandr Dugin, *Тамплеры Пролетариата* (Templery Proletariata; Tempelorden des Proletariats), Moskau 1997.

³ Vgl. Louis Dupeux, *Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik*, München 1985.

⁴ Vgl. hierzu ausführlich: Jean Cremet, *Für eine Allianz der „Roten“ und der „Weißen“. Zwischen Metapolitik und Geopolitik: Zur Durchdringung Osteuropas durch die „Neue“ Rechte*, in: Ders./Felix Krebs/Andreas Speit, *Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten“ – Ein Zwischenbericht*, Münster 1999, S. 91–120; Alexander Höllwerth, *Das sakrale eurasische Imperium des Aleksandr Dugin. Eine Diskursanalyse zum postsowjetischen russischen Rechtsextremismus*, Stuttgart 2007, S. 651ff.; Markus Mathyl, *Der „unaufhaltsame Aufstieg“ des Aleksandr Dugin. Neo-Nationalbolschewismus und Neue Rechte in Rußland*, in: *Osteuropa*, 52. Jg., H. 7/2002, S. 885–900.

extremismus erfreut⁵, aber aufgrund seines Einflusses auf die politische Führung in Moskau auch zunehmend in Leitmedien der Bundesrepublik wahrgenommen wird⁶, skizziert werden. Dugin erscheint deshalb als so zentral für eine eingehende Analyse, weil er innerhalb wie außerhalb Russlands als besonders einflussreich gilt und – obwohl er gegenwärtig zumindest temporär von seiner Universitätsprofessur enthoben wurde – einer der wichtigsten Vordenker der russischen Geopolitik der Gegenwart ist, zugleich aber eben auch über umfangreiche Kontakte in den westeuropäischen Rechtsextremismus verfügt. Im vorliegenden Beitrag wird es in einem ersten Schritt zunächst um die Denketze gehen, in die Dugin „verwoben“ ist⁷, um in einem zweiten und dritten Schritt seine theoretischen Überlegungen herauszuarbeiten, die sich zwischen eurasischem Imperialismus und der Idee eines „neuen geopolitischen Evangeliums“ bewegen.⁸

2. Denketze: Eurasismus, Nationalbolschewismus, Conservative Revolution

In der Literatur, die sich kritisch mit Dugin befasst, werden zwei Aspekte stets besonders hervorgehoben: einerseits seine Bezüge zur im antisowjetischen Exil 1921 initiierten, so genannten Eurasier-Bewegung der 1920er Jahre,⁹ andererseits die Bedeutung des Natio-

⁵ Vgl. z.B. Alexander Dugin: „Vereint im Haß“, Interview in: Zuerst! Deutsches Nachrichtenmagazin, Nr. 4 vom April 2014, S. 38–42; Michael Paulwitz, Autorenporträt Alexander Dugin, in: Sezession, H. 61, August 2014, S. 4–7.

⁶ Vgl. Kerstin Holm, Politguru Alexander Dugin: Auf diesen Mann hört Putin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Juni 2014; Alexander Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“. Interview von Christian Neef, in: Der Spiegel, Nr. 29 vom 14. Juni 2014, S. 120–125.

⁷ Vgl. zum methodischen Gedanken der Verwebung bzw. des Gewebes: Marcus Llanque, Politische Ideengeschichte. Ein Gewebe politischer Diskurse, München/Wien 2008.

⁸ Der Terminus des „neuen geopolitischen Evangeliums“ stammt von Dugin selbst, vgl. Leonid Luks, Eurasien aus neototalitärer Sicht – Zur Renaissance einer Ideologie im heutigen Russland, in: Totalitarismus und Demokratie, 1. Jg, H. 1/2004, S. 63–76, hier: S. 75.

⁹ Vgl. Otto Böss, Die Lehre der Eurasier. Ein Beitrag zur russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, Wiesbaden 1961; Nicholas V. Riasanovsky, The

nationalbolschewismus für seine Theoriebildung – beides ist zutreffend, aber zugleich auch ungenau.

Vor allem der Historiker Leonid Luks und der Politikwissenschaftler Andreas Umland haben in ihren Arbeiten gezeigt, dass es maßgebliche Unterschiede zwischen den Eurasiern der 1920er Jahre und der neoeurasischen Bewegung gibt, deren intellektueller Kopf Dugin ist.¹⁰ Und das Etikett Nationalbolschewismus ist, gerade für Dugins Werkphase der späten 1980er und frühen 1990er Jahren fraglos treffend, allerdings muss auch hier betont werden, dass sein „Neo-Nationalbolschewismus“ vor allem – hier wird dem Slawisten Markus Mathyl¹¹ gefolgt – Anleihen bei den deutschen Nationalbolschewisten um Ernst Niekisch und damit der Konservativen Revolution nimmt und nicht an den nationalbolschewistischen Strömungen der frühen oder der späten Sowjetunion. Überdies wäre es aufgrund der geopolitischen und mythologischen Schriften von Dugin aus den letzten zwei Jahrzehnten verfehlt, den Nationalbolschewismus zum Zentrum seines Denkens zu erklären, statt ihn lediglich als eine temporäre Station in seiner Theorieentwicklung zu begreifen.¹²

Umland bezeichnet den Begriff „Neoeurasismus“ zumindest „teilweise als Etikettenschwindel“¹³, weil er – was freilich dem Interesse

Emergence of Eurasianism, in: California Slavic Studies, 4. Jg., H. 4/1967, S. 39–72.

¹⁰Vgl. Luks, Eurasien (Anm. 8); Andreas Umland, Kulturelle Strategien der russischen extremen Rechten. Die Verbindung von faschistischer Ideologie und metapolitischer Taktik im „Neoeurasismus“ des Aleksandr Dugin, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33. Jg., H. 4/2004, S. 437–454.

¹¹Vgl. Mathyl, Der „unaufhaltsame Aufstieg“ (Anm. 4).

¹²Vgl. v.a. Aleksandr Dugin, Конспирология (Konspiologija; Verschwörungstheorie), Moskau 1993; ders., Основы геополитики. Геополитическое будущее России (Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii; Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands), Moskau 1997; ders.: Абсолютная Родина. Пути Абсолюта. Метафизика Благой Вести (Absoljutnaja rodina. Puti Absoljuta. Metafizika Blagoj Vesti; Die absolute Heimat. Wege des Absoluten. Die Metaphysik des Evangeliums), Moskau 1999; ders.: Геополитика России. Учебное пособие для вузов (Geopolitika Rossii. Učebnoe posobie dlja vuzov; Die russländische Geopolitik. Lehrbuch für Hochschulen), Moskau 2012.

¹³Vgl. Umland, Kulturelle Strategien (Anm. 10), S. 438.

Dugins entspricht – die Kontinuitätslinien im Denken stärker betont, als die Diskontinuitäten. Da Dugin im April 2001 maßgeblich an der Gründung der Bewegung „Evrazija“ (Eurasien) beteiligt war, deren Vorsitzender er wurde und, wie im Folgenden noch zu zeigen sein wird, das geopolitische Konzept „Eurasien“ einen der beiden Schlüsselanker seines Denkens ausmacht, ist die gegenwärtige neoeurasische Bewegung in Russland trotz allem *die* Bewegung Dugins, deren zentrale Vordenker für Dugin vor allem Nikolaj Trubeckoj, Petr Savackij und Nikolaj Alekseev sind.¹⁴ An der Gründung der Bewegung „Evrazija“ waren bereits hochrangige Eliten der russischen Oligarchie aus dem Bereich des Geheimdienstes, des Generalstabs sowie der islamischen und orthodoxen Geistlichkeit beteiligt, wobei die Bewegung laut Mathyl in dem Anspruch gegründet wurde, „Putin bedingungslos zu unterstützen und dabei das weltanschauliche Vakuum in seiner Umgebung“ zu füllen.¹⁵ Der Einfluss der Bewegung, wie auch der von Dugins Thinktank und Verlag „Arctogaia/Arktogaja“, der intensive publizistische Aktivitäten entfaltet und vor allem das Internet als Forum nutzt, das (wie Dugin sagt – ein geeignetes Medium sei, die fast totale Freiheit gegen die Demokratie selbst zu richten¹⁶), reicht dabei bis heute in höchste Regierungskreise. Dugin ist offizieller Berater des Parlamentspräsidenten und verfügt über direkte Kontakte in die russische Präsidialadministration und wenn er kürzlich im Interview mit dem „Spiegel“ erklärt, er „kenne Putin nicht“ und „habe keinen Einfluss auf ihn“¹⁷, dann ist das ein typischer Ausdruck, die eigene Rolle zu mystifizieren und zu heroisieren, da für Dugin gleichzeitig auch klar ist: „Diejenigen, die Putin angreifen, greifen die Mehrheit an. ... Deswegen sind die Leute, die Putin nicht unterstützen, psychisch nicht normal.“¹⁸

Mit Blick auf Dugins neoeurasisches Netzwerk, das von Anfang an hervorragende Beziehungen zu neurechten Theoretikern wie Alain de Benoist, Jean-François Thiriart, Claudio Mutti und Robert Steuckers unterhalten hat, lassen sich zum klassischen Eurasismus einige signi-

¹⁴Vgl. Dugin, Основы геополитики (Anm. 12), Buch 2, Teil 3.

¹⁵Vgl. Mathyl, Der „unaufhaltsame Aufstieg“ (Anm. 4), S. 896.

¹⁶Vgl. ebd., S. 897, Fn. 37.

¹⁷Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“ (Anm. 6), S. 123.

¹⁸Ebd., S. 124.

fikante Unterschiede erkennen, auf die Leonid Luks aufmerksam gemacht hat, wobei es sich bei beiden Gruppierungen „um leidenschaftliche Verfechter des kulturellen Partikularismus und um radikale Gegner universaler Ideen“ handelt.¹⁹ Dennoch unterscheiden sich Eurasier und Neoeurasier in ihrer genuin antiwestlichen Einstellung dadurch, dass sich das Feindbild der Eurasier auf den gesamten Westen richtete, dass der Neoeuraiser aber vor allem auf die angelsächsischen bzw. atlantischen Seemächte, deren „Interessen denen der Kontinentalmächte diametral widersprechen“²⁰ – Anleihen an Carl Schmitts „Land und Meer“ (1942) und sein Einfluss auf die neoeurasische Ideologie sind schon allein an diesem Faktum unübersehbar²¹, da die Kontinentalmächte – im Unterschied zu den als „Thalassokratien“ bezeichneten Seemächten, die für eine Vereinheitlichung von Kulturen, den *melting pot* und die universalistische Auflösung von (Kultur-)Grenzen kämpfen würden – „im Boden verankert“ seien und die „kulturelle Eigenart einzelner Völker“ für sie ein „kostbares Gut“ darstelle.²² Umland fasst dies folgendermaßen zusammen: „... Dugin (zeichnet) das Bild einer uralten Auseinandersetzung zwischen atlantischen Seemächten (‘Thalassokratien’), welche auf die versunkene Welt von Atlantis zurückgehen und jetzt von den ‚mondialistischen‘ USA angeführt werden, und den eurasischen Landmächten (‘Tellurokratien’), die ihre Wurzeln im mythischen Land ‚Hyperborea‘ haben und unter denen Russland heute die wichtigste Komponente darstellt.“²³

Vor diesem Hintergrund wird auch deutlich, warum Dugin gerne betont, dass er die „Wurzeln deutscher Kultur“ liebe, es diese aber nicht mehr gebe und Deutschland „heute eine Art Gegen-Deutschland“ sei in dem man die „eigenen Autoren“ nicht mehr lese – worin sich bereits ein essentialistisches Nationenverständnis andeutet, bei dem der

¹⁹Luks, Eurasien (Anm. 8), S. 64.

²⁰Ebd., S. 65.

²¹Carl Schmitt, Land und Meer. Eine weltgeschichtliche Betrachtung, Leipzig 1942. Siehe hierzu ausführlich: Samuel Salzborn, Carl Schmitts völkerrechtliches Erbe. Volksgruppenrechtstheorie und europäisches Großraum-Denken vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die Gegenwart, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), Großraum-Denken. Carl Schmitts Kategorie der Großraumordnung, Stuttgart 2008, S. 145–166.

²²Luks, Eurasien (Anm. 8), S. 65f.

²³Umland, Kulturelle Strategien (Anm. 10), S. 441.

„deutsche Geist“ eben mit identitären und antiliberalen Autoren wie Herder, Heidegger, Haushofer und Schmitt verbunden wird.²⁴ Während der Eurasismus eine geopolitische Strategie der Isolation verfolgte, orientiert der Neoeurasismus auf Expansion und die Stiftung imperialer Herrschaftsräume. Die Neoeurasier befinden sich dabei in einem fortwährenden Kampf gegen den Westen und den „Mondialismus“ – so der abschätzigste Terminus für den Universalismus, der vor allem mit Amerika identifiziert wird – während die Eurasier danach strebten, die kulturelle Heterogenität des bolschewistischen Russlands durch Integration zu überwinden. Kurz gesagt: Der gegenaufklärerische Anspruch des Eurasismus war defensiv, der des Neoeurasismus ist offensiv und aggressiv. Dabei orientieren die Neoeurasier überdies auf ein konspiratives, von Weltverschwörungsannahmen geprägtes Weltbild, und eine Glorifizierung von (auch apokalyptische Züge annehmender) Gewalt wie militärischer Konfrontation mit dem Ziel der „totalen Bedrückung des Westens, statt einer Abgrenzung von seinen kulturellen Einflüssen“.²⁵

Im mit „Eurasien über Alles“ überschriebenen „Manifest der eurasischen Bewegung“ von 2001 heißt es: „Wir müssen die Traditionen des russischen Volkes wiederbeleben, zu der Wiederherstellung des Bevölkerungswachstums der Russen beitragen, und die Sinne für die dem Volke eigentümliche organische Geistigkeit und Ethik, die hohen Ideale, den lebendigen und den leidenschaftlichen Patriotismus wieder erwecken. Ohne die Wiedergeburt der russischen Nation hat das eurasische Projekt keine Chance auf Verwirklichung. Diese Erkenntnis liegt unserer gesamten Weltanschauung zugrunde. ... Das Eurasische ist eine neue und lebensfrische Weltanschauung, die sich vornehmlich an die Jugend wendet, an Leute, deren Bewußtsein noch nicht durch die chaotischen Sprünge von einem lebensfernen Theorienmodell zum nächsten, noch weniger angemessenen Modell verdorben ist. Das eurasische Ideal ist der mächtige, leidenschaftliche, gesunde und schöne Mensch, und nicht der Kokainsüchtige, der Bastard aus weltlichen Diskos, der asoziale Kriminelle oder die Prostituierte. Wir können andere, positive Werte anbieten, statt der Verehrung des Mißgestalteten und Krankhaften, statt des Zynismus und der Kriecherei vor dem

²⁴Vgl. Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“ (Anm. 6), S. 122.

²⁵Luks, Eurasien (Anm. 8), S. 71.

kümmlichen Ersatz des wirklichen Lebens. Wir erlauben nicht, daß unsere Kinder erschossen, vergewaltigt, erniedrigt, pervertiert, verkauft und rauschgiftsüchtig gemacht werden. Unser Ideal ist das Fest der körperlichen und geistigen Gesundheit, der Kraft und des Heldentums, der Treue und der Ehre.“²⁶

Die maßgeblichen Publikationsorgane der neoeurasischen Bewegung, die „*Élementy*“ (1992–1998) und (seit 2001 deren Nachfolgeorgan) die „*Evrazijskoe obozrenie*“ sind geprägt von Dugin²⁷. Die 1992 gegründete „*Élementy*“ suchte sogar in ihrem Namen die Anleihe bei der französischen „*Éléments*“ der dortigen Nouvelle Droite um Alain de Benoist. Die Begeisterung von Dugin für Köpfe nicht nur der Neuen Rechten wie Benoist oder Thiriart, sondern auch der Konservativen Revolution weisen auf die spezifischen Amalgamierungsprozesse im Denken der Neoeurasier um Dugin hin, welche die Programmatiken der Eurasier durch die Brille der Konservativen Revolution lesen, was sich in der apokalyptischen und martialischen Orientierung in der Raumtheorie ebenso zeigt, wie in der maßgeblich von Carl Schmitt beeinflussten Wendung der Differenzierung in (bodenorientierte, völkische) Land- und (kosmopolitische, liberale) Seemächte und Schmitts Überlegungen zur „völkerrechtlichen Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte“²⁸, welche die maßgebliche nationalsozialistischen Doktrin zur Argumentation gegen amerikanisches Engagement im Zweiten Weltkrieg war.²⁹ Insofern ist Dugins Nationalbolschewismus biografisch vor allem eine frühe Adaption des Denkens der Konservativen Revolution, sozusagen führt sein Weg der philosophischen Integration der Konservativen Revolution ins russische

²⁶Vgl. „Eurasien über Alles: Das Manifest der eurasischen Bewegung“ (Januar 2001), <http://evrazia.org/modules.php?name=News&sid=307> (gelesen am 12. September 2014).

²⁷Vgl. Leonid Luks, Zum „geopolitischen“ Programm Aleksandr Dugins und der Zeitschrift *Élementy* – eine manichäische Versuchung?, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 6. Jg., H. 1/2002, S. 43–58; ders.: Der „dritte Weg“ der „neo-eurasischen“ „*Élementy*“ – Zurück ins Dritte Reich?, in: Studies in East European Thought, 52. Jg., H. 1-2/2000, S. 49–71.

²⁸Vgl. Carl Schmitt, Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht, Berlin/Wien 1939.

²⁹Vgl. Salzborn, Carl Schmitts völkerrechtliches Erbe (Anm. 21).

Denken, den er markant mit seinem 343 Seiten starken, gleichnamigen Buch „Konservativnaja revoljucija“ (Die konservative Revolution) von 1994 dokumentiert³⁰, vom Antimarxisten der 1980er Jahre über den Nationalbolschewisten der frühen 1990er Jahre, um sich zunehmend vom sozialen Element in seiner Theorie zu verabschieden und die metaphysischen und mystischen Dimensionen zu stärken.³¹

3. Antiamerikanischer Anti-Mondialismus und eurasischer Imperialismus

Dugins theoretischer Anspruch besteht darin, eine „Meta-Ideologie der Feinde der offenen Gesellschaft“³² zu formulieren und sich dabei auf die „russischen Wurzeln“ zu berufen.³³ Insofern ist sein theoretischer Anspruch sowohl normativer wie historischer Provenienz. Er verbindet seine prospektiven Forderungen besonders geopolitischen Anspruchs mit historischen und mythologischen Fundierungen, die er ideengeschichtlich kontextualisiert. Dugins Kernanliegen lässt sich in seiner normativen Dimension als antiliberal, antiwestlich, antiamerikanisch und antisemitisch klassifizieren, in seiner geopolitischen Zielrichtung als antinational, eurasisch, imperial und reichisch, in seiner historischen Grundierung als antiwissenschaftlich und mytho-

³⁰Vgl. Aleksandr Dugin, Консервативная революция (Konservativnaja revoljucija; Die konservative Revolution), Moskau 1994. Bemerkenswert ist hier, dass für Dugin die mit eigenständigen Kapiteln hervorgehobenen wichtigsten „Klassiker“ der Konservativen Revolution Julius Evola, Carl Schmitt und Jean-François Thiriart sind, er also in seine Lesart der Konservativen Revolution die europäische „Neue Rechte“ unmittelbar integriert. Ideengeschichtlich im Sinne eines intellektuellen Vorläufers logisch, aber durchaus ungewöhnlich ist überdies, dass Dugin (Kap. IV) Herder ebenfalls umstandslos in die Konservative Revolution einordnet.

³¹Vgl. Aleksandr Dugin, Философия традиционализма. Лекции «Нового Университета» (Filosofija tradicionalizma. Lekcii Novogo Universiteta; Philosophie des Traditionalismus. Vorlesungen der „Neuen Universität“), Moskau 2002.

³²Dugin, zit. n. Mathyl, Der „unaufhaltsame Aufstieg“ (Anm. 4), S. 887.

³³Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“ (Anm. 6), S. 123. Vgl. auch: Jacob W. Kipp, Aleksandr Dugin and the Ideology of National Revival: Geopolitics, Eurasianism and the Conservative Revolution, in: European Security 11 (2002), S. 91–125.

logisch, traditionalistisch und christlich-orthodox, in seinem Menschenbild als antiindividualistisch und antipersonal sowie als religiös-kulturell und kollektivistisch. Dugin ist ein erklärter „radikaler Gegner der Verwestlichung, des Liberalismus und des entweihten Lebensstils“, wie er in seinem Buch „Pop-kul'tura i znaki vremeni“ (Popkultur und Zeichen der Zeiten) erklärt.³⁴ Sein Weltbild kombiniert, in den Worten der Slawistin Edith W. Clowes, „an extreme religious-fanatical mentality with a conservative utopian temperament.“³⁵

Den zentralen Dreh- und Angelpunkt bildet dabei Dugins Ablehnung des Universalismus, den er als „Mondialismus“ begreift und der für ihn vor allem durch die Juden und durch Amerika repräsentiert wird. Dugin wirft den Juden vor, das universalistische und das demokratische Prinzip begründet und andere Völker mit verschwörerischen Methoden dazu verleitet zu haben, diesen zu folgen. Hier unterscheidet er zwischen „subversiv zerstörerischen Juden ohne Nationalität“ und von ihm so genannten traditionalistischen Juden, die aber deutlich in der Minderheit seien.³⁶ Zugleich sieht Dugin im „fundamentalistischen Islam“ aufgrund von dessen „feindlicher Haltung gegenüber Banken, Wuchertum und liberaler Ökonomie“ einen „natürliche Verbündeten“ im „Kampf gegen den Westen“.³⁷ Gegen den universalen, aufgeklärten, zivilisatorischen Ansatz der westlichen Aufklärung stellt Dugin einen partikularistischen Eurasismus: „Eurasien hat einen globalen Charakter, es ist ein Synonym für Multipolarität. ... gegen die unipolare amerikanische Dominanz ... Zum engeren Begriff: Eurasien – das sind Russland und seine Partner. Die Türkei, Iran, China, Indien. Der postsowjetische Raum, der sogar die Mongolei einschließt. Und einen Teil Osteuropas – Bulgarien oder Serbien. Wie genau die eurasische Integration vonstattengehen wird, muss man

³⁴Aleksandr Dugin, Поп-культура и знаки времени (Pop-kul'tura i znaki vremeni; Popkultur und Zeichen der Zeiten), Sankt Peterburg 2005, zit. n. Edith W. Clowes, Russia on the Edge. Imagined Geographies and Post-Soviet Identity, Ithaca 2011, S. 43.

³⁵Clowes, Russia on the Edge (Anm. 34), S. 54.

³⁶Vgl. Mathyl, Der „unaufhaltsame Aufstieg“ (Anm. 4), S. 895.

³⁷Karla Hielscher, Der Eurasismus. Die neoimperiale Ideologie der russischen „Neuen Rechten“, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 5/1995, S. 465–469, hier: S. 468.

sehen.“³⁸

Dugins geopolitisches Machtzentrum ist Moskau.³⁹ Russland sei eine „besondere Form der Zivilisation – keine europäische, keine asiatische, sondern eine orthodoxe“.⁴⁰ Von Moskau ausgehend sieht Dugin drei Achsen als „geopolitische Zukunft Russlands“, die für den eurasischen Block bei einer „Neuverteilung der Welt“ strategisch von exponierter und grundsätzlicher Bedeutung seien: die westliche Achse Moskau-Berlin zur Verbindung von „europäischem Reich und Eurasien“, die östliche Achse Moskau-Tokyo als „panasiatisches Projekt“ und die südliche Achse Moskau-Teheran als „mittelasiatisches Reich“.⁴¹ Auch wenn dies in der Aufzählung möglicher eurasischer Partner im vorstehenden längeren Zitat etwas aufgeweicht und zugleich erweitert wird, liegen Dugins geopolitischen Machtachsen ordnungspolitische Vorstellungen zugrunde, die zwar einem wissenschaftlich-rationalen Sinn komplett widersprechen, die aber trotzdem einer strengen hermetischen Logik folgen und von einer systematischen Teilung der Welt mit kategorialer Segmentierung ausgehen. Die ethisch-historischen Kategorien von Dugin sind dabei mystischen und mythologischen Ursprungs – und erscheinen genau deshalb als aberwitzig, weil sie sich jeder Vorstellung von Aufklärung widersetzen und wissenschaftlich keiner Überprüfung (ganz gleich, welcher) standhalten. Dugin denkt in antagonistischen Gegensatzpaaren, die essentialistisch und damit irreversibel verstanden werden, deren geopolitisch-mystischer Ausgangspunkt der Gegensatz von Eurasismus und Atlantismus ist, womit Dugin eine Sakralisierung der Geografie vollzieht.

³⁸Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“ (Anm. 6), S. 124.

³⁹Die zentralen geopolitischen Werke von Dugin sind Основы геополитики. Геополитическое будущее России (Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii; Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands), Moskau 1997, Геополитика России. Учебное пособие для вузов (Geopolitika Rossii. Učebnoe posobie dlja vuzov; Die russländische Geopolitik. Lehrbuch für Hochschulen), Moskau 2012 und Дугин, Александр: Теория многополярного мира (Teorija mnogopoljarnogo mira; Theorie einer multipolaren Welt), Moskau 2012, wobei letztgenanntes über weite Strecken Kapitel aus den beiden erst genannten Büchern zusammenführt und erweitert.

⁴⁰Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“ (Anm. 6), S. 122.

⁴¹Vgl. Dugin, Основы геополитики (Anm. 39), Buch 1, Teil 4, Kap. 4.

Während in Dugins Theorie der Eurasismus für das Element Erde und damit für das Land und den Kontinent steht, steht der Atlantismus für das Element Wasser und damit für die See und die Insel. Hiermit verbunden wird die Entgegensetzung von Tellurokratien und Thalassokratien, die von Rom und Karthago, die von Raum und Zeit, die von Herzland und Weltinsel, die von Held und Händler, die von Kämpfer und Kapitalist und die von Tradition und Moderne wie auch die von traditionaler Religion und Antichrist⁴²: „Das Hauptgesetz der Geopolitik ist die Behauptung des fundamentalen Dualismus, der im geografischen Aufbau des Planeten und in der historischen Typologie der Zivilisationen wiedergespiegelt ist. Dieser Dualismus äußert sich in der Antithese von ‚Tellurokratie‘ (Land-Mächte) und ‚Thalassokratie‘ (Meeres-Mächte). Der Charakter einer solchen Opposition führt zur Antithese von einer Handelszivilisation (Karthago, Athen) und einer militärisch-autoritären Zivilisation (Rom, Sparta), in anderen Termini zum Dualismus von „Demokratie“ und „Ideokratie“. Schon der ursprünglich gegebene Dualismus hat die Qualität einer Feindschaft, einer Alternative zweier ihn bildender Pole, obwohl die Stufe der Feindschaft von Fall zu Fall variieren kann. Die ganze Geschichte der menschlichen Gesellschaften soll also als eine betrachtet werden, die aus zwei Elementen besteht – aus einem ‚Wasserelement‘ (‚wässerigem‘, ‚dünnflüssigem‘) und einem ‚Landelement‘ (‚hartem‘, ‚beständigem‘).“⁴³

Zentral an diesen dualistischen Gegensatzpaaren ist, dass sie Eigenschaften symbolisieren, also mit der Erde und damit der Tellurokratie, sprich: Russland, eben stabile Ordnungen in dauerhaft sesshaften Kontexten bei ausgeprägter Hierarchie verbunden werden, mit dem Wasser und damit der Thalassokratie, sprich: Amerika, hingegen bewegliche und weiche (Un-)Ordnungen, geprägt von nomadischen Wanderungen und demokratischer Partizipation.

Außerdem assoziiert Dugin mit den dualistischen Antagonismen auch

⁴²Vgl. Alan Ingram, Alexander Dugin: geopolitics and neo-fascism in post-Soviet Russia, in: Political Geography, 20. Jg., H. 8/2001, S. 1029–1051, hier S. 1034ff. Siehe zum Kontext auch: Thomas Parland, The Extreme Nationalist Threat in Russia. The growing influence of Western Rightist ideas, London/New York 2005, S. 112ff.

⁴³Dugin, Основы геополитики (Anm. 39), S. 15.

Himmelsrichtungen, die prägend sind für seine geopolitische Aufteilung der Welt in einen Kampf von Osten und Norden auf der einen gegen Westen und Süden auf der anderen Seite – wie die Politikwissenschaftlerin Marlene Laruelle sagt: „a Russian version of Anti-Globalism“.⁴⁴ In Dugins spiritueller Weltdurchdringung stehen sich diese beiden Seiten geopolitisch gegenüber. In „Misterii Evrazii“ (Die Mysterien Eurasiens) betont er die zentrale Bedeutung des geografischen Nordens als heilig und Ursprung von bedeutenden Menschen und Kulturen.⁴⁵ In Anlehnung an die griechische Mythologie begreift Dugin den Norden als „Hyperborea“, in der griechischen Mythologie der Ort jenseits des Nördlichen, benannt nach Boreas, dem Gott des (winterlichen) Nordwindes, dem eine intensive Verbindung mit dem Gott des Lichts, Apollo zugeschrieben wurde, und an die Nazi-Ideologie, nach der der Nordpol der Ursprung der „arischen Rasse“ sei.⁴⁶ Selbst Dugins Website arctogaia.com schließt an dieses mythologische „nordische Land“ symbolisch an. Der Osten ist für Dugin als Ort des Sonnenaufgangs der Ursprung ewiger Weisheit, wohingegen der Westen – in dem bekanntlich die Sonne untergeht – Ort der Dekadenz und Täuschung, kurzum: des Unterganges ist. Im Bild der Sonne bleibend verkörpert der Süden für Dugin demgemäß die Vergänglichkeit.

Den gegenwärtigen geopolitischen Zustand sieht Dugin geprägt von Universalismus und Unipolarität, gegen die er Partikularismus und eine „antiglobalistische und antiimperialistische Front“ stellt, in der sich alle „Traditionalisten“ gegen „den Westen und die Globalisierung“ wie gegen „die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten“ stellen sollten, da die Globalisierung „seelisch“ das „Reich des Anti-

⁴⁴Marlene Laruelle, Aleksandr Dugin, A Russian Version of the European Radical Right? Kennan Institute Occasional Paper # 294, Washington D.C. 2006, S. 5.

⁴⁵Vgl. Aleksandr Dugin, Мистерии Евразии (Misterii Evrazii; Die Mysterien Eurasiens) Moskau 1991, insb. Kap. I, III & IV. Die Monografie erscheint später auch noch identisch als Teil in Dugins umfangreicherem Werk Абсолютная Родина. Пути Абсолюта. Метафизика Благой Вести (Absoljutnaja rodina. Puti Absoljuta. Metafizika Blagoj Vesti; Die absolute Heimat. Wege des Absoluten. Die Metaphysik des Evangeliums), Moskau 1999.

⁴⁶Vgl. Clowes, Russia on the Edge (Anm. 34), S. 55.

christen“ sei⁴⁷: „Die heutige Welt ist unipolar, mit dem globalen Westen in seinem Zentrum und den USA in seinem Kern. ... Wenn es nur eine Macht gibt, die entscheidet wer das Richtige und wer das Falsche tut, wer bestraft werden sollte und wer nicht, haben wir eine Form der globalen Diktatur. Das ist unerträglich. Wir sollten also dagegen kämpfen. ... Das amerikanische Imperium gehört vernichtet.“⁴⁸

4. Das „neue geopolitische Evangelium“ und der messianische Erlösungsglaube

Dugin argumentiert also gegen den „Terror der Vernunft“ und gegen die „klassische Rationalität“, welche die Grundlage für die Suche des Westens bzw. des Atlantismus für einen liberalen Holismus sei, gegen den Dugin die Resakralisierung stellt⁴⁹: „Es ist Zeit, zum Mythos zurückzukehren. Und das meint eine Rückkehr zu dem magischen, heiligen und wundervollen Ort – dem leuchtenden Rus.“⁵⁰

Um diese geopolitische Vision, welche die mythologische Vergangenheit als utopische Zukunft preist, zu kontextualisieren, ist ein Verständnis der spezifischen Ordnungsvorstellungen von Dugin bedeutsam, da die umstandslose Anwendung von Kategorien wie Nation oder Staat mit Blick auf Russland genauso irreführend wäre, wie mit Blick auf Dugin, denn das westliche Begriffsverständnis weicht von dem russischen deutlich ab. So fokussiert der russische Nationenbegriff auf eine doppelte Nationalisierung, die des Raumes und die der Religion, verknüpft also landschaftliche mit spirituellen Momenten, wobei das typische Vergemeinschaftungsmotiv des westlichen Rechts-

⁴⁷Aleksandr Dugin, *Die Vierte Politische Theorie*, London 2013, S. 212f. Der Band ist zuerst russisch unter dem Titel Четвёртая политическая теория (četvertaja političeskaja teorija), Moskau 2009 erschienen und die einzige Monografie von Dugin, die auf Deutsch vorliegt. Eine zweite deutschsprachige Monografie von Dugin, die sich mit der „Rückkehr der Geopolitik“ befassen soll, wird zwar schon seit geraumer Zeit in rechtsextremen Medien beworben, ist bisher aber noch nicht verfügbar.

⁴⁸Ebd., S. 212 (Fehler im Original).

⁴⁹Aleksandr Dugin, *Поп-культура и знаки времени* (Pop-kul'tura i znaki vremeni; Popkultur und Zeichen der Zeiten), Sankt Peterburg 2005, S. 425.

⁵⁰Dugin, zit.n. Clowes, *Russia on the Edge* (Anm. 34), S. 53.

extremismus, die „Rasse“ oder die „Ethnie“, sekundär sind. Es geht zwar um eine mythische Bodenverbundenheit und eine Verwurzelung im sakralen Raum, das allerdings den Mythos einer russischen Dominanz und eines russischen Sendungsbewusstseins nicht aus der Biologie, sondern aus der Religion ableitet, also sich noch originär in einem voraufgeklärten Stadium befindet. Man darf allerdings trotzdem nicht den Fehler begehen, Dugin für keinen Rassisten zu halten. In „Misterii Evrazii“ bedient Dugin das gesamte rassistische Arsenal, wenn er über „Rassen, Runen und Kulte“ schreibt und ausgehend von einer „sakralen Lehre von Rassen“ die „Rassen Russlands“ und die „Rassen Europas“ herbeiphantasiert und von einer „weißen Esoterik“ schwärmt.⁵¹ Der Unterschied zur neonazistischen Rechten in Westeuropa ist aber, dass Dugins Rassismus nicht das konstitutive Element seines Weltbildes ist, er aber – wie die gesamte extreme Rechte – trotzdem an eine Existenz von menschlichen Rassen glaubt und auch der Idee einer „ethnischen Identität der Russen“ als „synthetische Ethnie“ als einer „Synthese der weißen (slavo-indoeuropäischen) und gelben (turko-ugrischen) Rasse“ das Wort redet.⁵²

Während die neurechte Szene in Europa darüber streitet, ob sie rassistischen oder kulturalistischen Prämissen bei der „ethnopluralistischen“ Segmentierung der Weltordnung der Vorzug gibt und insofern in ihrem Weltbild auf die Aufklärung reagiert, die mit ihrem Postulat der Säkularisierung wissenschaftsgeschichtlich den Siegeszug der Naturwissenschaften und damit, als „Dialektik der Aufklärung“ (Max Horkheimer/Theodor W. Adorno)⁵³, auch des Wandels im Glauben von einem Glauben an Gott in einen Glauben an Natur und Technik den Weg geebnet hat⁵⁴, ist das russische Weltbild Dugins noch – in Ermangelung einer Aufklärung – traditionell mythologisch und intellektuell

⁵¹Vgl. Dugin, Мистерии Евразии (Anm. 45), Teil 2. Siehe allgemein zur Kritik am rassistischen Menschenbild aus biologischer Perspektive demnächst: Johannes Zuber, Gegenwärtiger Rassismus in Deutschland: Zwischen Biologie und kultureller Identität, Göttingen 2015.

⁵²Vgl. Aleksandr Dugin, Евразийский путь как национальная идея (Evrazijskij put' kak nacional'naja ideja; Der eurasische Weg als nationale Idee), Moskau 2002, Teil 1.

⁵³Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947.

⁵⁴Vgl. Samuel Salzborn, Sozialwissenschaften zur Einführung, Hamburg 2013.

tuell dadurch limitiert, dass das imperiale und omnipotente Sendungsbewusstsein nicht auf Erkenntnis, sondern auf Schicksal rekrutiert.

Die russische Reichsidee fokussiert insofern in ihren imperialen Ansprüchen auf ein sakrales Weltbild, das der westlichen Rezeption deshalb so verschlossen bleibt, weil es – unter dem Bruch von rund sieben Jahrzehnten Bolschewismus – in einer antiwissenschaftlichen Hermeneutik gefangen ist, die mit der des 17. Jahrhunderts in Westeuropa verglichen werden kann.⁵⁵ Aber genau das macht die Politikvorstellungen von Dugin für die extreme Rechte Westeuropas so attraktiv: Er argumentiert, aus westeuropäischer Perspektive betrachtet, in einem intellektuellen Kokon, ist selbst Teil einer voraufgeklärten und vorliberalen Welt, die sich die neurechte Szene Europas zurücksehnt, die Realität von Dugin ist die reaktionäre Utopie der Gegenaufklärer in Europa. Dass dies aus aufgeklärter, westlicher Sicht absurd und aberwitzig erscheinen muss, ist das eine – dass sich aus diesem sakralen Sendungsbewusstsein nicht nur ein Herrschaftsanspruch, sondern auch eine tatsächliche weltpolitischen Machtposition *par excellence* ableitet, ist das andere.

Insofern kann als konsequent gelten, dass Dugin sich selbst als „orthodoxen Christen“⁵⁶ sieht und in seinen (vor dem Hintergrund eines durch die Aufklärung und die bürgerlichen Revolutionen in Westeuropa säkularisierten Christentums offensichtlich als Widerspruch wahrzunehmenden) intellektuellen Verwebungen von Christentum, mythischen Phantasien und spirituellen Erfindungen selbst gar keinen Widerspruch erkennt, obwohl sie von einem aufgeklärten Standpunkt aus erscheinen wie die Wahnvorstellungen eines Psychotikers – in seinem politischen-kulturellen Kontext ist dieser Wahn aber so dominant und wirklich, dass er die Norm darstellt und genau deshalb nicht im Konflikt mit der ebenfalls stark mythologischen und ikonischen Vorstellungswelt der christlichen Orthodoxie Russlands steht. Dugins Ziel ist eine „vollwertige Metaphysik“ als „Kern der christlichen

⁵⁵Vgl. Jutta Scherrer, Politische Ideen im vorrevolutionären und revolutionären Rußland, in: Iring Fetscher/Herfried Münkler (Hrsg.), Pipers Handbuch der Politischen Ideen. Band 5 – Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neun sozialen Bewegungen, München/Zürich 1987, S. 203–281.

⁵⁶Vgl. Holm, Politguru Alexander Dugin (Anm. 6); Dugin, „Jeder Westler ist ein Rassist“ (Anm. 6).

Metaphysik“⁵⁷: „Nur die Eigenart des Katholizismus ist jene, dass – angefangen mit der Entfernung der Westlichen von der Östlichen Kirche – er seine dogmatische und intellektuelle Grundlage ausgerechnet auf der bewussten Absage an den metaphysischen Inhalt des Christentums baute; dabei waren eigentlich alle scholastischen Konstruktionen bestrebt, eine logische theologische Doktrin zu entwickeln, doch dabei wurden ontologische und metaphysische Elemente völlig ignoriert, die in Wirklichkeit nicht nur vor dem Schisma in der christlichen Tradition bestanden haben, sondern auch nach der Spaltung in ihr bewahrt blieben. Tatsächlich wurden sie ausschließlich in der Östlichen Kirche, d.h. im Schoße der Orthodoxie, bewahrt. Dies haben aber die Katholiken, sogar die Tiefgläubigsten unter ihnen, scheinbar nicht geahnt. Ihrerseits konnte die Orthodoxie, die die ontologische und metaphysische Vollwertigkeit behalten hatte, ihren metaphysischen Inhalt (d.h. christliche Metaphysik im eigentlichen Sinne) seit diesem bestimmten Moment nicht in konkreten Kategorien behaupten, und bald nach der Beendigung der ‚Palamismus-Dispute‘, während derer die orthodoxe Esoterik ihren letzten blendenden Aufschwung in der Geschichte erleben durfte, wurde diese Linie um Einiges marginalisiert und ‚eingefroren‘, den Vorrang erhielten nämlich die exoterischen Seiten der Kirche.“⁵⁸

Insofern argumentiert Dugin auch offen bekennd vom „Standpunkt der geopolitischen Konspiologie“ und zeichnet die Geschichte des 20. Jahrhunderts als die Geschichte des „okkulten Kampfes zweier Geheimorden“, einem eurasischen und einem atlantischen, wobei sich aber die Geheimdienste CIA und KGB (!) gemeinsam gegen den eurasischen Orden verbündet hätten (was eine einfältige, aber eben auch einfache Verschwörungsphantasie ist, um mit einem Federstrich die Geschichte des Bolschewismus als Geschichte des Atlantismus zu unterstellen und damit zu exterritorialisieren). Vor dieser Folie der mythologischen Geschichtserfindung steuert für Dugin dann auch alles

⁵⁷Aleksandr Dugin, Абсолютная Родина. Пути Абсолюта. Метафизика Благой Вести (Absoljutnaja rodina. Puti Absoljuta. Metafizika Blagoj Vesti; Die absolute Heimat. Wege des Absoluten. Die Metaphysik des Evangeliums), Moskau 1999, S. 208f.

⁵⁸Ebd., S. 208.

auf einen „Endkampf“ zu.⁵⁹

In diesem „Endkampf“ stehen sich dann getreu Dugins dualistischem Antagonismus eurasischer Partikularismus und atlantischem Universalismus gegenüber, sprich: Russland und Amerika. Der Westen ist für ihn das „Reich des Antichristen“, der „verfluchte Ort“, die USA sind das „Reich des Bösen“, ein „neues Karthago“, das zerstört werden müsse, während Russland eine „Nation kosmischer Dimension“ sei, die sich „im Einklang mit den Kräften der Transzendenz“ befinde: „Russland und das Universum – das sind Synonyme.“⁶⁰

5. Schlusswort und Zusammenfassung

Um die politische Theorie von Aleksandr Dugin zu verstehen, muss man sie im Kontext seiner politischen Kultur und damit in ihrer Funktion innerhalb und außerhalb von dieser lesen. Dugin ist ein einerseits typischer (und hierbei: wenig origineller) Vertreter des Eurasismus, der in dessen neoeurasischer Zuspitzung allerdings wesentlichen Anteil daran hat, dass die geopolitische Orientierung des gegenwärtigen Eurasismus nicht nur partikularistisch, sondern zugleich auch imperialistisch ausgerichtet ist. Andererseits besteht die Spezifik von Dugin darin, dass er faschistische, nazistische und rechtsextreme Schlüsselkenner in seine Theoriebildung integriert und insofern das Konzept des Eurasismus zu einem totalitären Ansatz gemacht zu haben, der seine Feinde wie den Liberalismus, den Universalismus und die Aufklärung mit messianischem Eifer bekämpft und in seiner Phantasie des Atlantismus in Amerika und den Juden die Konkretisierung seines Feindbildes sucht.

Insofern erfüllt Dugin innerhalb seiner politischen Kultur eine andere Funktion, als außerhalb: Innerhalb Russlands ist Dugin ein wesentlicher Stichwortgeber für imperiale Ansätze russischer Weltmacht-politik, deren Agieren er nicht nur geopolitisch, sondern auch mythologisch mit einem innerhalb seiner Hermeneutik konsistenten Weltbild zu rechtfertigen versucht. Dugins spezifische Amalgamierung aus christlicher Orthodoxie und mythologischem Hokusfokus vermag da-

⁵⁹Vgl. Hielscher, Der Eurasismus (Anm. 37), S. 469.

⁶⁰Dugin, zit. n. Luks, Eurasien (Anm. 8), S. 75f.

bei eine Sinnstiftungs- und Projektionsfläche zu eröffnen, die deshalb für weitere Teile der russischen Gesellschaft anschlussfähig ist, weil diese bis heute nicht wirklich mit ihrer feudalen Tradition und ihrer Verankerung in der Orthodoxie des Christentums gebrochen hat. Außerhalb Russlands kommt Dugin hingegen eine gänzlich andere Funktion zu – die Rolle des im Sinne eines Magiers faszinierenden Mystikers, der auf der einen Seite mit seinem Weltbild hoffnungslos antiquiert erscheint, weil die Verwissenschaftlichung des Denkens seit der Aufklärung doch zumindest soweit in den politischen Kulturen Westeuropas verankert ist, dass offensichtliche Erfindungen und Phantastereien von der Mehrheit der Menschen auch als solche erkannt werden. Wie der Magier im Kindertheater spielt Dugin seine Rolle aber so überzeugend (eben weil sie für ihn keine Rolle, sondern sein Weltbild ist), dass sie mit einer Ernsthaftigkeit und Überzeugungskraft dargeboten wird, die seine Argumente mit einem emphatischen Gewicht versehen, das in ihrer Wirkung ihren Mangel an Wahrheit kompensiert. Überdies erfüllt Dugin außerhalb seines gesellschaftlichen Kontextes auch die Funktion des mythologischen Apokalyptikers, der den gegenaufklärerischen Phantasien und reaktionären Utopien der rechtsextremen, insbesondere neurechten Szene die ambitionierte Hoffnung auf Macht verleiht – einerseits, weil Dugin selbst in einem sozialen Kontext agiert, dessen Realität der Utopie vieler seiner Anhänger in Westeuropa entspricht, andererseits, weil Dugin faktisch Stichwortgeber einer Weltmacht ist, deren Imperialität aufgrund ihrer omnipotenten Machtinszenierungen neurechte Utopien fasziniert.